

WOHNEN

NACH DER PANDEMIE

Frank Osterhage

WOHNRAUMVERSORGUNG UND FLÄCHENSPIREN

Manfred Miosga, Janis Schiffner, Lisa Maschke

BABY-BOOMER, EINFAMILIENHÄUSER UND RESSOURCEN

Andreas Blum

NEUES SOZIALES WOHNEN

Andreas Bernögger, Rudolf Scheuvs

GENTRIFIZIERUNGSFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND

Jan Glatter, Jan Üblacker

WOHNTRENDS

Annette Spellerberg

„ZIEMLICH BESTE NACHBARN“

Rolf Grave

AUS DEM NETZWERK MULTILOKALITÄT

Caroline Kramer, Maya Kretschmar, Leonie Wächter



Nachrichten der ARL

Herausgeberin:

ARL – Akademie für Raumentwicklung
in der Leibniz-Gemeinschaft
Vahrenwalder Straße 247
30179 Hannover
Tel. +49 511 34842 0
arl@arl-net.de
arl-net.de
arl-international.com

Redaktion:

Dr. Tanja Ernst (v.i.S.d.P.)

Sprachliches Lektorat:

Heike Wegner

Satz und Layout:

Gabriela Rojahn, Oliver Rose

Cover:

© Katrin Prenger-Berninghoff/Bosco Verticale, Mailand (ARL Photo Contest 2021)

Druck:

Bruns Druckwelt GmbH & Co. KG
32429 Minden

Die Nachrichten der ARL
erscheinen dreimal im Jahr.

Die PDF-Version ist unter
<https://www.arl-net.de/shop>
frei verfügbar (Open Access).
CC_BY_SA 4.0 International

Heft 02-03/2023

53. Jahrgang

Auflage: 2300

ISSN 1612-3891 (Print-Version)

ISSN 1612-3905 (PDF-Version)



Inhalt gedruckt auf
100% Recyclingpapier

EDITORIAL

Tanja Ernst _____ 3

AKTUELL

Wie lässt sich bezahlbarer Wohnraum schaffen?
Monika Thomas, Sabine Baumgart _____ 6

THEMA

Nach der Pandemie
Frank Osterhage _____ 9

Wohnraumversorgung und Flächensparen
Manfred Miosga, Janis Schiffner, Lisa Maschke _____ 14

Baby-Boomer, Einfamilienhäuser und Ressourcen
Andreas Blum _____ 21

Neues soziales Wohnen
Andreas Bernögger, Rudolf Scheuven _____ 27

Gentrifizierungsforschung in Deutschland
Jan Glatter, Jan Üblacker _____ 31

Wohntrends
Annette Spellerberg _____ 35

„Ziemlich beste Nachbarn“
Rolf Grave _____ 41

Aus dem Netzwerk Multilokalität – zum Wohnen an mehreren Orten
Interview mit Caroline Kramer, Maya Kretzschmar, Leonie Wächter _____ 46

AUS DER ARL

Regionalplanung – Wegbereiterin des Windenergieausbaus _____ 51

Zukunftsfähig mobil!?
Tanja Ernst _____ 53

ARL International Summer School 2023
Lena Greinke _____ 59

Exploring Spatial Justice in times of disruptions
Lena Greinke _____ 61

Raumentwicklung in Randgebieten des Alpenraums
Constantin Meyer, Andreas Klee _____ 62

International reflections on Munich's land policy
Katharina Künzel, Andreas Hengsternann, Thomas Hartmann _____ 64

Planungsexpertise der ARL international gefragt
Andreas Klee _____ 67

Klimaangepasste Stadtentwicklung
Marco Pütz, Sandra Pennekamp _____ 68

Regionale Ungleichheiten in Deutschland
Sebastian Krätzig, Martina Hülz _____ 71

Gewerbe und urbane Landwirtschaft neu denken
Barbara Warner _____ 79

Bodenseeregion
Bastian Lange, Marco Pütz, Martin Engstler _____ 80

ARL-Arbeitskreis „Freiraum“ zu Gast auf der BUGA 23
Barbara Warner _____ 83

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu „Grüner Infrastruktur in den Nördlichen Kalkalpen“ gestartet
Andreas Klee, Constantin Meyer _____ 84

Regionale Debatten zur Energiewende
Katharina Kapitzka _____ 85

Innovative Instrumente der Raumentwicklung
Barbara Warner _____ 87

Erster Spatenstich für das neue IfL-Gebäude in Leipzig
Carolin Pleines _____ 89

Wie umgehen mit Wasserthematik und Industriekultur in der mitteldeutschen Braunkohlenregion?
Andreas Berkner _____ 91

TRUST-/ARL-Promotionskolleg „Transformationsprozesse in Stadt und Land“
Lena Greinke _____ 95

Das Forum Nachwuchs auf dem Bundeskongress „Tag der Regionen“
Benedikt Taiber _____ 97

Beiträge von Politik und Planung für eine gute Zukunft
Antonia Pfeiffer, Julian Antoni, Benedikt Taiber _____ 99

ÜBER UNS – Die Geschäftsstelle der ARL stellt sich vor (VI) _____ 102

Personen _____ 109

Neuerscheinungen _____ 110

AUS RAUMFORSCHUNG UND -PLANUNG

Treffen der Generationen 2023
Ulrike Weiland _____ 114

FRU-Angebot „Verständlich Schreiben“ wird verstetigt
Ulrike Weiland _____ 116

Forschungsnetzwerk „Leibniz R“ hat ein zweites Stipendium vergeben _____ 117

<i>Parken in der Stadt: im Zweifel lieber eine Grünfläche</i> Janina Welsch _____	118	Ausgewählte Zeitschriftenbeiträge _____	123
<i>Hitzeanpassung in Städten</i> Regine Ortlepp _____	119	Neuerscheinungen aus anderen Verlagen _____	127
<i>NET.WORK</i> <i>Integrierte Netzplanung Thüringen</i> Cornelia Gießler, Jana Liebe _____	121		

EDITORIAL

Liebe Interessierte,

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Vor dem Hintergrund wachsender Nachfrage und hoher Preissteigerungen ist es daher eine zentrale Herausforderung, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aus raumplanerischer Sicht muss aber zugleich ökologisch verantwortlich mit dem knappen Gut Boden sowie dem hohen Nutzungsdruck auf freie Flächen umgegangen werden. Darüber hinaus muss bestehender Wohnraum nachhaltig qualifiziert werden.

In der öffentlichen Diskussion wird als Ursache für den Wohnraummangel meist nur die zu geringe Bautätigkeit hervorgehoben. Dabei ist die steigende Nachfrage nach Wohnraum, die zudem lokal und regional sehr unterschiedlich ausfällt, auf eine ganze Reihe von Faktoren zurückzuführen. Demografisch hat vor allem die Zuwanderung dafür gesorgt, dass die Bevölkerungszahl in Deutschland wieder angestiegen ist. Das gilt insbesondere in urbanen Räumen und ihrem Umland sowie in wachstumsstarken Regionen. Das Problem der Wohnungsknappheit und der steigenden Mieten betrifft daher vor allem wirtschaftlich, kulturell und landschaftlich attraktive Städte und Regionen, während ländlich-periphere Regionen oder weniger nachgefragte Siedlungsgebiete weiterhin mit Bevölkerungsrückgang und Leerstand kämpfen. Nicht nur die Ausbreitung von urbanen und multilokalen Lebensstilen führt zu mehr Haushalten, sondern auch berufsbedingt lässt sich ein Trend zu mehr räumlicher Flexibilität und häufigeren Wohnortswechseln oder mehreren Wohnungen an verschiedenen Standorten beobachten. Gleichzeitig steigt die Wohnfläche pro Person in der Tendenz.

Das nachfolgende Doppelheft zum Themenschwerpunkt „Wohnen“ nimmt verschiedene – längst nicht alle – Facetten aus einer raumplanerischen Perspektive in den Blick.

Das Heft beginnt mit einem Interview der ehemaligen ARL-Präsidentin *Sabine Baumgart* mit *Monika Thomas*, Präsidentin der DASL und Staatsrätin der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, zur Frage, wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Da die ARL selbst Mitglied des überparteilichen und interdisziplinären „Bündnisses Bodenwende“ ist, möchten wir Sie zugleich auf die Zwischenbilanz des Bündnisses zur Halbzeit

der Legislaturperiode der Bundesregierung aufmerksam machen (<https://www.arl-net.de/de/blog/zwischenbilanz-des-b%C3%BCndnisses-bodenwende-zur-halbzeit-der-legislaturperiode>).

Im ersten Themenbeitrag untersucht *Frank Osterhage* Wohnstandortentscheidungen in Stadt und Land nach der Pandemie und bewertet die räumlichen Auswirkungen der Pandemie hinsichtlich Richtung, Stärke und Dauer der Wanderungen.

Da die Ressource „Boden“ endlich ist und die Konflikte um Flächen stark zunehmen, rückt der zweite Themenbeitrag von *Manfred Miosga*, *Janis Schiffner* und *Lisa Maschke* Ansätze in den Blick, die helfen, die Ziele „Wohnraumversorgung“ und „Flächensparen“ besser zu vereinbaren.

Der Beitrag von *Andreas Blum* zielt auf eine nachhaltige Ressourcennutzung und eine entsprechende (Weiter-)Entwicklung des Wohnungsbestands ab. Er stellt die Potenziale von Bestandsnutzung und vorausschauender Planung im Umgang mit dem zu erwartenden Leerstand in älteren Einfamilienhausbeständen vor und sensibilisiert dafür, wie viel höher der Ressourcen- und Flächenverbrauch für den Traum vom Eigenheim im Vergleich zum Mehrfamilienhaus ausfällt.

Beim sozialen Wohnungsbau gilt Wien international als Erfolgsbeispiel und das Format der Internationalen Bauausstellung (IBA) als besonders innovativ. Anhand der IBA Wien und ihrer Besonderheiten zeigen *Andreas Bernögger* und *Rudolf Scheuven*, dass die „Wohnfrage“ in der Stadt Wien weit über die quantitative Bereitstellung von preiswertem Wohnraum hinausgeht und wie dort zentrale Fragen der Qualität und Nachhaltigkeit in den Blick gerückt wurden und werden.

Nach den empirisch basierten Beiträgen zu Beginn folgt nun ein spannender, theoretisch-konzeptioneller Überblick von *Jan Glatter* und *Jan Üblacker* zur Gentrifizierungsforschung in Deutschland und der wissenschaftlichen Reflexion von Gentrifizierung als Forschungsgegenstand.

Die letzten drei Beiträge des Heftes greifen die gesellschaftlichen Veränderungen und die Ausdifferenzierung von Lebensstilen sowie aktuelle Wohnpräferenzen auf. Der erste der drei Beiträge von *Annette Spellerberg* stellt als

einleitender Überblicksartikel aktuelle Entwicklungen in Bezug auf Wohntrends vor und rückt dabei die Themen „Individualisierung“, „Vernetzung“ und „Gemeinschaftliches Wohnen“ in den Fokus.

Der Beitrag von *Rolf Grave* knüpft direkt an das Thema „Gemeinschaftliches Wohnen“ an und zeigt ganz konkret am Beispiel der Stadt Hannover die Nachfrage und das Potenzial, aber auch die Hürden und Schwierigkeiten auf dem Weg zur Realisierung solcher Projekte auf.

Der abschließende Themenbeitrag des Schwerpunktheftes widmet sich den Facetten der Temporalität von Wohnen und Arbeiten und damit der wachsenden Bedeutung multilokaler Wohn-, Arbeits- und Lebensformen. *Caroline Kramer*, *Maya Kretzschmar* und *Leonie Wächter* berichten in einem Gespräch mit *Lena Greinke* und *Rainer Danielzyk* über erste Ergebnisse aus dem DFG-Projekt „Temporalität des Wohnens. Orte der emotionalen Beheimatung und der Alltagspraktiken“.

Neben den acht Themenbeiträgen ist auch die Rubrik „Aus der ARL“ wieder prall gefüllt. Es gibt spannende Veranstaltungsrückblicke und Sie erfahren viel Wissenswertes aus der Arbeit der Gremien der ARL. Außerdem stellen wir Ihnen die Ergebnisse des abgeschlossenen Drittmittelprojektes REINING vor und berichten über verschiedene Aktivitäten des Forums Nachwuchs der ARL.

In der Rubrik „Aus Raumforschung und -planung“ erfahren Sie mehr aus dem Netzwerk Leibniz R und über das Engagement des FRU und seine zahlreichen Aktivitäten zur Nachwuchsförderung.

Das Heft sollte ursprünglich Ende des Jahres 2023 erscheinen, wir bedauern die Verzögerung und bitten um Verständnis. Wir haben alle ein sehr forderndes Jahr hinter uns. Es war durch viele interne und externe Diskussionen zur Zukunft der Akademie und zur Frage geprägt, wie wir die ARL und ihre inter- und transdisziplinären Stärken auch international so aufstellen und strategisch-konzeptionell weiterentwickeln können, um die notwendigen Transformationsprozesse unserer Zeit kritisch begleiten und aktiv mitgestalten zu können.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!



DR. TANJA ERNST

Stabsstelle „Wissenschaftskommunikation“
der ARL

Tel. +49 511 34842 56
tanja.ernst@arl-net.de

AKTUELL

WIE LÄSST SICH BEZAHLBARER WOHNRAUM SCHAFFEN?

Nachgefragt beim Bündnis Bodenwende – ein Gespräch zwischen Monika Thomas (Präsidentin der DASL) und Sabine Baumgart (ARL)

Sabine Baumgart: Das Bündnis Bodenwende ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Akademien, Kammern, Verbänden und Stiftungen aus den Bereichen Architektur und Raumplanung, Umwelt und Naturschutz sowie Soziales und gesellschaftliche Teilhabe. Es konstituierte sich 2020 auf Anregung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) e.V. und hat 2021 u.a. die „Bodenpolitischen Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2021“ veröffentlicht, um die Bedeutung des Themas stärker in den Fokus der öffentlichen Debatten zu rücken. Die ARL ist Bündnispartner und hat die Forderungen des Bündnisses und die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema aktiv unterstützt. Für das Schwerpunktheft der Nachrichten der ARL zum Themenfeld „Wohnen“ möchten wir die Gelegenheit nutzen und Sie, Frau Thomas, als Präsidentin der DASL und Staatsrätin der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen um ein paar kurze Statements und Einschätzungen bitten. Was sind mit Blick auf die Themen „Bezahlbares Wohnen“ und „Lebenswerte Quartiere“ aus ihrer Sicht zentrale Komponenten und übertragbare Beispiele für eine gelungene Mobilisierung von Bauland und Immobilien im Bestand, wenn wir den Bedarf an Wohnraum für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen verbessern wollen?

Monika Thomas: Bauland- und Bauflächenpotenzial, Baurecht und finanzielle Unterstützung sind nach wie vor die Kernelemente. Im Wohnungsbestand ist in der Regel die Kommune, bis auf kommunale Wohnungsbaugesellschaften, nicht Eigentümerin, bisweilen ist sie Erbbaurechtgeberin. Es lohnt sich vor dem Hintergrund der steigenden Baulandpreise, den Bestand mit den unterschiedlichen Möglichkeiten der Weiterentwicklung durch Ergänzungsbauten, Dachaufstockungen und Anbauten (erneut) näher anzuschauen. Die Vermeidung von Grunderwerbskosten wirkt sich beachtlich kostenreduzierend aus. Als Anreiz bedarf es eines auf die Bestandsentwicklung angepassten Baurechts. Dafür ist die Verstetigung der Erleichterungen aus dem Baulandmobilisierungsgesetz eine Notwendigkeit. Entwicklungspotenziale werden perspektivisch im Sinne eines möglichst geringen Flächenverbrauchs in der Aktivie-

rung von Brachen, Leerstand und untergenutzten Grundstücken liegen. Wir werden uns immer mehr an Transformationen und den selbstverständlichen Umgang damit gewöhnen. Hier bedarf es baurechtlicher Weichenstellungen. In den 1970er Jahren wurde für besondere Transformationsvorhaben das besondere Städtebaurecht entwickelt. Wenn wir uns nun heute das Ziel stecken, die Bedarfe weitestgehend im Bestand zu realisieren, stellt sich die Frage, ob die Anwendung des besonderen Städtebaurechts oder Teile davon nicht zum Standard werden müssten. Dies bedarf einer zielgerechten Analyse, um dann ggf. zu einer Straffung der vorbereitenden Untersuchungen und schnelleren Anwendbarkeit zu kommen. Außerdem wird es zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum erforderlich sein, dass die Festsetzungsmöglichkeiten für bezahlbares bzw. gefördertes Wohnen im BauGB weiter ausgebaut und gefestigt werden. Und zusätzlich braucht es attraktive Fördermöglichkeiten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Ohne diese geht es bei Sicherung und Ausweitung von bezahlbarem Wohnraum nicht; die Angebotsmieten im Neubau rücken zunehmend an 20 €/m² [Steinbeis-CRES, Marktanalyse des Hamburger Wohnungsmarktes, 2023; ergänzende Anm. auf Nachfrage der Red.] heran. Es braucht eine Subvention mit möglichst langen Belegungsbindungen. Und gerade in der Entwicklung des Bestandes stecken in Zukunft viele Chancen: Das Kombinieren energetischer Erfordernisse (Sanierung und dezentrale Energiegewinnung) mit An-, Aus- und Neubaumaßnahmen ermöglicht es, Angebotsdefizite passgenau abzubauen, um ein breit gefächertes Wohnungsangebot im Sinne von altersgerecht, barrierefrei, aber auch für Großfamilien sowie mit klimaangepassten Freiräumen und Räumen für Homeoffice und soziales Engagement anzubieten.

Sabine Baumgart: Welches sind dabei die entscheidenden Stellschrauben zur Bereitstellung von angemessenem Wohnraum in einer auf Nachhaltigkeit und Gemeinwohl ausgerichteten Bodenpolitik der Kommunen und Regionen aus rechtlicher, finanzieller, verfahrensorganisatorischer und räumlicher Sicht?

Monika Thomas: Eine wichtige Stellschraube ist nach wie vor eine aktive kommunale Liegenschaftspolitik mit Grundstücksvergaben im Erbbaurecht und im Konzeptverfahren. Eine eigene stabile Bodenpolitik ist auch für die sogenannten Wohnungsbestandhalter, ob genossenschaftlich oder privat relevant. Auch sie sind herausgefordert, ihre Bestände nachhaltig in Wert zu halten durch Sanierung und Schaffung von passenden, nachgefragten Angeboten. Die Wohnungsbauförderung wird weiter erhöht werden müssen und sich stärker einer kombinierten Förderung aus Bestandsmodernisierung und Neubau zuwenden müssen. Kriterien wie Flächeneffizienz, Barrierefreiheit und Klimaanpassung werden mit der Förderung zu kombinieren sein. Das Baurecht wird sich stärker an Notwendigkeiten aus dem Klimaschutz und für bezahlbaren Wohnraum auszurichten haben und in der Kombination mit städtebaulichen Verträgen intensiv quartiersgerecht wirken müssen. Die Kommunen werden ein gutes Monitoring des Wohnungsbestandes benötigen, um vorausschauend ihre Ziele setzen zu können und nicht in eine wohnungspolitische Schieflage zu kommen. Die kommunalen Ausbaupotenziale sind in ihren bestehenden Grenzen unterschiedlich ausgeprägt und in manchen Städten bereits heute sehr begrenzt. Die Regionalplanung mit einem auf ÖPNV- und Klimaerfordernissen basierendem System zentraler Orte bedarf aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten, insbesondere in den Metropolregionen, stärkerer rechtlicher und kooperativer interkommunaler Umsetzungsbegleitung.

Sabine Baumgart: Und wie können relevante Akteure/Akteursgruppen, wie Grundeigentümer/innen, Immobiliengesellschaften, Fonds, Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften verstärkt in kommunale und regionale wohnungspolitische Strategien eingebunden werden?

Monika Thomas: Interessant ist hier ein Blick in die Geschichte des öffentlichen Vergaberechtes. Es ist darauf ausgerichtet, dass alle am Bau Beteiligten diskriminierungsfrei mitwirken können und ist vor gut hundert Jahren aus einer Kooperation aller Akteure, wie Planern, Handwerkern, Bauindustrie, öffentliche Hand etc. entstanden. Noch heute werden aus einem so besetzten Ausschuss die Vorgaben entwickelt und dann über eine öffentlich-rechtliche Verordnung in Kraft gesetzt. Dieses Bündnis sichert Strukturen zu fairen Bedingungen. Für die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum mag es dauerhaft etwas Ähnliches benötigen. Das Bündnis für bezahlbares Wohnen in Hamburg ist in diesem Sinne seit über 10 Jahren sehr erfolgreich und auch in den aktuellen Krisenjahren ist es von Zusammenhalt geprägt. Basis ist eine schriftliche Vereinbarung zu wohnungs-, klima- und sozialpolitischen Aspekten. Dabei wurden auch Regelungen des Wohnraumschutzes und Mietrechtes konsequent vereinbart und umgesetzt. Wichtiges Element eines Erfolges ist daher eine intensive und verbindliche Kooperation aller verantwortlichen Beteiligten, insbesondere der unterschiedlichen Stakeholder in der Wohnungswirtschaft, der Kommune und den Mietervertretungen. Die Vielfalt der Wohnungsanbieter, insbe-

sondere die Vielfalt der unterschiedlichen Bestandhalter, und deren Einbeziehung ist Garant für zukünftige sozial gemischte Quartiere und eine gelebte Gemeinwohlverpflichtung. Am wirksamsten sind feste, unterschriebene Vereinbarungen mit gemeinsamen Zielen – auch wenn der Verhandlungsweg lang sein kann und es des kontinuierlichen Austausches und der Pflege bedarf. Gerade im Sinne einer nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung ist die Kooperation aller Fachdisziplinen erforderlich: Stadtentwicklung, Umwelt/Klima, Soziales, Arbeit, Gesundheit, Wirtschaft und Kultur. Der Wohnungsbau war in den letzten Jahrzehnten ein interessanter Anlagemarkt für in- wie ausländisches Kapital. Das hat sich geändert. Der zusätzliche Wohnungsbedarf besteht weiterhin. Daher werden wir daran arbeiten müssen, für den Wohnungsbau neue Stakeholder zu finden. Das können Unternehmen sein, deren Mitarbeitende keinen Wohnraum finden. Hier schnell Anreize zu entwickeln für einen neuen „Betriebswohnungsbau“ und die Gewinnung dieser Bedarfsträger als Verbündete liegt auf der Hand. Und ebenso sind wir verpflichtet, Rezepte für die Reduzierung des Wohnflächenverbrauchs pro Person zu finden.

Sabine Baumgart: Ich bedanke mich für das inspirierende und pointierte Gespräch! Wir werden auch in Zukunft die Themen „Bodenwende“ und „Wohnen“ im Blick behalten.



MONIKA THOMAS

ist Staatsrätin der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen und amtierende Präsidentin der DASL.



PROF. DR. SABINE BAUMGART

war Professorin an der TU Dortmund und ist Partnerin bei BPW Stadtplanung, Bremen. Seit 2013 ist sie Mitglied der ARL. Sie war 2017 bis 2018 Vizepräsidentin und von 2019 bis 2022 Präsidentin der ARL.

THEMA

Frank Osterhage

NACH DER PANDEMIE

Wohnstandortentscheidungen in Stadt und Land

Seit dem Frühjahr 2020 hat die Coronapandemie Politik und Gesellschaft weltweit für rund drei Jahre in Atem gehalten, bevor sie ihren Schrecken weitgehend verlor und die Schutzmaßnahmen in Deutschland ausliefen. Nachdem über die Auswirkungen auf die Raumentwicklung in Stadt und Land zunächst nur spekuliert werden konnte, sind hierzulande mittlerweile zunehmend datenbasierte Untersuchungen möglich. In diesem Beitrag soll in einem ersten Schritt auf die wichtigsten Wirkungsketten im Bereich der Wohnstandortentscheidungen eingegangen werden. In einem zweiten Schritt werden dann Wanderungsdaten genutzt, um wesentliche Veränderungen beim Wanderungsgeschehen aufzuzeigen. Wanderungsdaten basieren auf statistischen Informationen über Bevölkerungsbewegungen auf verschiedenen Raumebenen und umfassen Zuzüge, Fortzüge und Salden nach Quelle und Ziel der Wanderungen. In diesem Beitrag geht es um die Frage, wie die räumlichen Auswirkungen der Pandemie hinsichtlich Richtung, Stärke und Dauer der Wanderungen zu bewerten sind.

Kurz- und längerfristige Auswirkungen der Pandemie

Recht bald nach Beginn der Pandemie zeigte sich, dass die räumliche Mobilität insbesondere bei Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes abgenommen hat. Pandemiebedingte Einschränkungen bei der Ein- bzw. Ausreise, Änderungen von Wanderungsplänen aufgrund der entstandenen Unsicherheiten und andere Gründe führten zu weniger grenzüberschreitenden Bewegungen (Stawarz/Rosenbaum-Feldbrügge/Sander et al. 2022). Dies wirkte sich vor allem auf die Wanderungsbilanzen der größeren Städte aus, deren Wachstum in den Jahren zuvor stark durch die Zuwanderung aus dem Ausland getragen wurde (Rink/Haase/Leibert et al. 2022).

Mit Blick auf die Auswirkungen der Coronapandemie bilden Studierende eine interessante Gruppe. Sie passten ihr Wanderungsverhalten schnell und stark an die veränderten Rahmenbedingungen an. Während der Pandemie wurde die Präsenzlehre für mehrere Semester weitgehend ausgesetzt und durch Formate der Online-Distanzlehre ersetzt. Damit fiel für viele Studierende der zentrale Grund

weg, an den Ort oder in die Region der Hochschule zu ziehen. Für Studienanfänger/innen war es – nicht zuletzt aus finanziellen Gründen – eine Option, die weitere Entwicklung abzuwarten, um gewissermaßen zeitverzögert mit Wiederaufnahme der Präsenzlehre den Wohnort zu wechseln (Luppi/Rosina/Sironi 2021). Für Studierende, die sich am Ende des Studiums befanden, war dagegen die Überlegung naheliegend, die Zelte am Hochschulstandort vorzeitig abubrechen. Beide Reaktionsweisen waren an den Wanderungsbilanzen von Städten mit größeren Hochschulen ablesbar.

Wenn es um die Wohnstandortentscheidungen von erwerbstätigen Personen geht, rücken durch die Pandemie ausgelöste Veränderungen in der Arbeitswelt in den Mittelpunkt. Homeoffice und andere Formen des ortsunabhängigen Arbeitens haben einen deutlichen Schub erfahren (Alipour/Falck/Schüller 2020). Dies ist von großer Relevanz für das Wanderungsgeschehen, da der mit dem Weg zur Arbeitsstelle verbundene Aufwand in vielen Fällen als limitierender Faktor bei der Wahl eines Wohnstandortes wahrgenommen wird. Homeoffice-Modelle dürften dazu führen, dass der Suchraum bei solchen Entscheidungen größer wird. In der Konsequenz können sich mehr Optionen ergeben, die bestehenden Bedürfnisse und Präferenzen in Bezug auf die Wohnung und das Wohnumfeld umzusetzen. Zahlen aus dem Jahr 2022 sprechen dafür, dass der Anteil der Menschen, die zumindest teilweise im sogenannten Homeoffice arbeiten, erheblich über dem Vor-Corona-Niveau bleiben wird (Statistisches Bundesamt 2023).

Während der Coronapandemie und insbesondere in den Phasen der Lockdowns veränderten sich das Alltagsleben und die Aktionsräume der Menschen spürbar. Es wurde mehr Zeit in der Wohnung und im direkten Wohnumfeld verbracht. Diese Erfahrungen haben sich in den wohnungs- und wohnumfeldbezogenen Ansprüchen niedergeschlagen. Größere Wohnflächen und zusätzliche Zimmer waren gefragt, private und öffentliche Freiräume standen hoch im Kurs (Dolls/Mehles 2021). Und dazu passende Wohnangebote wurden eher mit suburbanen und ländlichen Standorten in Verbindung gebracht (Eisfeld/Just 2021). Es stellt sich jedoch die Frage, in welchem Um-

fang solche veränderten Wohnwünsche tatsächlich Haushalte dazu veranlassen, eine Wanderungsentscheidung zu treffen und ihren bisherigen Wohnstandort aufzugeben (Münter/Garde/Osterhage 2022).

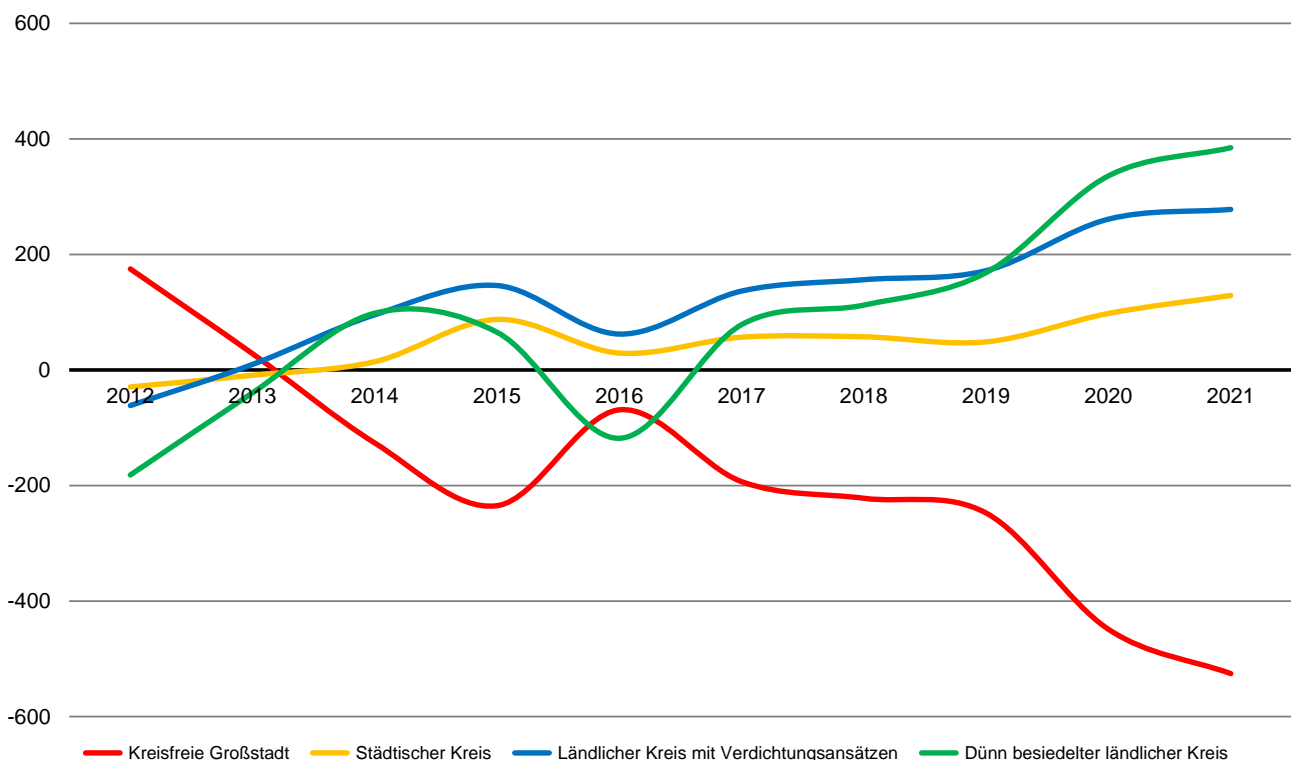
Die Möglichkeit, Wanderungspläne zu realisieren, hängt in der Regel ganz wesentlich von finanziellen Spielräumen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Die Folgen der Coronapandemie führten, trotz energischer staatlicher Gegenmaßnahmen, diesbezüglich bei vielen Menschen zu Unsicherheiten und Herausforderungen (Stawarz/Rosenbaum-Feldbrügge/Sander et al. 2022). Daraus resultierte wahrscheinlich ein dämpfender Effekt auf räumliche Mobilität, da diese häufig mit nennenswerten Transaktionskosten oder größeren Investitionen einhergeht. Weiterhin ist in einer solchen Situation eine steigende Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum zu erwarten, was sich ebenfalls auf die räumlichen Muster beim Wanderungsgeschehen auswirken kann.

Pandemie als Booster für Dezentralisierungstrend

Die Wanderungsstatistik ist eine Vollerhebung aller Zuzüge und Fortzüge über Gemeindegrenzen. Sie bietet die Grundlage, um Entwicklungen beim Wanderungsgeschehen zu analysieren. Als dieser Beitrag im August 2023 fertiggestellt wurde, lagen die Daten für das gesamte Bundesgebiet bis zum Jahr 2021 vor. Für einzelne Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen standen zusätzlich bereits

Zahlen für das Berichtsjahr 2022 zur Verfügung. Damit sind mittlerweile Analysen dazu möglich, wie sich das Wanderungsgeschehen in den ersten Jahren nach Beginn der Coronapandemie hierzulande verändert hat.

Um räumliche Muster identifizieren zu können, wurden die vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) entwickelten siedlungsstrukturellen Kreistypen verwendet. Diese Typisierung umfasst die vier Kategorien „kreisfreie Großstadt“ und „städtischer Kreis“ sowie „ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen“ und „dünn besiedelter ländlicher Kreis“. Gegenstand der Betrachtung sind die jährlichen Wanderungssalden, die auf die Einwohnerzahlen der verschiedenen Raumkategorien bezogen wurden (Abb. 1). Die berechneten Werte für den zehn Jahre umfassenden Zeitraum von 2012 bis 2021 lassen eine Trendverschiebung beim Wanderungsgeschehen erkennen. In der ersten Hälfte des betrachteten Abschnitts erzielten die kreisfreien Großstädte zumeist mit einem deutlichen Abstand die höchsten Wanderungsgewinne. Doch bereits vor der Coronapandemie haben sich die Salden der vier Raumkategorien weitgehend angeglichen. Mit dem Jahr 2020 ergab sich dann ein weiter verändertes Bild: Die kreisfreien Großstädte wiesen die deutlich ungünstigste Bilanz unter den vier Raumkategorien auf und mussten insgesamt leichte Wanderungsverluste hinnehmen. Auch bei den städtischen Kreisen war ein leichter Rückgang der Wanderungsgewinne gegenüber den Vorjahren festzustellen. Im Gegensatz dazu konnten die ländlichen Kreise mit



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Regionaldatenbank Deutschland; eigene Berechnungen

Abb. 1: Wanderungen über Gemeindegrenzen: Salden je 100.000 Einwohner/innen nach siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland 2012 bis 2021

Verdichtungsansätzen und die dünn besiedelten ländlichen Kreise offenbar von den Auswirkungen der Coronapandemie profitieren, da ihre Wanderungsgewinne größer wurden. Sie lagen bei einem Vergleich der Wanderungssalden nun klar erkennbar vorne. Im Jahr 2021 blieb die Rangfolge unter den Raumkategorien unverändert, die Abstände zwischen den Salden stellten sich ähnlich dar. Damit setzte sich der Trend zur räumlichen Dezentralisierung beim Wanderungsgeschehen im zweiten Jahr nach Beginn der Pandemie fort.

Für ein besseres Verständnis dieses Geschehens empfiehlt es sich, zwischen Außenwanderungen über Staatsgrenzen und Binnenwanderungen innerhalb des Bundesgebietes zu unterscheiden. Die für die Binnenwanderungen berechneten Salden sprechen dafür, dass der Dezentralisierungstrend bereits einige Jahre vor der Coronapandemie eingesetzt hat (Abb. 2). Trotzdem ist auch hier an den Werten zu erkennen, dass sich dieser Trend mit Beginn der Pandemie verstärkt hat. Sowohl die Verluste der kreisfreien Großstädte als auch die Gewinne der dünn besiedelten ländlichen Kreise wurden größer, sodass die Schere zwischen den Salden bei den Binnenwanderungen weiter auseinandergegangen ist. Ein interessantes Detail betrifft das letzte Jahr im Betrachtungszeitraum: Anders als bei der zuvor vorgenommenen Betrachtung für alle Wanderungen über Gemeindegrenzen haben sich die Unterschiede zwischen den Raumkategorien im Jahr 2021 noch einmal ein wenig verstärkt.

Aufschlussreich sind an dieser Stelle aktuelle Wanderungsdaten für das Land Nordrhein-Westfalen. Sie machen deutlich, dass sich bei den Binnenwanderungen auch im Jahr 2022 keine Rückkehr zu den vor der Pandemie bestehenden Verhältnissen abzeichnet. Vielmehr konnten dort die dünn besiedelten ländlichen Kreise noch einmal günstigere Bilanzen verzeichnen.

Weitere Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn Wanderungsstromdaten zwischen der Quelle und dem Ziel von Wanderungen untersucht werden. Abbildung 3 zeigt beispielhaft für die vier größten Städte in Deutschland, wie die Wanderungsbilanzen gegenüber den Kreisen und kreisfreien Städten im übrigen Bundesgebiet in den Jahren 2020 und 2021 ausgefallen sind. Es ist eindrucksvoll zu erkennen, dass sich die Wanderungsverluste der großen Städte im betrachteten Zeitraum nicht auf das nähere Umland beschränkten. Vielmehr haben sich große zusammenhängende Gebiete herausgebildet, bei denen aus Sicht der Metropolen die Fortzüge die Zuzüge übersteigen. Im Fall von Berlin galt dies für sämtliche Gebietseinheiten auf Kreisebene in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch für einige Kreise in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Um Hamburg ist eine „Abwanderungszone“ zwischen Bremen und Flensburg zu erkennen, die zudem entlang der Ostseeküste weit nach Mecklenburg-Vorpommern hineinreichte. Die Stadt München verzeichnete fast ohne Ausnahme Wanderungsverluste gegenüber den Gebietseinheiten in den Landesteilen Oberbayern und Niederbayern.

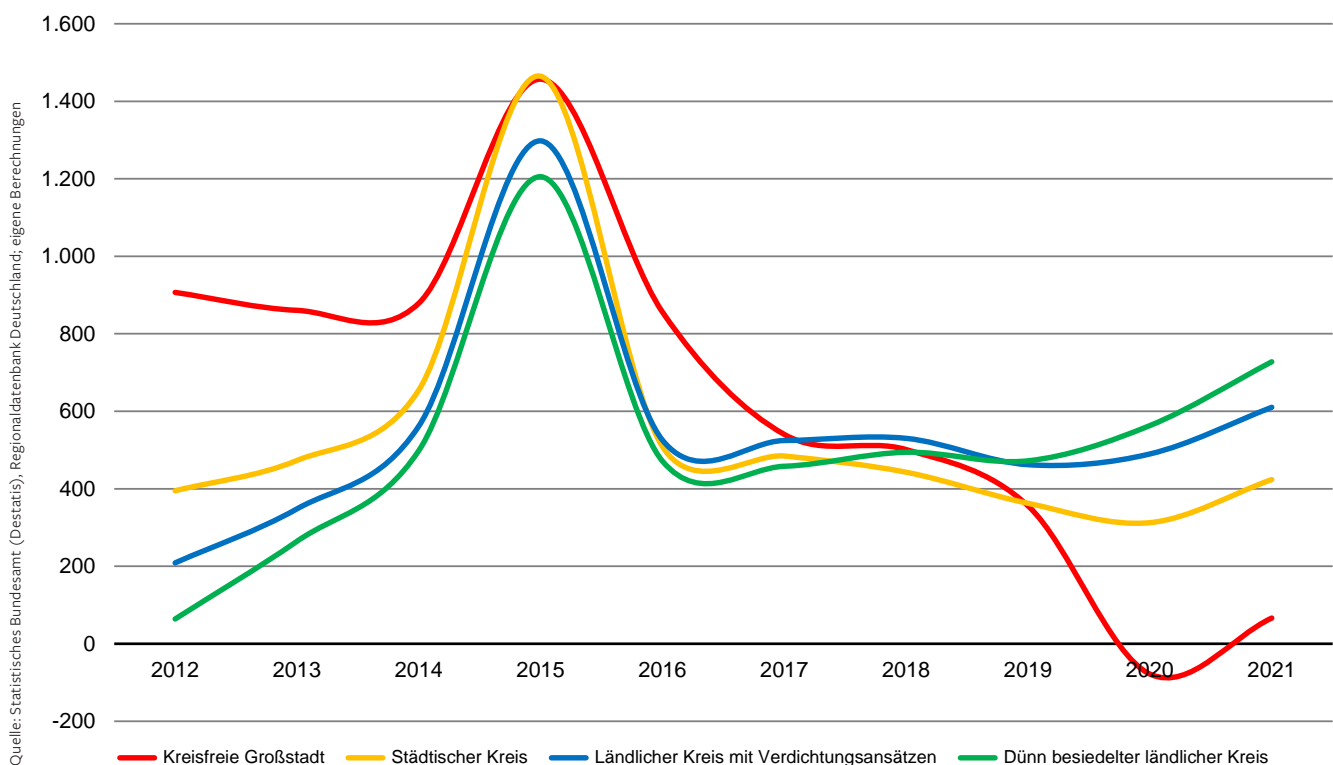
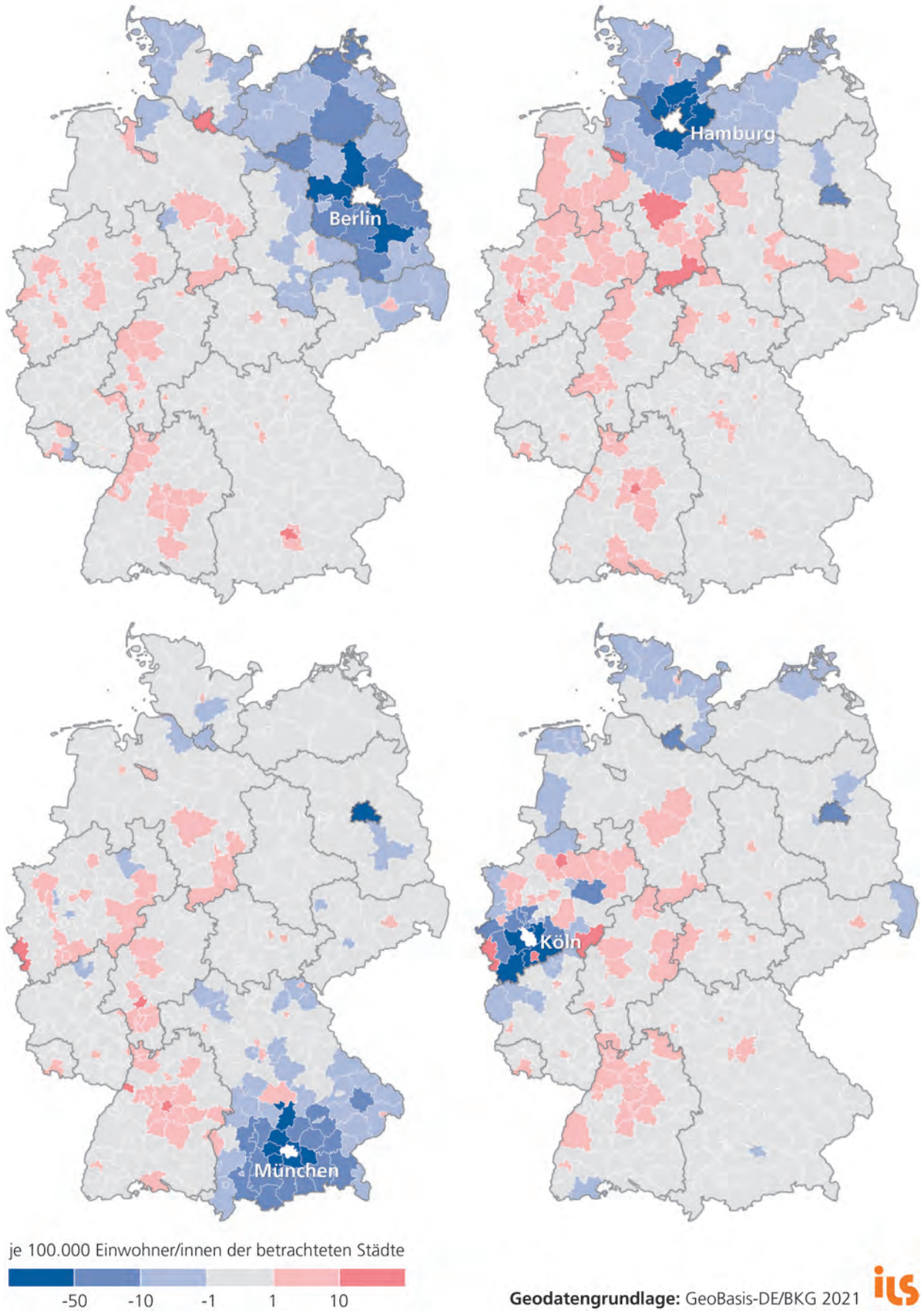


Abb. 2: Binnenwanderungen innerhalb des Bundesgebietes: Salden je 100.000 Einwohner/innen nach siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland 2012 bis 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Kreiswanderungsmatrix; eigene Berechnungen

Abb. 3: Bilaterale Wanderungssalden der Städte Berlin, Hamburg, München und Köln mit den Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland, Mittelwerte der Jahre 2020 und 2021 je 100.000 Einwohner/innen der betrachteten Städte

Und auch im Fall der vierten Millionenstadt Köln erstrecken sich die negativen Wanderungssalden nicht allein auf den traditionellen „Speckgürtel“ um die Kernstadt, sondern reichten darüber hinaus und erfassten weite Teile der Eifel und andere eher ländlich geprägte Kreise. Hinzu kommen leichte Verluste gegenüber einigen weiter entfernt gelegenen, dispers im Raum verteilten Kreisen, was vor allem bei den Städten München und Köln zu erkennen ist.

Die identifizierten räumlichen Muster sprechen dafür, dass ein Zusammenspiel von verschiedenen Wanderungsarten für die günstigen Bilanzen von vielen ländlichen Kreisen gesorgt hat (Bertelsmann Stiftung 2023). Die größte Bedeutung kommt vermutlich Stadt-Umland-Wanderungen zu, deren Kraft in den vergangenen Jahren zugenommen hat und die vielerorts über die bisherigen Grenzen der Stadtregionen führen. Zudem ergeben sich Hinweise darauf, dass Rückwanderungen in die Heimat oder an einen anderen früheren Wohnort für den Dezentralisierungstrend relevant sind. Außerdem dürften sogenannte Lebensstil-Wanderungen, die zum Beispiel auf landschaftlich attraktive Regionen in Küstennähe ausgerichtet sind, zum Aufschwung ländlicher Kreise beigetragen haben.

Fazit: Was bleibt ...

Die Coronapandemie hat sich auf vielfältige Art und Weise auf die Wohnstandortentscheidungen von Haushalten und damit auf das Wanderungsgeschehen ausgewirkt. Nach den vorliegenden Ergebnissen kann davon ausgegangen werden, dass die Pandemie den Trend zur räumlichen Dezentralisierung verstärkt hat – sowohl in Bezug auf die Intensität als auch auf die Reichweite. Etwas mehr als drei Jahre nach Beginn der Pandemie gehören einige der Auswirkungen wieder der Vergangenheit an oder haben sich zumindest deutlich relativiert. Hierzu gehören das Wanderungsverhalten von Studierenden oder die Abnahme bei den grenzüberschreitenden Wanderungen. Zudem haben in der Zwischenzeit andere Treiber der Raumentwicklung wie die Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienmärkte oder der Energie- und Mobilitätskosten neu oder wieder an Bedeutung gewonnen. Sie überlagern die Auswirkungen der Coronapandemie zunehmend und lassen diese in den Hintergrund treten (Münter/Garde/Osterhage 2022; Bertelsmann Stiftung 2023). Anders stellt sich die Situation bei den Veränderungen in der Arbeitswelt dar. Der Anteil der Menschen, die teilweise im Homeoffice arbeiten, hat offenbar dauerhaft ein höheres Niveau erreicht. Diese Entwicklung hat das Potenzial, das Wanderungsgeschehen langfristig zu beeinflussen und hierbei die Verhältnisse zwischen Stadt und Land ein Stück weit neu zu sortieren (Stawarz/Rosenbaum-Feldbrügge/Sander et al. 2022).

Literatur

- Alipour, J.-V.; Falck, O.; Schüller, S. (2020): Homeoffice während der Pandemie und die Implikationen für eine Zeit nach der Krise. In: ifo Schnelldienst 73 (7), 30-36.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2023): Comeback ländlicher Räume? Wanderungsbewegungen in Nordrhein-Westfalen. Gütersloh.
- Dolls, M.; Mehles, J.-C. (2021): Wie beeinflusst die Corona-Pandemie die Wohnortpräferenzen? Evidenz aus einer großangelegten Umfrage in Deutschland. In: ifo Schnelldienst 74 (8), 27-31.
- Eisfeld, R. K.; Just, T. (2021): Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die deutschen Wohnungsmärkte. Düsseldorf. = IMK Study 74.
- Luppi, F.; Rosina, A.; Sironi, E. (2021): On the changes of the intention to leave the parental home during the COVID-19 pandemic: a comparison among five European countries. In: Genus (77) 10. doi.org/10.1186/s41118-021-00117-7
- Münter, A.; Garde, L.; Osterhage, F. (2022): Wohnen nach Corona. Einflüsse der Pandemie auf Wohnstandortentscheidungen. Dortmund. = ILS-Impulse 02/22.
- Rink, D.; Haase, A.; Leibert, T.; Wolff, M. (2022): COVID-19 als Ursache temporärer Schrumpfung: Zur Einwohnerentwicklung der 15 größten deutschen Städte im Jahr 2021. Leipzig. = UFZ Discussion Papers 5/2022.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2023): Knapp ein Viertel aller Erwerbstätigen arbeitete 2022 im Homeoffice. Zahl der Woche Nr. 28 vom 11. Juli 2023. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2023/PD23_28_p002.html#:~:text=Zahl%20der%20Woche%20Nr.,Statistische%20Bundesamt%20\(Destatis\)%20mitteilt\(31.08.2023\)](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2023/PD23_28_p002.html#:~:text=Zahl%20der%20Woche%20Nr.,Statistische%20Bundesamt%20(Destatis)%20mitteilt(31.08.2023)).
- Stawarz, N.; Rosenbaum-Feldbrügge, M.; Sander, N.; Sulak, H.; Knobloch, V. (2022): The impact of the COVID-19 pandemic on internal migration in Germany: A descriptive analysis. In: Population, Space and Place. doi.org/10.1002/psp.2566



FRANK OSTERHAGE

ist am ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung verantwortlich für den Themenbereich „Lebendige Zentren“. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören außerdem Trends der Raumentwicklung sowie Wanderungs- und Wohnstandortentscheidungen von Haushalten.

Tel. +49 231 9051 216
frank.osterhage@ils-forschung.de

Manfred Miosga, Janis Schiffner, Lisa Maschke

WOHNRAUMVERSORGUNG UND FLÄCHENSPIAREN

Ansätze für eine Vereinbarkeit

Konflikte um Flächen nehmen zu. Dabei werden die Belange der Sicherung einer angemessenen Wohnraumversorgung und die Notwendigkeit der Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme häufig als Gegensätze diskutiert. Zusätzliche Wohnraumbedarfe werden als Argument angeführt, um regulierende Eingriffe hinsichtlich des sorgsameren Umgangs mit Flächen zu lockern und Kommunen zur raschen Bereitstellung von neuen Wohnflächen zu drängen. Damit soll dem anhaltenden Mangel an (preisgünstigem) Wohnraum sowie den steigenden Mieten insbesondere in Agglomerationsräumen begegnet werden. Periphere Räume haben hingegen weiterhin vielfach mit Leerständen und einer Verödung der Ortskerne zu kämpfen (BSBK 2018; BBSR 2020). Auch hier wird die Antwort auf diese eigentlich widersprüchlichen Herausforderungen vielfach im Bau neuen Wohnraums gesehen. Durch attraktive Baugebiete außerhalb der Kleinstadt- und Dorfkerns sollen Zuzug generiert, eine demographische Stabilisierung und damit auch eine Revitalisierung der Orte erreicht werden.

Dem zunehmenden Druck zur Neuausweisung von Wohnbauflächen stehen die Bemühungen entgegen, die Neuinanspruchnahme von Flächen zu verringern und auf Netto-Null im Sinne einer Flächenkreislaufwirtschaft zu setzen. Denn um die menschliche Existenz so zu organisieren, dass sie nicht dauerhaft die Regenerationsfähigkeit der Biosphäre zerstört bzw. unterminiert, sind freie Flächen der Schlüssel. Sie sind notwendig, um ausreichend sauberes Trinkwasser bereitzustellen und um Niederschlagswasser zurückzuhalten. Sie sind elementar für die Wiederherstellung einer artenreichen und stabilen Biosphäre, für eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion, als CO₂-Senke für wirksamen Klimaschutz, für die Produktion und nachhaltige Nutzung nachwachsender Rohstoffe im Rahmen des Ausbaus der Bioökonomie oder für die rasche Umsetzung der Energiewende und die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen, Windkraftwerken und Leitungstrassen (WBGU 2020).

Wie können nun Strategien gefunden werden, um Wohnraumversorgung und Flächensparen zu vereinbaren? Eine Studie zum Spannungsfeld Flächensparen und Wohnraumversorgung in Bayern versucht aufzuzeigen, dass sich Lösungen für die beschriebenen großen ökologischen und sozialen Herausforderungen nicht zwangsweise ausschließen müssen (Miosga/Schiffner/Hafner et al. 2021).

Wohnraumentwicklung und Flächensparen in Bayern

Die Fortsetzung des aktuellen Entwicklungspfad in Bayern mit einer anhaltend hohen Neuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen von über 10 Hektar pro Tag (s. Abb. 1) führt zu einem zunehmenden Verlust an gewachsener Kulturlandschaft. Das von der Bayerischen Staatsregierung selbst gesetzte und im Landesplanungsgesetz verankerte Ziel, den Flächenverbrauch unter 5 ha pro Tag zu drücken, wird kontinuierlich verfehlt.

Der wesentliche Treiber für den Flächenverbrauch in den letzten Dekaden sind dabei die neu ausgewiesenen Flächen für Wohnen. Der Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsflächen hat sich seit langem von der Einwohner- und Arbeitsplatzentwicklung entkoppelt: Die Flächen, die pro zusätzlichem Einwohnenden bzw. Arbeitsplatz aufgewendet werden, sind kontinuierlich angestiegen. Dabei sind jedoch räumliche Differenzierungen relevant. Während absolut betrachtet die bayerischen Großstädte mit über 400.000 Einwohnenden (EW) in den Jahren 2000 bis 2019 fast die Hälfte des Bevölkerungszuwachses aufnahmen, haben sie nur 5% des gesamten bayerischen Wohnflächenzuwachses in Anspruch genommen. Demgegenüber sind Kommunen mit weniger als 6.500 EW für 60% des Zuwachses für Siedlungs- und Verkehrsflächen verantwortlich und ziehen damit lediglich 12% des Zuwachses an EW und 22% des Arbeitsplatzzuwachses auf sich. Besonders ernüchternd ist die Bilanz der über 1.200 kleinsten Gemeinden mit unter 3.500 EW, die mehr als die Hälfte der bayerischen Kommunen ausmachen: Sie haben ihre Wohnbaufläche zwischen 2000 und 2019 um knapp 40% ausgeweitet – das sind über 30% der gesamten Neuausweisungen –, aber nur 3% des Zuwachses an EW aufgenommen (s. Tab. 1). So konnte im Fall der kleinsten Kommunen mit weniger als 1.500 EW der Einwohnerrückgang auch durch Neuausweisungen nicht aufgehalten werden.

In Bayern waren knapp 90% der in diesem Zeitraum errichteten Wohngebäude Ein- oder Zweifamilienhäuser. Dennoch wurden 44,4% der neuen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit mehr als 3 Wohneinheiten bereitgestellt, die vor allem in den großen Städten errichtet wurden. Entsprechend ist auch die Quote von Ein- und Zweifamilienhäusern an der Anzahl der Wohngebäude fortlaufend gestiegen und liegt mittlerweile bei 85,7%. Dies spiegelt sich in einer zunehmend divergierenden Wohnflächenversor-

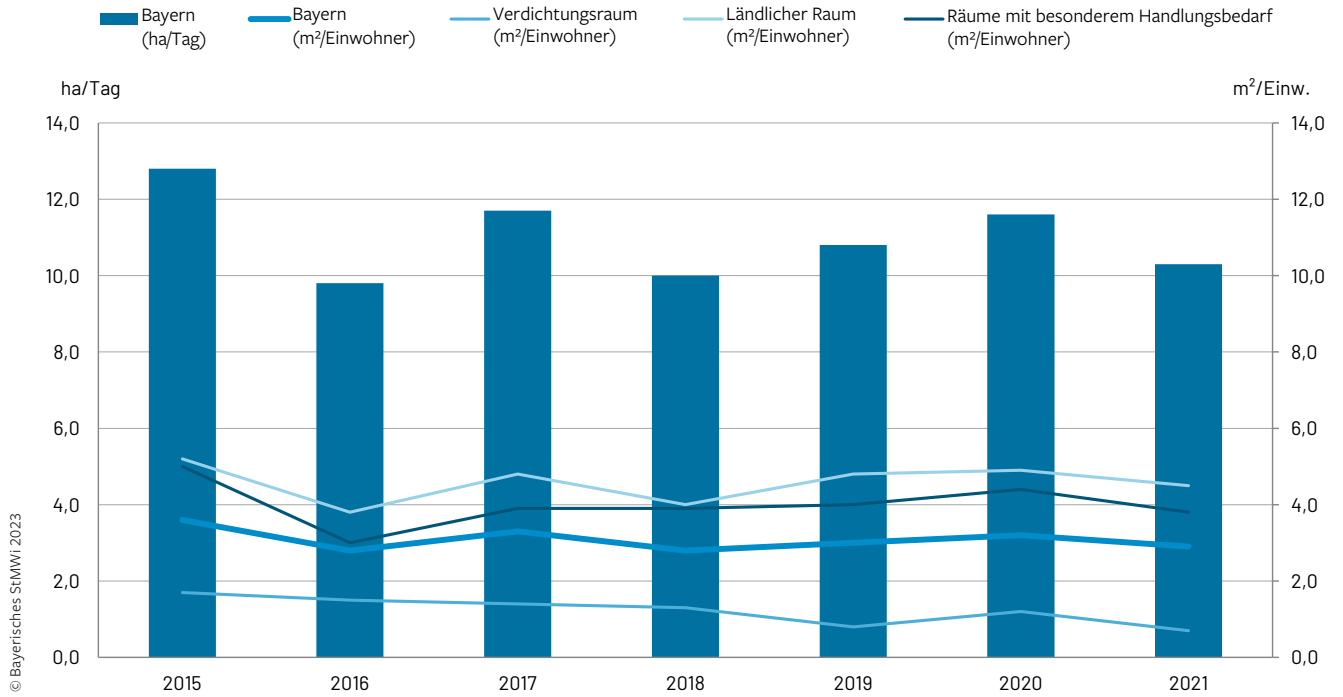


Abb. 1: Flächenverbrauch in den Raumkategorien Bayern; Quelle: Eigene Berechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik

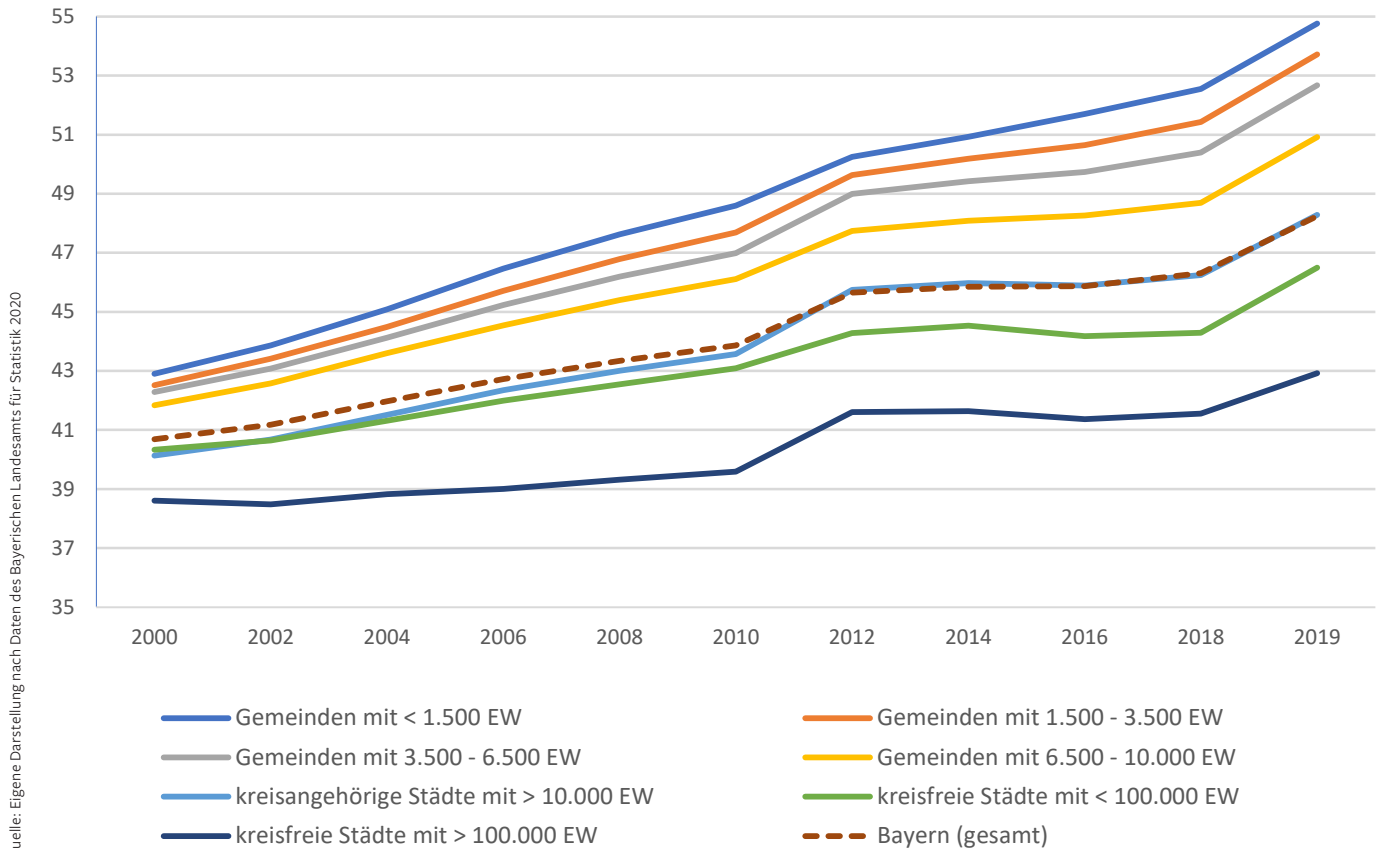


Abb. 2: Wohnfläche je Einwohner in m² von 2000–2019 nach Gemeindegröße in Bayern

Entwicklung 2000–2019	Einwohnerzuwachs (absolut)	Anteil an Bevölkerungsentwicklung 2000–2019 in %	Anteil an Entwicklung Wohnbaufläche 2000–2019 in %	Anteil an Entwicklung Industrie- und Gewerbefläche 2000–2019 in %	Anteil an Entwicklung SV-Beschäftigte in % (Referenzzeitraum: 2008–2019)	Anteil an Entwicklung SuV-Fläche 2000–2019 in %
Kreisfreie Städte >100.000 EW [n = 8]	+ 424.399	47,45	5,32	7,84	32,12	3,41
Kreisfreie Städte <100.000 EW [n = 17]	+ 46.263	5,17	3,49	5,97	7,08	3,00
Kreisangehörige Städte und Gemeinden >10.000 EW [n = 207]	+ 241.494	27,00	22,14	27,21	29,71	20,90
Kommunen 6.500 – <10.000 EW [n = 174]	+ 69.085	7,72	12,63	12,94	8,87	12,46
Kommunen 3.500 – <6.500 EW [n = 443]	+ 83.555	9,34	24,69	20,74	13,00	26,90
Kommunen 1.500 – <3.500 EW [n = 748]	+ 38.815	4,34	23,99	18,70	7,39	25,89
Kommunen <1.500 EW [n = 459]	- 9.129	- 1,02	7,73	6,59	1,83	7,43
Bayern gesamt:	+ 894.482	100	100	100	100	100

Quelle: Eigene Berechnung nach Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik 2020

Tab. 1: Kennzahlen der Flächeneffizienz im Zeitraum 2000–2019 nach Größenklassen der Gebietskörperschaften

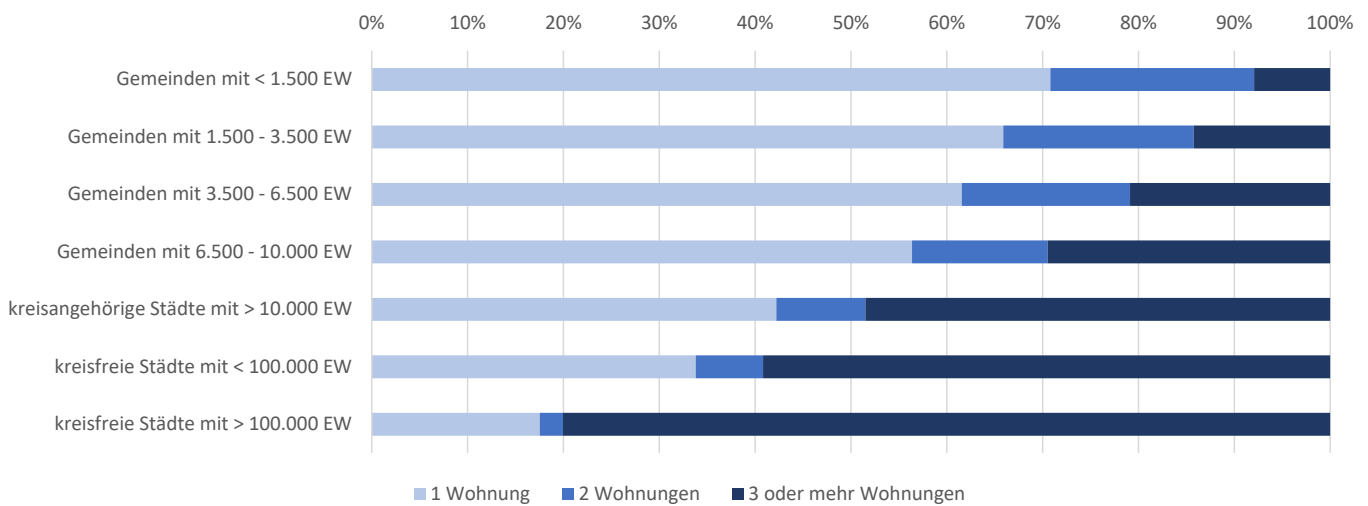


Abb. 3: Baufertigstellungen in Bayern 2000–2019 nach Gemeindegrößenklasse in % (EFH = Einfamilienhaus, ZFH = Zweifamilienhaus, MFH = Mehrfamilienhaus)

Quelle: Eigene Berechnung nach Daten des Bayerischen Landesamts für Statistik 2020

gung wider: In den Gemeinden unter 6.500 EW steht im Durchschnitt eine Wohnfläche von mehr als 52 m² pro Person zur Verfügung. In Großstädten sind es im Durchschnitt 43 m² Wohnfläche pro Person und in den kleinen Gemeinden (unter 1.500 EW) sind es sogar knapp 55 m² pro Kopf (s. Abb. 2).

Zudem haben sich die Haushaltsgrößen deutlich verringert. In den bayerischen Großstädten mit mehr als 100.000 EW bestand 2019 mehr als jeder zweite Haushalt (53%) aus nur einer Person. Aber auch in Gemeinden mit weniger als 5.000 EW leben mittlerweile rund 34% der Menschen in Singlehaushalten (LfStat 2020), zunehmend auch in Einfamilienhäusern.

Zugespitzt kann formuliert werden, dass der hohe Anteil der Bereitstellung von Wohnraum in Form von Einfamilienhäusern in Verbindung mit der steigenden Wohnfläche pro Kopf sowie der zunehmenden Zahl von Singlehaushalten/Alleinlebenden einen erheblichen Teil der Flächenneuinanspruchnahme für Wohnzwecke verursacht und dabei insbesondere kleine Städte und Gemeinden mit ihren Flächenneuausweisungen eine wichtige Rolle spielen.

Notwendiger Wohnraumbedarf in Bayern – eine Kritik der Wohnbedarfsanalyse

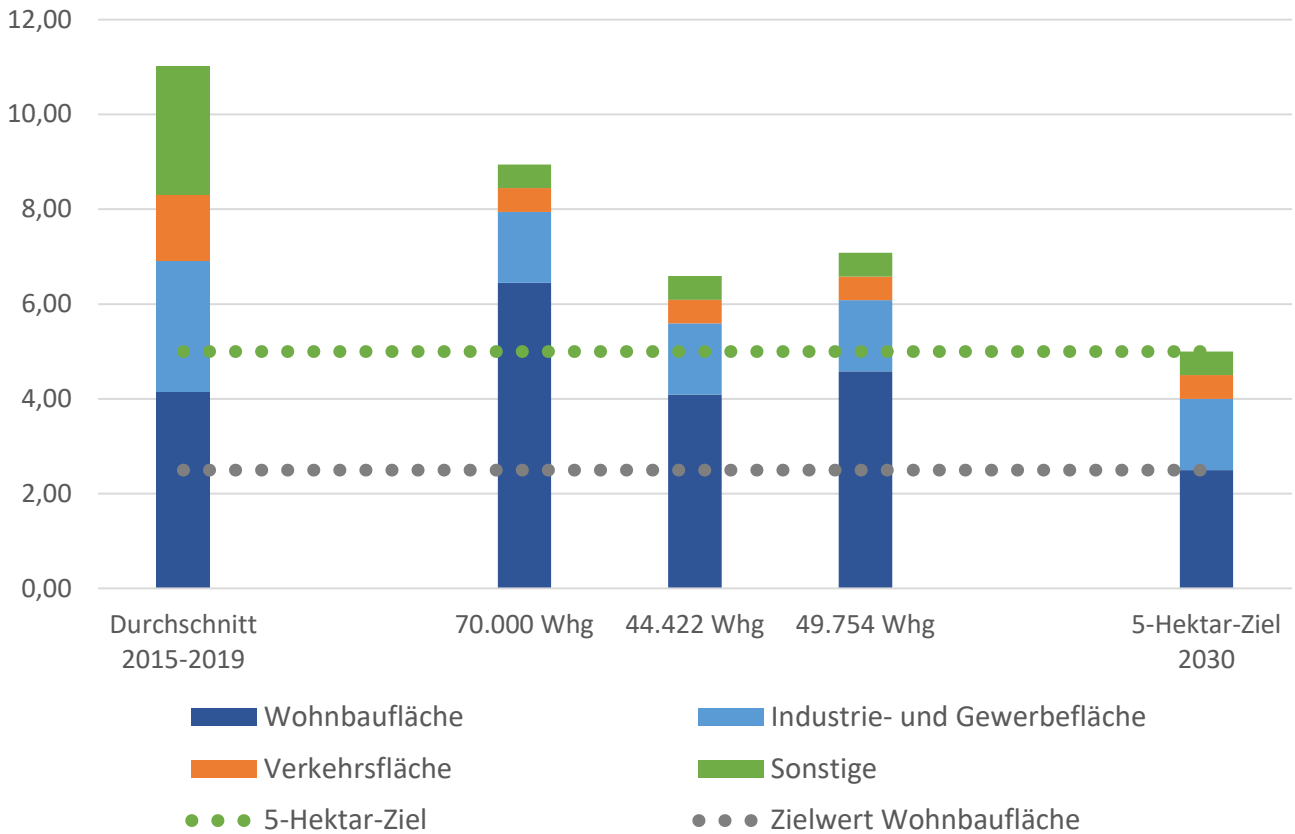
Die Bayerische Staatsregierung hat sich seit Jahren das Ziel gesetzt, jährlich 70.000 neue Wohnungen zu bauen, davon 20.000 im geförderten Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Dabei gehen Studien der letzten Jahre von niedrigeren zusätzlichen Wohnbedarfen pro Jahr aus, so z. B. das Institut der deutschen Wirtschaft (Henger/Schier/Voigtländer 2015) von ca. 44.000 Wohnungen und die BayernLabo [Bayerische Landesbodenkreditanstalt, das Förderinstitut der BayernLB ist als Organ der staatlichen Wohnungspolitik für die Wohnraumförderung im Freistaat Bayern zuständig] (2020) von ca. 50.000 Wohnungen. In den zugrundeliegenden Wohnraumbedarfsprognosen werden jedoch bestimmte gesellschaftliche Trends kaum hinterfragt und statistische Grundannahmen fortgeschrieben, die hohe Neubaubedarfe konstruieren (z. B. BayernLabo 2020, Henger/Schier/Voigtländer 2015, Deschermeier/Henger/Seipelt et al. 2017 oder Prognos 2019). So erzeugt auch bei einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung allein eine Fortschreibung des Zuwachses der Wohnflächenversorgung pro Kopf der Bevölkerung rechnerisch einen Zubaubedarf an Wohnungen und damit an neu auszuweisender Wohnbaufläche in erheblichem Umfang. Sogar in ländlichen Kommunen mit sinkenden Bevölkerungszahlen und einer bereits hohen Wohnflächenversorgung pro Kopf wird dadurch ein Neubaubedarf postuliert. Auch sog. „demographiebedingte Bedarfe“, die sich aus einer steigenden Wohnfläche pro Kopf mit zunehmendem Alter ergeben (Kohorteneffekt), konstruieren einen neuen Wohnraumbedarf jenseits eines Zuwachses an Bevölkerung. Der dahinterstehende „Remanenzeffekt“ bleibt trotz seiner problematischen Folgen unhinterfragt. Diese Beharrungstendenz bzw. die geringe Umzugsneigung der „Empty nesters“, der Eltern, deren Kinder ausgezogen sind und die in den großen Familienwohnungen verbleiben, führt zwar zu einer Unternutzung von Wohnraum, wird jedoch als Kohorten-

effekt weiter fortgeschrieben. Wohnraum für junge Familien kann in dieser Logik dann nur durch zusätzlichen Neubau geschaffen werden. Zudem werden andere gängige Praktiken in den Annahmen als weiterhin gesetzt fortgeschrieben: So wird der Neubau, der in der Vergangenheit in Kommunen trotz leerstehender und nutzbarer Gebäude praktiziert wurde, auch für die Zukunft angenommen und als qualitative Zusatznachfrage ausgewiesen. Dabei wird angenommen, dass die Nachfrage eher wohlhabender Haushalte nicht über die Neu- oder Umnutzung von Bestandsgebäuden befriedigt werden kann und zu Neubaubedarfen trotz bestehender oder sich ausweitender Leerstände führt.

Auch jenseits des Bevölkerungswachstums werden steigende Wohnraumbedarfe und somit Zubau- und Flächenbedarfe zu einem erheblichen Teil zu einem statistischen Konstrukt (ausführliche Kritik s. Miosga/Schiffner/Hafner et al. 2021: 36 ff.). Eine weitere pauschale und undifferenzierte durchschnittliche Steigerung der Wohnfläche pro Kopf ist jedoch weder sozialpolitisch begründbar noch ist sie aus Gründen des Klima- und Ressourcenschutzes wünschenswert. Sie bleibt vor allem im Teilssegment der einkommensschwächeren Haushalte wünschenswert, die oft auch höhere Haushaltsgrößen aufweisen. Dazu ist eine Ausweitung des öffentlich geförderten und dauerhaft preisgebundenen Segments erforderlich. Dies findet in der Regel im Geschosswohnungsbau statt und wirkt sich nur wenig auf die Neuinanspruchnahme von Flächen aus (hohe Flächeneffizienz). Zudem sind die Umzugsstarrheit und die Verringerung der Haushaltsgröße kein unveränderliches Naturgesetz und können durch geschickte Maßnahmen aufgeweicht werden (erfolgreiche Praxisbeispiele finden sich in Miosga/Schiffner/Hafner et al. 2021).

Die von der Bayerischen Staatsregierung angestrebten 70.000 neuen Wohnungen pro Jahr sind vor diesem Hintergrund ein hochgestecktes Ziel, bei dem sich die Frage stellt, inwieweit dieses bei einer kritischen Betrachtung der Grundannahmen tatsächlich gerechtfertigt ist. Werden neue Wohnungen weiter wie bisher und ohne Berücksichtigung der o.g. statistischen Erweiterungsbedarfe mit der aktuellen durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,02 und einer Belegungsdichte von 29,75 WE/ha Wohnbaufläche auf neu ausgewiesenen Flächen gebaut, besteht laut mehreren Studien (BayernLabo 2020; Henger/Schier/Voigtländer 2015; Deschermeier/Henger/Seipelt et al. 2017 und Prognos 2019) keine realistische Möglichkeit für die Einhaltung des 5-Hektar-Ziels. Selbst bei einer hypothetischen Reduktion der Neuausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen, der Verkehrs- und sonstiger Flächennutzungen auf die Hälfte des aktuellen Niveaus führt die Umsetzung der Neubauserien unter Einhaltung der bestehenden baukulturellen Muster aus den drei Studien zu einer deutlichen Verfehlung des Flächensparzieles (s. Abb. 4).

In der eingangs genannten Studie (Miosga/Schiffner/Hafner et al. 2021) wurden daher alternative Szenarien durchgespielt, die zum einen von einer verpflichtenden Einhaltung des Flächensparzieles ausgehen und zum anderen eine Veränderbarkeit der zuvor kritisierten Parameter zugrunde legen. Zunächst wurde bei einem gleichbleibenden



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung

Abb. 4: Flächenverbrauch im Hinblick auf das 5-Hektar-Ziel bei unterschiedlicher Anzahl von Wohnungen und gleichbleibender Belegungsdichte

Bedarf an zusätzlichen Wohnungen errechnet, welche Belegungsdichte erzielt werden muss, um das Flächensparziel einzuhalten und welche Bauformen dies zur Folge haben muss. Wenig überraschend bleibt für den Einfamilienhausbau dann kaum noch Raum und auch in den ländlichen Kommunen würden kompakte Mehrfamilienhäuser zur dominanten Bauform werden.

Geht man hingegen davon aus, dass wesentliche Parameter wie die durchschnittliche Haushaltsgröße bspw. durch eine Abmilderung des Remanenzeffekts und eine Aufweichung der Umzugsstarre bei Haushaltsverkleinerung durch eine aktive Wohnraumpolitik gestaltbar sind, dann ergibt sich bereits ein anderes Bild hinsichtlich der Mischung der Bauformen. Dabei wird ein bestehender Bedarf bspw. an Mehrgenerationenwohnen, kommunikativem Cluster-Wohnen oder anderen Formen von gemeinschaftsorientiertem Wohnen vorausgesetzt, der derzeit vor allem in ländlichen Kommunen mangels Angeboten nicht sichtbar werden kann. Dies bestätigen die allermeisten bisherigen Erfahrungen mit Beispielen guter Praxis (Brandl/Dirnberger/Miosga et al. 2019). Nimmt man bei zukünftigen Wohnraumbedarfen eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,24 an (wie im Referenzjahr 2000), verringert sich die rechnerisch notwendige Anzahl von Wohnungen bereits um etwa 10%. Geht man von einer erfolgreichen Mobilisierung der Innenentwicklungspotenziale in den Kommunen aus, kann der Neuausweisungsbedarf nochmals deutlich reduziert werden. Wenn in den kleinen

Gemeinden (< 6.500 EW) durchschnittlich 25% dieser Potenziale aktiviert werden, reduziert sich der Bedarf an zusätzlichen Wohneinheiten insgesamt um weitere knapp 15%. Anzumerken ist, dass es sich in der Studie um Grob-szenarien handelt, daher sollten diese Berechnungen nur als Denkanstöße und nicht als belastbare Rechengrößen verstanden werden. In der Folge steigen wiederum die Spielräume für unterschiedliche Wohnformen und es werden rechnerisch wieder mehr Einfamilienhäuser möglich, wenngleich in allen Szenarien der Einfamilienhausbau deutlich reduziert werden muss.

Gute Praxisbeispiele für alternative Wohnformen und beispielhafte Innentwicklungsförderung finden sich mittlerweile in ganz Deutschland. Ein Beispiel für ein Umdenken der Kommunen in Bezug auf Innentwicklung, aber auch interkommunale Konkurrenz ist die Gemeinde-Allianz Hofheimer Land e.V. im bayerischen Unterfranken. Die sieben Kommunen im nördlichen Landkreis Hassberge haben sich als Verbund zusammengetan und beschlossen, keine Neubaugebiete an den Ortsrändern mehr auszuweisen. Dafür wird die Innenentwicklung gefördert. Um zwischen Hauseigentümerinnen und -eigentümern sowie Kaufinteressentinnen und -interessenten zu vermitteln, wurde ein Online-Immobilienportal eingerichtet. Des Weiteren fördert der Gemeindeverbund Sanierungsmaßnahmen von Leerständen in den Ortskernen durch kostenlose Beratungsangebote und finanzielle Förderungen. Das Ergebnis sind vitale Ortskerne.

In Münsingen, Baden-Württemberg, entstand auf einer brachliegenden Baulücke im Ortskern der Gemeinde ein Mehrgenerationenprojekt. Ursprünglich waren auf der Freifläche in Gemeindehand drei Einfamilienhäuser und drei Doppelhäuser geplant. Heute bieten die zwei langgestreckten Baukörper aus Holz Platz für 24 Familien. Es entstand ein nachbarschaftliches Quartier. Der gebaute Haustyp bietet eine hohe Variabilität für unterschiedliche Wohnformen und Größen: von der Zweizimmerwohnung bis zum Reihenhaus für Großfamilien. Die Gebäude sind flächensparend, ökologisch und aus regionalen Materialien gebaut.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass die notwendigen Veränderungen in der Baukultur, wie die Abkehr vom individuellen Ein- oder Zweifamilienhaus, keinen Verzicht oder Verlust bedeuten müssen. Vielmehr bieten sie die Chance auf mehr Gemeinschaftlichkeit und fördern so nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Nachhaltigkeit. Dies gilt sowohl für ein lebendiges Dorfleben durch die Förderung vitaler Dorfkerne als auch für andere Wohnformen, die zwar ein räumlich dichteres Zusammenleben bedeuten, aber auch mehr Raum für Gemeinschaft eröffnen und bedarfsgerechte, klimaschonende, energiesparende und langfristig betrachtet auch kostengünstigere Wohnmöglichkeiten bieten.

Gestaltende Wohnraumpolitik als Gesellschaftspolitik

Aus den Betrachtungen wird deutlich, dass eine Vereinbarkeit von Wohnraumversorgung und Flächensparen vor allem eine gesellschaftspolitische Aufgabe ist. Es ist eine gestaltende Wohnraumpolitik erforderlich, die ökologische Leitplanken akzeptiert und aktiv versucht, gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern. Nicht-nachhaltige Entwicklungspfade einer Bau- und Wohnkultur, die auf dem Einfamilienhaus als dominanter Wohnform basiert, müssen kritisch reflektiert werden. Die Logik bisheriger Diskurse und zugrunde liegende Studien, die aus prognostizierten Wohnraumbedarfen Flächenbedarfe errechnen, um eine Bereitstellung in dieser Höhe einzufordern, muss aufgebrochen werden. Vielmehr sind die Annahmen kritisch zu hinterfragen und für eine Neugestaltung von Wohnraumgrößen und Wohnformen zu öffnen. Dabei sind die biophysikalischen Limitierungen und die überlebenswichtigen Regenerationsfähigkeiten der Biosphäre als planetare Belastungsgrenzen zu beachten und die Einhaltung der Flächensparziele zur Grundlage zu machen.

Die zentrale Frage muss also lauten: Wie können wir die zukünftigen Wohnbedarfe so befriedigen, dass die dazu notwendige Ausweitung der Wohnbauflächen auf ein Minimum reduziert und in wenigen Jahren in eine Flächenkreislaufwirtschaft überführt werden kann?

Der dafür notwendige baukulturelle Wandel wird dabei hauptsächlich in den kleineren Kommunen und Kleinstädten in den ländlichen und ländlich-peripheren Räumen stattfinden müssen. Die Ansatzpunkte sind deutlich: Verbesserung der Mobilisierung der Innenentwicklungspotenziale und Nachverdichtung, Nutzung und Umbau des Bestandes, Förderung des gemeinschaftlichen Bauens und

Wohnens, Ausweitung des (kommunalen) Mietwohnungsbaus, suffizienzorientierte Neuausweisung und dichteres Bauen, Gemeinwohlorientierung vor Partikularinteressen. Diese Veränderungen erfordern ein gesellschaftliches und politisches Umdenken. Dazu brauchen die Kommunen planerische, personelle und finanzielle Unterstützung – auch durch die Landes- und Regionalplanung (vgl. ARL 2018 und Miosga/Dudek/Klee 2022).

Der Beitrag basiert auf Ergebnissen der Studie Miosga, M.; Schiffner, J.; Hafner, S.; Braun, G.; Hehn, N. (2021): Flächensparen und Wohnraumversorgung – Wie kann das 5 ha Ziel mit der Befriedigung der Wohnraumbedarfe in Übereinstimmung gebracht werden? Bayreuth/Hummeltal.
https://www.gruene-fraktion-bayern.de/fileadmin/bayern/user_upload/download_dateien/Pressekonferenzen/Flaechensparen_und_Wohnen/21-11-12_KlimaKom_Studie_final.pdf

Literatur

- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2018): Begrenzung der Flächenneuinanspruchnahme in Bayern. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 111.
- BayernLabo – Bayerische Landesbodenkreditanstalt (2020): Wohnungsmarkt Bayern. Beobachtung und Ausblick. München.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020): Künftige Wohnungsleerstände in Deutschland – Regionale Besonderheiten und Auswirkungen. Bonn.
- Brandl, U.; Dirnberger, F.; Miosga, M.; Simon, M. (Hrsg.) (2019): Wohnen im ländlichen Raum. Wohnen für alle. Ein Handlungsleitfaden für das Rathaus. München.
- BSBK – Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.) (2018): Besser bauen in der Mitte – Ein Handbuch zur Innenentwicklung. Potsdam.
- Deschermeier, P.; Henger, R.; Seipelt, B.; Voigtländer, M. (2017): Wohnungsmarkt: politische Implikationen des zukünftigen Baubedarfs. In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Perspektive 2035. Wirtschaftspolitik für Wachstum und Wohlstand in der alternden Gesellschaft. Köln, 197-206.
- Henger, R.; Schier, M.; Voigtländer, M. (2015): Der künftige Bedarf an Wohnungen. Eine Analyse für Deutschland und alle 402 Kreise. Köln. = IW policy paper 24/2015.
- Landesamt für Statistik (2022): Statistisches Jahrbuch für Bayern 2022. Fürth.
- LfStat – Landesamt für Statistik (2020): Knapp 6,5 Millionen Haushalte in Bayern. Anteil der Einpersonenhaushalte lag im Jahr 2019 bei 42 Prozent. Pressemitteilung vom 20.08.2020. <https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2020/pm223/index.html> (07.09.2023).
- Miosga, M.; Dudek, S.; Klee, A. (Hrsg.) (2022): Neue Perspektiven für eine zukunftsfähige Raumordnung in Bayern. Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 35.
- Miosga, M.; Schiffner, J.; Hafner, S.; Braun, G.; Hehn, N. (2021): Flächensparen und Wohnraumversorgung – Wie kann das 5 ha Ziel mit der Befriedigung der Wohnraumbedarfe in Übereinstimmung gebracht werden? Bayreuth/Hummeltal. https://www.gruene-fraktion-bayern.de/fileadmin/bayern/user_upload/download_dateien/Pressekonferenzen/Flaechensparen_und_Wohnen/21-11-12_KlimaKom_Studie_final.pdf (07.09.2023).
- Prognos (2019): Wer baut Deutschland? Inventur zum Bauen und Wohnen 2019. Studie zum Wohnungsbautag 2019. Berlin.

StMWi – Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (2023): Daten zur Raumberechnung. Flächenverbrauch 2015 bis 2021. München.

https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Landesentwicklung/Bilder/Daten_zur_Raumbeobachtung/Flaechennutzung_-_Flaechenverbrauch/Nach_LEP_TF_2023/Grafik_4.1_Fl%C3%A4chenverbrauch_2015-2021.pdf (07.09.2023).

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2020): Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration. Berlin.



PROF. DR. MANFRED MIOSGA

ist Dipl.-Geograph und Professor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth. Er lehrt und forscht zu aktuellen Fragen der Raumordnung, Landesentwicklung und Regionalplanung sowie der Ortsentwicklung, Stadtentwicklung und Stadtplanung vor dem Hintergrund räumlicher Gerechtigkeit und der Transformation zur Nachhaltigkeit.

Tel. +49 921 55 2280
manfred.miosga@uni-bayreuth.de



JANIS SCHIFFNER

ist hauptberuflich Projektleiter bei der gemeinnützigen Beratungsgenossenschaft KlimaKom eG. Als Humangeograph des Masterstudiengangs Stadt- und Regionalforschung der Universität Bayreuth ist er darüber hinaus als Referent bei der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum tätig.

Tel. +49 9201 2024365
Janis.schiffner@klimakom.de



LISA MASCHKE

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Stadt- und Regionalentwicklung am Geographischen Institut der Universität Bayreuth. Zuvor war sie Beraterin für kommunale Nachhaltigkeitsentwicklung. Sie beschäftigt sich mit den Themen „Räumliche Gerechtigkeit“ und „Transformationsforschung“.

Tel. +49 1511 8329066
Lisa.maschke@uni-bayreuth.de

Andreas Blum

BABY-BOOMER, EINFAMILIENHÄUSER UND RESSOURCEN

Demographische Herausforderungen der Entwicklung und Weiternutzung bestehender Siedlungsstrukturen

Das Bauwesen ist verantwortlich für 35–45% der globalen Materialflüsse und damit auch für etwa ein Viertel der weltweiten mit ökonomischen Aktivitäten verbundenen CO₂-Emissionen sowie für 30–40 % des globalen Abfallaufkommens (Gruhler/Schiller 2023; Zhang/Gruhler/Schiller 2023). Mit Blick auf das Wohnen haben demographische Entwicklungen mit Wanderungsbewegungen, Verschiebungen zwischen den Altersgruppen und lokal unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen sowie die sich wandelnden Wohnvorstellungen von Nutzerinnen und Nutzern einen erheblichen Einfluss auf die Inanspruchnahme von Ressourcen wie Rohstoffe, Flächen und Energie.

Materialintensität unterschiedlicher Wohnformen

Eine Abschätzung der Materialintensität pro Kopf der Bevölkerung für das Wohnen im Einfamilienhaus (EFH) bzw. in der Wohnung im Mehrfamilienhaus (MFH) am Beispiel eines realen Wohnquartiers zeigt dies deutlich (s. Abb. 1). Das Wohnen im Einfamilienhaus erfordert pro Person im Durchschnitt rund doppelt so viel Materialaufwand wie das Wohnen im Mehrfamilienhaus (s. Abb. 2). Aufgrund der geringeren städtebaulichen Dichte dieser Wohnform schlägt dabei neben dem Materialaufwand für das Gebäude auch der höhere Erschließungsaufwand für Straßen und Wege deutlich zu Buche.

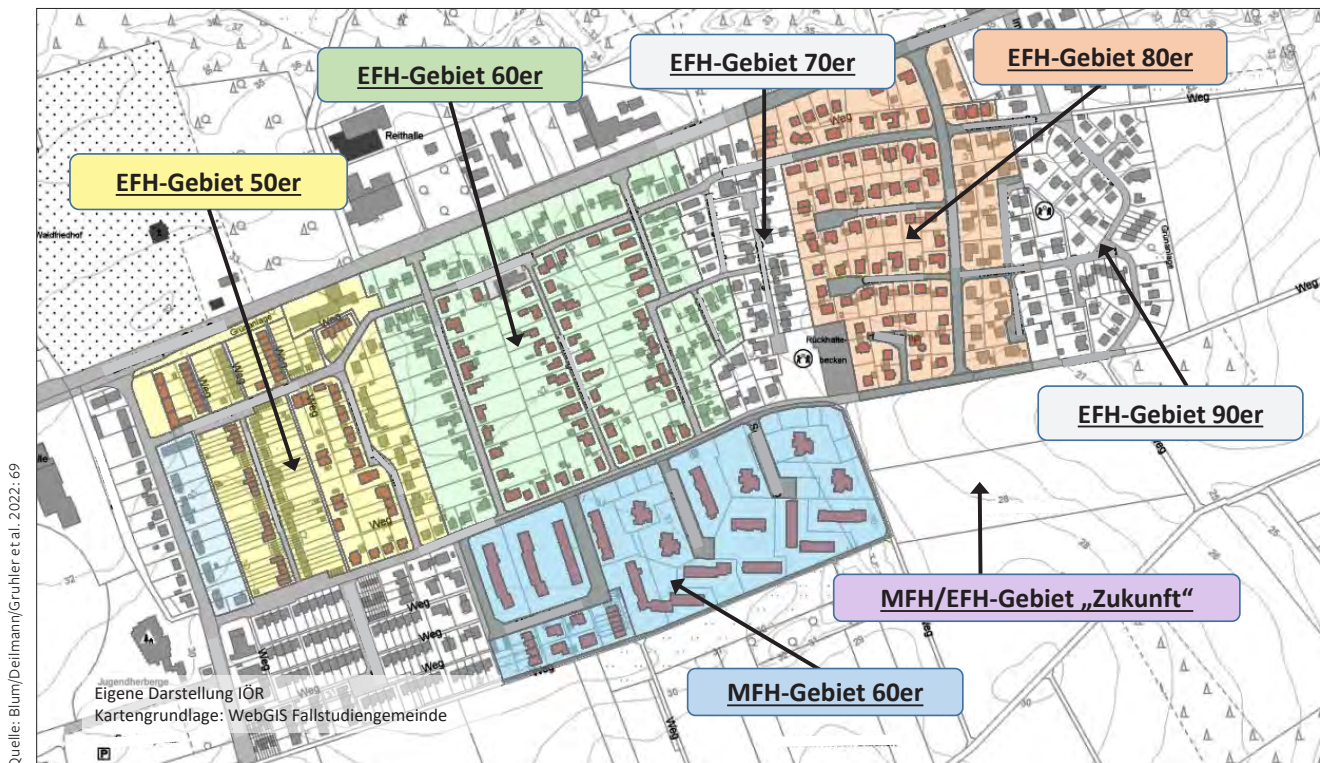
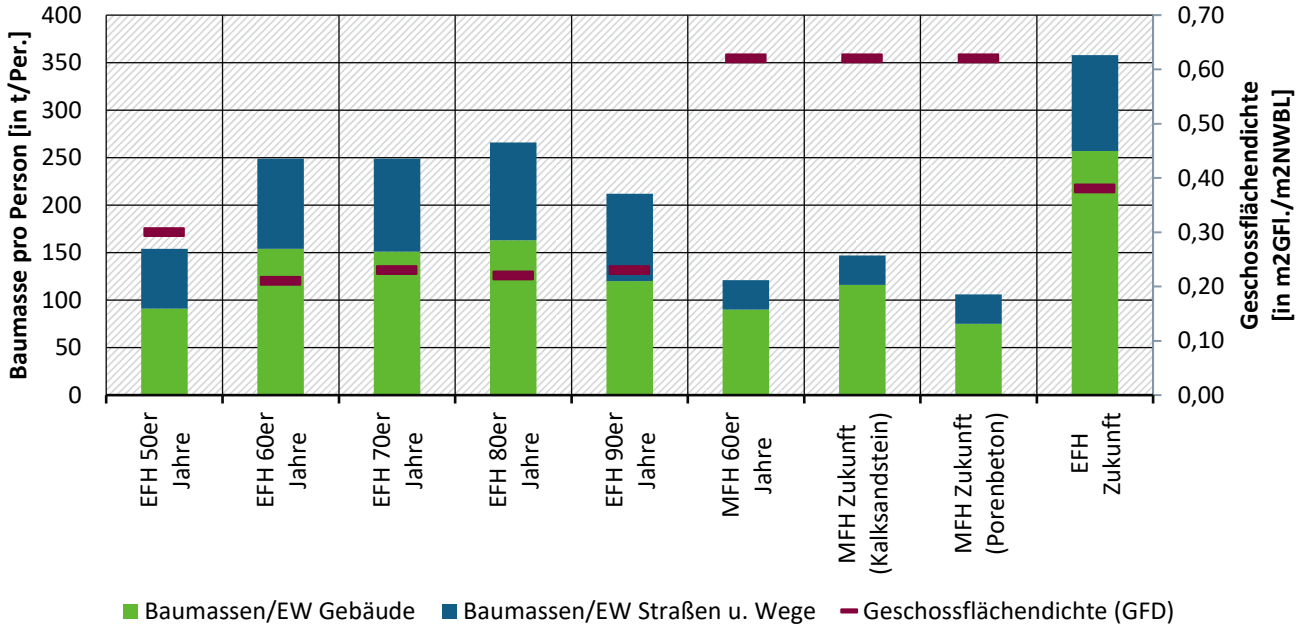


Abb. 1: Wohnquartier einer Fallstudiengemeinde mit Abgrenzung unterschiedlicher Bestände



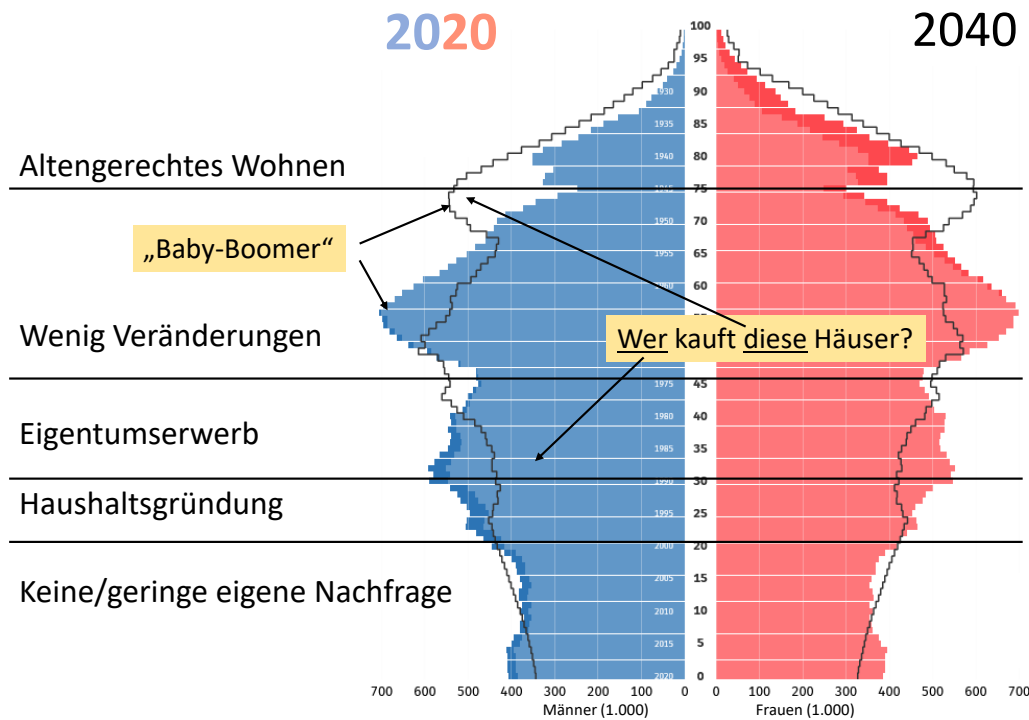
Quelle: Blum/Delmann/Grühler et al. 2022: 69

Abb. 2: Ressourcenabschätzung für unterschiedliche Bestände am Fallbeispiel

Wohnungsnachfrage im demographischen Wandel

Mit Blick auf den demographischen Wandel fällt hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen insbesondere das Phänomen der „Baby-Boomer-Bubble“ (Myers/Ryu 2008) ins Auge. Überlagert man die Bevölkerungspyramide mit einem einfachen Wohnungsnachfragemodell, so zeigt sich

ab Mitte der 2030er Jahre aufgrund des Umzugs in altergerechtere Wohnformen bzw. des zunehmenden Ablebens der Baby-Boomer-Generation im Vergleich zur heutigen Situation eine Umkehr des Verhältnisses von potenzieller Eigenheim-Nachfrage („Eigentumserwerb“) und dem erwartbaren Angebot an Bestandsimmobilien (Abb. 3).



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Destatis, 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; mittlere Variante (Destatis o.J.)

Abb. 3: Bevölkerungsvorausberechnung und Wohnungsnachfrage

Projekt „Demografie und Ressourcen“

Vor diesem Hintergrund der erwartbaren Zunahme von Wohnungsleerständen insbesondere im EFH-Segment wurde mit Förderung des Umweltbundesamtes das hier zugrunde liegende Projekt durchgeführt, in dessen Verlauf unter anderem Ressourceneffekte des Bauens und Wohnens im demographischen Wandel anhand von Modellrechnungen für zwei Fallstudienstädte abgeschätzt wurden. Bei den ausgewählten Fallstudienstädten handelt es sich um zwei westdeutsche Mittelstädte mit knapp 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und stabiler („Fallstudie S“) bzw. abnehmender Bevölkerung („Fallstudie R“).

Für die Fallstudienstädte wurden auf der Grundlage methodischer Vorarbeiten (Iwanow 2008; Iwanow/Gutting 2017) Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen erstellt und potenzielle Wohnungsbedarfe abgeschätzt. Die Grundlage zur Abbildung der Ressourceninanspruchnahme bilden das „Informationssystem gebaute Umwelt“ des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung Dresden (IOER-ISBE o. J.) und daraus abgeleitete synthetische Gebäudetypen (Ortlepp/Gruhler/Schiller 2018).

Ausgewählte Ergebnisse werden im Folgenden vorgestellt. Ein ausführlicher Bericht zum Projekt ist in der Reihe UBA-Texte beim Umweltbundesamt Open Access erhältlich (Blum/Deilmann/Gruhler et al. 2022). Alle dort genannten Co-Autorinnen und -Autoren haben zu den hier dargestellten Ergebnissen beigetragen.

Entwicklungsszenarien am Fallbeispiel

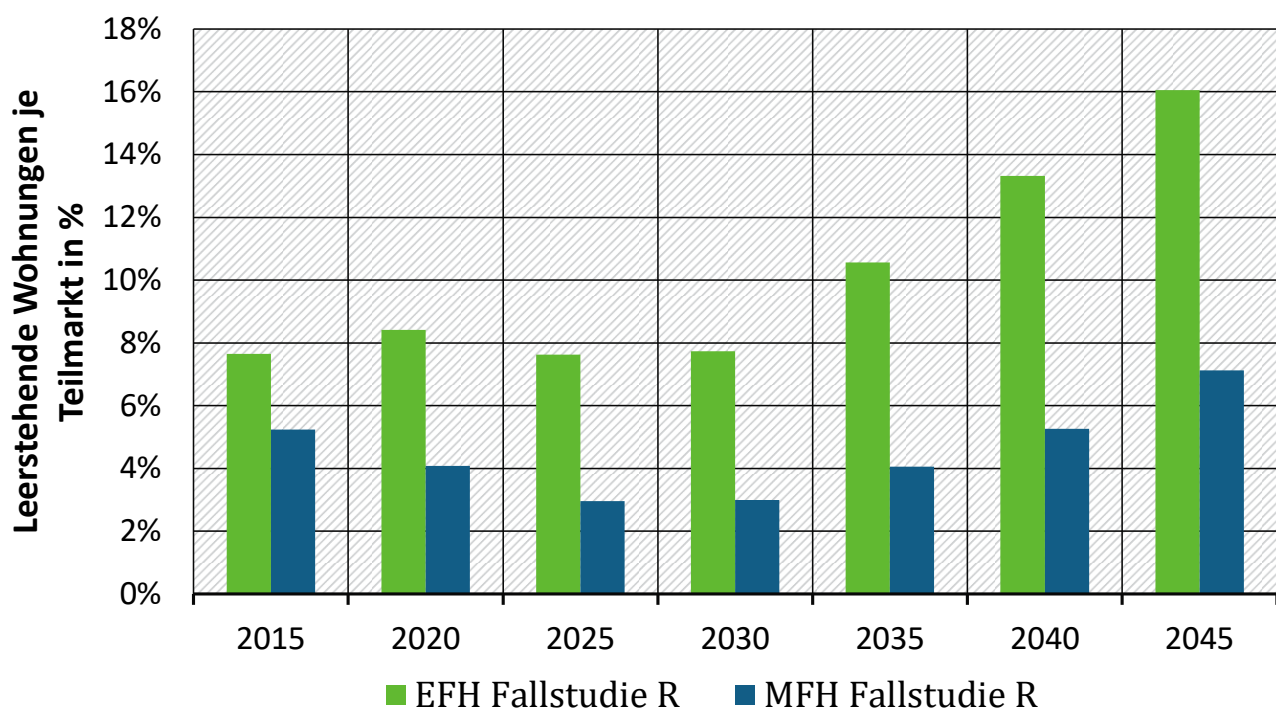
Anhand von Modellrechnungen für die Fallstudienstädte lassen sich mit dem demographischen Wandel einhergehende grundsätzliche Tendenzen der Ressourcenin-

spruchnahme im Handlungsfeld „Bauen und Wohnen“ unter verschiedenen Annahmen abschätzen. Das Vorgehen und die Ergebnisse werden im Folgenden mit einem Schwerpunkt auf der Fallstudienstadt mit abnehmender Bevölkerung („Fallstudie R“) exemplarisch dargestellt.

Als Ausgangspunkt und Referenz zur vergleichenden Abschätzung der Effekte alternativer Handlungsoptionen wurden zunächst unter der Annahme von Status-quo-Bedingungen Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen sowie daran anschließend eine Wohnungsbedarfsprognose erstellt (Trendszenario).

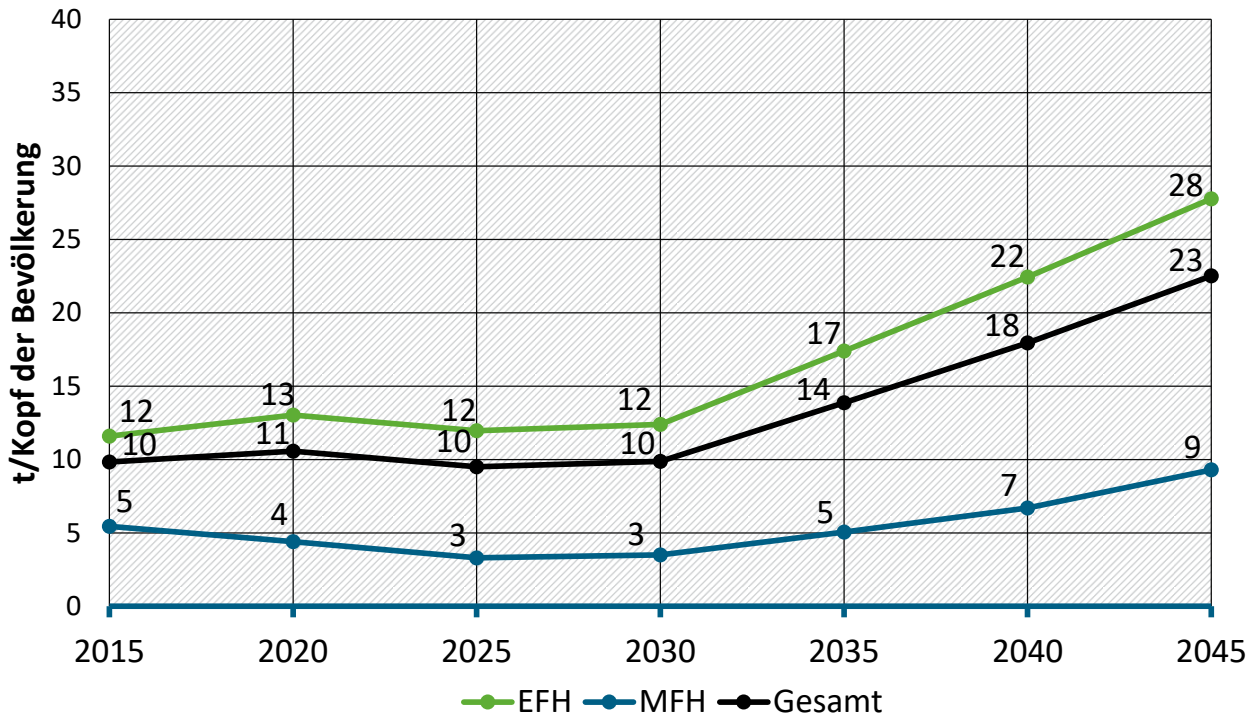
In der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose für den Zeitraum bis 2045 zeigt sich für die „Fallstudie R“ die zu erwartende Zunahme älterer und kleinerer Haushalte. Entsprechend nimmt trotz durchgängigem Bevölkerungsrückgang die Zahl der Haushalte bis 2030 zunächst zu, um danach bis 2045 unter den Ausgangswert zurückzugehen. Interessant ist, dass sich dieser Verlauf der Haushaltsentwicklung grundsätzlich auch bei der Fallstudienstadt mit stabiler Bevölkerungszahl („Fallstudie S“) zeigt, wobei dort allerdings die Zahl der Haushalte auch 2045 noch über dem Ausgangswert bleibt.

Die zunächst wachsende Zahl der Haushalte führt trotz Bevölkerungsrückgang zu einem entsprechenden Wohnungsbedarf, der unter Trendbedingungen auch durch Neubau bedient wird. Mit den ab 2030 wieder rückläufigen Haushaltszahlen sind dann aber zunehmende Wohnungsleerstände absehbar, insbesondere im EFH-Segment (Abb. 4). Auch dieser Befund bildet sich in der grundsätzlichen Tendenz ebenso für die „Fallstudie S“ ab, wobei hier jedoch geringere Leerstandsquoten zu erwarten sind (EFH bis zu rd. 10%, MFH bis zu gut 5%).



Quelle: Blum/Deilmann/Gruhler et al. 2022: 19

Abb. 4: Leerstandsentwicklung für die „Fallstudie R“ mit abnehmender Bevölkerung



Quelle: Blum/Dellmann/Grohler et al. 2022: 21

Abb. 5: Entwicklung der im Leerstand brachliegenden Baustoff-Massen pro Kopf der Bevölkerung der „Fallstudie R“ mit abnehmender Bevölkerung insgesamt sowie EFH- und MFH-Bestände separat

Damit führt der Neubau in den ersten Jahren des Prognosezeitraums zugleich zu einer ab dem Jahr 2030 wachsenden Masse an verbauten, aber ungenutzt im Bestand brachliegenden Baumaterialien, die sich im EFH-Segment der „Fallstudie R“ mit abnehmender Bevölkerung auf bis zu 28 Tonnen pro Kopf aufsummieren (Abb. 5).

Alternative Entwicklungsszenarien

Um die Auswirkungen verschiedener Handlungsoptionen abzuschätzen, wurden im Anschluss zwei theoretische Alternativszenarien kalkuliert: ein „MFH-Szenario“ mit verstärkter Bereitstellung von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und ein „Umbau-EFH-Szenario“, das von einer Umwandlung von leerstehenden EFH in kleinere Wohneinheiten ausgeht.

Dem „MFH-Szenario“ liegt die zentrale Annahme zugrunde, dass sich die Wohnsituation der älteren kleinen Haushalte in Richtung zusätzlich bereitgestellter MFH verschiebt. Damit werden Hinweise aus Interviews mit lokalen Fachleuten aus Stadtplanung, Architektur, Immobilienwirtschaft und Bevölkerung im Vorfeld der Fallstudienarbeit aufgegriffen, dass es durchaus Seniorenhaushalte gibt, die eine Ruhestandwohnung in der Stadt suchen, ein entsprechendes Angebot – etwa hinsichtlich Barrierefreiheit, Wohnungsgröße oder Finanzierbarkeit – derzeit aber nicht ausreichend verfügbar ist.

Im Szenario „Umbau EFH“ wird davon ausgegangen, dass es möglich ist, bestehende frei werdende Einfamilienhäuser in kleine Mehrfamilienhäuser – bzw. „Mehrpersonen-Häuser“ (Lindenthal/Mraz 2015) – mit zwei gleichwer-

tigen kleineren Wohnungen umzubauen. Die durch Umbau entstehenden Wohnungen wurden dem MFH-Bestand zugeschlagen. Im Nachfragemodell wurde dann die Nachfrage von Haushalten mit Bedarf an 3-Zimmer-Wohnungen oder kleineren Wohnungen, für die im Trendszenario Wohnungen in Mehrfamilienhäusern bereitgestellt wurden, entsprechend durch diese umgebauten Einfamilienhäuser gedeckt (jeweils 2 Haushalte pro ehemaligem Einfamilienhaus).

Abbildung 6 zeigt den Materialaufwand für den Wohnungsneubau in den verschiedenen Szenarien im Vergleich. Deutlich wird, dass sich das MFH-Szenario unter den Rahmenbedingungen der Fallstudienstadt R (mit Bevölkerungsrückgang) als ressourcenintensiver darstellt. Zugleich ergeben sich durch die Konkurrenz des MFH-Neubaus noch höhere Leerstandsdaten im EFH-Segment durch die „aufgegebenen“ EFH der „Reurbanisierer/innen“, also der Seniorenhaushalte, die aus den EFH in kleinere Stadtwohnungen ziehen. Damit steigen in diesem Szenario die im EFH-Leerstand ungenutzten Massen an Baumaterialien auf 34 t pro Kopf. Der Umbau der EFH-Bestände (wie oben beschrieben) kann demgegenüber helfen, Ressourcen zu sparen. Der generelle Trend einer steigenden Ineffizienz des Wohnungsbestandes durch die wachsenden Leerstände bleibt jedoch – wenn auch auf niedrigerem Niveau – bestehen. Die im Leerstand der „Fallstudie R“ insgesamt gebundenen, aber ungenutzten Baumaterialien (EFH und MFH addiert) summieren sich im Trendszenario auf 23 t, im MFH-Szenario auf 25 t und im Umbau-EFH-Szenario auf 20 t pro Kopf der Bevölkerung.

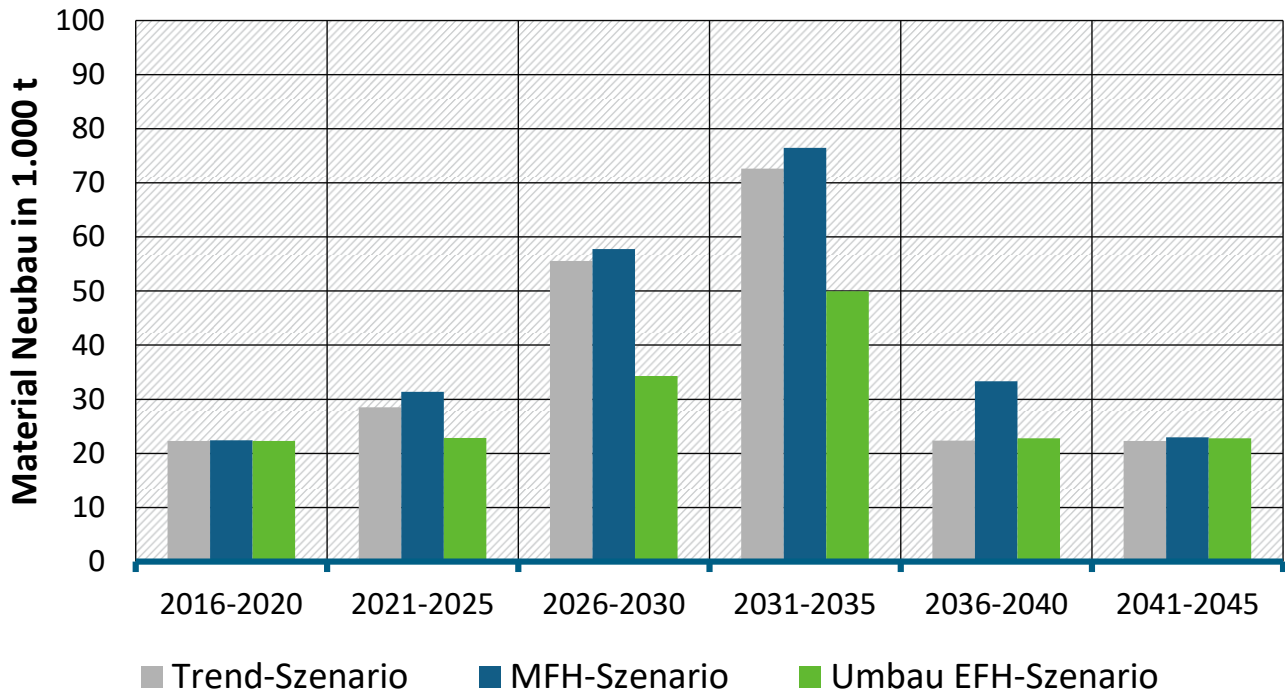


Abb. 6: Materialaufwand für Neubau im Szenariovergleich für die „Fallstudie R“ mit abnehmender Bevölkerung

Bestandsnutzung und vorausschauende Planung

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der damit verbundenen Alterung der Bevölkerung sowie des bevorstehenden Generationenwechsels der Baby-Boomer-Haushalte braucht es mit Blick auf eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen eine breite Diskussion zur Weiterentwicklung der Wohnungsbestände und insbesondere vorhandener – und auch neuer – Einfamilienhausquartiere. Trotz der jüngst optimistischeren Bevölkerungsvorausrechnungen kommt es darauf an, die beteiligten Akteure aus Politik und Planung, aber auch die Nutzer/innen insbesondere in weniger dynamischen Regionen weiter für den mit dem Wohnen verbundenen Ressourcenaufwand und Alternativen einer ressourcenschonenden Entwicklung von Siedlungsstrukturen (und der dazugehörigen Infrastruktur) zu sensibilisieren.

Die Ressourceninanspruchnahme für das Bauen und Wohnen wird auch bei rückläufiger Bevölkerung unter sonst unveränderten Bedingungen stabil bleiben bzw. insbesondere bei steigender Wohnflächeninanspruchnahme pro Kopf (Ammann/Müther 2022) sogar eher weiter zunehmen. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere die Wertschätzung und Weiternutzung der Bestände eine ressourcenbezogen sinnvolle und zugleich vergleichsweise einfach realisierbare Option. Über rein materielle Betrachtungen einer effizienten Ressourcennutzung hinaus trägt eine stärkere Bestandsorientierung zudem dazu bei, Nachbarschaften attraktiv zu halten und Immobilienwerte zu sichern. Viele Städte haben hier bereits gute Erfahrungen

gemacht mit Programmen zur gezielten Förderung der Bestandsnutzung, wie den „Leerstandsbörsen“, „Wohnlotsen“ oder „Jung kauft Alt“. Erfolge in dieser Richtung zeigen auch jüngere Untersuchungen, wonach Eigentumsbildung im Bestand immer größere Bedeutung hat (ebd.).

Eine stärkere Orientierung auf Wohnungsbau in Mehrfamilienhäusern kann nur insoweit zur Einsparung von Ressourcen beitragen, als dies nicht in Konkurrenz zu leerfallenden (EFH-)Beständen erfolgt. Mit Blick auf Einfamilienhausbestände kann zukünftig auch der Umbau von (größeren) EFH zum kleinen MFH oder „Mehrpersonenhaushaus“ Wohnraum für die zunehmende Zahl kleiner Haushalte bereitstellen und zu Ressourceneinsparungen beitragen. In eine ähnliche Richtung zielt auch die Nachverdichtung von EFH-Gebieten mit kleinen MFH-Gebäuden. Beides ermöglicht älteren Haushalten gegebenenfalls den Verbleib im Quartier und kann so den Generationenwechsel in den EFH-Beständen erleichtern. Dadurch wird zudem die Auslastung der bestehenden Infrastrukturen verbessert und die Flächeninanspruchnahme sowie Erschließungskosten andernorts verringert. Und nicht zuletzt könnte eine entsprechende Ausgestaltung von Förderprogrammen die Nachfrage stärker in den Bestand lenken, bzw. – soweit Neubau gefördert wird – eine zukünftige leichtere Teilbarkeit oder Umnutzbarkeit von Einfamilienhäusern bereits in der Planungsphase mitdenken und entsprechend honorieren.

Literatur

- Ammann, I.; Müther, A. (2022):** Wohneigentumsbildung und Wohnflächenverbrauch: Bestandsaufnahme und zukünftige Entwicklung. Bonn. = BBSR-Analysen kompakt 14/2022. www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2022/ak-14-2022-dl.pdf;jsessionid=1ECFE4F868DE1AA5FE2146567D-4B70BD.live21303?__blob=publicationFile&v=7 (14.08.2023).
- Blum, A.; Deilmann, C.; Gruhler, K.; Krauß, N.; Gutting, R.; Martinsen, M. (2022):** Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen. Dessau-Roßlau. = UBA-Texte 144/2022. www.umweltbundesamt.de/publikationen/auswirkungen-des-demographischen-wandels-auf-die (14.07.2023).
- Destatis – Statistisches Bundesamt (o.J.):** Bevölkerungspyramide: Altersstruktur Deutschlands von 1950–2060. <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/index.html#!y=2040&v=2> (14.07.2023).
- Gruhler, K.; Schiller, G. (2023):** Grey Energy Impact of Building Material Recycling – a New Assessment Method Based on Process Chains. In: Resources, Conservation & Recycling Advances 18 (Oktober), 200139. doi.org/10.1016/j.rcradv.2023.200139
- IOER-ISBE – Informationssystem Gebaute Umwelt des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung Dresden (o.J.):** <https://ioer-isbe.de/> (14.07.2023).
- Iwanow, I. (2008):** Struktureller Wandel der Wohnungsnachfrage in schrumpfenden Städten und Regionen: Analyse und Prognose von Wohnpräferenzen, Neubaupotenzialen und Wohnungsleerständen. Berlin.
- Iwanow, I.; Gutting, R. (2017):** Kleinräumige Wohnbauflächenprognosen – ein quantitativ orientiertes Instrument zur Reduktion der Flächenneuanspruchnahme für Wohnzwecke. In: disP – The Planning Review 53 (4), 71-89. doi.org/10.1080/02513625.2017.1414496
- Lindenthal, J.; Mraz, G. (2015):** Neues Wohnen im alten Haus. Sanierungsoptionen mit Zukunft: vom Einfamilien- zum Mehrpersonenhauses. Wien. https://ecology.at/files/pr832_4.pdf (14.07.2023).
- Myers, D.; Ryu, SH (2008):** Aging Baby Boomers and the Generational Housing Bubble: Foresight and Mitigation of an Epic Transition. In: Journal of the American Planning Association 74 (1), 17-33. doi.org/10.1080/01944360701802006
- Ortlepp, R.; Gruhler, K.; Schiller, G. (2018):** Materials in Germany's domestic building stock: calculation model and uncertainties. In: Building Research & Information 46 (2), 164-178. <https://doi.org/10.1080/09613218.2016.1264121>
- Zhang, N.; Gruhler, K.; Schiller, G. (2023):** A Review of Spatial Characteristics Influencing Circular Economy in the Built Environment. In: Environmental Science and Pollution Research 30 (19), 54280-54302. doi.org/10.1007/s11356-023-26326-5

**ANDREAS BLUM**

ist Soziologe am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden. Sein Schwerpunkt liegt in der Auseinandersetzung mit sozialwissenschaftlichen Aspekten der Ressourcennutzung bei der Entwicklung der gebauten Umwelt. Er war verantwortlich für das Projekt „Demographie und Ressourcen“ im Auftrag des Umweltbundesamtes.

Tel.: +49 351 4679 245
a.blum@ioer.de

Andreas Bernögger, Rudolf Scheuven

NEUES SOZIALES WOHNEN

Die Internationale Bauausstellung Wien

2022 fand der Abschluss der Internationalen Bauausstellung Wien, kurz IBA_Wien, zum Thema „Neues soziales Wohnen“ statt. Präsentiert wurden insgesamt 72 Projekte, 9 Quartiere, 6.632 sanierte und 12.263 neu errichtete Wohnungen für insgesamt 59.253 Menschen. Schon vor der Intensivphase der Abschlusspräsentation von Juni bis November 2022 fanden 220 Veranstaltungen statt – vor dem Hintergrund der vergleichsweise kurzen Laufzeit der IBA_Wien von nur sechs Jahren eine beeindruckende quantitative Bilanz. Es lohnt sich daher, einen genaueren, qualitativen Blick auf Hintergründe und Inhalte, Ziele und Wirkungen dieser IBA zu richten.

Dazu ist es wichtig, den Ausgangspunkt der IBA_Wien zu verstehen: Anders als viele andere Bauausstellungen entstand sie weniger aus einem Leidensdruck heraus, sondern setzte konsequent auf den geförderten Wiener Wohnbau mit seinen etablierten Instrumenten, Prozessen und Routinen. Dies entfachte vor dem Hintergrund der kurzen Laufzeit und der geringen Ausstattung des IBA-Prozesses die Debatte, ob sie weniger ein Innovationsprogramm als vielmehr eine Marketingstrategie sei. Im Rückblick zeigt sich, dass beides auf seine Art zutrifft. Die Ambivalenzen zwischen Marketing der eigenen Leistungen und Agenda-Setting für ein wichtiges Thema sowie zwischen der (manchmal unhinterfragten) Fortschreibung des Status quo und selbstkritischen Bemühungen um dessen Weiterentwicklung und um nachhaltige Impulse – für Wien sowie darüber hinaus – lassen sich dabei nicht restlos auflösen. All diese Aspekte sind Teil einer notwendigen – fachlichen wie politischen – Auseinandersetzung in Wien und auch im internationalen Kontext.

Aus Sicht der Autoren lohnt es sich, auf einige beachtenswerte inhaltliche wie prozessuale Erfahrungen zu blicken, welche die Diskussionen um ein „Neues soziales Wohnen“ international voranbringen können, vor allem wenn es darum geht, Impulse zu geben und von Lösungen und Erfahrungen in anderen Kontexten zu lernen.

Soziales Wohnen in Wien als Ausgangspunkt einer besonderen IBA

Die Sicherung und Entwicklung von leistbarem oder bezahlbarem Wohnraum sind Herausforderungen, mit denen sich international viele Städte konfrontiert sehen. Spätestens seit dem Verkauf der Wohnungsbestände in der Finanzkrise der 1990er Jahre haben sich viele Städte ihrer Handlungsfähigkeit im sozialen Wohnbau* beraubt und auf die freien Kräfte des Marktes gesetzt. Die Konsequenzen des Rückzugs der Kommunen und des Staates aus dem sozialen Wohnbau traten in den vergangenen Jahren immer deutlicher zutage. Die Gruppe jener Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, bezahlbare Wohnungen zu finden, wird immer größer. Gleichmaßen ist die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand kaum mehr gegeben, um hierauf entsprechend reagieren zu können. Man muss hier den Blick nur nach Deutschland richten, wo die (fachliche) Debatte längst (wieder) sehr politisch geworden ist. Der Blick vieler europäischer, aber auch amerikanischer Städte und Gemeinden richtet sich daher auf Wien – Los Angeles etwa will ein an Wien orientiertes Modell aufbauen und intensiviert den im Städtenetzwerk der IBA_Wien begonnenen Austausch.

Das soziale Wohnbausystem wurde in Wien seit 1919 aufgebaut und umfasst aktuell einen Bestand von etwa 220.000 gemeindeeigenen und 200.000 dauerhaft gemeinnützigen Wohnungen – mit sehr hohen Standards, wie etwa die ikonischen Schwimmbäder auf dem Dach des Wohnparks Alterlaa versinnbildlichen. Finanziert über den Wohnbauförderbeitrag als lohnabhängige Abgabe nimmt die Stadt Wien, die wie Hamburg und Berlin Bundesland und Kommune zugleich ist, massiven Einfluss auf die Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen und damit auch auf den Mietpreisspiegel insgesamt. Dieses Wiener System aus aktiver Bodenpolitik, bei der der Wohnfonds langfristig Grundstücke kauft und diese über Bauträgerwettbewerbe in das System des geförderten Wohnbaus einbringt, einer Objekt-

* Der Begriff Wohnbau statt Wohnungsbau ist bewusst gewählt, denn es geht um ein Verständnis von Wohnen, das über die Wohnung an sich hinausgeht und zugleich Gemeinschaftseinrichtungen, Freiräume, Infrastrukturen, Quartiere etc. umfasst.

und Subjektförderung sowie der gezielten Bestandsentwicklung im Rahmen der Stadterneuerung genießt in seiner einzigartigen Qualität und Quantität internationale Anerkennung. So ist beispielsweise der Höchstwert der Miete im geförderten Bereich gesetzlich gedeckelt und lag 2023 bei 5,71 € Kaltmiete, hinzu kommen Erhaltungskosten, Grundkostenbeitrag/Baurechtzins und Betriebskosten (Stadt Wien o. J.). Trotz stark steigender Mieten im frei finanzierten Bereich verläuft die Mietkostenbelastung in Wien daher gedämpft – was vor allem aus dem starken Wohnungssegment des geförderten Wohnbaus und der Gemeindebauten sowie einem ausgefeilten Instrumentarium im geförderten Wohnbau resultiert. In die gleiche Richtung geht auch die international stark beachtete Einführung der Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“, über welche die Bodenpreise auf das Niveau der im Wohnbauförderungsrecht limitierten Grundkosten gedeckelt wurden. Aktuell liegt dieser Wert bei 188 €/m² Bruttogrundfläche und damit eklatant unter den auf dem freien Markt erzielbaren Preisen. In Verbindung mit einem im Grundbuch verankerten Veräußerungsverbot wird der Spekulation mit Grund und Boden sowie mit den Wohnungen selbst ein Riegel vorgeschoben. Dies darf aber nicht den Blick auf herausfordernde Trends verstellen: So sinkt die Neubauleistung im geförderten Bereich absolut und relativ zum freifinanzierten Bereich und auch gemeinnützige Bauträger/innen bauen über Tochterunternehmen zunehmend freifinanziert; zugleich nimmt die Bodenverfügbarkeit zu geförderten Konditionen ab (Plank/Schneider/Kadi 2022).

Die „Wohnfrage“ geht in Wien aber weit über die quantitative Bereitstellung, den Schutz und die Bereitstellung preiswerten Wohnraums hinaus und umfasst ebenso Fragen der Qualität. Im geförderten Wohnbau umfasst dies die Kategorien „Ökonomie“, „Soziale Nachhaltigkeit“, „Architektur“ und „Ökologie“, die unter der Bezeichnung des 4-Säulen-Modells die Beurteilungsbasis für die Förderfähigkeit jedes Wohnbauvorhabens bilden. Hinter diesen Kategorien stehen wesentliche Zukunftsfragen, auf die jedes eingereichte Projekt Antworten finden muss: Wie reagieren Stadtentwicklung und Wohnbau auf die Herausforderungen der Klima- und der Energiekrise? Wie lässt sich die funktionale Durchmischung von Wohnen und Arbeiten, von kulturellen und sozialen Angeboten auf der Quartiers Ebene fördern und stimulieren? Wie kann die Inklusion verstärkt werden? Wie können neue Mobilitätsangebote entwickelt werden? Was können Architektur und Städtebau an Impulsen für eine resiliente Stadt- und Quartiersentwicklung und eine Kreislaufwirtschaft leisten? Und was bedeutet dies für den Aufbau neuer Partnerschaften und Netzwerke und für die Weiterentwicklung des stadt- und wohnungspolitischen Instrumentariums?

Die IBA_Wien als Transformationsmotor in einem erfolgreichen System?

An diesen Fragen setzte die IBA_Wien an. In den Fokus rückten die Herausforderungen bei der Sicherung des bezahlbaren, „sozialen“ Wohnens und die integrierte Entwick-

lung inklusiver Quartiere. In den Projekten ging es um Themen wie gute Nachbarschaft, gesundes und bezahlbares Wohnen, um die Entwicklung urbaner Vielfalt, die Erneuerung der Bestände, klimaangepasstes Bauen und um Impulse zur Gestaltung der Energie- und Mobilitätswende. Die Arbeitsorte bzw. der Projektfokus der IBA_Wien lagen auf ausgewählten Gebieten der Stadtentwicklung ebenso wie auf großen Bestandsgebieten aus den 1960er und 1970er Jahren. Erprobt und demonstriert wurden Prozesse und Modelle in der Entwicklung neuer Quartiere und wohnungsbezogener Trägermodelle. Ihre Protagonisten und Akteure kamen aus gemeinnützigen Wohnbauunternehmen, aus der Architektur, dem Städtebau und der Freiraumplanung, der Stadtteilarbeit, aber auch aus der Verwaltung und kommunalen Einrichtungen sowie aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Wesentliche Leistungen des IBA-Teams bestanden darin, die projekt- und/oder quartiersbezogenen Entwicklungsprozesse zu begleiten und aktiv zu unterstützen. Die unterschiedlichen beteiligten Akteursgruppen im Wohnbau und in der Stadtentwicklung wurden zusammengebracht und insbesondere das bauplatz- und themenübergreifende Handeln mit gezielten Formaten und Impulsen unterstützt. Dies geschah sowohl im Rahmen von öffentlichen Vorträgen und IBA-Talks als auch in konzentrierten Werkstattgesprächen mit ausgewählten Fachleuten und Akteuren. So gelang es vielfach, neue Partnerschaften innerhalb der komplexen Prozesse der Wohnbau- und Stadtproduktion aufzubauen – zumindest aber, die Diskussionen zum Wohnbau in Wien insgesamt (auch mit Blick auf den freifinanzierten Wohnbau) deutlich zu verbreitern. Exemplarisch sei hier auf die Entwicklung der neuen Quartiere „Berresgasse“ und „Am Seebogen“ (dieses als Teil der Seestadt Aspern) verwiesen. Dort ging es vor allem um Beiträge des Wohnbaus zu einer lebendigen Quartiersentwicklung, die Gestaltung von zusammenhängenden Freiräumen und nachhaltigen Mobilitätsangeboten, um Aspekte der Nutzungsmischung und generell um die Verlagerung der vorherrschenden Schwerpunktsetzungen vom einzelnen Bauplatz und Gebäude hin zu einem übergreifenden Quartiersansatz – was die Weiterentwicklung der Prozesse und (Bewertungs-)Instrumente nötig machte.

Die IBA_Wien verstärkte auch das Lernen aus bereits laufenden Prozessen, wie etwa jenem der Entwicklung von Quartiershäusern im Sonnenwendviertel und den dahinterstehenden neuen Konzeptvergabe-, Träger- und Finanzierungsmodellen. Mit dem Anspruch der Entwicklung eines lebendigen und urbanen Stadtteils wurden dort neue Ansätze zu Baugruppen und Quartiershäusern umgesetzt. Geprägt von einer kleinteiligen Mischung an Nutzungen und unterschiedlichen Nutzer/innengruppen konnten dort wesentliche Erfahrungen gesammelt werden, die künftig Eingang in die weitere Praxis finden sollen. Andere Projekte bezogen sich auf die Entwicklung ökologischer Bauweisen und auf den Ausbau der Wärmeversorgung aus zu 100% erneuerbaren Energien (z.B. IBA-Projekt Waldrengasse) oder auf Prozesse in der Erneuerung der Per-Albin-Hanson-Siedlung, einer Großsiedlung der 1970er Jahre.

Im Forschungsbereich hat die IBA_Wien einen wesentlichen Impuls zum Aufbau des „Research Centers for New Social Housing“ und damit einhergehend zur „Vienna International Summer School New Social Housing“ geleistet. Das Center wird von der TU Wien und der Universität Wien gemeinsam getragen und hat sich zunehmend als wichtige Plattform in einem internationalen Forschungsnetzwerk etablieren können. Aber auch im Bildungsbereich konnten im Rahmen von Schulpartnerschaften Workshops angeboten und Unterrichtsmaterialien erarbeitet werden – denn ein Anliegen vieler Akteure ist es auch, ein breiteres Bewusstsein für das Thema „Soziales Wohnen“ in der Bevölkerung zu schaffen und dafür zu sensibilisieren, dass das Wiener System keine Selbstverständlichkeit ist und gepflegt, weiterentwickelt und auch gegen neoliberale Gegendtendenzen verteidigt werden muss.

Während der Laufzeit von sechs Jahren nahm die IBA_Wien eine wichtige Rolle im System der Wiener Wohnförderung ein. Das sechsköpfige Team unterstützte und begleitete Prozesse, setzte Impulse und nahm damit Einfluss auf die Weiterentwicklung des vorhandenen Instrumentariums. So hat gerade der stark von der IBA_Wien eingebrachte Quartiersansatz zur Weiterentwicklung des Instruments der Baurägerwettbewerbe geführt. Mittlerweile zählt die Entwicklung bauplatzübergreifender und quartiersbezogener Energie- und Mobilitätskonzepte wie auch abgestimmter Strategien zur Entwicklung der Sockelzonen zu den Standardanforderungen in der Entwicklung neuer Quartiere. Die Sockelzonen als Erdgeschossflächen sind im urbanen Kontext besonders prägende Nutzungen und werden nunmehr als eigenständige Typologie begriffen, für die es letztlich auch einer eigenen Managementstruktur und spezifisch angepasster Nutzungsmischungen (Handel, Nahversorgung, soziale Infrastruktur etc.) bedarf. Neu ist auch, dass diese Prozesse von einem inter- und transdisziplinär besetzten Qualitäts- oder besser „Quartiersbeirat“ begleitet werden, dessen Aufgabe es ist, den Aufbauprozess im Sinne der hohen Qualitätsanforderungen in baulichen, sozialen, ökologischen und gestalterischen Bereichen qualitativ zu begleiten.

Ergebnisse der Resonanzstudie zur IBA_Wien

Angeregt vom IBA-Expertenrat vergab die IBA_Wien 2021 den Auftrag zu einer Reflexion des eigenen Wirkens. Die Resonanzstudie sammelte subjektive (sich in der Laufzeit entwickelnde) Sichtweisen, Wahrnehmungen und Einschätzungen zum Beitrag der IBA_Wien und zu den beobachteten Veränderungen im Bereich des sozialen Wohnens. Hierzu wurden über 55 qualitative Interviews mit aktiv involvierten Akteuren geführt.

In den Augen der Interviewten war die IBA_Wien ein wertvoller Prozess, der aber nur bedingt die hohen Erwartungen an das experimentelle Format IBA erfüllt hat. Trotzdem wurde in den Interviews eine große Wertschätzung zum Ausdruck gebracht, vor allem da das Format IBA als sehr hilfreich angesehen wurde, um in Wien, aber auch international Aufmerksamkeit für die (Weiter-)Entwicklung des Instrumentariums und der Prozesse im geförderten

Wohnbau und letztlich auch mehr Verantwortung für den sozialen Wohnbau zu erzeugen.

In der Interpretation der Autoren, welche die genannte Resonanzstudie erarbeitet haben, hat die IBA_Wien wesentliche Impulse zur Handlungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Stadt Wien im Wohnbau gesetzt. Über die Erfahrungen und Standards im geförderten Wohnbau hinaus macht sie die gewonnenen Erfahrungen und Lösungen – etwa zu quartiersbezogenen Ansätzen oder zur Kooperation wesentlicher Akteure im Wohnbausystem – einer breiten lokalen wie internationalen Öffentlichkeit zugänglich.

Am Ende steht jedoch die klare Aussage, dass dem zentralen IBA-Auftrag, Beiträge zur Innovation des sozialen Wohnbausystems zu leisten, zwar nachgekommen wurde, dieser Auftrag innerhalb der Laufzeit der IBA_Wien (2016–2022) aber vor allem präziser wurde und stetig gewachsen ist. Herausgehoben wurden in den Interviews beispielsweise die integrierten Vorgehensweisen vom Quartier bis zur Gesamtstadt, die notwendige Ausrichtung an den Klima- und Nachhaltigkeitszielen sowie der diesbezügliche Umgang mit dem umfangreichen Wohnungsbestand. Aber auch das Qualitätsbewusstsein auf baulich-räumlicher, funktionaler, energetischer, ökologischer und sozialer Ebene hat sich während der Laufzeit der IBA_Wien verändert. In diesem Sinne werden viele neue Potenziale – etwa der Energie- und Mobilitätswende, aber auch der verstärkten Inklusion marginalisierter Gruppen – deutlich breiter diskutiert. Vor diesem Hintergrund wird die IBA_Wien von den Autoren mehr als Auftakt denn als Intensivphase eines bevorstehenden und weiterhin konsequent zu gestaltenden Transformationsprozesses interpretiert.

Blickt man auf die IBA_Wien als Lernprozess, dann wird deutlich, dass schwieriger werdende Rahmenbedingungen für das Segment des geförderten Wohnbaus, Herausforderungen hinsichtlich Leistbarkeit, Inklusion, Bestandertüchtigung, Klimaanpassung und ökologischer Nachhaltigkeit sowie zunehmende politische Spannungen und unterschiedliche Vorstellungen zur Siedlungsentwicklung, zur Stadterneuerung und zum Wohnbau präziser als zuvor wahrgenommen und verstanden werden. Auch werden die Stärken des Systems – wie das vorhandene Instrumentarium und die hohen Qualitäten wie Quantitäten im gemeindeeigenen wie geförderten Wohnbau – breiter anerkannt. Bereits vorgenommene Anpassungen des Instrumentariums – wie die Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ und der Qualitätsbeirat – werden als positiv benannt sowie weitere angeregt.

Fazit

Insgesamt wirkte die IBA_Wien stark nach innen und setzte Impulse zur Weiterentwicklung des komplexen Wiener Wohnbausystems. In diesem Verständnis kann die IBA_Wien als Plattform, Moderatorin und Impulsgeberin in einem länger andauernden Veränderungs- bzw. Transformationsprozess verstanden werden. Neben Fachleuten aus Architektur und Planung adressierte die IBA_Wien vor allem die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung – in

Wien und darüber hinaus. Denn sie sind es, die auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene notwendige Weichenstellungen in Bezug auf das „soziale Wohnen“ und die Sicherstellung eines „Rechts auf Wohnen“ vornehmen müssen. Die ausgewählten Projekte und Quartiere der IBA_Wien zeigen, was mit dieser Verantwortung alles einhergeht: Von Instrumenten der Wohnbauförderung und der Bodenpolitik über den Städtebau und die (Landschafts-) Architektur bis hin zu Aspekten des sozialen Zusammenlebens in den urbanen Quartieren gibt es viele – fachliche und politische – Fragen zu beantworten.

Die IBA_Wien hat deutlich gemacht, dass die aktuellen Herausforderungen eine stete Anpassung und Weiterentwicklung der Instrumente, Prozesse und Kooperationen erfordern. Dafür sind klare politische Bekenntnisse und kontinuierlich aufgebaute Wissensgrundlagen und Strukturen wesentlich. Wien hat beides, und darf sich doch nicht darauf ausruhen.

Der hier erschienene Beitrag der Autoren basiert auf dem Artikel **IBA weiter gefasst** von *Rudolf Scheuven*, erschienen in „Neues soziales Wohnen. Positionen zur IBA_Wien 2022“ sowie auf der Studie **Was lernen wir morgen? Resonanzstudie zum Abschluss der IBA_Wien 2022**, verantwortlich durchgeführt von *Andreas Bernögger* am future.lab der TU Wien. Beide Publikationen bieten – neben der umfangreichen *Webseite der IBA_Wien* mit frei zugänglichen Veranstaltungsaufzeichnungen und Publikationen – Möglichkeiten zur näheren Beschäftigung mit den Inhalten und Arbeitsweisen der IBA_Wien.



ANDREAS BERNÖGGER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am future.lab der Fakultät für Architektur + Raumplanung der TU Wien. Er forscht und arbeitet zu sozialen Innovations- und Transformationsprozessen im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

andreas.bernoegger@tuwien.ac.at



PROF. DIPL.-ING. RUDOLF SCHEUVENS

leitet das future.lab und ist Dekan der Fakultät für Architektur + Raumplanung der TU Wien. Neben seinen Forschungs- und Lehrtätigkeiten ist er Gesellschafter der Planungsbüros Raumposition sowie scheuven + wachten plus und in zahlreichen Juries und Beiräten tätig.

scheuven@rpl-arch.tuwien.ac.at

Literatur

- IBA-Expertenrat des BMI (2017): Memorandum zur Zukunft Internationaler Bauausstellungen. Hrsg. vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Berlin.
<https://www.internationale-bauausstellungen.de/bibliothek-und-downloads/> (21.08.2023).
- IBA-Expertenrat des Bundes (2020): Thesen des IBA-Expertenrats. Hrsg. vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Berlin.
<https://www.internationale-bauausstellungen.de/bibliothek-und-downloads/> (21.08.2023).
- IBA_Wien 2022 (2017): Programmatik zur Internationalen Bauausstellung Wien 2022. Rahmen, Struktur, Memorandum. Wien.
<https://www.iba-wien.at/service/weitere-downloads> (21.08.2023).
- IBA_Wien 2022 (Hrsg.) (2022): Was lernen wir morgen? Resonanzstudie zum Abschluss der IBA_Wien 2022.
<https://www.iba-wien.at/service/schlusspraesentation> (21.08.2023).
- IBA_Wien 2022 & future.lab (Hrsg.) (2020): Neues soziales Wohnen. Positionen zur IBA_Wien 2022. Berlin.
- Plank, L.; Schneider, A.; Kadi, J. (2022): Wohnbauboom in Wien 2018-2021. Preise, Käufer:innen und Leerstände in der Wohnbauproduktion. Hrsg. von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien. = Standpunkte 40.
https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/meinestadt/wohnen/Studie_Wohnbauboom_Wien_2018-2021.pdf (21.09.2023).
- Stadt Wien (o.J.): Mietberechnung im geförderten Neubau.
<https://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbaufoerderung/foerderungen/neubau/berechnung.html> (17.09.2023).

Jan Glatter, Jan Üblacker

GENTRIFIZIERUNGSFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND

Entwicklung und Reflexionen

Berichte und Diskussionen über Gentrifizierung haben in wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten in den letzten 15 Jahren eine erstaunliche Verbreitung erfahren. Dieser Beitrag startet daher mit einer kurzen Begriffsklärung: In den 1960er Jahren als Wortschöpfung neu entstanden, war Gentrifizierung lange Zeit ein ausschließlich wissenschaftlicher Fachbegriff. Seit Ende der 2000er Jahre hat der Begriff jedoch eine enorme mediale Verbreitung und Popularisierung erfahren – Gentrifizierung ist zu einem regelmäßigen Thema massenmedialer Berichte, politischer Proteste und Debatten, aber auch künstlerischer und literarischer Projekte geworden. Was genau unter Gentrifizierung verstanden wird, ist dabei nicht immer klar. Der Prozess wird beispielsweise als bauliche und soziale Aufwertung von Gründerzeitgebieten, als globaler Prozess der urbanen Landnahme durch die Mittelschicht oder als allgemeiner Ausdruck von Ungleichheiten auf dem Wohnungsmarkt gedeutet. Inzwischen ist der Begriff so populär, dass er auf andere Prozesse des sozialen Wandels übertragen wird (z. B. Gentrifizierung der Fußballstadien).

Im Kern bezeichnet Gentrifizierung den Prozess des Austausches einer statusniederen Bevölkerung durch eine statushöhere Bevölkerung in einem Wohngebiet. Dieser Austausch kann auch in Form einer Verdrängung der bisherigen Quartiersbewohner/innen stattfinden. Unter Status werden in der Regel die sozioökonomischen Ressourcen (formale Bildung und Einkommen) verstanden. Zusätzliche Komplexität gewinnt der Prozess durch die Kopplung mit baulich-immobilienwirtschaftlichen, symbolischen und infrastrukturellen Veränderungen im Quartier. Dazu zählen Sanierungen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, ein erhöhtes Transaktionsaufkommen in Form von Verkäufen von Grundstücken, Wohnhäusern und Wohnungen, Preissteigerungen, der Wandel der lokal ansässigen Geschäfte und Infrastrukturen und die diskursive Image-Aufwertung. Diese Faktoren erweisen sich je nach Quartier als Ursache, Begleiterscheinung oder Folge des Bevölkerungsaustausches. Gentrifizierung wird dabei zusätzlich und wesentlich von politisch-planerischen Rahmenbedingungen und Interventionen beeinflusst.

Ziel dieses Beitrages ist es, einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung und die aktuellen Prozesse der Gentrifizierung zu geben sowie wissenschaftliche Fragestellungen und relevante Diskussionen vorzustellen.

Entwicklung der Gentrifizierung

Den Begriff „Gentrification“ hat die britische Stadtforscherin *Ruth Glass* erfunden. In ihrer 1964 erschienenen Studie über die Stadtentwicklung von London beschreibt sie den Zuzug einer neuen urbanen Mittelschicht in innenstadtnahe Altbauquartiere. In Stadtteilen wie Islington und Chelsea wurden Straßenzug um Straßenzug historische Gebäude aufgekauft und die Bewohner/innen verdrängt, um die zumeist viktorianischen Bauten stilvoll zu restaurieren. *Ruth Glass* benannte die Gentrification nach dem *gentry*, einer im England des 18. und 19. Jahrhunderts populären Bezeichnung für den niederen Landadel, der sich in seinem Lebensstil an der englischen Upperclass orientierte und deren Architektur der repräsentativen Landsitze kopierte. Diese historische Bezeichnung übertrug sie mit leichter Ironie auf die seit den 1950er Jahren in London zu beobachtenden Mittelklassehaushalte, die bewusst einen städtischen Lebensstil wählten und dafür in Quartiere mit historischer Bausubstanz zogen, um diese in ihren repräsentativen Formen wiederherzustellen. In den USA und Kanada beobachtete die Stadtforschung vergleichbare Prozesse des Quartierswandels, verwendet dafür aber andere Begriffe – wie *Revitalisation*, *neighborhood renewal* oder *back-to-the-city-movement* (Dangschat 1988). Auch in westdeutschen Städten zeigten sich ab den 1960er Jahren ähnliche Entwicklungen – so in Hamburg Eppendorf und in München Schwabing. Weil der Begriff der Gentrification in der Bundesrepublik noch nicht bekannt war, nannte man den Prozess in Hamburg „Pöselndorf-Effekt“ (Kurr 2018: 36 ff.).

Als es in den 1980er Jahren in vielen westdeutschen Großstädten zu einem Zuzug neuer Statusgruppen sowie zu Sanierungs- und Aufwertungswellen mit Verdrängung und politischen Protesten kam, wurde der Begriff und das damit verbundene Konzept der Gentrification auch in der deutschsprachigen Stadtforschung aufgegriffen. Es folgten

erste Forschungsprojekte und wissenschaftliche Studien – unter anderem in Hamburg, München und Köln. Mit der Bezeichnung „Gentrifizierung“ erhielt der englische Begriff „Gentrification“ ab den 1990er Jahren seine deutschsprachige Fassung. Was die deutschsprachige Forschung zu dieser Zeit besonders auszeichnete, war die enge Verzahnung mit der Praxis der Stadterneuerung und Stadtplanung (vgl. die Beiträge in Blasius/Dangschat 1990).

Seit Ende der 2000er Jahren kam es in vielen Städten und Quartieren zu einer neuen „Welle“ der Gentrifizierung. Eines der ersten Viertel, in denen Verdrängungsprozesse offensichtlich wurden, war 2009 das Hamburger Gängeviertel. Aufgrund der überregionalen Berichterstattung über die Protestbesetzung des Quartiers entstand eine breite öffentliche Debatte über Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse.

Die Intensivierung der Aufwertungsprozesse resultierte dabei aus demographischen, soziokulturellen, ökonomischen und politisch-planerischen Faktoren. Viele Städte erlebten seit Ende der 2000er Jahre wachsende Einwohnerzahlen – eine Entwicklung, die als „Reurbanisierung“ und „Renaissance der Innenstädte“ diskutiert wurde. Begünstigt wurde das demographische Wachstum der Städte durch stadtpolitische Projekte der Revitalisierung und Festivalisierung sowie durch die Förderung der Kreativ- und Kulturwirtschaft („Floridaisierung“).

Zeitlich parallel geriet der bundesdeutsche Wohnungs- und Immobilienmarkt in den Fokus nationaler und internationaler Investoren. Im globalen Anlagevergleich galten bundesdeutsche Immobilien als wertstabile und unterbewertete Assetklasse. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank führte zudem dazu, dass sich Wohnungsunternehmen und Investoren zu sehr günstigen Konditionen Kapital leihen konnten und dieses in Bestands-sanierungen, Ankäufe und Neubauten investierten. In den Städten und Quartieren machten sich diese Entwicklungen in Form von En-bloc-Sanierungen, städtebaulichen Großprojekten (z. B. Revitalisierung von alten Häfen, Schlachthöfen, Güterbahnhöfen, Kasernenstandorten oder Industriearealen) und der Kommerzialisierung spezifischer Wohnungsmarktsegmente (z. B. Wohnheime für Studierende, Seniorenwohnen, Kurzzeitwohnen, Mikroapartments) bemerkbar. Auf der Anbieterseite unterstützte die leichte Verfügbarkeit von Fremdkapital die Wachstumsbestrebungen privater Wohnungsunternehmen und Projektentwickler. Damit drangen neue Akteure auf den Wohnungsmarkt, die an den internationalen Finanzmarkt gekoppelt sind und die eine strikte Renditeorientierung verfolgen, die auf Wertsteigerung der Immobilien und laufenden Kapitalertrag ausgerichtet ist.

Eine neue Nachfrage nach städtischen Immobilien und Wohnraum entstand an einigen Standorten auch durch den rasanten Anstieg des Städtetourismus. Waren lange Zeit die historischen Altstädte und Museumsquartiere die ausschließlichen Hotspots des Städtetourismus, wurden jetzt auch innenstadtnahe Altbauquartiere mit der Erwartung an Authentizität und lokaler Lebenskultur erschlossen. Unterstützt wurde und wird diese Entwicklung durch den Aufstieg von Online-Portalen wie Airbnb.

Die Reurbanisierung sowie die immobilienwirtschaftliche und touristische Nachfrage traf auf Städte, in denen die Wohnungs- und Stadterneuerungspolitik seit den 1990er Jahren eine stetige Deregulierung erfahren hatte. Diese Entwicklung fand sowohl auf Bundes-, Landes- als auch kommunaler Ebene statt und äußerte sich unter anderem in der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände, der Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus und dem Auslaufen städtebaulicher Satzungen für Sanierungs- und Milieuschutzgebiete.

Die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum und Investitionen führte dazu, dass viele Quartiere, die bereits in früheren Jahren Gentrifizierungsprozesse verzeichneten, eine erneute Aufwertung erfuhren (z. B. Hamburg: St. Pauli, Schanzenviertel; Köln: Nippes, Belgisches Viertel, Südstadt; München: Schwabing, Maxvorstadt; Berlin: Kreuzberg, Prenzlauer Berg). Wohnbauten wurden nochmals, aber aufwendiger saniert (Dachgeschossausbau, Einbau von Liften, aufwendige Küchen, Sonderausstattungen) und hochpreisige Neubauareale errichtet. Diese Modernisierungswelle lief und läuft aber weniger räumlich konzentriert und über einen längeren Zeitraum ab. Zugleich werden neue Quartiere von der Gentrifizierung erfasst. Beispiele dafür sind der Stadtteil Flingern in Düsseldorf und mehrere „Kieze“ in Berlin-Neukölln. Die Gentrifizierung bleibt dabei nicht auf die Großstädte begrenzt, sondern zeigt sich inzwischen auch in kleineren Städten und im ländlichen Raum – zum Beispiel in der nördlich von Berlin liegenden Uckermark (Lange/Üblacker 2022). Als aktuelle Erscheinungsform der Gentrifizierung werden darüber hinaus große innerstädtische Neubauprojekte auf Brachflächen interpretiert. Industriebrachen, stillgelegte Hafensareale, ehemalige Güterbahnhöfe, aufgegebene Kasernenstandorte, alte Schlachthöfe werden durch Wohnungsbauprojekte revitalisiert, wobei historische Relikte als *landmarks* und Geschichtenerzähler erhalten bleiben. Beispiele für diese Projekte der Neubau-Gentrifizierung sind die HafenCity Hamburg, der Rheinauhafen Köln und der Kreativ-Kai in Münster.

Wissenschaftliche Reflexionen zur Gentrifizierung

Die Intensivierung der Gentrifizierung hat nicht nur zu einer breiten öffentlichen und politischen Debatte, sondern auch zu einer Vielzahl neuer wissenschaftlicher Fallstudien und Forschungsarbeiten geführt (für einen Überblick vgl. Üblacker 2018; Glatter/Mießner 2021). Eine umfassende Zusammenstellung und Reflexion des aktuellen Forschungsstandes zur Gentrifizierung im deutschsprachigen Raum steht noch aus. Nachfolgend möchten wir zumindest drei Aspekte der jüngeren Gentrifizierungsforschung aufgreifen und Hinweise auf weitere Forschungsfragen und -bedarfe geben.

1. Die deutsche Gentrifizierungsforschung hat sich seit ihrer „Grundsteinlegung“ 1988 thematisch, methodisch und theoretisch-paradigmatisch sehr stark ausdifferenziert. Im Sinne eines fruchtbaren, wissenschaftlichen Austausches und eines Strebens nach Erkenntnisfort-

schrift ist diese Entwicklung grundsätzlich zu begrüßen, eröffnet sie doch neue Perspektiven und bietet Anlass zur diskursiven Reflexion nicht nur über den Forschungsgegenstand selbst, sondern auch über die Art und Weise, wie dieser erforscht wird. Allerdings stellt sich auch die Frage, ob und inwieweit sich unter den Bedingungen zunehmender Ausdifferenzierung noch von einer kumulativen Entwicklung der Forschung zu Gentrifizierung sprechen lässt.

Wir sehen daher einen besonderen Bedarf der konsequenten Sichtung, Sammlung und Archivierung von wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema. Diese Sammlung sollte unbedingt studentische Qualifikationsarbeiten einschließen, die zu diesem Thema in großer Zahl entstehen und oftmals vollkommen unberücksichtigt bleiben. Eine erste Methodik zur Systematisierung liegt bereits vor (Üblacker 2018), sodass ein deutsches Archiv der Gentrifizierungsforschung unmittelbar darauf aufbauen kann. Die Vorteile wären ein Überblick über Begriffskonzepte der Gentrifizierung, Methoden der Gentrifizierungsforschung, die räumliche Verbreitung („Geographie der Gentrifizierung“), die Nachzeichnung historischer Entwicklungsverläufe und Paradigmen. Eine konsequente Archivierung würde auch Replikationen und Folgestudien für einzelne Gebiete erleichtern – auch hier besteht nach wie vor ein Mangel. Letztlich erleichtert die kontinuierliche Sammlung von Arbeiten der Gentrifizierungsforschung auch spätere Metaanalysen zum Forschungszweig.

Darüber hinaus beziehen sich speziell in Deutschland viele Forschungen zu Gentrifizierung immer noch auf ein oder zwei Wohngebiete, die oftmals nur zu einem Zeitpunkt untersucht werden. Es besteht nach wie vor ein Mangel an komparativen Untersuchungen, die mehrere Gebiete zwischen verschiedenen Städten anhand eines einheitlichen Forschungsdesigns miteinander vergleichen, um beispielsweise den Einfluss lokaler Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik zu untersuchen.

2. Die konzeptionelle Breite der Forschungen und die Popularisierung des Begriffs haben zu einer stetigen Ausweitung des Bedeutungsfeldes der Gentrifizierung geführt. Der Begriff ist polyvalent, sodass damit in Wissenschaft und öffentlichen Debatten längst nicht mehr nur der oben definierte Bevölkerungsaustausch in Quartieren beschrieben und assoziiert wird. Aus wissenschaftlicher Perspektive verliert der Begriff durch diese breite und uneinheitliche Nutzung an „inhaltlicher Schärfe und Aussagekraft“ (Frank 2018: 197). Doch wie kann wissenschaftlich damit umgegangen werden? Zunächst sollte innerhalb der Wissenschaft, d. h. in wissenschaftlichen Publikationen und Vorträgen, Klarheit darüber herrschen, welches Begriffsverständnis dem Beitrag zugrunde liegt. Transparenz und Nachvollziehbarkeit sind wesentliche Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens und erleichtern die spätere Einordnung der Befunde, auch für Politik und Praxis. Die in den öffentlichen Debatten beobachteten Begriffsdehnungen, Übertragungen und Neuschöpfungen sollten nicht einfach über-

nommen, sondern als Gegenstand der Forschung angesehen werden, die untersucht, welche Bedeutungszuschreibungen Politiker/innen, Verwaltungen, Wirtschaft und Bewohner/innen vornehmen, was Praktiker/innen unter „Gentrifizierung“ verstehen und wie dieses Verständnis ihr professionelles und alltägliches Handeln beeinflusst.

3. Im Vergleich zur Forschungsentwicklung in den 1980er und 1990er Jahren scheint der intensive Austausch zwischen der Planungspraxis in den Städten und der wissenschaftlichen Grundlagenforschung zur Gentrifizierung an Bedeutung verloren zu haben. Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel der sozialen Erhaltungssatzungen (Milieuschutzgebiete). Während viele Kommunen dieses Instrument wieder aktivieren, bleiben die reflektierenden und kritischen Forschungen dazu weitgehend aus. Empirische Studien zum Erfordernis sozialer Erhaltungssatzungen werden von den Städten selbst oder von privaten Forschungs- und Beratungsinstituten durchgeführt. In der Konsequenz fehlt der Praxis die wissenschaftlich-kritische Reflexion der Methoden. Im Gegenzug dazu nimmt die anwendungsorientierte Forschung einen Teil der Daten und Fragestellungen, die sich in der Praxis von Stadtplanung, Stadterneuerung und Politikberatung ergeben, nicht ausreichend wahr.

Welche Potenziale eine stärkere Kopplung von Wissenschaft und Praxis bieten, zeigt die kritische Wohnungsforschung. So ist in jüngerer Zeit eine Vielzahl an Studien entstanden, bei denen aus einer engagierten und kritischen Perspektive die Benachteiligungen, aber auch die Strategien der Marginalisierten und Verdrängten untersucht werden (u. a. Vollmer 2018; Schipper 2021). Diese Studien erweitern das Verständnis für die Perspektive der von Aufwertung negativ Betroffenen. Vergleichbare Studien zu den Perspektiven der Stadtpolitik, Verwaltung und Planung sowie der Immobilienwirtschaft auf die Gentrifizierung gibt es hingegen nur wenige.

Ausblick

Abschließend möchten wir einen kleinen Ausblick wagen. Wie oben bereits erläutert, sind Dynamik, Erscheinungsformen und geographische Verbreitung von Gentrifizierung immer auch ein Produkt ihrer jeweiligen Zeit, genauer: der zum Zeitpunkt der Untersuchung vorherrschenden sozialen, ökonomischen und politisch-planerischen Bedingungen. Aktuell zeigt sich bei einer Reihe dieser Bedingungen ein beschleunigter Wandel, der sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf die Aufwertungsprozesse in deutschen Städten und Quartieren auswirken wird.

Aus wohnungswirtschaftlicher Perspektive ist die wohl bedeutendste Veränderung die Zinswende der EZB, die zu einer Verteuerung des Fremdkapitals und dadurch zu einem Rückgang der Investitionen und Neubautätigkeiten führt. In der Folge verschlechtern sich die Renditeerwartungen für Immobilienanlagen, sodass Investorinnen/Investoren und Vermögensverwaltungen beginnen, die Höhe

der Immobilienanteile in ihren Portfolios zu überdenken und gegebenenfalls zu reduzieren. Sanierungen und Neubauvorhaben sind unter diesen Bedingungen erschwert. Es ließe sich also erwarten, dass die Dynamik der Gentrifizierung unter diesen Rahmenbedingungen abnimmt.

Für eine Fortsetzung, wenn nicht sogar für eine neue „Welle der grünen Gentrifizierung“ sprechen hingegen die Nachhaltigkeitsziele im Gebäudesektor, die über verschiedene politische Regulierungen energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden fördern sollen. Zwei Regelungen sind von zentraler Bedeutung: (1) Die EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen und (2) der sog. Klimapfad für Gebäude, der eine Energieeffizienzsteigerung für Gebäude vorgibt, die über die Klassifizierung im Energieausweis (A+ bis H) gemessen wird. Die sog. EU-Taxonomie (oft auch kurz als ESG-Kriterien bezeichnet) soll privaten und institutionellen Investorinnen/Investoren ermöglichen, leichter zu erkennen, wie nachhaltig die einem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen sind. Eine nachhaltige Investition besteht nach der EU-Offenlegungsverordnung bei einer Investition in eine Wirtschaftstätigkeit, die zur Erreichung eines Umweltziels (Environment) oder sozialen Ziels (Social) beiträgt. Für Wohnungsunternehmen und Gebäudeeigentümer/innen bedeutet dies einen besseren Zugang zu Fremdkapital, wenn sie planen, mit diesem Kapital energetische Maßnahmen (z. B. Heizungstausch, Dämmung, Umstellung der Energieversorgung) am Gebäude oder im Quartier durchzuführen. Ein zusätzlicher Anreiz zur energetischen Sanierung entsteht durch den drohenden Wertverlust von Gebäuden mit schlechteren Energieeffizienzklassen, die sogar in Verkaufs- und Vermietungsverboten münden könnten (sog. Stranded Assets). Für die sozialen Kriterien (das S in ESG) gibt es bisher noch keine einheitliche Regelung. Erste Befragungen zur Stimmung unter Unternehmen deuten jedoch darauf hin, dass die soziale Nachhaltigkeit vor allem über die Steigerung der Wohnqualität abgebildet werden soll (z. B. durch Fahrradstellplätze, Grünflächen, Kinderbetreuungsangebote). Diese Regelungen betreffen alle Wohngebäude und Wohnungsanbieter/innen, wobei sich bereits abzeichnet, dass die kapitalmarktorientierten Anbietertypen stärker und früher auf die Regularien reagieren und ihre Bestände energetisch ertüchtigen werden.

Vor dem Hintergrund der räumlichen Verbreitung von Gentrifizierung innerhalb der Städte könnte diese Entwicklung dazu führen, dass die bisher unter Gentrifizierungsfragestellungen eher weniger beachteten Gebäudekategorien der 1960er und 1970er Jahre in den Fokus der Aufwertungsaktivitäten rücken. Die EU-Kommission spricht hier nicht umsonst von einer „Renovation Wave for Europe“. Offen ist bisher, in welchem Maße die Zinswende diese Ziele konterkariert und ob die „Renovation Wave“ eine neue Welle der Gentrifizierung in europäischen Städten und Quartieren auslöst.

Literatur

- Blasius, J.; Dangschat, J. S. (Hrsg.) (1990): Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Frankfurt a. M./New York.
- Dangschat, J. S. (1988): Gentrification. Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel. In: Friedrichs, J. (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Opladen, 272-292. = Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29.
- Frank, S. (2018): Das Phoenix-Projekt und die große Erzählung vom Neuen Dortmund: Diskussionen um „gefühlte“ Gentrifizierung im Stadtteil Hörde. In: Gestring, N.; Wehrheim, J. (Hrsg.): Urbanität im 21. Jahrhundert. Eine Fest- und Freundschaftsschrift für Walter Siebel. Frankfurt a. M./New York, 196-214.
- Glatter, J.; Mießner, M. (2021): Aktuelle Debatten in der deutschsprachigen Gentrifizierungsforschung. Zur Einleitung. In: dies. (Hrsg.): Gentrifizierung und Verdrängung. Aktuelle theoretische, methodische und politische Herausforderungen. Bielefeld, 9-31.
- Kurr, A. (2018): Urbaner Wandel und soziale Proteste in Hamburg. „Kommerzialisierung“ und Aufwertungsprozesse im wohlhabenden Harvestehude der sechziger und siebziger Jahre. In: FZH – Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.): Zeitgeschichte in Hamburg 2017. Hamburg, 36-53. https://www.zeitgeschichte-hamburg.de/contao/files/fzh/pdf/Jahresbericht_2017_Inhalt.pdf (11.09.2023).
- Lange, V.; Üblacker, J. (2022): Ländliche Gentrifizierung und soziale Konflikte. Das Beispiel Gerswalde bei Berlin. In: ethik und gesellschaft (1), 1-21.
- Schipper, S. (2021): Gentrifizierung powered by Vonovia. Verdrängung im Frankfurter Gallus. In: Glatter, J.; Mießner, M. (Hrsg.): Gentrifizierung und Verdrängung. Aktuelle theoretische, methodische und politische Herausforderungen. Bielefeld, 167-186.
- Üblacker, J. (2018): Gentrifizierungsforschung in Deutschland. Eine systematische Forschungssynthese der empirischen Befunde zur Aufwertung von Wohngebieten. Opladen/Berlin/Toronto.
- Vollmer, L. (2018): Strategien gegen Gentrifizierung. Stuttgart.



PROF. DR. JAN ÜBLACKER

ist Professor für Quartiersentwicklung, insbesondere Wohnen im Quartier, an der Fachhochschule für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (EBZ) in Bochum. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen in den Bereichen Gentrifizierung, Nachbarschaft und Quartier, Wohnen und Wohnungsmärkte, Digitalisierung, sozialräumliche Integration und soziale Ungleichheit.

j.ueblacker@ebz-bs.de



DR. JAN GLATTER

arbeitet im Amt für Stadtplanung und Mobilität der Stadt Dresden und forscht seit über zwanzig Jahren zu Prozessen der Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung mit dem Schwerpunkt auf Ostdeutschland. Er ist Sprecher des Arbeitskreises Geographische Wohnungsmarktforschung, der das Ziel verfolgt, wissenschaftliche und praktische Perspektiven auf die Wohnungsmarktentwicklung zu verknüpfen.

jglatter@dresden.de

Annette Spellerberg

WOHNTRENDS

Individualisierung, Vernetzung und gemeinschaftliches Wohnen

Die Trends der Individualisierung, der digitalen Vernetzung und des gemeinschaftlichen Wohnens sind seit Jahrzehnten zu beobachten. Die Bedürfnisse nach persönlicher Autonomie, zugleich aber auch nach sozialer Einbindung und verlässlichen, vertrauensvollen sozialen Beziehungen im unmittelbaren Wohnumfeld verweisen auf die zunehmende Bedeutung des Wohnens in der vielfältigen, postmodernen und digitalisierten Gesellschaft. In diesem Beitrag werden die veränderten Haushaltsstrukturen auf Basis statistischer Daten sowie gemeinschaftliche Wohnformen auf Basis eigener Studien diskutiert.

Haushaltsgrößen – Ausdruck der Individualisierung beim Wohnen

Im Kontext ausdifferenzierter familiärer Strukturen und einer alternden Gesellschaft verändern sich auch die Wohnformen. Die Verschiebungen bei den Haushaltsstrukturen zeigen einen Anstieg bei den Anteilen der Alleinwohnenden und der Partnerhaushalte, während Familienhaushalte auch in den mittleren Altersgruppen anteilig zurückgehen. Dieser Trend wird als Individualisierung bezeichnet und bildet eine zentrale Dimension des sozialen Wandels. Er bedeutet eine Akzentuierung persönlicher Vorlieben in der Alltagsgestaltung und eine Enttraditionalisierung der mit der Industriegesellschaft verbundenen Lebensformen und Lebensstile (Beck 1986). Die Formen des Zusammenlebens, die Wahl der Wohnlage und des Wohnortes sowie die Gestaltung der Wohnung sind für die Individualisierung von zunehmender Bedeutung (Flade 2020; Hannemann 2022). In Bezug auf das Wohnen bedeutet dies, dass sich Menschen häufiger aus institutionalisierten Gemeinschaften wie Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen herauslösen. Das Alleinwohnen und die Verkleinerung der Haushaltsgrößen sind wesentliche Indikatoren dieses Trends (vgl. Abb. 1).

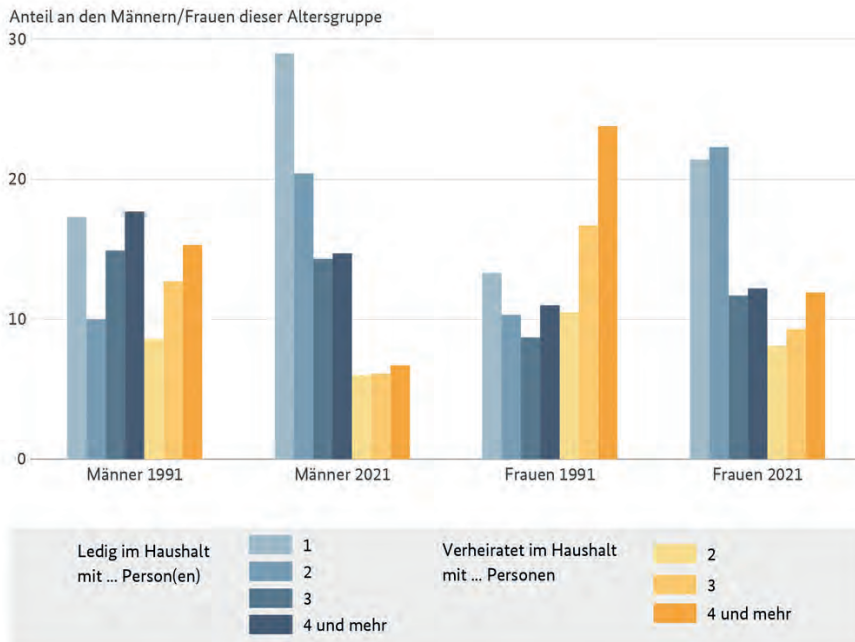
Bei den 20- bis 34-jährigen Männern zeigt sich, dass der Einpersonenhaushalt die mit Abstand häufigste Wohnform bei den Ledigen ist. Lediglich etwa jeweils 6% der Männer in dieser Altersgruppe sind verheiratet und leben in einem 2-, 3- oder 4-Personenhaushalt. Junge Frauen wohnen etwas häufiger als junge Männer als Ledige zu zweit zusammen, gefolgt vom Alleinwohnen; Alleinwoh-

nende können dabei selbstverständlich auch in einer Partnerschaft sein (*living apart together*). An den Verschiebungen bei den Lebensformen zwischen 1991 und 2021 ist deutlich ablesbar, dass das Alter bei der ersten Eheschließung und bei der Geburt von Kindern ansteigt. Möglicherweise wird auch ganz auf eine Heirat und/oder Kinder verzichtet.

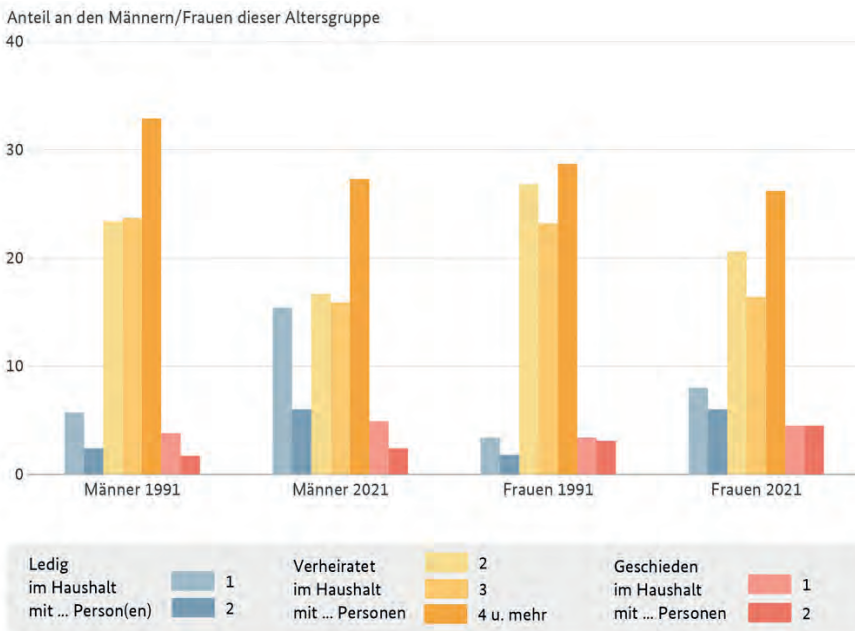
In der folgenden Altersgruppe der 35- bis 59-Jährigen dominieren zwar die Verheirateten in Mehrpersonenhaushalten – vor allem bei den Männern. Diese – so ist anzunehmen – Familien mit Kindern repräsentieren zusammengekommen aber nur etwa vier von zehn Haushalten bei Männern und Frauen. Ihre Anteile sind in den betrachteten 30 Jahren deutlich zurückgegangen. Männer der mittleren Altersphase sind im Zeitvergleich 1991–2021 deutlich häufiger ledig und wohnen allein. Da auch der Anteil der Geschiedenen bei Männern wie Frauen zugenommen hat, steigen insgesamt die Anteile kleinerer Haushalte in den mittleren Altersgruppen.

Die Älteren ab 60 Jahren leben am häufigsten in einer Partnerschaft zusammen. Die Mehrzahl der Männer ist verheiratet und lebt mit der Ehefrau zusammen, nur ein geringer Teil ist geschieden oder verwitwet. Die beiden letztgenannten Haushaltsformen sind häufiger bei Frauen verbreitet. Am Rückgang des Anteils der verwitweten Frauen von 1991–2021 ist ablesbar, dass die Kriegsfolgen mit einem hohen Anteil alleinlebender Frauen sich statistisch kaum noch bemerkbar machen (BiB 2023).

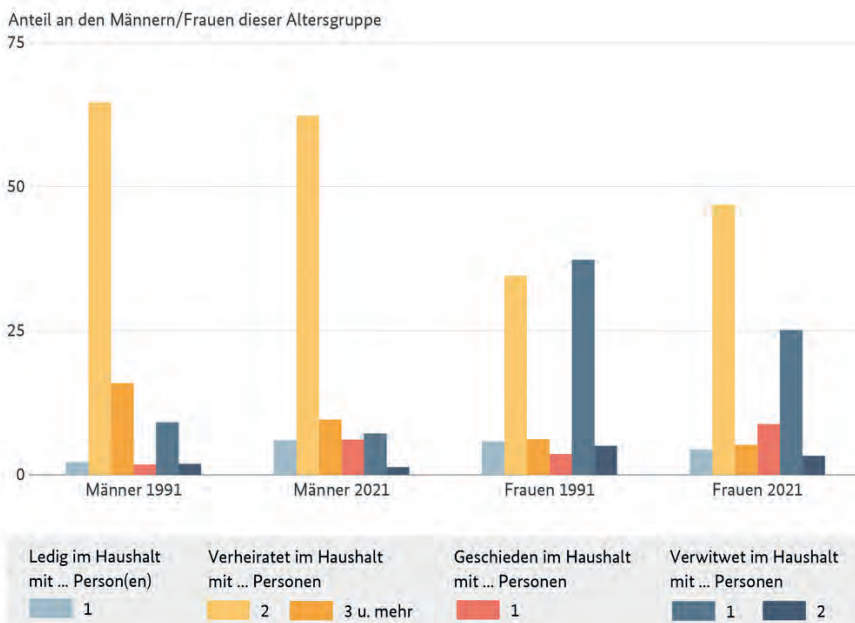
Auf die Haushalte bezogen bedeuten diese Entwicklungen, dass der Anteil Alleinwohnender sich seit Gründung der Bundesrepublik mehr als verdoppelt hat, von 19% (1950) auf 41% (2022), während sich der Anteil von Haushalten mit mindestens drei Personen seit 1950 halbiert hat (von 55% 1950 auf 26% im Jahr 2022 (www.destatis.de)). In Einpersonenhaushalten leben zunehmend Personen im jüngeren und mittleren Alter. Familien werden später und seltener gegründet und auch häufiger aufgelöst. Ein Drittel der Kinder wächst in der Bundesrepublik mittlerweile nicht bei Ehepaaren, sondern in Lebensgemeinschaften und bei Alleinerziehenden auf. Zugleich ist der Anteil von Einzelkindern (ein Viertel) in den letzten beiden Jahrzehnten bemerkenswerterweise nicht gestiegen (www.destatis.de).



20- bis 34-Jährige



35- bis 59-Jährige



60 Jahre und älter

Abb. 1: Häufigste Haushaltsformen von Männern und Frauen nach Geschlecht sowie Familienstand 1991 und 2021 in den Altersgruppen 20- bis 34-Jährige, 35- bis 59-Jährige sowie 60 Jahre und älter; Quelle: BiB 2023

Veränderte Geschlechterrollen und Schwierigkeiten, Beruf und Familie für alle Elternteile in zufriedenstellender Weise zusammenführen zu können, werden als zentrale Ursachen für die veränderten Haushaltsstrukturen identifiziert (Bujard 2022). Mit der Verkleinerung der Haushalte ist eine Auslagerung von Reproduktionstätigkeiten, wie z. B. die Nahrungszubereitung, zu beobachten, die ein entsprechendes gastronomisches Angebot im Wohnumfeld erfordert.

Die baulichen Strukturen und Wohnlagen bieten unterschiedliche Möglichkeiten zur Individualisierung. Traditionelle Einfamilienhäuser erlauben aufgrund der größeren Wohnfläche ein eigenes Zimmer, z. B. für Jugendliche oder für die störungsfreie Ausübung von Hobbys. In ländlichen Räumen ist dieser Haustyp prägend, hier bieten sich zugleich aber weniger Möglichkeiten zur Individualisierung und Praktizierung vielfältiger Lebensstile. In Städten gibt es eine große Bandbreite von Angeboten, jedoch Einschränkungen – allein wegen der stetig steigenden Mietbelastungen. Im Geschossbau herrscht baulich gesehen nach wie vor das Leitbild der Kleinfamilie vor (Wohnzimmer, Elternschlafzimmer, kleinere Kinderzimmer), obwohl für die vielfältigen Lebensformen neutrale Grundrisse mit etwa gleich großen Zimmern – sowie bspw. mit anders angeordneten und zahlreicheren Steckdosen – besser geeignet wären.

Der Wohnungsmarkt bietet zudem wenig Optionen, um Vergemeinschaftungen zu fördern. Die großen Familienwohnungen sind nur schwer zu teilen, und Gemeinschaftsräume oder organisierte Nachbarschaften gibt es beim klassischen Wohnen als Eigentümer/in bzw. Mieter/in nur sehr selten. Eine lokale Gemeinschaft wird jedoch häufig positiv bewertet und kann dazu beitragen, Einsamkeit zu überwinden sowie Sicherheit und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu entwickeln. Dies ist beispielsweise in den traditionellen Siedlergemeinschaften der Fall, die vor und nach dem zweiten Weltkrieg in Stadtnähe gegründet wurden. Unter fachlicher Anleitung wurden die Häuser einheitlich von den zukünftigen, häufig einkommensschwächeren Bewohnerinnen und Bewohnern errichtet und umfassten neben einem kleinen Haus einen Anbau für Kleintiere und einen großen Nutzgarten (Spellerberg/Woll 2013). Bereits hier waren das „Sharing“ von Geräten sowie Nachbarschaftshilfe und gemeinsame Aktivitäten prägend, und häufig bestehen diese Gemeinschaften bis heute fort.

Vernetztes Wohnen

Online-Plattformen wie das städtische „nebanan.de“ und die ländliche Variante „Digitale Dörfer“ erleichtern heute die Bildung von Gemeinschaften, den Austausch von Dingen und den Informationsfluss. Die Kommunikation und der Austausch von Neuigkeiten stehen vor allem bei den „Digitalen Dörfern“ im Vordergrund (vgl. [digitale-doerfer.de](#)). In Anbetracht des Verlusts von physischen Treffpunkten (auch durch den Online-Handel und Lieferdienste) und den Verlust von sozialen Infrastrukturen in Dörfern und Stadtteilen erleichtern die digitalen Kommunikationswege – wo vorhanden – Sharing-Angebote sowie die Organisation von analogen nachbarschaftlichen und gemeinschaftlichen Aktivitäten. Nachbarschaften organisieren

sich dabei zunehmend sowohl in digitaler Form als auch in Präsenz – das eine ist ohne das andere kaum noch möglich. Mit Blick auf das Stichwort *digital divide* muss die potenzielle Zunahme sozialer und räumlicher Ungleichheiten hier besonders beachtet werden.

Die digitale Transformation ermöglicht zudem das Homeoffice, das die Grenzen zwischen Privat- und Berufsleben verwischt. Die Wohnung ist für einen wachsenden Teil der Beschäftigten nicht länger der Ort der Nicht-Arbeit (Häußermann/Siebel 1996). Wegen der erhöhten Flexibilität, des ungestörten Arbeitens und der Zeitersparnis durch den Wegfall des Arbeitsweges findet Homeoffice starken Anklang bei Bürobeschäftigten und bei allen, die nicht aufgrund von Produktion oder Dienstleistungen, wie Pflege, Betreuung etc., vor Ort sein müssen.

Eine andere Form der Vernetzung im Wohnbereich betrifft Haushalts- und Kommunikationsgeräte mit dem Internet. Beim Internet der Dinge (*internet of things* – IoT) wird das klassische Internet mit Gegenständen aus dem Haushalt wie Kaffee- und Waschmaschinen, Lichtschaltern, Heizungen, Kühlschränken etc. verbunden (Schelisch/Spellerberg 2022). Eine Folge hiervon ist, dass permanent persönliche Daten an die Internetkonzerne übermittelt werden und somit die Privatheit der eigenen Wohnung infrage gestellt ist.

Die individuell genutzten Tablets und Smartphones lassen zudem das Wohnzimmer als Ort der gemeinsamen familiären Zusammenkunft in den Hintergrund treten. In diesem Raum wird wegen der Streaming-Dienste auch weniger Platz für Kulturgüter wie Bücher, CDs, Platten, DVDs etc. benötigt. Arbeitszimmer, Wohnzimmer und Küche ähneln sich zusehends, was u. a. am Möbeldesign mit klaren Formen und (Lack-)Farben ablesbar ist. Das Zusammenleben, die Wohnungsnutzung und die Tätigkeiten beim Wohnen verändern sich nicht nur mit dem sozialen und demographischen Wandel, sondern insbesondere auch mit den technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen.

Gemeinschaftliches Wohnen

Gemeinschaftliche Wohnformen wie Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser, Cluster-Wohnen und Wohngemeinschaften sind Beispiele für das freiwillige Zusammenleben von Personen, die nicht miteinander verwandt sind. Wohngemeinschaften sind vor allem von Studierenden etabliert worden. Sie sind nicht nur aus sozialen, sondern auch aus pragmatischen und nicht zuletzt aus Kostengründen bei 20- bis 30-Jährigen beliebt und dem Nischendasein längst entwachsen (Flade 2020: 167). Dies trifft nicht auf gemeinschaftliche Wohnprojekte zu, die auch aus baulich-materiellen Gründen nur einen sehr geringen Anteil des Wohnungsmarktes ausmachen. Gemeinschaftliche Wohnprojekte bedeuten, dass „... mehrere Haushalte an einem Wohnstandort jeweils in separaten Wohnungen leben, sich aber für das gemeinschaftliche Leben, eine gegenseitige Unterstützung oder die Verfolgung eines gemeinsamen Lebensgrundsatzes entschieden haben“ (BBSR 2014: 17).

Eine Konstellation von Nachbarn, die ähnlichen Lebensstilen folgen und sich in einer ähnlichen biografischen Phase befinden, begünstigt Hilfeleistungen, Geselligkeit



Abb. 2: Lageplan mit Freiflächen: Möckernkiez in Berlin

und Gemeinschaftsbildungen. Für die Bewohnerinnen (es sind zumeist Frauen) bedeutet das selbstorganisierte Leben in einem solchen Wohnprojekt in vielen Fällen die Realisierung individueller Wohnwünsche bei gleichzeitig guten und bewusst gelebten Nachbarschaftsbeziehungen (Spellerberg 2018). In den Projekten werden für die Gemeinschaftsbildung separate Räume vorgehalten und von allen mitfinanziert. Zudem werden häufig ökologische Aspekte aufgegriffen, indem energetisch sinnvolle Gesamtkonzepte mit begrünten Freiräumen umgesetzt werden. In Abbildung 2 werden beispielhaft die Freiflächen des großen Genossenschaftsmodells Möckernkiez in Berlin dargestellt, die wohnungsnah Spielflächen, Gärten und einen Quartiersplatz umfassen. Abbildung 3 zeigt das Treppenhaus von Cluster-Wohnungen im Hunziker-Areal in Zürich.



Quelle: Eigene Aufnahme 2022

Abb. 3: Treppenhaus im Hunziker-Areal

Auf Basis einer eigenen Umfrage bei Babyboomern (Jahrgänge 1955–1969) in sieben Kommunen haben wir ermittelt, welche Wohnformen sich die Interviewten vorstellen können (vgl. Tab. 1). Die Babyboomer, die mehr als ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, bilden nach wie vor die stärkste Kohorte und gehen derzeit sowie in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Ihre Bedürfnisse und ihr Verhalten beeinflussen das Geschehen auf dem Wohnungsmarkt daher in erheblichem Maße.

Das selbständige Wohnen in einer eigenen Wohnung steht bei den Wohnwünschen der Babyboomer in den Großstädten Jena (Thüringen), Kaiserslautern (Rhein-

land-Pfalz) und Mannheim (Baden-Württemberg) sowie in den suburbanen Kommunen Nieder-Olm (Landkreis Mainz-Bingen in Rheinland-Pfalz) und Remshalden (Region Stuttgart, Baden-Württemberg) an erster Stelle. Das selbständige Wohnen im eigenen Haus dominiert bei den Wohnwünschen in den ländlichen Gemeinden Geisaer Land (Thüringen) und Kusel-Altenglan (Rheinland-Pfalz). Die gewohnten Strukturen und Angebote, einerseits das Wohnen in Mehrfamilienhäusern, andererseits in Ein- und Zweifamilienhäusern, spiegeln sich in diesen Antworten zum individuellen, unabhängigen Wohnen im Alter.

Ein gemeinschaftliches Wohnprojekt mit einer eigenen Wohnung ist immerhin für etwa ein Drittel der Befragten aus den Großstädten und aus Nieder-Olm im Einzugsbereich des Rhein-Main-Gebiets vorstellbar. Im ländlichen Kusel-Altenglan existiert ein genossenschaftliches Wohnprojekt (die „Kuselei“), sodass die Bekanntheit des konkreten Projektes ein Grund für den vergleichsweise hohen Anteil von 26% sein dürfte. Im ländlichen Geisaer Land wird diese Wohnform seltener präferiert. In den ländlichen Gemeinden steht das Leben im Familienverband noch höher im Kurs als die anderen genannten Wohnformen; Befragte vom Land unterscheiden sich hier deutlich von den urban und suburban lebenden Befragten. Eine Wohngemeinschaft kommt insgesamt nur für etwa jede Zehnte bzw. jeden Zehnten in Betracht. Das Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach Autonomie, traditionellen Vorstellungen und selbst gewählten Gemeinschaften wird in diesen Verteilungen deutlich. Die hohen Zustimmungswerte bei den gemeinschaftlichen Wohnprojekten in dieser Altersgruppe der 53- bis 67-Jährigen verweisen zugleich darauf, dass die Nachfrage nach neuen Lebensformen möglicherweise größer ist als das Angebot, obwohl eine tatsächliche Umsetzung dieser Wohnvorstellung aufgrund des hohen Realisationsaufwands sehr unwahrscheinlich ist.

Denn die Umsetzung eines gemeinschaftlichen Wohnprojektes ist nicht einfach. Zahlreiche organisatorische, rechtliche, finanzielle und soziale Herausforderungen sind zu meistern, bevor nach etwa fünf bis sieben Jahren der Einzug in ein Projekt vollzogen werden kann. Viele Initiativen brechen ihr Vorhaben ab. Dass diese Wohnform gerade für Personen in der nachelterlichen Phase dennoch interessant ist, bezeugen die Listen von Initiativen und Projekten des Trias-Wohnportals (<https://www.wohnprojekteportal.de/stiftung-trias>).

Eine Studie in Rheinland-Pfalz ergab, dass eine zielgerichtete Unterstützung durch Beratungsleistungen, spezifisch zugeschnittene Finanzierungsmodelle und ein erleichterter Zugang zu Grundstücken die Initiativen in signifikanter Weise unterstützen können. Einen entscheidenden Einfluss hat auch die Haltung der Kommune gegenüber diesen Wohnformen und konkreten Projektvorhaben. Gerade in ländlichen Räumen sind diese immer noch unbekannte Finanzierungs- und Lebensformen (u. a. als Genossenschaften). Andersherum könnten Kooperationen mit kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften die Realisation von gemeinschaftlichen Wohnprojekten im sogenannten „Huckepack-Verfahren“ erleichtern (Schelisch/Walter 2021). Die Wohnungsunternehmen bzw. -genos-

	Selbständig in Wohnung	Selbständig in Haus	In Wohn- gemein- schaft	In Wohn- projekt mit eigener Wohnung	In betreutem Wohnen/ Service- wohnen	Mit Familien- angehörigen	Keines davon	n
Kaiserslautern	60	39	11	34	24	20	3	367
Mannheim	66	34	12	32	27	19	2	270
Jena	63	35	9	30	20	19	0	447
Nieder-Olm	51	57	13	32	20	21	1	592
Rems-halden	55	45	12	25	23	18	1	520
Kusel-Altenglan	38	65	15	26	20	29	3	391
Geisaer Land	32	57	9	12	15	43	1	275
Anzahl	1.504	1.373	330	800	610	663	45	2.862

Tab. 1: Wohnvorstellungen für das Alter von Babyboomern in sieben Kommunen. Datenbasis: Stadtsoziologie RPTU Kaiserslautern-Landau „Wohnen, Alltagsgestaltung und Lebensqualität von Babyboomern 2022“; Mehrfachantworten auf die Frage „Wie möchten Sie im Alter wohnen?“ Babyboomer: Jahrgänge 1955–1969

senschaften übernehmen dabei als Bauherren den überwiegenden Teil der Planung und Entwicklung, und die zukünftigen Mieter/innen haben Mitsprache- und Selbstverwaltungsrechte.

In den gemeinschaftsorientierten Projekten wird versucht, den mit Individualisierung, Enttraditionalisierung, Vereinsamung und den inadäquaten baulichen Strukturen einhergehenden Herausforderungen des Wohnens in solidarischer und nachhaltiger Form zu begegnen. Das Zusammenleben sowie die Dorf- und Stadtentwicklungen erhalten mit den neuen Wohnformen innovative Impulse. Für die Umsetzung von Ideen und Initiativen gemeinschaftlichen Wohnens müssen angesichts der Zins- und Preisentwicklungen im Neubau aktuell jedoch zunehmend höhere Hürden überwunden werden.

Literatur

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2014): Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2014/NeuesWohnen.html> (26.08.2023).
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.
- BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2023): Häufigste Haushaltsformen von 20- bis 34-Jährigen, 35- bis 59-Jährigen sowie 60-Jährigen und älter nach Geschlecht und Familienstand in Deutschland (1991 und 2021). <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/L69-Haushaltsformen-Alder-20-34-Geschlecht-Familienstand-1991u2021.html> (26.08.2023).
- Bujard, M. (2022): Die Ursachen der Geburtenentwicklung. Bonn. = Informationen zur politischen Bildung 350. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/demografischer-wandel-350/507788/die-ursachen-der-geburtenentwicklung/> (04.09.2023).
- Destatis.de – Statistisches Bundesamt (2023): Anteil der Einpersonenhaushalte 2022 mit 41 % mehr als doppelt so hoch wie 1950. Pressemitteilung Nr. N037 vom 22. Juni 2023. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_N037_12_63.html (26.08.2023).
- Flade, A. (2020): Wohnen in der individualisierten Gesellschaft – Psychologisch kommentiert. Wiesbaden.

Häußermann, H.; Siebel, W. (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. Weinheim/München.

Hannemann, C. (2022): Wie sich Wohnen ständig wandelt – eine wohnsoziologische Darlegung. In: Hannemann C.; Hilti, N.; Reutlinger, C. (Hrsg.): Wohnen. Zwölf Schlüsselthemen sozialräumlicher Wohnforschung. Stuttgart, 25-49.

Schelisch, L.; Spellerberg, A. (2022): Technisierung und Digitalisierung. In: Hannemann, C.; Hilti, N.; Reutlinger, C. (Hrsg.): Wohnen. Zwölf Schlüsselthemen Sozialräumlicher Wohnforschung. Stuttgart, 76-92.

Schelisch, L.; Walter, R. (2021): Gemeinschaftliche Mietwohnprojekte. Abschlussbericht „Top-Down-Initiativen von Wohnungsanbietern zur Gründung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und Mietervereinen“. Kaiserslautern.

urn:nbn:de:hbz:386-kluedo-66089

Spellerberg, A. (Hrsg.) (2018): Neue Wohnformen – gemeinschaftlich und genossenschaftlich. Erfolgsfaktoren im Entstehungsprozess gemeinschaftlichen Wohnens. Wiesbaden.

Spellerberg, A.; Woll, T. (2013): Wohneigentum im Wandel: Generationenwechsel in Siedlergemeinschaften. In: Junkernheinrich, M.; Ziegler, K. (Hrsg.): Räume Im Wandel. Empirie und Politik. Wiesbaden, 141-166.



PROF. DR. ANNETTE SPELLERBERG

ist Soziologin und seit 2008 Professorin für Stadtsoziologie an der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU). Zu ihren aktuellen Forschungsschwerpunkten zählen u.a. die Themen Wohnsoziologie, demographischer Wandel sowie die Raumwirksamkeit von Digitalisierung. Annette Spellerberg ist langjähriges Akademiestandmitglied und seit 2020 Vizepräsidentin der ARL.

Tel.+49 631 205 4854
annette.spellerberg@ru.uni-kl.de

Rolf Grave

„ZIEMLICH BESTE NACHBARN“

Gemeinschaftliche Wohnprojekte in Hannover – eine Momentaufnahme

„Ziemlich beste Nachbarn“ – so betitelte die Süddeutsche Zeitung am 6. August 2023 ihren Aufmacher zum Thema „Gemeinschaftliche Wohnprojekte“ (Mattauch 2023). In Deutschland gibt es nach Schätzungen des FORUMS Gemeinschaftliches Wohnen e. V. Bundesvereinigung etwa 5.000 solcher Projekte. Die Publizität ist erstaunlich groß für ein an sich kleines Segment im Wohnungsbau. Auf die Stadt Hannover heruntergebrochen sind dies rund 60 Projekte mit heute insgesamt etwa 700 Wohneinheiten bei einem Gesamtbestand von rund 300.000 Wohnungen (LHH 61). Rein quantitativ betrachtet spielt das Segment der gemeinschaftlichen Wohnprojekte eine untergeordnete Rolle. Dennoch sind diese Projekte zukunftsgerichtet und sollten weitere Aufmerksamkeit erhalten, denn sie stellen einen Lösungsansatz dar, der versucht, auf wichtige Probleme städtischer Gesellschaften wie Vereinsamung und Vereinzelung, Flächenverbrauch, Ressourcennutzung, Suffizienz, Klimagerechtigkeit u. v. a. m. bauliche, soziale und ökologische Antworten zu finden. Dabei steht eines klar im Vordergrund: „Vor allem Geselligkeit, Gemeinschaftsbildung und Hilfeleistungen sind prägende Merkmale des gemeinschaftlichen Wohnens. Das Wohnen in einer Hausgemeinschaft bei eigener Wohnung findet Zuspruch nicht nur

in den Städten, sondern auch in ländlichen Regionen“ (Spellerberg 2018; vgl. auch den Beitrag der Autorin in diesem Heft). Es spricht also einiges dafür, seitens staatlicher und kommunaler Stellen zu einer Kultur der Unterstützung und Förderung dieser Wohnform zu kommen bzw. diese weiterzuführen.

Und dann ist da noch die Frage, die sich wohl alle schon einmal gestellt haben, die sich mit dem Thema auseinandersetzen: Könnte ich mir selbst vorstellen, in eine solche Wohnform zu ziehen? Diese Frage rückt häufig vor Beginn eines neuen Lebensabschnitts in den Fokus. Natürlich wird die Nachfrage steigen, weil nun die Generation der Babyboomer in Rente geht. Sie haben oft WG-Erfahrung und können sich durchaus einen Alltag mit Gleichgesinnten vorstellen. Das hannoversche Wohnprojekt auf dem Kronsberg „Gemeinsam statt einsam e.V.“ drückt diese Thematik in seinem Namen daher treffend aus.

Doch wie ist es um die „Produktion“ gemeinschaftlicher Wohnprojekte eigentlich bestellt? In welchem Milieu gedeihen diese neuen Wohnformen besonders gut? Welche Anregungen und Warnungen gibt es von Fachleuten zu gemeinschaftlichen Wohnprojekten? Und wo gibt es überhaupt Angebote, die infrage kommen? Und an wen kann ich mich bei Interesse wenden bzw. wer hat schon Erfahrungen mit dieser Wohnform gemacht?

Im Rahmen dieses Beitrags wird der Versuch unternommen, Schlaglichter auf den aktuellen Stand gemeinschaftlicher Wohnprojekte in Hannover zu werfen. Dazu wurden Interviews mit folgenden vier Akteursgruppen geführt:

- > Mieter/innen bzw. Bewohner/innen (Beispiel: Wohnprojekt Velberstraße 4 in Hannover-Linden)
- > Wohnungsunternehmen/Genossenschaften am Beispiel der Ostland eG
- > Kommunikatorinnen/Kommunikatoren und Netzwerker/innen (Beispiel: Planungsbüro Wohnprojektmentoren)
- > kommunale/wohnungspolitische Akteure bzw. Fachleute aus der Stadtverwaltung Hannover



Wohnprojekt Zuhause e. V. in Hannover-Linden

Schlaglicht 1: Der Vorstand des Wohnprojektes Velberstraße 4 Hannover-Linden

Im Dezember 2017 wurde dieses Projekt zusammen mit der Wohnungsgenossenschaft Ostland eG realisiert. Beteiligt sind 20 Personen – 14 Frauen und 6 Männer im Alter zwischen 39 und 79 Jahren. Es gibt 15 Wohnungen, eine Gruppenwohnung, einen Hinterhof mit Garten, ein Gästeappartement und eine Tiefgarage. Im Haus ist zudem eine Ein-Gruppen-Kita integriert.



v. l. n.r.: Susanne Lampe und Sabine Schütze

Die interviewten Personen, *Susanne Lampe* und *Sabine Schütze*, sind Vorstände des eingetragenen Vereins Wohnprojekt ZuHause e.V. und wurden vom Autor des Beitrags interviewt.

Rolf Grave: Wie lief Ihr Projekt an?

Susanne Lampe: Im Gründungsjahr des Vereins 2011 hatten wir die Unterstützung von zwei Experten, die im Gilde Carré, einem älteren Wohnprojekt [in Hannover], engagiert waren. Sie hatten zu dem Zeitpunkt eine Werkstatt „Gemeinschaftliches Wohnen“. Deren Aufgabe war es, das „Unternehmen“ in Gang zu bringen und in Gang zu halten und andere dafür zu begeistern. Durch diesen Kontakt haben wir beim Bildungsverein [privater Bildungsträger bzw. gemeinnützige Einrichtung der Erwachsenenbildung in Hannover] ein Seminar über gemeinschaftliches Wohnen gemacht. Wir haben die Gruppe zunächst mit sieben Leuten gegründet. Sie hat sich über Mund-zu-Mund-Propaganda gefunden, erweitert und entwickelt. Die beiden Seminarveranstalter haben uns gecoacht. Dabei stand Konfliktfähigkeit in der Gruppe und im Umgang mit der Gruppe auf dem Lehrplan.

Rolf Grave: Welches Umfeld/Milieu wünschen Sie sich, um noch mehr Projekte dieser Art zu verwirklichen?

Sabine Schütze: Da wäre es schön, wenn es mehr Grundstücksangebote gäbe, denn das war anfänglich unsere Schwierigkeit. Da hätte ich mir Unterstützung [vonseiten der Stadt] erhofft. Aber es hat sich dann schlagartig geändert, als im April 2014 die Ausschreibung für ein Grundstück der Stadt Hannover veröffentlicht wurde. Wir haben natürlich sofort mit der [Wohnungsgenossenschaft] Ostland Kontakt aufgenommen. Über unseren Kooperationsvertrag hatten wir wichtige Fragen schon geklärt, so z.B. die Kostenbeteiligung für die Erstellung der Bewerbungsunterlagen.

Ein persönlicher Kontakt hat uns weitergebracht; das war wirklich ein Glücksfall mit der Ostland, obschon sie nun auch nicht dafür bekannt ist, dass sie sich für Wohnprojekte sonderlich stark macht.

Also was man auf jeden Fall braucht, sind Leute, die eine Initialzündung auslösen und dann mit Begeisterung ans Projekt gehen. Auch mit dem Bewusstsein, dass es lange dauern kann. Man braucht Durchhaltevermögen und es ist wirklich mit viel Arbeit verbunden.

Mehr Infos zum Wohnprojekt ZuHause e.V. gibt es auf der Webseite des Projektes: <https://www.wohnprojekt-zuhause.de/>

Schlaglicht 2: Der Betreiber: Die Wohnungsgenossenschaft Ostland eG Hannover-Linden

Die Wohnungsgenossenschaft Ostland wurde 1950 gegründet und ist im Stadtteil Hannover-Linden verortet. Im Wohnungsbestand befinden sich rund 2.000 Wohnungen – in Hannover und in der Region. Die Ostland beheimatet zwei gemeinschaftliche Wohnprojekte.

Der Interviewpartner war Dipl.-Ing. *Andreas Wahl*, er gehört zum Vorstand der Wohnungsgenossenschaft.



Andreas Wahl

Rolf Grave: Warum engagieren Sie sich für gemeinschaftliche Wohnprojekte zur Miete?

Andreas Wahl: Die Ostland beobachtet natürlich auch den Wohnungsmarkt und nimmt die Megatrends und lokalen Bedürfnisse wahr. Daher waren wir durchaus positiv gestimmt, als wir von einer bereits bestehenden Gruppe angesprochen wurden. Die Mitglieder des Vereins kamen auf uns zu und fragten, ob die Ostland vielleicht bei der Umsetzung eines Wohnprojektes behilflich sein könnte. Auf diese Weise konnte unsere Genossenschaft ihr Wohnungsangebot diversifizieren und so eine moderne, neue Art des Genossenschaftsgedankens weiterentwickeln.

Wir hatten bis dato aber kaum Erfahrungen mit dieser „Art“ von Mietern. Wir haben in der Blumenauer Straße bereits ein Wohnprojekt realisiert, sodass wir schon orientiert waren. Leider konnten wir der Gruppe zunächst nichts Passendes anbieten, sodass wir vereinbart haben, einen Kooperationsvertrag abzuschließen, falls ein Grundstück zur Verfügung steht.

Im Jahr 2014 schrieb die Stadt Hannover ein Grundstück in der Velberstraße 4 aus. Die Vergabe des Grundstücks erfolgte über eine sog. Konzeptvergabe. Erforderlich war daher eine Bewerbung für oder mit einer Wohngruppe, sodass kurze Zeit später die Bewerbung mit der heutigen Gruppe umgesetzt wurde. Das Ergebnis: Wir haben die aufgestellten Kriterien der Stadt am ehesten erfüllt, sodass wir den Zuschlag bekommen haben und heute 20 neue Mieter in der Wohngruppe haben.

Rolf Grave: Was hindert Sie daran, weitere Initiativen bzw. Projekte dieser Art zu starten?

Andreas Wahl: Da wären zwei Punkte zu nennen:

1. Wir benötigen ein geeignetes Grundstück, um ein solches Projekt zu realisieren.
2. Wir sind darauf angewiesen, dass sich schon eine Wohngruppe gefunden hat, um mit ihr weiterzuarbeiten.

Mehr Informationen zur Wohnungsgenossenschaft Ostland eG: <https://www.ostland.de>

Schlaglicht 3: Vernetzung und Beratung: Die „Wohnprojektmentoren“ in Hannover-Südstadt

Die Wohnprojektmentoren fungieren als Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen in Hannover. Sie fördern Information, Beratung sowie Austausch und knüpfen ein Netz aus Interessierten und den beteiligten Akteuren. Dieses Netz ist offen und wird beständig erweitert. Es bietet auch bundesweit interessante Kontakte und fördert damit den Erfahrungsaustausch zu gemeinschaftlichen Wohnformen weit über Hannover hinaus.



Thekla Fomiczenko-Beyer

Das Interview wurde mit *Thekla Fomiczenko-Beyer*, Teilhaberin im Planungsbüro planW Organisations- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, geführt.

Rolf Grave: Was ist Ihre Aufgabe?

Thekla Fomiczenko-Beyer: Die Bausteine „Information, Beratung und Austausch“ sind die Basismaschen für das „Netzwerk HANNOVER für gemeinschaftliches Wohnen“. Die Wohnprojektmentoren knüpfen ein gemeinsames Netz für unterschiedliche Interessenten und Akteure – wir pflegen, betreuen und beraten. Aber das Netz selbst entsteht durch das Zusammenwirken von Wohnprojektinteressierten, Wohnprojektspezialisten und den vielen unterschiedlichen Wohnprojektgruppen vor Ort – unterstützt durch lokale Vertreter aus Politik und Verwaltung. Der Begriff „Wohnprojekte“ steht im Vordergrund.

Rolf Grave: Wo ist diese Arbeit beschrieben?

Thekla Fomiczenko-Beyer: Unter dem Motto „Was ist möglich und was wurde schon verwirklicht?“ sind die Angebote auf der Internetseite zu gemeinschaftlichen Wohnprojekten von der ersten Idee einer kleinen Startergruppe bis zur Planung eines ganzen Quartiers auf unserer Website zusammengestellt. Aber auch realisierte Projekte, egal ob Eigentümergemeinschaften, Mietwohnprojekte, Genossenschaftsmodelle oder andere Formen der Gemeinschaft, wie z.B. das „Mietshäuser Syndikat“, werden dort mit kurzen Texten beschrieben.

Mit Fachwissen und Lebenserfahrung werden von uns unterschiedliche Akteure zusammengebracht, damit Wohnprojektideen und Wohnprojektinteressierte bei der Verwirklichung der Wohnräume Unterstützung bekommen. Dazu gehören auch die vielen hannoverschen Wohnprojektspezialisten aus Architektur, Projektentwicklung, Finanzierung, Notariat, Energieberatung, Haustechnik sowie Mediation und Moderation, die ihre Kompetenzen und Dienstleistungen einbringen. Mit Blick über den Tellerrand der lokalen Wohnprojekte hinaus werden bundesweit aktive Netzwerke, Austauschforen und Infoplattformen vorgestellt bzw. fließen deren Erkenntnisse in die Beratung hannoverscher Wohnprojekte ein. Neueste Forschungsergebnisse aus Universitäten, Instituten und Verbänden, aber auch Erfahrungen aus Politik, Verwaltung und verwirklichten Wohnprojekten werden bei Veranstaltungen, Seminaren, Gesprächsrunden diskutiert und haben so Einfluss auf die Umsetzung hannoverscher Wohnprojekträume.

Rolf Grave: Seit wann gibt es die Wohnprojektmentoren Hannover?

Thekla Fomiczenko-Beyer: Die Wohnprojektmentoren haben [seit 2014] in fast zehn Jahren unterschiedliche Formate initiiert, die die Rahmenbedingungen für Wohnprojekte vorstellen bzw. beleuchten und diskutieren. Im hannoverschen Wohnprojektnetz sind das zum Beispiel Tischgespräche, Radtouren, Stammtische, Exkursionen, Ausstellungen und Wohnprojektbörsen, die ein niedrigschwelliges Angebot für Interessierte und Startergruppen bieten. Natürlich immer in Kooperation mit den für Hannover relevanten Partnern, wie zum Beispiel der Landeshauptstadt Hannover, der Volkshochschule, der Architektenkammer, dem Wohnbund, der Stiftung trias und dem FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V. Bundesvereinigung. In diese Veranstaltungen sind immer auch gestandene Mitglieder aus realisierten gemeinschaftlichen Wohnprojekten eingebunden.

Rolf Grave: Wer finanziert diese Arbeit?

Thekla Fomiczenko-Beyer: Die Wohnprojektmentoren arbeiten im Auftrag der Landeshauptstadt Hannover. In dieser Rolle sind wir unabhängig, aber ganz dicht an den Wohnprojektgruppen aus Hannover und dem Umland mit ihren sehr verschiedenen Ideen zu gemeinschaftlichen Wohnformen dran.

Rolf Grave: Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Thekla Fomiczenko-Beyer: Besondere Unterstützung brauchen die vielen Wohnprojektideen bei der Verortung ihrer Wohnräume. Zurzeit ist es für viele Gruppen besonders schwierig, ein geeignetes Grundstück zu finden. Ein guter Weg in Hannover sind die speziellen Grundstücksausschreibungen der Landeshauptstadt Hannover zum Festpreis, bei denen sich Wohnprojektgruppen mit einem Gemeinschaftskonzept bewerben können. Für die Zukunft wäre es sehr förderlich, wenn mehr erschwingliche Grundstücke bzw. Immobilien so ausgeschrieben würden. Gern auch durch Marktteilnehmende, wie die Region Hannover und andere Akteure aus der Landes- bzw. Kirchenverwaltung. Vorbild könnten auch die Vermarktungsprinzipien aus Frankfurt a.M. oder München sein. Dort werden die städtischen Grundstücke/Immobilien nicht verkauft, sondern durch Erbpachtverträge über einen langen Zeitraum zur Verfügung gestellt.

Und ganz persönlich wünsche ich mir, dass die Arbeit der Wohnprojektmentoren weiterhin als wichtige Basismaschinen für das „Netzwerk HANNOVER für gemeinschaftliches Wohnen“ gesehen werden und die Finanzierung auch in den kommenden Jahren gesichert bleibt.

Mehr zum Netzwerk der Wohnprojektmentoren und bereits realisierten Wohnprojekten in Hannover: <https://hannover-wohnprojektmentoren.de/>

Schlaglicht 4: Die kommunale Perspektive – Zusammenfassung von Fachgesprächen mit Mitarbeitenden aus der Stadtplanung der Landeshauptstadt Hannover

Im Wesentlichen zuständig für die Unterstützung von Wohnprojekten in der Landeshauptstadt Hannover sind die Fachbereiche „Wirtschaft“ und „Planen und Stadtentwicklung“.

Die Vergabe von städtischen Grundstücken erfolgt in der Regel als sogenannte Konzeptausschreibung. Das bedeutet, dass die Entwicklungsziele der Stadtplanung vorab in einem Kriterienkatalog definiert werden. Das Verfahren wird dann von der Abteilung Immobilienverkehr durchgeführt. Dazu gehören die vertraglichen Vereinbarungen und der notarielle Abschluss.

Mit dem Wohnkonzept 2025 hat die Landeshauptstadt Hannover die Leitlinien für die Förderung von Wohnprojekten programmatisch dargelegt. Hier heißt es unter Punkt 5 Baugemeinschaften: „Baugemeinschaften spielen im Baugeschehen der Stadt quantitativ zwar keine herausragende Rolle, sie sind in den letzten Jahren jedoch immer stärker als Nachfrager vertreten. Dieses Nachfragesegment wurde in der Vergangenheit systematisch weiterentwickelt. Gemeinschaftliches Wohnen wird als ‚neue‘ Wohnform zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen. Daher unterstützt die Stadt dieses wichtige Thema. Es soll in den nächsten Jahren den häufig sehr ausdifferenzierten Nachfragen dieses Wohnungssegmentes ein Angebot an geeigneten Flächen und Objekten gegenübergestellt werden. Daher hat die Stadt einen revolving Fonds mit 2 Mio. € zum Ankauf von Grundstücken für Baugemeinschaft-

ten eingerichtet. Die Beratung von Baugemeinschaften ist eine wichtige Aufgabe zur Unterstützung dieser Wohnform. Wie diese Aufgabe in Zukunft am wirkungsvollsten organisiert werden kann, wird geprüft“ (LHH BDS 0840/2013: 16).

Das neue Wohnkonzept 2035 wurde am 6. September 2023 in den Bauausschuss eingebracht. Laut Entwurf soll u. a. der strategische Ansatz „Stärkung von Kommunikation, Kooperation und Beratung“ ein Handlungsfeld der hannoverschen Wohnungspolitik bilden, ohne dass dabei Einzelheiten benannt werden (LHH BDS 1733/2023: 9). Geplant ist die Fortführung des Engagements der Kommune bei der Beratungsleistung durch externe Büros wie auch bei dem Angebot von Grundstücken – allerdings unter dem Vorbehalt der finanziellen Ausstattung in den folgenden Haushaltsjahren.

Deutlich wurde im Gespräch, dass einige der gemeinschaftlichen Wohnprojekte mit enorm hohem personellem Aufwand unterstützt werden mussten, so z.B. die Ohehöfe in Hannovers zentral gelegenem Stadtteil Calenberger Neustadt (<https://hanova.de/bauprojekt/ohehoeffe>). Die Konstruktion mit sog. Ankermietern und Wohngruppen erforderte wegen der gemeinsamen Tiefgarage komplizierte Aufteilungen in Teil- und Gemeinschaftseigentum. Andere Projekte wie z. B. das ecovillage auf dem Kronsberg (<https://www.ecovillage-hannover.de>) konnten jedoch mit üblichem Aufwand seitens der städtischen Planung betreut werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass aus personellen Gründen derzeit keine weiteren komplexen neuen Projekte wie die Ohehöfe mehr gemanagt werden könnten. Daher wird sich das Augenmerk eher auf kleinere Grundstücke mit weniger komplexen Aufgaben richten, um diese für Wohnprojekte auszuschreiben. Da die politische Orientierung in der Bodenpolitik der Stadt Hannover zukünftig in Richtung Erbbaurechtsvergabe anstelle des Verkaufs von Grundstücken geht, ist damit zu rechnen, dass Wohnprojekte zur Miete in Kombination mit „Profis“, wie Wohnungsgenossenschaften oder Wohnungsunternehmen, stärker berücksichtigt werden.

Der enorme Nutzungsdruck auf dem Immobilienmarkt hat zu hohen Preisen geführt. Folglich sind die Angebote an Grundstücken, die die Stadt weitergeben kann, deutlich geschrumpft. Dieser Marktmechanismus stellt für gemeinschaftliche Wohnprojekte ein großes Entwicklungshemmnis dar.

Die Nachfrage nach Grundstücken für gemeinschaftliche Wohnprojekte ist in Hannover seit 2023 deutlich zurückgegangen. Das liegt sicher an den oben beschriebenen Gründen, wie nicht vorhandene Grundstücke und starke Preissteigerungen, aber es liegt auch daran, dass die Nachfrage nach gemeinschaftlichen Wohnformen in den letzten Jahren bereits befriedigt wurde. Hierzu zählen u. a. die Ohehöfe mit rund 120 Wohnungen und das in Bau befindliche ecovillage-Projekt mit ca. 500 Wohnungen.

Kürzlich wurde ein Grundstück in der Spittastraße in Hannover-Mittelfeld ausgeschrieben, doch Bewerbungen aus dem Umfeld der gemeinschaftlichen Wohnprojekte wurden für Mittelfeld nicht eingereicht. Das zeigt die starke Orientierung auf urbane Lagen und/oder die temporäre „Sättigung“ dieses Segmentes.

Hintergründe und Fazit

Die bereits angesprochenen gemeinschaftlichen Wohnprojekte in Hannover gehen zurück auf ein Projekt aus dem Jahr 1978. Jahr für Jahr sind zwei bis drei neue Projekte hinzugekommen (und andere sicher auch entfallen). Gerade in den letzten Jahren hat sich die Anzahl der Bewohner/innen in solchen Projekten erheblich erhöht und wird weiter ansteigen. Im Segment der gemeinschaftlichen Wohnprojekte wurden im Zeitraum 2013 bis 2022 ca. 500 neue Wohnungen geschaffen (eigene Berechnungen der LHH OE 61.15 gem. Datenbank Wohnprojekte in Hannover in Kombination mit Angaben der Wohnprojektmentoren <https://hannover-wohnprojektmentoren.de/wp-content/uploads/2023/09/2023-3-realisierte-wohnprojekte-hannover.pdf>). Das liegt sicher auch am Bauboom in dieser Zeit. So wurden im Zeitraum 2013 bis 2022 insgesamt 11.670 Wohneinheiten (WE), d. h. 1.160 WE pro Jahr, fertiggestellt. Auch die Einwohnerzahlen spiegeln diese Entwicklung wider: Zwischen 2013 und 2023 stieg die Einwohnerzahl um 30.600, sodass heute 565.600 Personen mit Haupt- und Nebenwohnung in Hannover gemeldet sind (LHH Statistikstelle von 5.13 bis 5.23).

Bei der räumlichen Verteilung der Projekte wird klar, dass das Milieu der Bewohner/innen gemeinschaftlicher Wohnprojekte stark urban orientiert ist (s. Abb. Gemeinschaftliche Wohnprojekte 2023 (LHH 61)). Schwerpunkte sind eindeutig in den Stadtbezirken Linden-Limmer und in der Nordstadt Hannovers zu finden.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass das Netzwerk gemeinschaftlicher Wohnprojekte über Jahre aufgebaut und entwickelt wurde. Ohne diese Kooperationen aller für das Thema relevanten Akteure lässt es sich kaum bewerkstelligen, den bestehenden Projekten weitere gemeinschaftliche Wohnprojekte hinzuzufügen.

Hinsichtlich der Frage der Grundstücke für gemeinschaftliche Wohnprojekte ist aber nicht nur die Kommune in der Pflicht, sondern auch die Zivilgesellschaft. Hier sind kreative neue Konzepte gefragt, zum Beispiel über Stiftungen, die Grundstücke aufkaufen und in Erbpacht vergeben. Desgleichen sind auch Crowdfunding-Modelle denkbar, um Grundstücke für diese Wohnformen zu akquirieren. Und natürlich bieten sich auch die vielfach bewährten Strukturen der Initiative „Mietshäuser Syndikat“ aus Freiburg für die Realisierung solcher Projekte an. Darüber hinaus bleibt kritisch anzumerken, dass Interessierte an solchen Wohnformen mehrheitlich auf die urbanen Lagen in Hannover zielen und sich über eine „Unterversorgung“ mit Grundstücken in hochzentraler Lage beklagen. Hier wäre eine Überprüfung der eigenen Einstellung hilfreich, damit das, was im Vordergrund stehen sollte, verwirklicht werden kann: nämlich mehr gemeinschaftliche Wohnprojekte in Hannover.

Literatur

- FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V. Bundesvereinigung (o.J.): FAQs Gemeinschaftliches Wohnen. <https://verein.fgw-ev.de/>
- LHH 61 – Landeshauptstadt Hannover/Fachbereich 61 Planen und Stadtentwicklung (2023): Statistikstelle, Stadtplanung. *Stadtplanung der LHH*: Eigene Berechnungen und Auswertung der Datenbank gemeinschaftlicher Wohnprojekte in Hannover sowie <https://hannover-wohnprojektmentoren.de/wp-content/uploads/2023/09/2023-3-realisierte-wohnprojekte-hannover.pdf> (09.10.23). *Statistikstelle der LHH*: <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Wahlen-Statistik/Statistikstellen-von-Stadt-und-Region/Statistikstelle-der-Landeshauptstadt-Hannover/Hannover-kompakt/Wohnen> (09.10.23).
- LHH BDS 0840/2013 – Landeshauptstadt Hannover (2013): Beschlussdrucksache Nr. 0840/2013: Wohnkonzept 2025. Hannover. LHH BDS 0840/2013 (09.10.2023).
- LHH BDS 1733/2023 – Landeshauptstadt Hannover (2023): Beschlussdrucksache Nr. 1733/2023: Fortschreibung des Wohnkonzeptes für die Landeshauptstadt Hannover bis 2035. Hannover. LHH BDS 1733/2023 (09.10.2023).
- LHH – Landeshauptstadt Hannover Statistikstelle (2021): Hannover kompakt: Wohnen. Gebäude und Wohnungsmarkt in Hannover (Stand 31. Dezember 2021). <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Wahlen-Statistik/Statistikstellen-von-Stadt-und-Region/Statistikstelle-der-Landeshauptstadt-Hannover/Hannover-kompakt/Wohnen> (27.09.2023).
- Mattauch, C. (2023): Ziemlich beste Nachbarn. Wohnen in der Gemeinschaft. In: Süddeutsche Zeitung, 03.08.2023.
- Spellerberg, A. (2018): Neue Wohnformen – gemeinschaftlich und genossenschaftlich. Wiesbaden.



DR. ROLF GRAVE

ist Stadt- und Regionalplaner. Seit 2012 ist er stellvertretender Abteilungsleiter Flächennutzungsplanung bei der Landeshauptstadt Hannover, zugleich ist er seit 2012 Lehrbeauftragter am Institut für Umweltplanung an der Leibniz Universität Hannover. Er arbeitet langjährig zu den Themen Flächennutzungsplanung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Milieuforschung, Segregationsforschung sowie Stadt- und Regionalplanung.

Tel. +49 511 168 44248
rolf.grave@hannover-stadt.de

AUS DEM NETZWERK MULTILOKALITÄT – ZUM WOHNEN AN MEHREREN ORTEN

Caroline Kramer, Maya Kretzschmar und Leonie Wächter
im Gespräch mit Lena Greinke und Rainer Danielzyk
(am 29. Juni 2023 in Hannover)

Lena Greinke: Warum beschäftigen Sie sich in Ihrem aktuellen Forschungsprojekt* mit Temporalität?

Caroline Kramer: Immer mehr Menschen leben auf Zeit an bestimmten Orten oder multilokal. Diese Personen sind aber über die amtlichen Statistiken kaum zu greifen und die Melderealität bildet sie auch nicht ab. Untersuchungen in Großstädten – in ausgewählten Quartieren – haben zwar Abschätzungen durch Befragungen machen können, aber wie viele Menschen an mehreren Orten leben, ist nicht klar. Diese Lebensweisen sind ubiquitär, also auch in suburbanen und ländlichen Räumen verbreitet. Es ist deshalb wichtig, dass wir diese Gruppen mehr in den Blick nehmen, um die Chancen zu nutzen, die die Menschen für die Gesellschaft mitbringen. Konkret kann das am Beispiel des bürgerschaftlichen Engagements deutlich gemacht werden, welches zukünftig nicht mehr auf Lebenszeit, sondern in neuen, flexiblen und projektförmigen Arten angeboten werden muss. Menschen mit temporären Lebensweisen müssen besser abgeholt werden. Auch das Thema „Wohnen“ spielt dabei eine Rolle. In den Untersuchungsgemeinden haben wir festgestellt, dass temporäres Wohnen nicht gerne gesehen wird, sondern „richtiges Wohnen“ gewünscht ist. So untersuchen wir die Frage, ob es „richtiges Wohnen im Falschen“ gibt oder wie immer man es nennen mag.

Lena Greinke: Was haben die ersten Analysen im Projekt zur Quantifizierung des Phänomens denn ergeben? Hat die Covid-19-Pandemie Auswirkungen gehabt?

Leonie Wächter: Wir haben eine große quantitative Befragung gerade abgeschlossen: in den Stadtregionen Leipzig und Frankfurt/Main, jeweils in den Kernstädten und zwei Umlandgemeinden. Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl im

suburbanen als auch im urbanen Raum in etwa gleich viele Personen multilokal leben. Erste Auswertungen zeigen, dass sich 60 Prozent der Befragten als dauerhaft monolokal bezeichnen und 40 Prozent temporär an verschiedenen Orten leben. Dabei wird die Ubiquität des Phänomens deutlich. Wir betrachten zudem auch sogenannte passive Multilokale, also zum Beispiel die Familien von Multilokalen. Das ist bislang noch gar nicht beforscht worden.

Maya Kretzschmar: Die Corona-Pandemie wurde zwar nicht in den Fragebögen, dafür aber in den qualitativen Interviews thematisiert. Dabei können wir drei Entwicklungen bezüglich arbeitsinduzierter Multilokalität feststellen. Erstens wurden (Zweit-)Wohnungen aufgegeben, weil das Arbeiten im Homeoffice möglich wurde und somit eine Konzentration auf einen Ort stattfand. Zweitens wurde Multilokalität durch neue Regelungen während der Pandemie ermöglicht und neu begonnen. Drittens gibt es die Tendenz, dass trotz veränderter äußerer Umstände eine weitere Wohnung nicht aufgegeben, sondern gehalten wurde, um sie für die Freizeit weiter zu nutzen, weil sie zum Beispiel in einer Stadt mit besonderen Qualitäten liegt. Da können wir Verschiebungen ausmachen.

Rainer Danielzyk: Frau Kramer, Sie befassen sich seit mehr als 10 Jahren aus humangeographischer Perspektive mit Multilokalität. Wie hat sich aus Ihrer Sicht – jenseits des aktuellen Forschungsprojektes – die Corona-Pandemie auf Multilokalität ausgewirkt?

Caroline Kramer: Ich denke, dass es zwei Trends gibt. Zum einen gibt es die Menschen, die sagen, dass sie zum Beispiel aufgrund der neuen Regelungen nicht mehr so oft an die Arbeitsorte reisen müssen und deshalb einen weit entfernten, attraktiven Arbeitsplatz annehmen – noch dazu in Berufen, in denen es immer mehr einen Arbeitnehmermarkt gibt. Das sind insbesondere Hochqualifizierte und Beschäftigte an Hochschulen. Zum anderen gibt es Wohnstandortentscheidungen, die nicht unbedingt in Multilokalität münden, aber in denen dann zum Beispiel zwei Arbeitszimmer für die Berufstätigen im Homeoffice benötigt werden. Ich weiß nicht, ob es zur Stadtfucht führt, aber es gibt schon

* Das Projekt **Temporalität des Wohnens. Orte der emotionalen Beheimatung und der Alltagspraktiken** (2022–2025) wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Es wird von Prof. Dr. *Carmella Pfaffenbach* (RWTH Aachen – Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen) und Prof. Dr. *Caroline Kramer* (KIT – Karlsruher Institut für Technologie) geleitet.

einige wenige, die überlegen, woanders zu wohnen. Multilokal werden sie dadurch nicht unbedingt, aber die Temporalität des Wohnens und Arbeitens zum Beispiel an dritten Orten wie Cafés wird immer bedeutsamer. Freizeitinduzierte Multilokalität findet dann an viel weiter entfernten Orten statt, weil ja dann in Ferienwohnsitzen z.B. in den Alpen vier oder fünf Tage geblieben werden kann – dann lohnt sich das. Also die Pandemie hat Mobilität und Multilokalität befeuert. Und durch die neuen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten ist es vielfach auch einfacher, familiären und privaten Kontakt zu halten, sodass die Thematik der „kalten Betten“ nicht abnimmt.

Rainer Danielzyk: Aus Sicht der Stadt- und Gemeindeentwicklung ist diese „Kalte-Betten-Thematik“ eine echte Herausforderung in mehrfacher Hinsicht. Welche Auswirkungen hat der Wandel der Lebensformen in Richtung Multilokalität und Temporalität für die Kommunen?

Caroline Kramer: Kommunen müssen niedrigschwellig gute und flexible Wohnorte anbieten, Modelle im Sinne des Plug-and-Play. Die Arbeit von Robert Nadler [Nadler 2014; Anm. d. Red.] hat schon vor der Corona-Pandemie gezeigt, dass Menschen, die viel unterwegs sind, irgendwo ankommen wollen – eine hochwertige Form von WG-Leben als Beispiel. Neue Formen des Wohnens sind wichtig, damit der klassische Wohnungsmarkt nicht von hochverdienenden Multilokalen blockiert wird. Gemeinsam mit Architektinnen und Architekten könnten zum Beispiel flexible Grundrisse entworfen werden.

Lena Greinke: Inwiefern wirkt sich die Lebensweise an mehreren Orten auf die Multilokalen selbst aus?

Maya Kretzschmar: Multilokale sind eine sehr heterogene Gruppe, deswegen müssen wir das differenziert betrachten. Es gibt die Hochqualifizierten, aber auch Personen in niedrigen Lohnsektoren, bei welchen es natürlich ganz andere Auswirkungen geben kann. Ein anderes Thema sind auch Unsicherheiten, die entstehen können durch solche Arrangements. Da haben wir schon einen Eindruck bekommen. Wir fragen zum Beispiel, welche Orte genutzt werden und wie Multilokalität ein Ankommen in der Stadt verhindert oder begünstigt. Um diesen Problematiken zu begegnen, sind beispielsweise flexible Angebote wie Einzeleintritte in Einrichtungen wie Sportstudios oder Schwimmbädern anstelle von Abos ganz wichtig. Oder auch lange Öffnungszeiten von Supermärkten, die dem zeitlichen Rhythmus von Multilokalen entsprechen.

Rainer Danielzyk: Wie sind die Auswirkungen von Multilokalität auf das zivilgesellschaftliche Engagement? Lässt sich da schon etwas feststellen? Stimmt die These, dass die Multilokalen weniger aktiv sind?

Leonie Wächter: Tatsächlich ergeben die Daten da ein sehr überraschendes Ergebnis, welches wir reflektieren müssen. Menschen, die sich als multilokal und temporär bezeichnen, engagieren sich mehr als diejenigen, die mo-

nolokal leben. Mit der Befragung haben wir aber auch nicht alle Personen erreicht, weil der Fragebogen mit 10 Seiten schon recht lang ist. Die Daten zeigen zum Beispiel auch, dass diejenigen, die dauerhaft multilokal leben wollen, eher die freizeitinduzierten, älteren Menschen sind. Da müssen wir unsere Daten auf jeden Fall noch einmal etwas tiefer zu der Thematik auswerten.

Caroline Kramer: Ich möchte noch ergänzen aus Erfahrungen in Reallaboren, dass ubiquitäres Engagement, wie zum Beispiel in Kirchen oder bundesweiten Parteien, schneller durchgeführt werden kann, weil an die jeweiligen Ortsgruppen recht niedrigschwellig angeknüpft werden kann. Aber zum Beispiel ist das Engagement von Studierenden an Studienorten auch dann schwach, wenn ihre Anwesenheit auf lange Zeit angelegt ist. Projektförmiges Engagement oder auch Engagement, welches schnell in einem abgrenzbaren, absehbaren Zeitraum mit einem klaren Ziel zum Erfolg führt, das scheint für die Multilokalen durchaus sehr reizvoll zu sein.

Rainer Danielzyk: Heißt das, dass Engagement mit lokalem Engagement gleichgesetzt werden muss? Eine These könnte ja sein, dass man sich als Multilokaler digital oder passiv engagiert oder über Spenden.

Caroline Kramer: Wenn Engagement nicht mit einem Ort verknüpft ist, kann das schon besonders attraktiv sein – zum Beispiel online. Das nutze ich selber auch und vernetze mich digital und gleichzeitig vor Ort mit den Nachbarinnen und Nachbarn.

Lena Greinke: Gibt es Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in multilokalen Lebensweisen in suburbanen, urbanen oder ländlichen Räumen? Oder auch in Bezug auf schrumpfende Räume oder wachsende Räume?

Caroline Kramer: Unsere Studie haben wir dahingehend noch nicht ausgewertet. Ich denke aber, dass Multilokalität in ländlichen Räumen dauerhafte Abwanderung verhindert. Und umgekehrt, dass die temporär Einwandernden eher negativ wahrgenommen werden, weil sie ad hoc zu viel bewegen wollen und damit die lokale Bevölkerung „überfallen“. Insbesondere aber auch die Problematik der „kalten Betten“ in Freizeit- oder Skigebieten kann dazu führen, dass die Stimmung kippt, wenn zu viele Menschen phasenweise einfliegen. Ich glaube, dass wir in unterschiedlichen Raumtypen gar nicht so große Unterschiede feststellen können. Und auch in der Corona-Pandemie haben sich die Wohnverhältnisse nicht grundlegend verändert. Mobilität und Multilokalität wurden vielleicht auf Eis gelegt, aber sie sind danach wieder reaktiviert worden.

Leonie Wächter: Wir haben ja auch Gründe für multilokales Wohnen erfragt und für mich war es überraschend, dass 70 Prozent familiäre Gründe benannt haben. In der Forschung wird ja viel arbeitsinduzierte Multilokalität betrachtet. Es sind aber viel mehr Familie, Kinder oder Partnerinnen und Partner, die genannt werden. Multilokalität

ist vor allem auch geschlechter- und altersübergreifend.

Caroline Kramer: Ja, am Ende des Tages besteht eben ein ganz großer Wunsch, Mobilität auch möglichst leicht durchführen zu können – also zuverlässige Züge zu haben, keine verstopften Autobahnen. Diese Hindernisse von Mobilität, die sind manchmal auch dann endgültig der Anlass für Multilokalität. Weil das Pendeln nicht mehr geht, weil es anstrengend ist, weil es nicht funktioniert, weil es nicht zuverlässig ist.

Rainer Danielzyk: Gibt es Handlungsempfehlungen für die Kommunen oder Regionen, die besonders von Multilokalität „betroffen“ sind?

Caroline Kramer: Ich denke insbesondere an Arbeiten von Markus Kaltenbach in denen er Entwürfe von bahnhofsnahen Quartieren mit neuen Wohnformen vorschlägt. Diese Nachverdichtung ist ja für ehemalige Güterbahnbrachen oder die Rückseiten der Bahnhöfe besonders interessant. Flexible Wohneinheiten für Familien, Singles und Paare wären für mich das Allerdringendste. Es müssen vernünftige Alternativen angeboten werden.

Maya Kretzschmar: Und diese Nachfrage gibt es nicht nur an Bahnhöfen, sondern auch in suburbanen Räumen, wie unsere Ergebnisse zeigen. Wir haben auch mit Stadtverwaltungen und der Wohnungswirtschaft gesprochen und da waren auch schon neue Konzepte im Gespräch, was die Unterbringung von Beschäftigten oder Auszubildenden angeht bei angespannten Wohnungsmärkten.

Caroline Kramer: Auch große Arbeitgebende sollten mit ins Boot geholt werden. Einige Unternehmen sind ja schon aktiv und bieten statt einfachen Wohnheimen qualitativvolles Gemeinschaftswohnen für die Beschäftigten an. Der Druck bei denen ist ja groß. Und ob die Zweitwohnsitzsteuer zur Vertreibung von Multilokalen taugt, da habe ich große Fragezeichen. Das ist nicht das richtige Mittel. Ich würde gerade auch große Vereine oder Anbietende von gesellschaftlichem Engagement ermuntern, sich kurzfristiges projektartiges Engagement auf die Agenda zu schreiben und nicht nur von lebenslangen Mitgliedschaften auszugehen.

Leonie Wächter: Ich finde so etwas wie Mischwohnen oder Mischformen von Wohnen wichtig. Dass man eben nicht nur komplexe Bauten mit 3-Zimmer-Wohnungen anbietet. Das Phänomen muss als eines in der Mitte unserer Gesellschaft begriffen werden und die Menschen dürfen nicht an den Rand verdrängt werden. Temporäres und dauerhaftes Wohnen muss durchmischt und zusammengebracht werden durch Mischbauten und Mischnutzungen.

Lena Greinke und Rainer Danielzyk: Herzlichen Dank für das hochinteressante Gespräch!



PROF. DR. CAROLINE KRAMER
ist Professorin für Humangeographie am
Karlsruher Institut für Technologie (KIT).



MAYA KRETZSCHMAR
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und
Doktorandin im Lehr- und Forschungsgebiet
Kulturgeographie der RWTH Aachen.



LEONIE WÄCHTER
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und
Doktorandin am Institut für Geographie und
Geoökologie des Karlsruher Instituts für
Technologie (KIT).



DR. LENA GREINKE
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der
Geschäftsstelle der ARL und am Institut für
Umweltplanung der Leibniz Universität Han-
nover.



PROF. DR. RAINER DANIELZYK
war bis Ende Februar 2024 Generalsekretär
der ARL und ist Professor für Raumordnung
und Regionalentwicklung am Institut für Um-
weltplanung der Leibniz Universität Hanno-
ver.

Literatur

Nadler, R. (2014): Plug&Play Places. Warsaw.

DAS „NETZWERK MULTILOKALITÄT – ZUM WOHNEN AN MEHREREN ORTEN“

Das Thema der multilokalen Lebensweisen ist nicht neu, hat aber in der jüngeren Vergangenheit unter dem Begriff der „Residential Multi-locality Studies“ verstärkte Aufmerksamkeit erfahren. Das „**Netzwerk Multilokalität – zum Wohnen an mehreren Orten**“ besteht aus Akteurinnen und Akteuren aus verschiedenen Disziplinen (z. B. Geographie, Soziologie, Ethnologie, Kulturwissenschaften, Stadtplanung etc.), die sich mit unterschiedlichen Aspekten des Phänomens der Multilokalität auseinandersetzen. Zu diesem Zweck fungiert das Netzwerk unter anderem als interdisziplinäre Austauschplattform zu terminologischen, theoretischen, methodologischen und empirischen Fragen.

Im letzten Jahr waren Mitglieder des Netzwerks bereits in einige Aktivitäten involviert. Dazu zählt zum Beispiel das vom 10. bis 12. Mai 2023 von der Technischen Universität Wien an der *landuni* im Schloss Drosendorf/Niederösterreich organisierte **Multilokale Symposium**. Drei Tage lang beschäftigten sich Wissenschaftler/innen, Studierende, regionale Akteurinnen und Akteure sowie weitere interessierte Personen mit multilokalen Lebensweisen insbesondere in ländlichen Räumen. Unter anderem diskutierte Dr. *Lena Greinke* (ARL, Leibniz Universität Hannover) mit Prof. *Sibylla Zech* (TU Wien) und *Lena Schartmüller* (TU Wien) die regionale Dimension von multilokalen Lebensweisen und weitere Forschungsbedarfe (<https://multilokal.project.tuwien.ac.at/news-detail/das-war-das-1-multilokale-symposium/>). Darüber hinaus tauschten sich am 16. März 2023 zahlreiche Interessierte in der **ARL-Session „Welche Auswirkungen hat Multilokalität auf die Regionalentwicklung?“** im Rahmen der Jahrestagung der DGD – Deutsche Gesellschaft für Demographie zum Thema „Regionale Bevölkerungstrends in Deutschland und Europa. Ursachen und Folgen“ aus (<https://www.arl-net.de/de/blog/die-arl-bei-der-jahrestagung-der-dgd>).

Weitere Informationen zu multilokalen Lebensweisen finden Sie in der Reihe **Forschungsberichte der ARL 13** „Multilokale Lebensführungen und räumliche Entwicklung – ein Kompendium“. Dieses wurde von *Rainer Danielzyk*, *Andrea Dittrich-Wesbuer*, *Nicola Hilti* und *Cornelia Toppel* herausgegeben und ist Open Access verfügbar.

Sie möchten Mitglied im **Netzwerk Multilokalität** werden oder in den Verteiler für aktuelle Informationen aufgenommen werden? Dann kontaktieren Sie Dr. *Lena Greinke* (greinke@umwelt.uni-hannover.de).

Ansprechpersonen

PROF. DR. RAINER DANIELZYK

Professor für Raumordnung und Regionalentwicklung an der Leibniz Universität Hannover
Tel. +49 511 762 2660
danielzyk@umwelt.uni-hannover.de

DR. LENA GREINKE

Geschäftsstelle des TRUST/ARL-Promotionskollegs / Kooperation
Leibniz Universität Hannover
Tel. +49 511 34842 34
lana.greinke@arl-net.de

AUS DER ARL

REGIONALPLANUNG – WEGBEREITERIN DES WINDENERGIEAUSBAUS

Stellungnahme des IIK Regionalplanung der Akademie für
Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Stand 12.01.2024

Mit neuen Rechtsgrundlagen regionale Verantwortung übernehmen!

Der Ausbau der Windenergie an Land ist eine wichtige Säule für die Energiewende und den Klimaschutz sowie für eine kostengünstige, verlässliche und nachhaltige Energieversorgung Deutschlands. Seit 2022 gibt der Bund Flächenziele zum Ausbau der Windenergie vor: Bis zum Jahr 2032 müssen 2% des Bundesgebiets für diesen Zweck planerisch gesichert werden. Mit den neuen gesetzlichen Grundlagen – insbesondere dem Windenergieflächenbedarfsgesetz und den Änderungen des Baugesetzbuches sowie des Raumordnungsgesetzes – liegen nun deutlich bessere rechtliche Rahmenbedingungen für die Sicherung von Flächen zur Windenergieerzeugung vor. Zudem hat der Bundesgesetzgeber im Erneuerbare-Energien-Gesetz festgelegt, dass die erneuerbaren Energien als Belang mit Gewichtungsvorrang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen einzustellen sind, solange bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist und die Errichtung und der Betrieb von Anlagen und Nebenanlagen im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.

Mit der Umsetzung dieser Aufgabe haben 13 Flächenländer die Regionalplanung beauftragt. Das ist ein großer Vertrauensbeweis für die Regionalplanung, die in vielen Regionen schon seit langer Zeit Vorreiterin einer dezentralen Energiewende ist. Sie hat das notwendige Know-how und ist hoch motiviert, die ihr gesetzten Ziele zu erreichen. Der aktuelle Auftrag an die Regionalplanung bestätigt ihre Bedeutung als starke und verlässliche Planungsebene zwischen der Landesplanung und der kommunalen Bauleitplanung.

Die Flächensicherung für die Windenergie ist ein Gemeinschaftswerk!

Die Erreichung der Flächenziele ist vor allem in den bisher eher zurückhaltend agierenden Ländern eine große Herausforderung. Wir sind der Überzeugung, dass die Regionalplanung auch diese Herausforderung in einem demokra-

tisch legitimierten Prozess meistern wird. Zudem ist die Aufstellung eines Regionalplans immer ein Gemeinschaftswerk, an dem viele Partner mitwirken. Insbesondere zu nennen sind die Fachbehörden des Bundes und der Länder, die kommunalen Gebietskörperschaften und zahlreiche weitere öffentliche und zivilgesellschaftliche Institutionen und Vereinigungen. Neben einem breiten gesellschaftlichen Rückhalt für die Energiewende in der Bevölkerung sowie der Akzeptanz vor Ort ist eine enge und reibungslose Zusammenarbeit der Regionalplanung mit diesen Partnern zwingend erforderlich, um die engen Zeitvorgaben (mit dem ersten konkreten Zwischenziel bereits im Jahr 2027) zu erfüllen.

Oberstes Ziel muss sein, dass die Regionalplanung zeitnah möglichst konfliktarme Flächen identifizieren kann. Dabei muss auch die Regionalplanung selbst ihre Arbeitsprozesse beschleunigen. Hierzu muss, wo noch nicht geschehen, die personelle Ausstattung der Regionalplanungsstellen an die erheblich gestiegenen Anforderungen angepasst werden.

Gravierende Engpässe und Schnittstellen- probleme beim Datenaustausch beseitigen!

Die Regionalplanung ist in besonderer Weise auf bessere Qualität und höhere Geschwindigkeit der Zulieferungen durch die Partner angewiesen. Alle eingebundenen Partner müssen ihre Daten und Informationen der Regionalplanung zeitgerecht, passgenau und digital zur Verfügung stellen. Viele Partner haben die entsprechende Bereitschaft zur Mitwirkung bereits signalisiert, doch werden schon jetzt einige gravierende Engpässe und Schnittstellenprobleme deutlich, die im Sinne der Energiewende schnell überwunden werden müssen:

- > Viele Informationen werden bislang in unzureichender Genauigkeit auf Papier übermittelt. Alle Flächendaten müssen genau sein und digital sowie zügig bereitgestellt werden. Unter anderem müssen alle vorhandenen und geplanten Siedlungsflächen in verlässlichen ATKIS-Daten digital zur Verfügung stehen.

- > Daten der zivilen Luftfahrt müssen von der Flugsicherung in Form von konkreten und verlässlichen Angaben, insbesondere zu den jeweiligen Schutzbereichen um die einzelnen Flugsicherungsanlagen, bereitgestellt werden. Die bisher üblichen und viel zu großen Pauschalwerte schließen unnötig viele Flächen von einer Windenergienutzung aus.
- > Zur Berücksichtigung militärischer Belange müssen die Daten durch die Bundeswehr, insbesondere zu Hub-schraubertiefflugstrecken und Mindestführungshöhen, exakt, digital und erheblich schneller bereitgestellt werden.
- > Die Daten zum Natur- und Artenschutz müssen durch die zuständigen Naturschutzbehörden verlässlich, maßstabsgerecht, aktuell und flächendeckend bereitgestellt werden. Nur dann können sensible Flächen bereits auf der Ebene der Regionalplanung berücksichtigt werden.
- > Die Behörden des Denkmalschutzes müssen digitale Datengrundlagen zu landschaftsbildprägenden Denkmalen bereitstellen, um die Schutzbereiche entsprechend berücksichtigen und einarbeiten zu können.

Erforderlich ist eine neue Kultur der Zusammenarbeit!

Die Regionalplanung ist gefordert, für die kommenden Jahre ihre Ressourcen zu konzentrieren und die Windenergieplanungen zügig umzusetzen. Über die genannten Probleme im Bereich der Digitalisierung und der Datenqualität hinaus ist eine neue Kultur der Zusammenarbeit erforderlich, bei der das „überragende öffentliche Interesse“ an erneuerbaren Energien und damit verbunden die Notwendigkeit zur gemeinsamen Problemlösung im Vordergrund stehen. Das gilt sowohl für die ebenenübergreifende Zusammenarbeit (Bund, Länder, Regionen, Kommunen) als auch für die Zusammenarbeit mit den Fachbehörden.

Gleichermaßen darf es nicht zu einer inhaltlichen Überfrachtung der Regionalplanung kommen: Wenn die nachgelagerten Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen durch den Bundesgesetzgeber z. B. bezüglich der artenschutzrechtlichen Belange inhaltlich vereinfacht werden, können diese Prüfungen nicht der Regionalplanung aufgebürdet werden. Sie sind für diese Planungsebene viel zu detailliert und würden den Planungsprozess zwangsläufig verlangsamen. Wenn eine Planungsbeschleunigung erreicht werden soll, muss die Untersuchungstiefe auf das der regionalplanerischen Ebene Angemessene zurückgeführt werden. Dann kann die Regionalplanung ihre Stärke in der großräumigen Konfliktentzerrung auch im Spannungsfeld zwischen Windenergie und Artenschutz ausspielen.

Rückmeldungen aus den Fachbehörden folgen oft noch den bisherigen Mustern aus der Zeit der Ausschlussplanung (Ermittlung von Konzentrationszonen). Diese Reaktionen sind nicht mehr brauchbar, weil die Regionalplanung nunmehr eine Positivplanung für konkrete Flächen vornehmen muss. Die inhaltlichen Schnittstellen zwischen

der Regionalplanung und den Beiträgen ihrer Partner müssen im Hinblick auf die neuen Abwägungsvorgaben sowie den neuen Kontext einer Positivplanung ohne Ausschlussgebiete gänzlich neu justiert werden: An die Stelle von Maximalforderungen sollten differenzierte, priorisierende Rückmeldungen zu den jeweiligen Belangen treten.

Fazit

Die Regionalplanung muss alle Kräfte auf eine zügige Sicherung der Flächen für die Erzeugung von Windenergie setzen. Das kann sie aber nur leisten, wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden und die genannten Partner gut und zuverlässig mitwirken. Dann kann die Regionalplanung als überörtliche und fachübergreifende Planung den notwendigen Ausbau der Windenergie im gesamtgesellschaftlichen Interesse schnell und fundiert voranbringen.

Die Anforderungen an die Regionalplanung selbst sind erheblich gestiegen. Die personelle Ausstattung der Regionalplanungsstellen wurde noch nicht überall entsprechend angepasst. Hier sind die Träger der Regionalplanung gefragt, die notwendigen Verstärkungen einzufordern oder zu ermöglichen. Ebenso sollten die Beratungs- und Genehmigungskapazitäten der Landesbehörden erhöht werden.

Nur unter den genannten Rahmenbedingungen ist die Regionalplanung als überörtliche und fachübergreifende Planung in der Lage, dem notwendigen Ausbau der Windenergie im gesamtgesellschaftlichen Interesse den Weg zu bereiten.

Für den IIK Regionalplanung der ARL

- > Andrea Angerer
- > Prof. Dr. Rainer Danielzyk
- > Dipl.-Ing. Manuela Hahn
- > Prof. Dr. Axel Priebs
- > Dr. Sebastian Wilske

ZUKUNFTSFÄHIG MOBIL!?

Ein Rückblick auf den ARL-Kongress 2023 in Leipzig

Wie lässt sich eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Mobilität planen? Diese Frage diskutierten Fachleute unterschiedlicher Disziplinen und Altersgruppen aus Wissenschaft und Praxis gemeinsam auf dem ARL-Kongress 2023 am 22./23. Juni im Leipziger Kubus, dem Konferenz- und Bildungszentrum des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ).

Eröffnet wurde der Kongress durch den amtierenden Präsidenten der ARL, Prof. Dr. Axel Prieb. Er stellte einleitend fest, dass der Verkehrssektor seinen klimapolitischen Beitrag leisten müsse, was aber nur durch eine integrierte Abstimmung der Verkehrs- mit der Stadt- und Raumplanung gelingen könne. Bei den anstehenden Transformationen müsse überdies vermieden werden, soziale und räumliche Ungleichheiten zu verschärfen, vielmehr sollten diese abgebaut werden. Angesichts der Komplexität des Themas, der Vielzahl der Akteure und der unterschiedlichen Interessen sei ein inter- und transdisziplinärer Ansatz zentral. Er

freue sich daher sehr, dass sich dies auch in den Referierenden und Kongressteilnehmenden widerspiegele. So seien sowohl Vertreter/innen aus Ministerien, Bundes-, Landes- und Regionalbehörden mit Planungsbezug als auch aus privaten Beratungs- und Planungsbüros, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Universitäten, Fachhochschulen und Leibniz-Einrichtungen sowie aus weiteren Forschungseinrichtungen zugegen.



Axel Prieb begrüßt die Teilnehmenden des ARL-Kongresses 2023



Keynote-Vortrag von Joachim Scheiner

Eröffnet wurde der erste Kongresstag von apl. Prof. Dr. Joachim Scheiner (TU Dortmund und Leiter des ARL-Arbeitskreises „Mobilität, Erreichbarkeit und soziale Teilhabe“). Im Fokus seiner Keynote stand die Zunahme, ja Explosion von Erreichbarkeit und Mobilität in den vergangenen Jahrzehnten, die sich stets an den Wünschen und Bedürfnissen von hochmobilen Personen orientiere und nicht an denen der benachteiligten und weniger mobilen Gruppen. Er plädierte für die Sicherung von Mindeststandards im Rahmen der Verkehrs- und Mobilitätswende, die



© ARL/Dario Eidens-Holl

Die Pausen konnten für Gespräche und Fragen zu den fachlichen Posterpräsentationen oder auch zur Abstimmung beim internationalen Fotowettbewerb „Mobile meets Mobility“ genutzt werden.

Mobilität als Basisfunktion für eine gerechte Teilhabe betrachte und fördere und nicht als Maximierung von Mobilitäts Optionen im Sinne einer grenzenlosen und immer weiter expandierenden Erreichbarkeit.

Im Anschluss verdeutlichte *Gisela Stete* (StetePlanung, Darmstadt) in der zweiten einführenden Keynote eindrücklich, warum eine gendersensible Planung und Gestaltung von Stadt und Verkehr so wichtig ist. Dabei geht es nicht um das biologische Geschlecht, sondern um die sozialen Rollen, die damit verbunden sind. Im Fokus steht hier die Übernahme unbezahlter Sorgearbeit, wie beispielsweise Betreuung und Erziehung von Kindern, Hausarbeit sowie

Unterstützung und Pflege von Angehörigen, ehrenamtliche Tätigkeiten etc. Diese Arbeit oder Rolle könnten theoretisch alle Geschlechter (also Frauen und Männer und alle, die sich weder als männlich oder weiblich verstehen) übernehmen bzw. untereinander aufteilen. Statistisch gesehen übernehmen aber nach wie vor Frauen einen Großteil der unbezahlten Arbeit. Und wer morgens die Kinder zur Kita und Schule bringt, weiter zur Arbeit fährt, sie mittags wieder abholt und zum Sport, zur Musikschule oder zu anderen Freizeitaktivitäten fährt, zwischendurch einkauft und die kranke Tante zum Arzt bringt, nutzt Stadt, Verkehr und öffentlichen Raum anders, als jemand, die oder der die meiste Zeit des Tages einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgeht und vorrangig zwischen Wohnung und Arbeitsplatz pendelt. Stadt- und Verkehrsinfrastrukturen sind aber bislang vor allem auf den motorisierten Individualverkehr und einen guten Durchfluss des Autoverkehrs auch zu Stoßzeiten ausgerichtet. Frauen, Kinder und Jugendliche, Ältere und mobilitätseingeschränkte Personen, wie Menschen, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind oder Blinde, aber auch Alleinerziehende und arme Haushalte sowie Zufußgehende und Radfahrende müssen daher künftig in die Planung von öffentlichen Räumen, dem öffentlich nutzbaren Verkehr und in die Stadtraumgestaltung einbezogen und ihre Bedürfnisse viel stärker berücksichtigt werden.

In den drei parallel stattfindenden Fachsessions des Nachmittags wurden viele der in den beiden Keynote-Vorträgen aufgeworfenen Aspekte vertiefend betrachtet und weitergehend diskutiert.



© ARL/Dario Eidens-Holl

Keynote-Vortrag von Gisela Stete

In der Fachsession „Ko-kreativ, ko-operativ oder ko-produktiv? – Wie gelingt die sozial-ökologische Mobilitätswende?“ wurden spannende Einblicke in verschiedene Fallstudien gegeben. Über Beteiligungsverfahren wurden Wünsche und Bedürfnisse sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen konkret erfasst, um dann maßgeschneiderte Mobilitätsangebote gestalten zu können. Bei den urbanen Beispielen aus München und Berlin wurden hier vor allem Unterschiede in den Mobilitätskulturen sichtbar. Zudem wurde bei der Vorstellung eines sehr erfolgreichen Mobilitätsangebots im ländlichen Raum deutlich, dass die eigentliche Herausforderung darin besteht, Projekte über die Initiierung und Förderung hinaus zu verstetigen. Ebenfalls im ländlichen Kontext wurde die Rolle des Bayerischen Radentscheids für eine sozial-ökologische Mobilitätswende diskutiert.

Die Fachsession „Planungsinstrumente und Werkzeuge für die Verkehrswende“ diskutierte den Mehrwert verschiedener Tools und Instrumente für und aus der Planungspraxis, mit deren Hilfe sich Mobilität künftig nachhaltiger gestalten ließe. Deutlich wurde, dass es dabei sowohl verschiedener Werkzeuge als auch ausreichender Akteure bzw. deren Kenntnisse bedarf, um diese Werkzeuge sinnvoll einzusetzen. Und schließlich braucht es auch passende rechtlich-finanzielle Rahmenbedingungen, damit der Einsatz dieser Werkzeuge verbindlich, naheliegend und vorteilhaft ist.

Die Fachsession „Mobilität und Teilhabe – eine Frage von Gender und Intersektionalität“ vertiefte zentrale Fragestellungen aus der Keynote von *Gisela Stete*. Die Vorträge zeigten, dass Teilhabe im Kontext von Mobilität nicht nur davon abhängt, welche Mobilitätsoptionen objektiv vorhanden sind, sondern ihre (Nicht-)Nutzung stark von gesellschaftlichen Ein- und Ausschlüssen beeinflusst wird. Gendersensible Perspektiven und intersektionale Ansätze, die versuchen, verschiedene Formen von Benachteiligungen zusammenzudenken, können hier helfen, Hürden und Ausschlüsse zu identifizieren, um sie zu bearbeiten und abzubauen. Das fängt bereits bei der Formulierung von Fragestellungen an, geht über die Erhebung von Daten und reicht bis zur Planung und konkreten Ausgestaltung zielgruppenorientierter Angebote.

Zum Abschluss des ersten Kongresstages stellte Prof. Dr. *Ulrike Weiland* als Vorsitzende des FRU – Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e. V. aktuelle FRU-Aktivitäten vor. Prof. Dr. *Susan Grotefels*, ARL-Vizepräsidentin und zugleich im Vorstand des FRU, vergab im Anschluss den FRU-Förderpreis 2022 zum Wettbewerbsthema „Künftig alles SMART? Herausforderungen der Digitalisierung für die Raumentwicklung“.

- > Der 1. Preis in Höhe von 2.500 Euro ging an *Liane Herlitz* für ihre Masterarbeit „Potenziale digitaler Stadtwillinger für die Stadtplanung, insbesondere für digitale Partizipationsprozesse innerhalb der Bauleitplanung“ an der TU Dortmund. Die Preisträgerin konnte leider nicht persönlich anwesend sein.



© ARL/Dario Eidens-Holl

Preisübergabe mit Urkunde und Blumen – v.l.n.r.: Susan Grotefels, Juliane Ribbeck-Lampel, Ulrike Weiland und Saskia Arndt

- > Den 2. Preis in Höhe von 2.000 Euro erhielt *Saskia Arndt* für ihre Masterarbeit „Soziale Medien als Auslöser von Konflikten in Schutzgebieten“ an der TU Berlin.
- > Der 3. Preis in Höhe von 1.500 Euro wurde Dr. *Juliane Ribbeck-Lampel* für ihre Promotion „Die Digitalisierung des stationären Einzelhandels“ an der BTU Cottbus-Senftenberg verliehen.

Der erste Kongresstag endete mit dem Abendempfang, der – trotz starker Unwetterwarnungen – wie geplant im Freien auf der Terrasse des Kubus stattfinden konnte.

Der Freitag und damit der zweite Kongresstag begann mit der Begrüßung durch die Vizepräsidentin der ARL *Petra Ilona Schmidt-Kaden*. Sie kündigte auch die dritte Keynote



© ARL/Dario Eidens-Holl

ARL-Vizepräsidentin Petra Ilona Schmidt-Kaden begrüßt die Teilnehmenden und moderiert den zweiten Kongresstag an

an, die von *Anne Klein-Hitpaß* vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) gehalten wurde.



© ARL/Dario Eidens-Holl

Keynote-Vortrag von Anne Klein-Hitpaß (Difu)

Die abschließende Keynote fasste die wichtigsten Herausforderungen, Handlungsfelder und Empfehlungen für eine soziale und ökologische Mobilitätswende noch einmal sehr anschaulich und pointiert zusammen und rief Wissenschaft und Praxis dazu auf, mutig zu sein, mehr Experimente zu wagen und Veränderungen erlebbar zu machen, um so gesellschaftliche Widerstände gegen den notwendigen Wandel abzubauen.

Danach teilte sich das Plenum wieder auf und ging in die parallel stattfindenden Fachsessions.

In der Fachsession „Mit Beteiligung die sozial-ökologische Mobilitätswende gestalten“ wurden die Diskussionen zur Verbesserung von Beteiligungsformaten vertieft. Die zentralen Herausforderungen liegen dabei in der konkreten Ausgestaltung von Prozessen, d. h. in der Projektentwicklung, der Auswahl und der Einbeziehung beteiligter Gruppen. Wichtig sind hier ein transdisziplinärer Ansatz und eine gute Kenntnis der eigenen Zielgruppe, auch im Sinne aufsuchender Beteiligung. Die Konflikte rund um veränderte Nutzungen und Aufteilungen des Straßenraums kamen auch in dieser Fachsession erneut zur Sprache. Die temporäre Sperrung für den Autoverkehr, der Wegfall von Parkplätzen etc. führt zu enormen Konflikten und der Straßenraum wird damit zu einem gesellschaftlichen Aushandlungsraum. Empirisch zeigt sich, wie schon in der Keynote betont wurde, dass es – trotz der Proteste – Experimente braucht, um Veränderungen und neue Nutzungen sichtbar und erlebbar zu machen und gesellschaftliche Bedenken abzubauen.

In der Fachsession „Mobilitätskosten und Erreichbarkeiten als Teilhabebarrriere“ wurden empirische Forschungsergebnisse vorgestellt, die u. a. zeigen, dass sich günstige ÖPNV-Tarife insbesondere auf die Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen positiv auswirken. Angebote wie das 9-Euro-Ticket oder das Deutschlandticket tragen so erheblich zu einer Verbesserung der Mobilitätsgerechtigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bei. Voraussetzung dafür ist jedoch auch ein attraktives ÖPNV-Angebot, bspw. ein gutes (Schiene-)Netz sowie angemessene Takte und Erreichbarkeiten, damit mehr Menschen tatsächlich den ÖPNV nutzen.

In der hybriden Fachsession „Social and ecological perspectives for mobility and cities: Examples from abroad“ zeigte eine Fallstudie aus Polen, wie sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Mobilität messbar gemacht werden kann. Am Beispiel Österreichs wurde deutlich, dass die Mission „Klimaneutrale Städte“ auch über öffentlich-öffentliche Partnerschaften vorangetrieben werden kann und eine Analyse aus Großbritannien nahm Mobilitätsmaßnahmen für den Klimaschutz in britischen Kommunalbehörden unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in den Blick. Im Chat wurde dann noch einmal auf die grundlegenden Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie Arm und Reich in Bezug auf das Thema „Mobilität“ hingewiesen: Die an sich richtige Vision einer 15-Minuten-Stadt und Forderungen nach mehr Fuß- und Radverkehr seien ein Luxus, den sich viele, die nicht in teuren Innenstadtlagen wohnen und arbeiten, nicht leisten könnten. Ihre Alltagsmobilität sähe ganz anders aus, weil sie z. B. nur Wohnraum außerhalb der Städte und/oder in peripheren Lagen mieten könnten.

Zurück im Plenum bot die Podiumsdiskussion – moderiert von *Jessica Le Bris* (Green City Experience GmbH, München) – die Gelegenheit, gemeinsam mit den Podiumsteilnehmenden Dr. *Annika Busch-Geertsema* (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Wiesbaden), *Marcus Beringer* (AustriaTech, Wien), Dr. *Axel Stein* (KCW, Berlin) und *Gisela Stete* (StetePlanung, Darmstadt) ein kurzes Fazit zu ziehen. Auch hier wurde zum wiederholten Male deutlich, dass es in Wissenschaft und Praxis umfangreiches Wissen darüber gibt, welche grundlegenden Veränderungen notwendig sind und in welche Richtung die Mobilitätswende gehen müsste. Weitaus schwieriger gestaltet sich demgegenüber die Um- und Durchsetzung: Hier stehen sich viele Akteure mit oft schwer zu vereinbarenden Interessen gegenüber. So wurde auf dem Podium mehrfach bekräftigt, dass man in der Sache nicht nachgeben wolle. In der Praxis habe sich aber gezeigt, dass in emotional aufgeladenen Konflikten und festgefahrenen Konfrontationen ggf. Zugeständnisse in der Kommunikation nötig seien – etwa, wenn Ziele wie „Gendergerechte Planung“, „Verkehrsvermeidung“ oder „Wegfall von Parkplätzen“ nicht klar benannt, sondern „umschrieben“ würden. Hierzu gab es wiederum die kon-



© ARL/Dario Eidens-Holl

Podiumsdiskussion; v.l.n.r.: Marcus Beringer, Annika Busch-Geertsema, Axel Stein, Gisela Stete und Jessica Le Bris



© ARL/Dario Eidens-Holl

Annette Spellerberg beschließt den ARL-Kongress 2023

träre Frage aus dem Publikum, ob es nicht angesichts der notwendigen Transformationen wichtig sei, die „Systemfrage“ zu stellen, um grundlegende Veränderungen in die gesellschaftliche Debatte zu bringen.

Der offizielle Teil des ARL-Kongresses endete mit den Schlussworten von Prof. Dr. *Annette Spellerberg*, ebenfalls Vizepräsidentin der ARL. *Annette Spellerberg* dankte allen Beteiligten und lud Interessierte zu der abschließenden Exkursion, einem Stadtspaziergang in den Leipziger Osten, ein.

Dieses Angebot nahmen trotz des einsetzenden Regens rund 60 Teilnehmende wahr. Den Stadtspaziergang in den Leipziger Osten hatten *Anika Schmidt* (UFZ) und *Theresa Herdlitschka* (ARL) fachlich konzipiert und organisiert. Sie berichteten über das Projekt SUPERBLOCKS Leipzig e.V. und die sozial-ökologische Transformation im Quartier und boten den Teilnehmenden darüber hinaus die Gelegenheit, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort ins Gespräch zu kommen.



© ARL/Martina Hülz

Exkursion, Stadtpazierung in den Leipziger Osten

Sie haben den ARL-Kongress 2023 verpasst oder möchten weitere Informationen? Auf unserer Kongress-Website finden Sie alle freigegebenen Präsentationen, die ausgestellten Poster, eine kurze Pressemitteilung zum ARL-Kongress 2023 und vieles mehr:

<https://www.arl-net.de/content/arl-kongress-2023>

Mehr zum **Positionspapier** aus der ARL 144 „**Mobilität, Erreichbarkeit und soziale Teilhabe – Für eine gerechtere Raum- und Verkehrsentwicklung**“ finden Sie in diesem Heft auf S. 111 sowie zum kostenfreien Download hier: <https://www.arl-net.de/de/shop/mobilit%C3%A4t-erreichbarkeit-und-soziale-teilhabe--->

DR. TANJA ERNST

Stabsstelle „Wissenschaftskommunikation“ der ARL
Tel. +49 511 34842 56
tanja.ernst@arl-net.de

Die ARL dankt den engagierten und sehr interessierten Teilnehmenden für viel positives Feedback zum Kongress sowie dem ARL-Arbeitskreis „Mobilität, Erreichbarkeit und soziale Teilhabe“ für die aktive inhaltliche Mitgestaltung des diesjährigen Kongressthemas. Weiterer Dank geht an Anika Schmidt und Theresa Herdlitschka für die spannende Exkursion. Wir danken auch allen Referierenden, Moderierenden, den Poster-Verantwortlichen und allen, die Fotos beim internationalen Fotowettbewerb eingereicht haben! Außerdem geht unser Dank an das ARL-Präsidium und alle, die fachlich, technisch und organisatorisch vor Ort und in der ARL zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben. – Wir freuen uns auf den **ARL-Kongress 2024 „Große Infrastrukturprojekte: Planung zwischen Beschleunigung und Protest“** am 18. und 19. April 2024 in den **media docks** in **Lübeck** und hoffen, dass Sie wieder dabei sind!

ARL INTERNATIONAL SUMMER SCHOOL 2023

“A Contested Relationship? Urbanisation & the Digital vs. Digitalisation & the Urban”

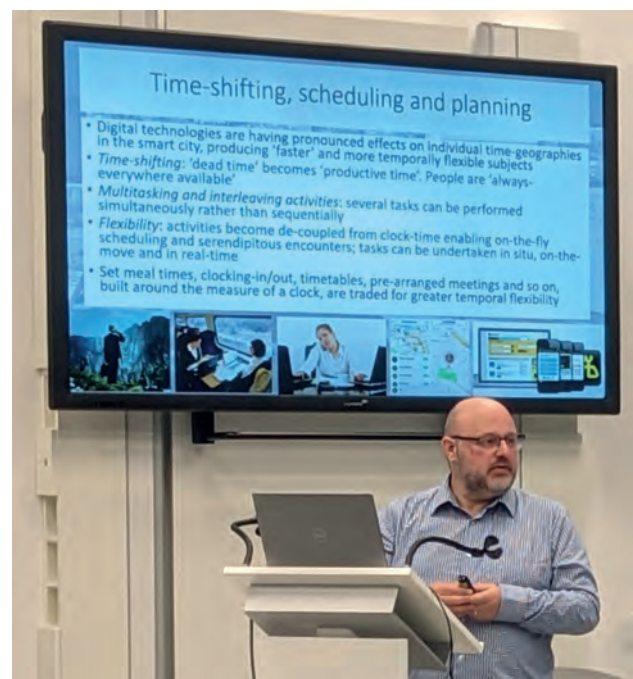
The ARL International Summer School 2023 “A Contested Relationship? Urbanisation & the Digital vs. Digitalisation & the Urban” took place from 6 to 8 July 2023 at Luxembourg University, Department of Geography and Spatial Planning.

This year, the Summer School was situated within recent debates and developments about what was initially called “smart cities”. Judging from our observations, related urban policy frames have reached another level of sophistication after having undergone uncritical praise and popular tech hype by the 2010s (in what could be understood as Phase 1), and the more recent practice of policy formulation, implementation and aiming for local impact (which could be considered Phase 2).

These developments include the more subtle forms of how digital means and processes have become entrenched in urban practices, collective and individual. They also comprise issues of surveillance and control (for example, in urban domains or at the workplace); components of infrastructure that provide the backbone of related systems (such as data centers); just-city frames that have risen in response to perceived digital divides in societies; or systems of provision in retail and services that tend to become hegemonic, if not totalitarian (such as Amazon.com). Various forms of governance are also involved here, not only at municipal levels but also fostered by national and metropolitan governments, for example, in smart specialisation strategies.

The Summer School “A Contested Relationship? Urbanisation & the Digital vs. Digitalisation & the Urban” was organised and implemented in cooperation with Prof. Dr. Markus Hesse, Prof. Dr. Christian Schulz and Dr. Constance Carr from the Department of Geography and Spatial Planning at Luxembourg University. For the ARL, Prof. Dr. Rainer Danielzyk and Dr. Lena Greinke were involved in the preparation.

Ten PhD students with different scientific backgrounds, such as geography, planning, urban studies, and other social sciences and humanities, came to Luxembourg. In addition, four invited keynote speakers, Prof. Andrew Karvonen (Lund University, Sweden), Prof. Rob Kitchin (Maynooth University, Ireland), Priv.-Doz. Dr. Bastian Lange (multiplicities, Berlin/University of Leipzig, Germany) and Dr. Julia Rone (University of Cambridge,



© Lena Greinke

Keynote by Prof. Rob Kitchin (Maynooth University, Ireland)

United Kingdom) enriched the program with exciting talks and provided valuable contributions as discussants.

Prof. Rob Kitchin opened the summer school on Thursday. His lecture “Exploring digital space-time” examined the relationship between time and space in the digital age and the production of digital timescapes. He illustrated the argument by charting the timescapes of smart cities and referred to his publication “Digital Timescapes: Technology, Temporality and Society”.

On the same day, Dr. Julia Rone analysed two cases of challenging cloud projects based on “digital sovereignty” as a stack with different layers in her presentation. First, the controversies surrounding the relocation of French health data to Microsoft Azure, and second, the resistance to big tech data centers in the provinces of North Holland and Flevoland in the Netherlands. The focus was generally on mechanisms of democratising decision-making and the role of citizen input in cloud infrastructure projects, spe-

cifically on a project for democratising policy-making on cloud infrastructure in the EU.

On Friday, Dr. *Bastian Lange* challenged the perspective of digital sovereignty that no longer looks mainly at the state's dominant role but considers digital self-determination and autonomy through collective and collaborative governance sustained by civil society initiatives and social movements. He refers to his paper "New working spaces in rural areas – Designing a research agenda for regional sovereignty in post-pandemic times".



© ARL/Lena Greinke

Keynote by Priv.-Doz. Dr. Bastian Lange (*multiplicities*, Berlin/University of Leipzig, Germany)

In his keynote speech on Saturday, Prof. *Andrew Karvonen* summarised the evolving landscape of urban Artificial Intelligence (AI) and identified similarities and differences between related practices of smart cities and urban digitalisation. He also discussed what is needed to understand the co-constitution of digital/analogue in cities and to guide Urban AI's in deliberate and useful ways, referring to his book "Artificial Intelligence and the City-Urbanistic Perspectives on AI".

All participating PhD students presented parts of their PhD projects and discussed them with the other participants of the Summer School. Each of them also received



© Lena Greinke

Keynote by Prof. Andrew Karvonen (Lund University, Sweden)

many comments from the keynote speakers. Given the varied research foci of the PhD students and the interdisciplinary nature of the event, the participants of the Summer School had the chance to put their dissertation project into a larger context and reflect on it critically. On Friday afternoon, all participants enjoyed an excursion guided by *Markus Hesse*, who provided current and exciting projects in Plateau Kirchberg, which is the central business district of Luxembourg.

The program was completed through joint dinners, which offered the opportunity for further informal exchange. Following the Summer School, the PhD students will have the chance to publish their work in a special issue. For this, Prof. Dr. *Markus Hesse*, Prof. Dr. *Christian Schulz*, Dr. *Constance Carr* (all Luxembourg University), *Lena Greinke* and *Rainer Danielzyk* (both ARL) will act as guest editors in the European Journal of Spatial Development (EJSD). EJSD is a SCOPUS-listed journal that follows a strict double-blind peer-review process and grants all contributions a free online access. The articles will thus be essential for cumulative dissertation projects, which are targeted by most of the PhD students. The special issue is scheduled for the first half of 2024.

DR. LENA GREINKE

Coordination of the TRUST/ARL Research Training program /
Cooperation with Leibniz University Hanover
Phone: +49 511 34842 34
lena.greinke@arl-net.de



© Golnoosh Darvish

Group of the ARL Summer School 2023

EXPLORING SPATIAL JUSTICE IN TIMES OF DISRUPTIONS

Special Issue of the ARL International Summer School 2022
in European Journal on Spatial Development

The concept of spatial justice encapsulates several diverse theoretical, political, and normative strands. It sheds light on how resources are allocated across different types of localities and how spatial patterns influence, enhance, or confine people in their opportunities. Therefore, the ARL International Summer School 2022 “Exploring Spatial Justice in times of disruptions” invited international PhD students to Stockholm. There, the challenges in territorial development, such as spatial inequalities, were debated.

The special issue in European Journal on Spatial Development is an outcome of the summer school. It summarizes the results and opens up the discussion on the conceptual, methodological, and empirical contributions that explore the notion of spatial justice and related perspectives, as well as an understanding of the implications for spatial justice.

All contributions are open access available:

SPECIAL ISSUE: Exploring Spatial Justice in times of disruptions, Vol. 20. No. 1 (2023) in European Journal on Spatial Development

The ARL International Summer School 2022 was organised in cooperation with the Department of Human Geography at Stockholm University (Sweden). Since 2011 the ARL Headquarters has cooperated with rotating partners from various European countries to organise an annual International Summer School. This gives PhD students the opportunity to spend several days working intensively on a specific topic with experienced researchers. International knowledge exchanges and networks in the spatial sciences are thus strengthened and young researchers are promoted. The results speak for themselves: the summer schools have led to a number of high-quality English-language publications.

DR. LENA GREINKE

Coordination of the TRUST/ARL Research Training program /
Cooperation with Leibniz University Hanover
Phone: +49 511 34842 34
lena.greinke@arl-net.de

RAUMENTWICKLUNG IN RANDGEBIETEN DES ALPENRAUMS

AlpPlan Summer Course 2023 in Avignon

Die ARL European Working Group (EWG) *AlpPlan* brachte Young Professionals sowie Studierende und Promovierende aus dem gesamten Alpenraum zusammen, um die territorialen Herausforderungen im französischen Département Vaucluse zu beleuchten.

Die Randbereiche von Berggebieten sind für die Raumplanung und -forschung besonders relevant, da sie oft Übergangsbereiche zwischen verschiedenen Landnutzungsintensitäten darstellen. Vor allem im Alpenraum befinden sie sich meist in der Nähe außeralpiner städtischer Agglomerationen und werden daher stark von diesen beeinflusst. Hier überlagern sich zahlreiche Herausforderungen für eine nachhaltige Raumentwicklung, zum Beispiel in den Bereichen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie Tourismus und Wasserwirtschaft. Der zweite *AlpPlan Summer Course* im Juli 2023 befasste sich daher mit der spezifischen Situation in Südfrankreich, genauer gesagt dem

Département Vaucluse zwischen Avignon und dem Mont Ventoux. Gemeinsam wurden Erkenntnisse, die sich für eine zukunftsorientierte räumliche „Governance“ dieser randalpinen Übergangsräume ergeben, diskutiert.

Der Kurs umfasste Präsentationen, Exkursionen und Diskussionsformate, die von *AlpPlan*-Mitgliedern vorbereitet wurden, allen voran durch *Benôit Fanjeau* (Chargé de développement territorial, Région Provence-Alpes-Côte d'Azur), der als Raumplaner vor Ort auf regionaler Ebene tätig ist. Dabei wurden auch weitere lokale Fachleute eingebunden, etwa Vertreter/innen von Gemeinden sowie des Regionalen Naturparks Mont Ventoux. Neben einer Einführung durch Vertreter der *AlpPlan*-Lenkungsgruppe (*Hubert Job, Andreas Klee, Constantin Meyer* und *Philipp Vesely*) unterstrich auch *Živa Novljan* vom Ständigen Sekretariat der Alpenkonvention die Bedeutung der Raumplanung in randalpinen Gebieten für eine nachhaltige Entwick-



© Constantin Meyer

Teilnehmende des *AlpPlan Summer Course* auf dem Gipfel des Mont Ventoux

lung des gesamten Alpenraums. Bei einem interaktiven Workshop mit Beiträgen des EUSALP Youth Council (*Thomas Wimmer, Maxime Bernard*) und von *Marco Pütz* (WSL) konnten sich die Teilnehmenden zu verschiedenen Facetten der Einbindung junger Menschen in Beteiligungsprozesse der Raumplanung und -entwicklung austauschen.

Neben neun *AlpPlan*-Mitgliedern bestand die Gruppe aus 16 jungen Teilnehmenden, die aus rund 80 Bewerberinnen und Bewerbern ausgewählt worden waren. Sie kamen aus Österreich, Slowenien, Italien, Frankreich, der Schweiz und Deutschland. Zu ihren akademischen oder beruflichen Hintergründen gehörten z. B. die Disziplinen Raumplanung, Geographie, Landschaftsarchitektur und Rechtswissenschaften. Zur weiteren Einbindung des (wissenschaftlichen) Nachwuchses in die EWG *AlpPlan* ist für 2024 ein Promovierenden-Kolloquium sowie für 2025 eine Neuauflage des *Summer Course*-Formats in der Schweiz geplant.

Eine visuell sehr ansprechende, interaktive Aufbereitung des *AlpPlan Summer Course* in Form einer Story-map finden Interessierte hier:
<https://www.arl-international.com/alpplan/alpplan-story-map>

Hintergrundinformationen zur ARL EWG AlpPlan

In Zusammenarbeit mit dem Interreg Alpine Space Projekt „OpenSpaceAlps“ (2019–2022) wurde 2020 mit der EWG *AlpPlan* (alpine spatial planning network) die erste European Working Group (EWG) der ARL gegründet. Als neues Arbeitsformat zur verstärkten Internationalisierung der Akademiarbeit und ihrer Gremien sollen European Working Groups eine permanente Austausch- und Arbeitsplattform für Fragen grenzüberschreitender räumlicher Entwicklung und Planung in mehreren europäischen Staaten bieten.

Weitere Informationen:

<https://www.arl-international.com/activities/alpplan-network>

Fachliche Ansprechpersonen in der ARL

CONSTANTIN MEYER

Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Zentralabteilung der ARL
 Tel. +49 511 34842 65
constantin.meyer@arl-net.de

PROF. DR. ANDREAS KLEE

Leitung der Zentralabteilung / Kommissarischer Generalsekretär (m.d.W.d.G.b.) der ARL
 Tel. +49 511 34842 39
andreas.klee@arl-net.de

ARL ACADEMY FOR
 TERRITORIAL DEVELOPMENT
 IN THE LEIBNIZ ASSOCIATION



AlpPlan - alpine spatial planning network

INTERNATIONAL REFLECTIONS ON MUNICH'S LAND POLICY

The ARL International Working Group on Land Policies in Europe meets in Munich

When discussing land policy in Germany, one inevitably cannot avoid the example of Munich. Accordingly, the ARL International Working Group of the ARL “Land Policies in Europe” met in Munich in September 2023 to continue its international reflections on land policies across 12 European countries. The meeting had three major objectives: First, to continue the debate to find a common understanding of land policy; second, to learn about and reflect upon Munich's land policy; and third, to continue the work on the book “Land Policies in Europe”.

Finding common ground

Land policy is understood differently in different countries. While in some countries land policy is a specific, clearly defined public policy field (such as in Finland), in others, it is merely a term that describes specific strategies by public actors (such as in Switzerland). In some countries, land policy is not used as a specific term and is considered to be the same as spatial planning (e. g. in the UK). In other countries the two terms coexist distinctly (e. g. in the Netherlands). Such differences must be named and understood in order to enable international exchange.





The members of the International Working Group discussed and developed these views based on their respective national definitions in an interactive exercise. The common core here concerns the relationship between planning for public interests and private property. It became clear that such a debate shall be integrated into the book project and also requires a larger debate in the International Academic Association on Planning, Law, and Property Rights (PLPR) involving peers from other countries.

Why Munich?

There are two main reasons why Munich is so important for German land policy: First, Munich has an extreme land market and faces major societal challenges regarding housing and land. Second, as a pioneer with a well-established and ongoing tradition of socially fair land-use model (sozialgerechte Bodennutzung – SoBoN) Munich stands out.

This was stressed in the opening speech by the Deputy Mayor of the City of Munich, *Katrin Habenschaden*. She explained the history of the Munich model and made links to the land reform ideas by Hans-Jochen Vogel, who is a former Deputy Mayor of Munich and later Federal Minister for Regional Planning, Building and Urban Development. *Katrin Habenschaden* went into detail about the instruments of land policy that Munich has been using since the 1970s to tackle the housing shortage via land policy. She expressed very clearly that “we have the problem that we are dependent on the Federal Government and especially on the State of Bavaria, which sees itself much more as the guardian of the property of property-owners than as the saviour of those in need”.

In two presentations by *Alexander Lang* (Planning Department) and Dr. *Raymond Saller* (Department for Labor and Economic Development), specific aspects of Munich’s land policy were presented and discussed with the participants from UK, Norway, Sweden, Finland, Poland, Czechia, Austria, Switzerland, France, Germany, Belgium, and the Netherlands. *Raymond Saller’s* critical perspective on a planned Apple R&D center, which could potentially create 4,000 jobs, underscores the high significance of the housing issue in Munich. *Alexander Lang* explained the latest version of Munich’s model of land policy, in which developers choose certain measures based on a point system. They receive points for certain measures that ensure socially fair land use. If enough points are achieved, the development is considered by the planning department. This new scheme allows for more flexibility, *Alexander Lang* explained.

Complementing these presentations representing the public side, *Han Joosten* (Head of Urban Development at Bouwfonds Property Development (BPD) Germany) talked about missed opportunities in German land development while reflecting from the perspective of a large real estate developer with experiences from abroad. One of the key messages that received much attention in the discussion was his provocative statement that German planning is largely over-regulated. He claimed to reduce the number of regulations by at least 30% and plead for a stronger federal harmonisation of rules (instead of state-level regulations). *Stephan Reiß-Schmidt* then added a perspective from the initiative for socially fair property law (Bündnis Bodenwende) in Germany. He focused on the legislative and constitutional aspects of property regulation in Germany.

Finally, Munich's debates on land policy were illustrated in an excursion. The case of the Kreativquartier was used to demonstrate the possibilities offered by public land ownership. Rather than selling the former barracks near the city center for a financial gain, the city retains ownership of the area and provides access to individuals or groups who might not otherwise have an opportunity in a typical market scenario. With this de-commodification, the city enables a playground for ideas (e. g. in the creative industries) prior to reaching a stage of full profitability.

The participants acknowledged how important the explanations and discussions about land policy were. The participants were impressed by the passionate and content-rich opening speech of the Mayor *Katrin Habenschaden*. It showed the importance of such debates for the city and society. Especially as the deputy mayor had to attend a press conference regarding the "Oktoberfest" on the same day. The working group was deeply impressed by the high level of expertise and great interest in this international exchange

Book project

Reaching the final phase of the International Working Group, efforts are focused on the completion of the two main publications. The special issue in the journal *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* is almost finished. It was published in December (see also p. 109 in this issue).

In addition, work is being done on publishing an edited book. The book provides a comparative perspective on land policies. Instead of a comprehensive and exhaustive comparison, it provides qualitative examples of land policy challenges from 12 different countries. It therefore follows a dedicated structure to allow a systematic reflection of the different approaches of land policy. In this way, the book provides students and young academics with a starting point for reflecting on land policy beyond their own horizons. Still, the qualitative approach enables researchers, practitioners, and policymakers to ask the right questions when considering practical challenges or legislative adjustments.

During the meeting in Munich, the draft chapters of this book were discussed in peer-feedback sessions, also testing and improving the general structure and analytical framework of the book project.

Special session PLPR & next steps

Three further activities are planned for next year: First, at the upcoming conference of the International Academic Association on Planning, Law and Property Rights (PLPR, see also www.plpr-association.org), March 18-22, 2024, in Munich, Germany (<https://plpr2024.bole.ed.tum.de>), the International Working Group of the ARL will organize a special session on Land Policies in Europe. A core group meeting is also planned for April, which will focus intensively on the book's conclusions. Lastly, a final workshop and a symposium will be held in the summer of 2024 to launch the book and disseminate the findings.

KATHARINA KÜNZEL

TU Dortmund University, Germany
Tel. +49 231 755 2229
katharina.kuenzel@tu-dortmund.de

ASSOC. PROF. DR. ANDREAS HENGSTERMANN

Norwegian University of Life Sciences (NMBU), Norway
Tel. +47 672 31098
andreas.hengstermann@nmbu.no

PROF. DR. THOMAS HARTMANN

TU Dortmund University, Germany
Tel. +49 231 755 2229
thomas.hartmann@tu-dortmund.de

PLANUNGSEXPERTISE DER ARL INTERNATIONAL GEFRAGT

Am 10. August 2023 besuchte Prof. Dr. *Lingyan Qian* vom Deutschlandforschungszentrum (DFZ) der Tongji-Universität in Shanghai (China) die Geschäftsstelle der ARL in Hannover und informierte sich über das deutsche Raumplanungssystem. Dabei interessierte sie vor allem, wie regionale und kommunale Ebenen bei Problemen der räumlichen Planung zusammenwirken.

Hintergrund des Besuchs von *Lingyan Qian* ist der beabsichtigte Aufbau eines neuen Systems der räumlichen Planung in China. Die bisherige „Raumordnung“ in China konzentriert sich vor allem auf die Flächennutzung (mit Fokus auf dem Schutz von Ackerland). Künftig sollen sich Planungen auf alle Raumkategorien (einschließlich Schutzgebiete, landwirtschaftliche Flächen und Siedlungsräume) beziehen. Dafür muss ein Transformationsprozess entwickelt und umgesetzt werden. Um diese Transformation zu fördern, wird – unter anderem – das System der räumlichen Planung in Deutschland hinsichtlich *best practices* und Übertragungsmöglichkeiten – auch durch Besuche und Fachgespräche in Deutschland – untersucht.

Für dieses Gespräch standen der Präsident der ARL, Prof. Dr. *Axel Priebes*, sowie Prof. Dr. *Andreas Klee* zur Verfügung. Sie konnten anhand konkreter Planunterlagen, vor allem aus der Region Hannover und aus Bayern, das Zusammenwirken der unterschiedlichen räumlichen Ebenen, die Bindungswirkungen der Ziele und Grundsätze der Raumordnung sowie die Abgrenzung der räumlichen Gesamtplanung von unterschiedlichen Fachplanungen verdeutlichen.

Die Anfrage und der Besuch von *Lingyan Qian* in der Geschäftsstelle zeigen, dass die Expertise der ARL international wahrgenommen und nachgefragt wird. Zugleich stößt das deutsche Planungssystem im internationalen Kontext nach wie vor auf großes Interesse. Die ARL bietet sich als zentrale Plattform für einen wissens- und praxisorientierten Austausch zu diesen Fragen an. Dabei ist dieser Austausch keine „Einbahnstraße“, denn im Gegenzug gab es nicht nur einen Einblick in das chinesische System, die dezidierten Nachfragen des sehr gut vorbereiteten Interviews haben auch zur Reflexion des eigenen Planungssystems angeregt.

Axel Priebes wurde im Nachgang eingeladen, einen (digitalen) Vortrag an der Tongji-Universität zu halten. Dieser Einladung wird er im Kontext dieses produktiven Austausches gerne nachkommen.

PROF. DR. ANDREAS KLEE

Leitung der Zentralabteilung / Kommissarischer Generalsekretär
(m.d.W.d.G.b.) der ARL
Tel. +49 511 34842 39
andreas.klee@arl-net.de

KLIMAANGEPASSTE STADTENTWICKLUNG

Erfahrungen aus einem Planspiel zu Hochwasser- und Starkregenrisiken in Esslingen

In der ARL besteht derzeit ein Arbeitskreis (AK) zur klimaangepassten Stadt- und Regionalentwicklung. Er hat sich im Juni 2023 an einem Planspiel zu Hochwasser- und Starkregenrisiken in der Stadt Esslingen am Neckar beteiligt. In diesem Beitrag möchten wir die wertvollen Erfahrungen aus diesem Planspiel teilen und den Mehrwert von Planspielen für die Anpassung an den Klimawandel in Städten und Regionen aufzeigen.

Planspiele sind eine Methode, um für eine konkrete Planungssituation spielerisch, praxisnah und getrennt vom formalen Planungsprozess nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die Teilnehmenden tauschen dabei ihre unterschiedlichen Perspektiven aus und verstehen so Probleme, Zusammenhänge und mögliche Folgen unterschiedlicher Entscheidungen besser. Planspiele sind seit den 1970er Jahren in verschiedenen Kontexten etabliert und kommen seitdem auch immer wieder in der Raumplanung und Stadtentwicklung zum Einsatz. Planspiele sind methodisch interessant, weil Planungsoptionen und Entscheidungsprozesse simuliert und buchstäblich durchgespielt werden. Sie ermöglichen dadurch ein unverbindliches „Ausprobieren“ von neuen Ideen und Entscheidungswegen, aus denen dann bei Bedarf geeignete Elemente in die tatsächlichen Planungs- und Entscheidungsprozesse übernommen werden. Sie haben damit auch eine konzeptionelle und methodische Nähe zu Ansätzen transdisziplinärer Forschung und Beratung sowie zu verwandten Methoden wie Reallaboren oder Zukunftswerkstätten.

Im Esslinger Planspiel stand das Durchdenken und Ausprobieren von Lösungsmöglichkeiten im Vordergrund, ohne dass sich die Beteiligten dabei in dem manchmal engen Rahmen verfahrensbedingter, politischer oder finanzieller Vorgaben bewegen mussten. Auf diese Weise können Perspektiven ins Spiel kommen, die innovativer und kreativer als üblich sind und gleichzeitig direkt in die Praxis übertragen werden können, weil sie bereits mit vielen Beteiligten oder Betroffenen durchgespielt wurden. Es fand in diesem Fall auch kein Rollenwechsel statt; alle Beteiligten waren mit ihrer tatsächlichen Funktion im Planspiel aktiv.

Erfahrungen aus dem Planspiel Esslingen

In Esslingen entstand die Idee für ein Planspiel in zwei Workshops zum kommunalen Hochwasser- und Starkregenrisikomanagement. Ermöglicht wurde das Planspiel durch das Regierungspräsidium Stuttgart, das die Organisation und Moderation des Planspiels durch das Büro „INFRASTRUKTUR & UMWELT, Professor Böhm und Partner“ für die Stadt Esslingen finanziert hat.

Das Plangebiet des Planspiels liegt am Bahnhof Oberesslingen. Hier soll die „Neue Mitte Oberesslingen“ entstehen und in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn eine Mobilitätsdrehscheibe geplant sowie die Erreichbarkeit im gesamten Stadtteil verbessert werden. Weiter soll nachverdichtet, Wohnraum geschaffen und die Verkehrsführung umstrukturiert werden. Für das Gebiet liegen neben dem Masterplan für die genannten Aktivitäten Hochwassergefahrenkarten und Starkregenhinweiskarten vor. In den Klimaaudits ist das Plangebiet als Gebiet mit hoher Wärmebelastung ausgewiesen.

Ziele und Ablauf

Das Planspiel verfolgte mehrere Ziele. Für das konkrete Gebiet wurden geeignete Maßnahmen gesucht und zwischen den beteiligten Verwaltungen abgestimmt, wie mit den Risiken aus Hochwasser und Starkregen sowie den Belastungen durch den Klimawandel umgegangen werden kann. Durch den direkten Austausch aller verantwortlichen Ämter der Stadtverwaltung konnte ein spezifischer Maßnahmenkatalog unter Berücksichtigung von Hochwasser und Starkregen sowie klimatischen Gegebenheiten für das Plangebiet erarbeitet werden. Für zukünftige Planungsprozesse sollen darüber hinaus die dazu notwendigen Abstimmungsprozesse und -schritte festgehalten werden, um die Abläufe in der Stadt Esslingen zu optimieren.

Um diese Ziele zu erreichen und das Planspiel erfolgreich durchführen zu können, sind im Vorfeld verschiedene Voraussetzungen zu erfüllen. Das geht weit über die Vorbereitung einer normalen Arbeitssitzung hinaus, ist aber gut investierte Zeit. Für das Planspiel Esslingen sind hier vier Punkte zu nennen, die wesentlich für den Erfolg waren:

1. Fundierte Analysen der Hochwasser- und Starkregengefahren sowie zur klimatischen und planerischen Situation;
2. Teilnahme relevanter Fachpersonen aus verschiedenen Ämtern (Tiefbau, Stadtplanung, Grünraum) und Stabsstellen (Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Mobilität) sowie von Feuerwehr und Regierungspräsidium;
3. klare Orientierung auf zwei zu erarbeitende Outputs: Ablaufplanung verbessern (bessere Prozesse, Checklisten), Maßnahmenkatalog entwickeln;
4. professionelle Organisation und Moderation (u.a. ein ganzer Tag Zeit, ein guter Raum für Diskussion und Ideen, alle wesentlichen Pläne zum Bearbeiten auf dem Tisch oder an der Wand).

Inhalte

Inhaltliche Schwerpunkte des Planspiels waren zum einen die Gefahrenanalyse für Hochwasser- und Starkregenereignisse und zum anderen die Möglichkeiten der Anpassung an den Klimawandel. In Verbindung mit dem konkreten Plangebiet in Oberesslingen wurden diese Themen weiter spezifiziert und eine Vielzahl an Details und Maßnahmen diskutiert, u.a. Mobilität, Tiefgaragen, Verdichtung, Entsiegelung, Grünflächen, Begrünung von Dächern und Fassaden, Straßenbäume.

Eine große inhaltliche Stärke des Planspiels war sicher, dass Hochwasser und Starkregen im Zusammenhang diskutiert wurden. Dies ist insofern naheliegend, als Hochwasser im Hainbach vor allem durch Starkregenereignisse verursacht wird. Aber selbstverständlich ist diese integrierte Betrachtung in Esslingen bisher nicht. Interessant war dabei auch, dass in der Diskussion nicht nur über die Gefahrenanalysen und Modellierungen gesprochen wurde, sondern auch ganz konkrete Objektbetrachtungen eingeflossen sind, u.a. Straßenführungen, Kreuzungen, Tiefgaragen, Bordsteinhöhen.

Ein übergreifendes Thema war das Flächenmanagement. Hier stellte sich immer wieder die Frage, welche privaten Flächen für Maßnahmen zur Risikovorsorge und Klimaanpassung mobilisiert werden könnten und welche eigenen Flächen und damit direkten Handlungsoptionen die Stadt Esslingen hat. Es zeigte sich hier sehr intensiv, wie schwierig die Aushandlung ist zwischen Wohnraumbedarf, Vermarktungsinteressen der Investorinnen/Investoren bzw. auch der Stadt sowie der Einsicht, dass Grün- und Freiflächen neben den Funktionen für den Umgang mit Wasser auch einen wichtigen Beitrag zur Lebens- und Wohnqualität leisten. Auch die Frage der Kompensation von versiegelten Flächen (besonders schwierig im Bestand) wurde mehrmals angesprochen.

Immer wieder wurde über Rechtsgrundlagen gesprochen. Gewünscht werden fachübergreifend klarere und verbindlichere Vorgaben für die kommunale Planung. Aller-

dings besteht hier ein Dilemma: Je nach Rolle und Aufgabe innerhalb der Verwaltung wird die Notwendigkeit von planerischen Handlungsspielräumen in den Vordergrund gestellt oder der Wunsch geäußert, dass bestimmte Anforderungen an eine wirksame Starkregenvorsorge und die Verbesserung der lokalklimatischen Situation zu Lasten der planerischen Freiheiten verbindlicher vorgegeben werden.

Hinsichtlich der Abläufe innerhalb der Stadt Esslingen wurde vereinbart, dass zukünftig ein regelmäßiger Austausch zwischen den beteiligten Ämtern stattfinden soll, um frühzeitig die sektorenübergreifenden Anforderungen an konkrete Planungen und Projekte zu klären. So können die Risiken aus Starkregen und Hochwasser ebenso zu Beginn der Planungen berücksichtigt werden wie die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, insbesondere was eine wassersensible Stadtgestaltung angeht.

Fazit

Generell bieten Planspiele die Möglichkeit, Themen außerhalb des Verwaltungsalltags und nicht in den üblichen Verfahrensabläufen zu diskutieren. Das ist insofern vorteilhaft, als Akteure in neuen Konstellationen zusammenkommen und so die Abstimmung neuer, ämterübergreifender Themen – wie in unserem Fall der Umgang mit Hochwasser und Starkregen – verbessert werden kann. Damit verbunden ist eine ergebnisoffene Diskussion konkreter Planungsprojekte, das Denken in Varianten und das Suchen nach alternativen Lösungen. Wenn Argumente ausgetauscht und Prioritäten sichtbar gemacht werden, kann letztlich ein umfassenderes Verständnis der Situation im Planungsgebiet sowie der planerischen Optionen und Machbarkeiten erreicht werden.

Im konkreten Fall Esslingen hat sich das Planspiel aus verschiedenen Gründen bewährt. Zunächst schätzten alle beteiligten Akteure die Möglichkeit, sich in einer vertrauensvollen Atmosphäre zu einem Erfahrungsaustausch treffen zu können, um anstehende Aufgaben und Lösungsmöglichkeiten auszuloten und den Dialog zu vertiefen. Wichtig dabei war sicher die professionelle fachliche Begleitung und Moderation durch ein externes Büro. Weiter hat sich das Planspiel als nützlich erwiesen, weil konkrete nächste Schritte vereinbart wurden. Dazu gehören u. a., dass a) Amtsleiter und andere Personen, die nicht am Planspiel teilgenommen haben, über das Planspiel und generell über die Herausforderungen und Planungen zum Umgang mit Hochwasser und Starkregen in Oberesslingen informiert werden sollen; b) mit dem Baudezernenten auch die politische Ebene informiert werden soll; c) eine Planer/innen-Runde reaktiviert werden soll, die seit ein paar Jahren nicht aktiv war, um frühzeitig mit möglichst vielen (Amtsleitenden, Projektleitenden) aktuelle Planungsfragen diskutieren zu können und Austausch zu ermöglichen.

Planspiele bieten viele Optionen zur Anpassung an den Klimawandel in Städten und Regionen.

In unserem Beispiel lag der fachliche Schwerpunkt auf der Gefahrenanalyse von Hochwasser und Starkregen in einem räumlich klar begrenzten Planungsgebiet. Die gewonnenen Erkenntnisse lassen sich zudem durch zusätzliche Fragen – die sich auch in Esslingen ergaben – leicht erweitern. Dazu gehören u.a.

- > Welche Schadenspotenziale gibt es im Plangebiet?
- > Wo sind kritische Orte und Infrastrukturen im Plangebiet?
- > Welche Folgekosten können durch geplante Gebäude und Infrastrukturen entstehen?
- > Welche vulnerablen Personengruppen gibt es im Plangebiet?
- > Wie müsste eine Hochwasserplanung aussehen, die nicht nur auf HQ100 (= möglichst wenig Schäden) ausgerichtet ist, sondern auch auf HQextrem (= alle überleben)?

Diese Fragen konnten nicht vertiefend diskutiert werden, weil sie über den Gegenstand des Planspiels hinausgingen und weiterer Analysen und Wissensgrundlagen bedurft hätten. Weitere Planspiele könnten hier aber eine erfolgsversprechende Lösung sein.

Für den Arbeitskreis „Klimaangepasste Stadt- und Regionalentwicklung“ der ARL

PD DR. MARCO PÜTZ

WSL – Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Birmensdorf
marco.puetz@wsl.ch

DR. SANDRA PENNEKAMP

Mitglied des erweiterten Vorstands
INFRASTRUKTUR & UMWELT, Professor Böhm und Partner
sandra.pennekamp@iu-info.de



2023 - 81/4

Papierausgabe:
ISSN 0034-0111

Elektronische Ausgabe:
ISSN 1869-4179

All manuscripts are published
open access: CC BY 4.0

FORSCHUNGSBEITRAG - RESEARCH ARTICLE

Julian Schmitz, Stefan Fina, Christian Gerten

Wie fußgängerfreundlich sind deutsche Großstädte? Neue Ergebnisse aus der Walkability-Forschung

Frank Swiaczny, Harun Sulak, Sebastian Klüsener

Räumliche Einkommens- und Kaufkraftunterschiede im Kontext des Politikziels gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern

Martin Ritter, Verena Volkmer, Heiner Schanz

Mobility transition or just another business? Temporal and spatial analysis of the diffusion of station-based carsharing services in five German municipalities

Dahae Lee

Actors, the Actor Network and Their Impact on Public Space Management: Social Network Analysis as a Method

Jakob Hüppauff

Biocapacity resilience – Guiding vision and strategy for building a protective spatial ecology. Governance opportunities for spatial planning practice in the context of climate resilient development?

REGIONALE UNGLEICHHEITEN IN DEUTSCHLAND

Leibniz-Wettbewerb: Kooperationsprojekt „REINING“ von ARL und ZEW nutzt multidimensionale Indikatoren, um die Heterogenität regionaler Lebenswelten sichtbar(er) zu machen

In der Forschung zu regionalen Ungleichheiten bzw. dem politischen und raumordnerischen Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse wird seit längerem diskutiert, wie eine angemessene Bewertung der Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands mittels multidimensionaler Analysen aussehen kann, die sowohl objektive Daten als auch subjektive Perspektiven und individuelle Wahrnehmungen von (Un-)Gleichheit einbezieht (Kawka/Sturm 2006; Dangschat 2018; BBSR 2020). Die verschiedenen Dimensionen der Analyse sollten möglichst viele der unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsarenen und sozialen Felder – wie Politik, Kultur, soziale Lage, Wirtschaft oder Bildung – abdecken (Redepenning 2022). Auffällig ist, dass die Dimensionen Kultur, Ökologie/Umwelt und Natur bisher nur in geringem Umfang oder gar nicht betrachtet werden, obwohl sie in Fachbeiträgen und Studien, die auch die subjektive Perspektive einbeziehen, neben anderen Dimensionen als wichtige Einflussgröße für die Lebensqualität benannt werden (Kawka 2015; BBSR 2020). Dies wurde bspw. auch an der „Laufenden Raubeobachtung des BBSR“ bemängelt (Milbert 2019). Dabei spielen sozial-ökologische Dimensionen bei der Frage, wie die wirtschaftliche und damit auch räumliche Entwicklung in Deutschland nachhaltig gestaltet werden kann, eine immer wichtigere Rolle. Dies schlägt sich u. a. auch in den Jahreswirtschaftsberichten der Bundesregierung der Jahre 2022 und 2023 nieder, die jeweils in einem Sonderkapitel eine „Wohlfahrtsmessung für die Sozial-ökologische Marktwirtschaft“ entwickeln und hierzu Dimensionen wie „Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe“ sowie „Ökologische Grenzen“ analysieren (BMWK 2022 u. 2023).

Im Forschungsprojekt „Regional Inequality in Germany: Assessment, Drivers and Consequences“, kurz REINING, welches im Rahmen des Leibniz-Wettbewerbs gefördert wurde, haben die ARL und das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) raumwissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Perspektiven zusammengeführt, um ein multidimensionales Bild der teilräumlichen Ungleichheiten in Deutschland genauer abbilden zu können. Hierfür wurden zwölf Dimensionen betrachtet: Wirtschaft, Wohnen, soziale Lage, Bevölkerungsentwicklung/-struktur, Bildungswesen, Gesundheits-

wesen, Verkehrsinfrastruktur, Einzelhandel und Breitbandversorgung, Sicherheit, Sozialkapital, Landschaftswert und Umweltqualität. Die genannten Dimensionen wurden dabei immer über mehrere Indikatoren (insgesamt 39 – siehe Tab. 1) erfasst.

Nur die Dimension des Sozialkapitals wurde allein durch den Indikator der Wahlbeteiligung auf regionaler Ebene (hier die der Bundestagswahl 2017) erfasst. Als weitere Indikatoren wurden zwar die Vereinsdichte sowie Häufigkeiten der Blut- und Knochenmarkspenden in Betracht gezogen, aufgrund von Inkonsistenzen bzw. mangelhafter Datenqualität aber wieder herausgenommen. Empirisch betrachtet bietet die Wahlbeteiligung noch den größten Näherungswert als Prädiktor für Gemeinsinn und Engagement (Blinkert/Klie 2018; Bolsen/Ferraro/Miranda 2014). Zugleich umfasst die Analyse auch Daten, die die objektive Sicherheitslage mit Blick auf registrierte Fälle von Gewaltkriminalität oder die Nahmobilität sowie Nahversorgung adressieren. Erfasst wurde, ob die Wege des Alltags kurz sind und die Erreichbarkeit zentraler Dienstleistungen und Infrastrukturen als gut bewertet werden kann. Darüber hinaus wurde der Landschaftswert als Kombination aus wahrgenommener landschaftlicher Schönheit und den Möglichkeiten zur Erholung in der umliegenden Landschaft bzw. Natur als eigene Dimension aufgenommen, weil Menschen dies mit Blick auf ihre Lebensqualität als wichtig erachten (Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009; Edwards/Reid/Hunter 2016). Diese letztgenannte Dimension ist empirisch schwer operationalisierbar und wurde somit in vergleichbaren Studien bislang nicht erfasst (BBSR 2020). Im REINING-Projekt konnte diese Lücke über die Kooperation mit dem Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover geschlossen werden, indem ein innovativer Datensatz zur Bewertung der Landschaft mit Bezug auf die Erholungsleistung (Hermes/Albert/von Haaren 2020) in die REINING-Analyse einfluss. Der Ansatz basiert auf der Erfassung und Bewertung von kulturellen Ökosystemleistungen, welche u. a. Werte wie Erholung, Freizeit, Bildung und Identifikation umfassen. Die Dimension des Landschaftswerts wurde zudem um die tatsächliche Nutzung der Landschaften durch Tagesausflüge (Nutzungsdruck) und den Grünflächenanteil erweitert.

Indikator	Dimension	Jahr der Beobachtung
BIP	Wirtschaft	2019
Durchschnittlicher Jahreslohn	Wirtschaft	2019
Anteil Beschäftigter mit Hochschulabschluss	Wirtschaft	2019
Anzahl der registrierten DE-Domains pro Kopf	Wirtschaft	2016
Durchschnittliche Miete für Häuser pro m ²	Wohnen	2019
Durchschnittliche Miete für Wohnungen pro m ²	Wohnen	2019
Bodenpreisindex	Wohnen	2019
Arbeitslosenrate	Soziale Lage	2019
Altersarmutsquote	Soziale Lage	2019
Anteil Sozialhilfeempfangende an der Bevölkerung	Soziale Lage	2019
Überschuldungsquote Privathaushalte	Soziale Lage	2019
Altenquotient	Bevölkerungsentwicklung/-struktur	2019
Anteil Neugeborene pro 1.000 Einwohner/innen (EW)	Bevölkerungsentwicklung/-struktur	2019
Nettomigration	Bevölkerungsentwicklung/-struktur	2015–2020
Ausländeranteil	Bevölkerungsentwicklung/-struktur	2017
Personalschlüssel Kinderbetreuung	Bildungswesen	2019
Mittlere gewichtete Fahrzeit zur nächsten Grundschule	Bildungswesen	2019
Mittlere gewichtete Fahrzeit zur nächsten Schule der Sekundarstufe I	Bildungswesen	2019
Mittlere gewichtete Fahrzeit zur nächsten Schule der Sekundarstufe II	Bildungswesen	2019
Anzahl Krankenhausbetten pro 1.000 EW	Gesundheitswesen	2016
Mittlere gewichtete Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus mit Grundversorgung	Gesundheitswesen	2019
Anzahl Straftaten pro 1.000 EW	Sicherheit	2019
Anzahl Gewalttaten pro 1.000 EW	Sicherheit	2019
Mittlere gewichtete Fahrzeit zur nächsten Polizeidienststelle	Sicherheit	2019
Anzahl Einbrüche pro 1.000	Sicherheit	2019
Mittlere gewichtete Fahrzeit zum nächsten Flughafen	Verkehrsinfrastruktur	2018
Mittlere gewichtete Fahrzeit zum nächsten Autobahnanschluss	Verkehrsinfrastruktur	2018
Mittlere gewichtete Distanz zum nächsten Halt des ÖPNV	Verkehrsinfrastruktur	2018
Mittlere gewichtete Distanz zum nächsten Bahnhof mit Halt des Fernverkehrs	Verkehrsinfrastruktur	2018
Mittlere gewichtete Distanz zum nächsten Supermarkt	Einzelhandels- und Breitbandversorgung	2018
Breitbandausbauquote	Einzelhandels- und Breitbandversorgung	2017
Wahlbeteiligung Bundestagswahl	Sozialkapital	2017
Grünflächenanteil	Landschaftswert	2015
Skalierter Landschaftswert nach RQL	Landschaftswert	2017
Nutzungsdruck durch Tagesausflüge mit Anreise von maximal 70 Minuten	Landschaftswert	2017
Feinstaubbelastung (PM10)	Umweltqualität	2016
Feinstaubbelastung (PM25)	Umweltqualität	2016
Belastung mit Schwefeldioxid	Umweltqualität	2016
Belastung mit Stickstoffdioxid	Umweltqualität	2016

Tab. 1: Übersicht der Indikatoren

Um die Komplexität der im Projekt verknüpften Dimensionen und Indikatoren und die so aggregierte Datengrundlage zu reduzieren und für eine Beschreibung der regionalen Ausprägungen nutzbar zu machen, wurde ein zweistufiges statistisches Verfahren angewandt. In einem ersten Schritt wurde jede Dimension isoliert analysiert und aus unterschiedlichen Indikatoren durch eine Hauptkomponentenanalyse (PCA) ein repräsentatives Maß für jede Dimension gebildet. In einem zweiten Schritt wurden alle

Dimensionen mittels eines Clusterverfahrens miteinander verknüpft und anschließend möglichst homogene Gruppen ähnlicher Regionen abgegrenzt. Als räumliche Maßstabsebene wurden die Landkreise und kreisfreien Städte für die Gesamtanalyse ausgewählt. Die Entscheidung für diese Maßstabsebene war vor allem der sehr guten Datenverfügbarkeit auf dieser Ebene geschuldet. Die Clusteranalysen wurden als statistische Hilfsmittel genutzt, um regionale Muster zu identifizieren.

Auffälligkeiten in den Clusteranalysen wurden wiederum als Anhaltspunkte genutzt, um tiefer in die regionalen Spezifika einzelner Regionen zu schauen. Hierzu wurden objektive Daten gezielt durch qualitative Perspektiven ergänzt, um abstrakte, quantitative Ergebnisse zu hinterfragen und räumliche Spezifika zu berücksichtigen. Die qualitativen Zugänge umfassten Interviews mit Fachleuten zur Raumnutzung/-entwicklung sowie vertiefende Literaturauswertungen.

Da strukturelle Unterschiede innerhalb der Kreise durch die administrativen Gebietsabgrenzungen nicht adäquat berücksichtigt werden können, wurden in den näher betrachteten Fällen räumliche Maßstabebenen unterhalb der Kreisebene genutzt, um Beobachtungen kleinräumiger analysieren zu können. Ziel war es, die Zusammenhänge aus der statistischen Analyse exemplarisch zu erweitern, um so die Heterogenität der Wirklichkeit besser abbilden zu können.

Analyseergebnisse: Die regionalen Cluster

Alle oben genannten Dimensionen wurden genutzt, um für Deutschland die teilräumlichen Ungleichheiten nach Typen charakterisieren zu können. In Abbildung 1 sind diese Ergebnisse visualisiert.

Interpretation der Cluster an ausgewählten Beispielen: Was der multidimensionale Blick über die Teilräume verrät

In sozioökonomischen Analysen wurden lange vor allem klare Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sichtbar. Beim Blick auf die Ergebnisse der Clusteranalyse tritt diese räumliche Teilung nicht mehr per se zutage. Zwar zeigt ein Großteil der ländlichen Räume in Ostdeutschland zusammen mit einigen peripheren Räumen im Westen weiterhin deutliche Nachteile mit Blick auf ihre sozioökonomische, demographische und infrastrukturelle Ausstattung. Allerdings heben sich viele urbane Räume Ostdeutschlands sowie größere Teile Brandenburgs rund um Berlin deutlich von diesem Bild ab. Die genannten ostdeutschen Räume weisen ähnliche Ausprägungen auf wie vergleichbare Räume in Westdeutschland. Wesentliche Unterschiede lassen sich eher zwischen urbanen und ländlichen Räumen erkennen, wobei auch diese innerhalb der Raumkategorien (urban – ländlich) erstaunliche Heterogenität aufweisen, wie u. a. bereits die Differenzierung in sechs übergeordnete Cluster verdeutlicht.

Das auffallend strukturstarke Cluster C – erweitertes Umland von sozioökonomisch herausstechenden Metropolen wie München, Frankfurt, Stuttgart oder Hamburg – findet sich aber z. B. fast ausschließlich im Süden und Westen Deutschlands. Diese Regionen sind durch die Nähe und gute Erreichbarkeit der Metropolen und den dortigen Arbeitsplätzen sowie soziokulturellen Angeboten besonders attraktiv. Zugleich zeigt die Analyse aber auch, dass diese Räume des prosperierenden Umlandes auch aus sich heraus wirtschaftlich stark sind und darüber hinaus ein hohes Sozialkapital, gute Umweltqualität sowie hohe landschaftliche Attraktivität aufweisen. Hier treffen sozioökonomische Stärken, die aus der Nähe zu Großstädten resultieren, mit

sehr stabilen sozialen Lagen sowie einer starken nicht-materiellen Lebensqualität und attraktiver Ländlichkeit zusammen. Die minimal schlechtere Ausstattung mit Infrastruktur im Vergleich zu strukturstarken urbanen Räumen ist im Wesentlichen auf die geringere Bevölkerungsdichte zurückzuführen. Der besonders starke Zuzug deutscher Staatsbürger/innen lässt sich als interne Migration der gehobenen Mittelschicht aus den wirtschaftlich hochdynamischen Zentren in das erweiterte Umland beschreiben.

Ausnahme: Metropolenferne Region Bodensee

In dieses Cluster C des eher metropolennahen Umlandes fallen auch Regionen, die eher metropolentfern sind, wie bspw. die Bodenseeregion auf der deutschen Seite, die sich sozioökonomisch und strukturell dynamisch entwickelt und mit diesen Ausprägungen den zuvor genannten Regionen stark ähnelt. Sie gilt raumstrukturell als Mischtyp, da sie sich sowohl als urban als auch als ländlich charakterisieren lässt. Dies liegt an ihrer polyzentralen Struktur und ihrer besonderen Wirtschaftsentwicklung.

Um die Unterschiede und Spezifika dieses Raumes genauer betrachten und erklären zu können, wurden qualitative Interviews mit Fachleuten in der Region geführt sowie die Clusteranalyse durch eine Literaturlauswertung ergänzt.

Die Ausnahmeregion am Bodensee vereint ein Netzwerk von Klein- und Mittelstädten, liegt aber von größeren Städten relativ weit entfernt. Die Bevölkerungs- und Siedlungsdichte Bodenseekreis ist überdurchschnittlich hoch und intern intensiv verflochten. Zudem wächst die regionale Wirtschaftsstruktur. Die Region fällt damit in der BBSR-Typologie in die Kategorie städtischer Kreise (BBSR 2019), während der Thünen-Landatlas, der einen Fokus auf typische Merkmale von Ländlichkeit legt – wie Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche, Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, Landschaftsbild und Erreichbarkeiten –, den Kreis als eher ländlich einordnet (Küpper 2016; Danielczyk/Friedsmann/Hauptmeyer et al. 2019).

Mit Blick auf die Bedeutung von verschiedenen Dimensionen regionaler Ungleichheiten bzw. die Stärken der Region stellt sich die Frage, wie sich der Raum dort entwickelt hat und was diese Region im Unterschied zu anderen eher peripher gelegenen Räumen auszeichnet.

Die Besonderheit resultiert aus einer doppelten, aber sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Zum einen ist die industrielle und postindustrielle Hochtechnologie (innovative Hidden Champions) in und um Städte wie Friedrichshafen und Ravensburg ein gewichtiger Faktor für die regionale Wirtschaftskraft. Hierdurch lässt sich auch der sehr hohe Anteil an Hochqualifizierten in der Region erklären. Die hohe Bevölkerungsdichte bei gleichzeitig limitiertem Wohnraumangebot erzeugt die regional sehr hohen Wohnkosten. Zum anderen bildet die Landwirtschaft (Obst, Gemüse, Wein) mit einem sehr starken Zweig biologischer Landwirtschaft und entsprechend etablierten Vertriebswegen einen weiteren starken Faktor der regionalen Wirtschaft, der viele soziokulturelle Infrastrukturen nach sich zieht, wie alternative Bildungs-

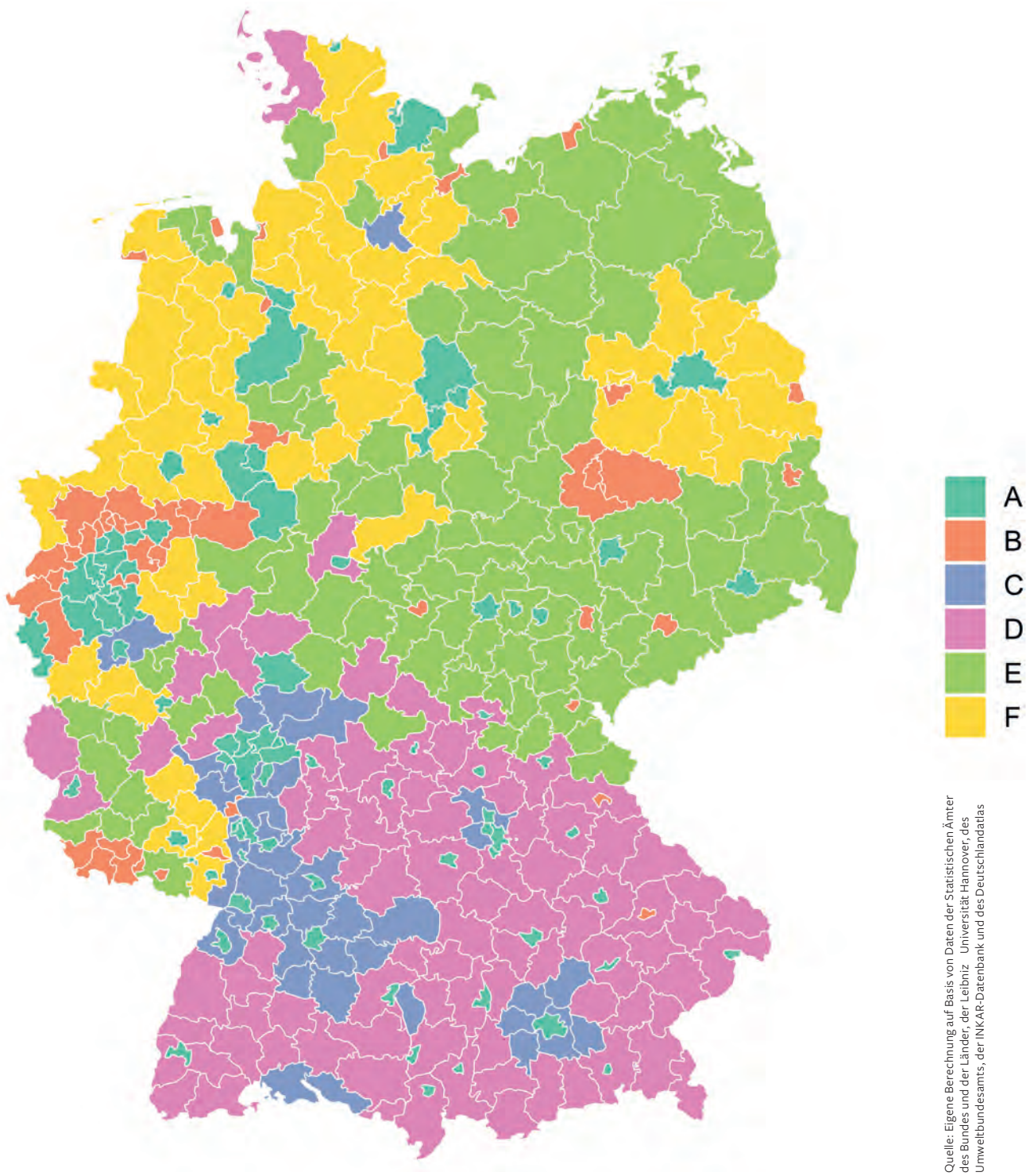


Abb. 1: Die Karte zeigt die Ergebnisse einer Clusteranalyse mit sechs Clustern über die ersten Hauptkomponenten der 12 Dimensionen multidimensionaler Ungleichheit

Legende zu Abb. 1

Cluster A: Wirtschaftlich dynamische Großstädte und Metropolregionen

Diese sind geprägt durch starke Wirtschaftskraft und eine gute Infrastruktur. Damit verbunden ist eine positive Bevölkerungsentwicklung, etwa in Form von starkem Zuzug sowie einer ausgewogenen Altersstruktur. Gleichzeitig erhöhen hohe Wohnkosten und soziale Herausforderungen gesellschaftliche Exklusionsgefahren. Die Sicherheit liegt in diesen Regionen deutlich unter dem Durchschnitt. Für Metropolregionen muss der Erholungswert der Landschaft sowie die Umweltqualität zudem als stark unterdurchschnittlich bezeichnet werden.

Cluster B: Urbane Räume mit angespannter sozialer Lage

Dem gegenüber steht ein Cluster aus urbanen Räumen, die deutlich stärker durch wirtschaftliche und sozioökonomische Herausforderungen geprägt sind. Sie unterscheiden sich von dynamischen Großstädten (Cluster A) durch wirtschaftliche Probleme, deutlich schlechtere soziale Lagen sowie durch ihre ungünstige demografische Entwicklung. Die Sicherheitslage sowie die Wahlbeteiligung sind in diesen urbanen Räumen sehr unterdurchschnittlich. Der Landschaftswert sowie die Umweltqualität sind statistisch betrachtet als durchschnittlich zu bezeichnen.

Cluster C: Umland starker urbaner Wirtschaftsräume

Angrenzend an dynamische Großstädte bildet das Umland wirtschaftlich starker urbaner Räume ein eigenes Cluster. Diese Räume verfügen über eine vergleichbar gute ökonomische Lage wie die Räume des Clusters A, sind aber zugleich durch eine deutlich günstigere soziale Lage sowie eine hohe Wahlbeteiligung gekennzeichnet. Diese Regionen sind außerdem von starkem Bevölkerungszuwachs sowie von den höchsten Wohnkosten geprägt. Die Infrastrukturausstattung ist im Vergleich zu den Metropolen nur leicht schlechter. Gleichzeitig sind der Erholungswert der Landschaft sowie die Umweltqualität in diesen Räumen deutlich besser.

Cluster D: Strukturstarke ländliche Räume

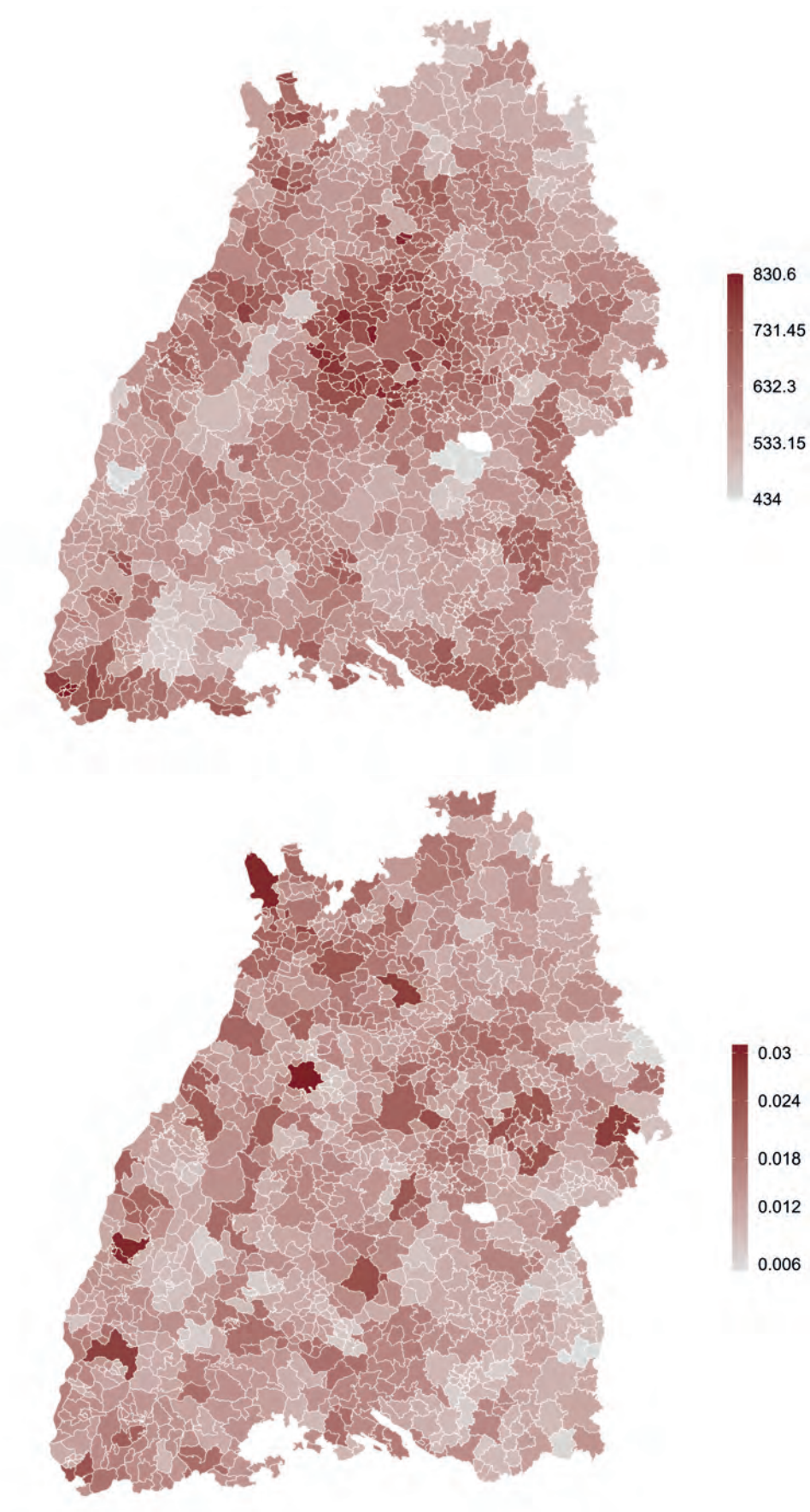
Neben den drei urban geprägten Clustern bilden die Cluster D, E und F ländliche Räume mit unterschiedlichen Charakteristika ab. Cluster D steht dabei vorwiegend für ländliche Regionen im Süden und im Westen Deutschlands, die sich als strukturstarke ländliche Räume charakterisieren lassen. Die wirtschaftliche Lage und die Wohnkosten repräsentieren hier einen soliden Durchschnitt. Die Regionen in Cluster D sind darüber hinaus durch eine gute soziale Lage, hohe Wahlbeteiligung sowie ausgezeichnete landschaftliche Erholungswerte und sehr hohe Umweltqualität gekennzeichnet. Trotz der eher unterdurchschnittlichen Infrastrukturausstattung ist die Bevölkerungsentwicklung positiv. Die Sicherheitslage ist ausgesprochen überdurchschnittlich.

Cluster E: Ländliche Räume mit demografischen Herausforderungen

Prägend für diese Räume sind im Gegensatz zu Cluster D vor allem sehr ungünstige wirtschaftliche sowie insbesondere schwierige demographische Daten. Hinzu kommen unterdurchschnittliche soziale Lagen und relativ niedrige Wahlbeteiligungen. Eine schwache Infrastrukturausstattung und unterdurchschnittliche Erreichbarkeiten werden positiv kontrastiert durch sehr günstigen Wohnraum, einen überdurchschnittlichen Erholungswert der Landschaft sowie überdurchschnittliche Umweltqualität, wenn auch weniger stark ausgeprägt als in den strukturstärkeren ländlichen Räumen des Clusters D.

Cluster F: Ländliche Räume, geprägt durch Bevorzugung bei der Wohnstandortwahl

Ähnlich wie in Cluster E sind in diesen ländlichen Räumen wirtschaftliche sowie soziale Nachteile und problematische Infrastrukturausstattung sowie unterdurchschnittliche Erreichbarkeiten vorhanden. Dennoch sind die Regionen des Clusters F durch eine ausgeglichene demographische Entwicklung sowie deutlich teureren Wohnraum geprägt, was sie von anderen ländlichen Räumen mit ähnlichen Herausforderungen unterscheidet. Ebenso sind Wahlbeteiligung und der Landschafts- und Erholungswert hier hoch. Die Umweltqualität ist demgegenüber als eher unterdurchschnittlich zu bewerten.



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abb. 2: Einkommenssteueraufkommen je EW (oben) sowie Arbeitslose je EW (unten) am Wohnort in den Gemeinden Baden-Württembergs

und Kulturangebote. Interessant ist in diesem Zusammenhang zudem die auffällig hohe Zahl an landwirtschaftlichem Nebenerwerb von gut bezahlten Facharbeitskräften der Industrie. Zusätzlich spielt die Tourismusbranche durch die attraktive Lage der Region am Bodensee eine wichtige Rolle für die Prosperität des Raumes (Danielzyk/Friedsmann/Hauptmeyer et al. 2019).

Die Stärke der beiden wirtschaftlichen Entwicklungspfade beeinflusst sich zudem wechselseitig und erzeugt einen sektorübergreifend starken Arbeitsmarkt und zugleich starken Absatzmarkt. Die dezentrale Konzentration oder polyzentrale Struktur der Bodenseeregion bietet dabei vergleichbare Vorteile wie eine Metropolregion. Zugleich ist die Region aber durch deutlich bessere soziale Lagen, mehr Sicherheit und ein höheres Sozialkapital als in großstädtischen Ballungszentren gekennzeichnet. Die sehr hohe Lebensqualität ist auf den hohen Landschaftswert, die gute Umweltqualität, gute Erreichbarkeiten innerhalb der Region und auf die Internationalität bzw. die Grenzlage zur Schweiz und zu Österreich zurückzuführen.

In der Detailansicht der Gemeinden Baden-Württembergs (Abb. 2) ist erkennbar, dass die Gemeinden am Bodensee mit ihren relativ hohen Einnahmen aus der Einkommenssteuer und den relativ niedrigen Arbeitslosenzahlen große Ähnlichkeit mit dem Umland prosperierender Großstädte aufweisen. Als negativ sind die sehr schlechten überregionalen Verkehrsanbindungen sowie soziale Problemlagen im Niedriglohnbereich zu bezeichnen, die sich durch die hohe Bevölkerungsdichte sowie die hohen Wohnkosten und eine überalterte Bevölkerung ergeben.

Fazit

Die urbanen Räume schneiden mit wenigen Ausnahmen, wie bspw. einigen Städten im Ruhrgebiet, infrastrukturell stark und gut versorgt ab, in den anderen Dimensionen wie der sozialen Lage fallen die Indikatoren in den urbanen Räumen aber signifikant schlechter aus als in eher ländlich geprägten Räumen. Ihr Trumpf liegt in der wirtschaftlichen Stärke und Dynamik sowie dem großen Bildungs- und Kulturangebot. Ausnahmen wie die hier auch qualitativ näher betrachtete Region Bodensee zeigen, dass auch Räume in metropolferner Lage eine sehr vielfältige und starke Wirtschaft entwickeln können und sich zugleich durch eine sehr gute Lebensqualität auszeichnen, die sich auch aus der Ländlichkeit des Raumes ergibt. Gerade die Mischung aus klein- und mittelstädtischer Urbanität und Ländlichkeit sowie der hohen landschaftlichen Attraktivität macht die Vorteile ‚beider Welten‘ deutlich.

Für das raumordnerische Ziel, der Entwicklung einer gleichwertiger Lebensverhältnisse zeigt die Ausdifferenzierung der Clusteranalyse, dass es bei der Betrachtung heterogener Teilräume einer vertiefenden Perspektive der Wertigkeit verschiedener Dimensionen bedarf. Diese Perspektive sollte nicht nur anhand objektiver Datenlagen bewerten, sondern subjektive Wertmaßstäbe und individuelle Abwägungen berücksichtigen. Je nach Präferenzen und individuellen Möglichkeiten – die stark von ökonomischen und kulturellen Ressourcen abhängen – können die Dimen-

sionen eine sehr unterschiedliche Gewichtung erfahren. Sind für die einen kurze Wege zu kulturellen Angeboten und sozialen Dienstleistungen, ein diverser Arbeitsmarkt oder großstädtische Anonymität wesentlich, sind es für die anderen die Nähe zu Natur und ländlicher Idylle, niedrigere Preise für das Wohnen, die Lebenshaltung oder die wirtschaftliche Existenzgründung oder das vertraute soziale Netz. Durch die Inkaufnahme von längeren Pendelzeiten oder einer multilokalen Lebensweise an mehreren Orten (Danielzyk/Dittrich-Wesbuer/Hilti et al. 2020) können sogar Vorteile verschiedener Regionen kombiniert oder Nachteile zumindest partiell ausgeglichen werden. Diese Ausführungen sollen die klar bestehenden sozioökonomischen Ungleichheiten jedoch nicht relativieren.

Die teilräumliche Differenzierung zeigt Möglichkeiten für die Betrachtung endogener bzw. regionsspezifischer Entwicklungspotenziale auf und bietet dabei auch einen Maßstab für die qualitative Bewertung von Unterschieden oder auch konkrete Ansätze für den aktiven Umgang mit Stärken und Schwächen im Sinne einer regional angepassten Entwicklung. Gleichwertige Lebensverhältnisse setzen sicher eine Art Mindestausstattung und Erreichbarkeit wesentlicher Angebote der Daseinsvorsorge voraus, aber erfordern nicht immer und überall die gleiche Raumausstattung.

Weitere Ergebnisse und Interpretationen des REINING-Projekts werden in einer sich derzeit in Vorbereitung befindlichen Veröffentlichung vorgestellt, die in der Publikationsreihe ZEW Discussion Papers erscheinen wird. Seitens des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) waren Prof. Dr. *Sebastian Sieglösch* und Dr. *Martin Streng* am REINING-Projekt beteiligt.

Im Leibniz-Wettbewerb werden die strategischen Ziele der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation adressiert. Die Maßnahmen motivieren, Forschung und Forschungsinfrastrukturen auf höchstem Niveau zu betreiben und die resultierenden Erfolge sichtbar zu machen. Mit seinen zeitlich befristeten Förderungen setzt der Leibniz-Wettbewerb Anreize zur weiteren Profilbildung der Leibniz-Gemeinschaft.

Literatur

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2019): Laufende Raumbbeobachtung – Raumabgrenzungen. Siedlungsstrukturelle Kreistypen.

www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/siedlungsstrukturelle-kreistypen/kreistypen.html (10.01.2023).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2020): Regionale Lebensverhältnisse – Ein Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands. Bonn. = BBSR-Online-Publikation 06/2020.

Blinkert, B.; Klie, T. (2018). Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa. In: Klie, T.; Klie, A. W. (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden, 339-424.

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022): Jahreswirtschaftsbericht. Für eine Sozial-ökologische Marktwirtschaft – Transformation innovativ gestalten. Berlin.

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2023): Jahreswirtschaftsbericht. Wohlstand erneuern. Berlin.

Bolsen, T.; Ferraro, P. J.; Miranda, J. J. (2014): Are voters more likely to contribute to other public goods? Evidence from a large-scale randomized policy experiment. In: American Journal of Political Science 58 (1), 17-30.

Dangschat, J. S. (2018): Disparitäten, räumliche. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover, 425-438.

Danielzyk, R.; Dittrich-Wesbuer, A.; Hiltl, N.; Toppel, C. (Hrsg.) (2020): Multilokale Lebensführungen und räumliche Entwicklungen – ein Kompendium. Hannover. = Forschungsberichte der ARL 13.

Danielzyk, R.; Friedsmann, P.; Hauptmeyer, C.-H.; Wischmeyer, N. (2019): Erfolgreiche metropolferne Regionen: das Emsland und der Raum Bodensee-Oberschwaben. Ludwigsburg.

Edwards, G. A. S.; Reid, L.; Hunter, C. (2016): Environmental justice, capabilities, and the theorization of well-being. In: Progress in Human Geography 40 (6), 754-769.

Hermes, J.; Albert, C.; von Haaren, C. (2020): Erfassung und Bewertung der kulturellen Ökosystemleistung Naherholung in Deutschland. In: UVP-report 34 (2), 61-70.

Kawka, R. (2015): Gleichwertigkeit messen. In: IzR – Informationen zur Raumentwicklung (1), 71-82.

Kawka, R.; Sturm, G. (2006): Objektive regionale Lebensqualität und subjektives Wohlbefinden. Was macht Bürgerinnen und Bürger zufrieden? In: IzR – Informationen zur Raumentwicklung (6-7), 309-316.

Küpper, P. (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Braunschweig. = Thünen Working Paper 68. https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn057783.pdf (10.01.2023).

Milbert, A. (2019): Wie misst man „Gleichwertige Lebensverhältnisse“? In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 69 (46), 25-31.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71080-4> (10.01.2023).

Redepenning, M. (2022): Räumliche Ungleichheit und die Frage nach dem Stellenwert des Räumlichen. In: Gutsche, V.; Holzinger, R.; Pfaller, L.; Sarikaya, M. (Hrsg.): Distinktion, Ausgrenzung und Mobilität. Interdisziplinäre Perspektiven auf soziale Ungleichheit. Erlangen, 39-57.

Stiglitz, J. E.; Sen, A.; Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/8131721/8131772/Stiglitz-Sen-Fitoussi-Commission-report.pdf> (13.01.2023).

DR. SEBASTIAN KRÄTZIG

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im REINING-Projekt und Leitung des Referats „Räumliche Planung und Politik“ der ARL

Tel. +49 511 34842 52

sebastian.kraetzig@arl-net.de

DR. MARTINA HÜLZ

REINING-Projektverantwortliche und Leitung des Referats „Wirtschaft und Mobilität“ der ARL

Tel. +49 511 34842 28

martina.huelz@arl-net.de

GEWERBE UND URBANE LANDWIRTSCHAFT NEU DENKEN

Der AK „Freiraumsicherung“ zu Gast bei der IBA'27 in Fellbach

Im Rahmen seiner sechsten regulären Sitzung befasste sich der ARL-Arbeitskreis „Freiraumsicherung und -entwicklung in der räumlichen Planung“ mit zwei zentralen Themen der Freiraumgestaltung: Zukunftsfähige Konzepte für Gewerbegebiete und für die Landwirtschaft standen im Zentrum der Diskussionsveranstaltung „Land(wirt)schaft unter Druck – regionale und kommunale Strategien für den Freiraumschutz“, die am 19. Juli 2023 im Rahmen der *IBA'27 StadtRegion Stuttgart* stattfand. Insgesamt haben ca. 35 interessierte Bürger/innen und Akteure aus der Region und der Stadt Fellbach teilgenommen. Aufhänger und Anlass der AK-Veranstaltung war das Fellbacher IBA-Projekt „Agriculture meets Manufacturing – Gewerbe und urbane Landwirtschaft neu denken“, das sich mit zukunftsfähigen Bestandsentwicklungen im Gewerbe und der Rolle zeitgemäßer Landwirtschaft auseinandersetzt.

Die Veranstaltung wurde zusammen mit der Stadt Fellbach auf dem „IBA-Landungsort“ im Klenk-Areal ausgerichtet. Initiiert und organisiert von *Ulrich Dilger*, Mitglied des Arbeitskreises und Koordinator des IBA-Projekts der Stadt Fellbach. Schwerpunkte der Diskussion waren die Konflikt- und Zukunftsthemen Landwirtschaft, Freiraumschutz und gewerbliche Flächennutzung, insbesondere für die Stadt Fellbach und die Region Stuttgart. Mit *Beatrice Soltys* (Baubürgermeisterin der Stadt Fellbach), *Thomas Kiwitt* (Leitender Technischer Direktor des Verbands Region Stuttgart) und *Andrea Hartz* (Büro agl und Mitglied des Arbeitskreises) war die Planung in der Diskussionsrunde ebenso vertreten wie die Landwirtschaft mit *Dominik Walz*, einem Landwirt aus der Stadt Fellbach. Ebenfalls anwesend war *Grazyna Adamczyk-Arns*, Projektleiterin der IBA'27.

Nach einem planungsfachlichen Impuls von Prof. Dr. *Frank Lohrberg* (RWTH Aachen) stellte *Beatrice Soltys* die Herausforderungen für die Stadt Fellbach dar, die sich aus der Lage im Einzugsbereich Stuttgarts und der hiermit verbundenen Nachfrage nach Gewerbeflächen ergeben. Fellbach hat eine lange Tradition konsequenter Innenentwicklung und setzt sich intensiv mit den hiermit einhergehenden Flächenkonkurrenzen und dem Thema „Freiraumschutz“ auseinander. Prof. Dr. *Christian Jacoby* (Universität der Bundeswehr München und Leiter des ARL-Arbeitskreises)

verdeutlichte strategische Ansätze für das „Flächensparen“ wie Flächeneffizienz und Multifunktionalität und stellte so die Bezüge zwischen der Veranstaltung und den Diskursen im Arbeitskreis her.

Die Podiumsdiskussion fokussierte dann die zentralen Herausforderungen für die Landwirtschaft in einer urbanen Region. Dabei ging es um ihre zukünftige Rolle und mögliche Potenziale, die über etablierte Konzepte wie die Direktvermarktung hinausweisen:

- > Wird der regionale Markt zunehmend mit Gemüse aus heimischen Gewächshäusern oder Folientunneln beliefert, und was bedeutet diese Regionalität für die landwirtschaftlichen Freiräume und ihre Funktionen?
- > Wie kann Freiraumsicherung so gesteuert werden, dass wirtschaftliche Entwicklung ebenso möglich ist wie der Schutz von Boden- und Ökosystemfunktionen?

Die IBA'27 in der Region Stuttgart zeichnet ein gemeinsames Narrativ für die Region, das alle erreichen soll: Diskurse, Kooperationen und gemeinsame Strategien sind elementare Bestandteile des Formats, mit dem sich Bürger/innen, Gewerbetreibende, Landwirtinnen und Landwirte sowie weitere Akteursgruppen identifizieren sollen. „Wenn man einen Mehrwert durch die IBA für sich oder auch seine Ideen sieht, dann macht man auch mit“, sagte *Grazyna Adamczyk-Arns*.

Weitere Informationen zum Arbeitskreis „Freiraumsicherung und -entwicklung in der räumlichen Planung“ der ARL: <https://www.arl-net.de/de/projekte/freiraumsicherung-und-entwicklung-der-r%C3%A4umlichen-planung>

Mehr zum IBA-Projekt in Fellbach: <https://www.iba27.de/projekt/agriculture-meets-manufacturing/>

DR. BARBARA WARNER

Leitung des Referats „Ökologie und Landschaft“ der ARL
Tel. +49 511 34842 22
barbara.warner@arl-net.de

BODENSEEREGION

Weiterwachsen oder Neuanfang als grenzüberschreitende Postwachstumsregion?

Als Mitglieder des ehemaligen Arbeitskreises „Postwachstumsökonomie“ der ARL (2018–2022) beschäftigen sich *Marco Pütz* (WSL – Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Birmensdorf) und *Bastian Lange* (Universität Leipzig / Multiplicities – Büro für Raumentwicklung und Stadtplanung), der zudem Mitglied des laufenden ARL-Arbeitskreises „Wohlstandsalternativen und Regionalentwicklung“ ist, weiterhin mit Fragen zu nicht wachstumszentrierten Entwicklungsperspektiven. In einer Kooperation mit der „EU-Cost Action 18214 – The Geography of New Working Spaces and the Impact on the Periphery“ haben beide zusammen mit *Martin Engstler* (HdM – Hochschule der Medien Stuttgart) die Vierländerregion Bodensee (Deutschland, Schweiz, Österreich und das nahe gelegene Liechtenstein) untersucht und 2023 die Frage, wie die Region zu einer Postwachstumsregion avancieren könnte, in Workshops und Interviews vor Ort vertieft. Der nachfolgende Text kommentiert aktuelle Raumdynamiken und Postwachstumsperspektiven in der Bodenseeregion aus einer externen Perspektive der Raubeobachtung und -analyse.

Netzwerk Bodenseeregion?

Angesichts aktueller und zukünftiger Herausforderungen muss sich jede Region fragen, wie sie nachhaltiger oder resilienter werden kann. Dies gilt auch „am See“ – in der Bodenseeregion in der Mitte Europas. Die Region ist besonders, weil sie durch einen großen See definiert und polyzentral strukturiert ist. Sie ist zwar nicht durch eine dominante Metropole geprägt, aber ihr Wachstum und ihre Prosperität finden klar im Windschatten von München, Stuttgart und Zürich statt. Auch die Bodenseeregion ist aufgefordert, die „Große Transformation“ zu meistern und in eine postfossile und klimaangepasste Zukunft aufzubrechen. Allerdings ist unklar, wie diese Herausforderungen auf regionaler Ebene in einer Vierländerregion gemeinsam und strategisch bewältigt werden können. Ein Ansatzpunkt wäre hier die Internationale Bodenseekonferenz, die bereits 1972 gegründet wurde.

Wachstumsschmerzen, grenzüberschreitende Spannungen und partikulares Denken

Raumentwicklung in der Bodenseeregion findet aktuell in einem Umfeld wachstumsinduzierter Spannungen und möglicher Konflikte statt. Dazu zählen u.a.:

- > enorme Zuwachsraten des Individualverkehrs – diese gehen vor allem in Vorarlberg und in der Schweiz mit dem Ausbau des ÖPNV einher, aber eine durchgehende Elektrifizierung sowie Doppelgleisigkeit und eine verbesserte Taktung des öffentlichen Verkehrs fehlen weiterhin;
- > die Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte und einkommensstarker Pensionierter – darüber freuen sich zwar die Bauwirtschaft und die Kommunen, es führt aber auch zu mehr „kalten Betten“, also nur temporär genutzten Wohnungen (z.B. in Lochau, nahe Bregenz) und zu weniger bezahlbarem Wohnraum für junge Familien und somit zu Verdrängungsprozessen;
- > laufende Expansionen des produzierenden Gewerbes und der Verkehrsinfrastruktur – dies geht mit weiterem Flächenverbrauch einher und der europäische Ost-West-Transit nördlich des Bodensees führt den Lastwagenverkehr teilweise im Schrittempo durch kleine Anrainerdörfer (aufgrund von langwierigen Planungsprozessen der B31-Umgehungen);
- > der bodenseelumrundende Fahrradtourismus – diese eigentlich positive Entwicklung wird regional zunehmend kritischer gesehen, da der Radwegeausbau nicht mit der Wachstumsdynamik mithalten kann und dadurch Konflikte mit dem Naherholungsbedürfnis von Einheimischen und dem Naturschutz entstehen.

Trotz existierender grenzüberschreitender Netzwerke, wie der oben bereits genannten Internationalen Bodenseekonferenz, wird den überregionalen Herausforderungen bislang vor allem kommunal und innerhalb der nationalen Grenzen begegnet. Und obwohl die Bodenseeregion ein Transitraum des europäischen Güterverkehrs, ein Ar-

beits-, Lebens- und Tourismusraum mit gemeinsamer See-Identität und ein grenzüberschreitender Wissenschaftsverbund ist, steht die Frage, wie Dekarbonisierung oder Nachhaltigkeit gemeinsam interpretiert, gestaltet und interregional verhandelt werden, unbeantwortet im Raum bzw. am See.

In der Raumplanung fällt auf, dass weiterhin vor allem klassisch sektorale wachstumsorientierte Planungspraktiken dominieren. So muss z.B. im Regionalverband Bodensee-Oberschwaben bis 2035 Wohnraum für 60.000 bis 70.000 zusätzliche Einwohner/innen entstehen und es werden weitere 600 bis 1.500 Hektar Gewerbeflächen benötigt. Ähnliche Herausforderungen stellen sich im Agglomerationsprogramm Kreuzlingen-Konstanz vom Juni 2023, das die optimale gegenseitige Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im grenzüberschreitenden Raum zum Ziel hat (<https://hochrhein-bodensee.de/agglomeration-kreuzlingen-konstanz-startet-durch/>). Diese planerischen Aktivitäten spiegeln die Bemühungen der Bodenseeregion, die bestehende Standortattraktivität in Zeiten von Fachkräftemangel, neuen Arbeitswelten und Digitalisierung der Wirtschaft zu sichern sowie zukunftsfähig zu machen.

Raumbezogene Politik in der Bodenseeregion ist aber nicht nur Seepolitik, sondern immer auch Bodenpolitik. Das bedeutet, dass zukünftig verstärkt ein schonender Umgang mit Boden und Fläche bei Stadtumbau und Bestandsanpassungen zur Revitalisierung entwickelt werden muss.

Vom Seeblick zum Weitblick

Wie kann das mögliche Zielbild einer „nachhaltigen Bodenseeregion“ erfüllt werden? Wir regen an, das hohe Identifikationsangebot des Bodenseeraums und die zahlreichen positiven landschaftstypischen Attribute der Region nicht nur zu bewahren, sondern eine „alltagstaugliche Sorgepolitik“ zu entfalten, die das Gemeinwohl über Bottum-up-Initiativen stärkt und die Nutzung von Gemeingütern längerfristig allen ermöglicht und für künftige Generationen sichert. Wichtig dabei ist auch die klare Abgrenzung gegenüber der Vereinnahmung von Postwachstumsforderungen und notwendigen Transformationen durch (neu) rechte Netzwerke in der Region. Denn die Vehemenz, mit der um Boden- und Flächenexpansionen sowie deren Verhinderung gerungen wird und mit der gegen staatliche Obrigkeiten und die größeren Institutionen der Länder gekämpft wird, hat in der Bodenseeregion bis dato eine der landesübergreifend auffälligsten rechtskonservativen und nationalistischsten Sammelbewegungen vereint (Frei/Nachtwey 2021). Netzwerke aus AfD, Reichsbürgerinnen und Reichsbürgern, FPÖ und anderen rechtspopulistisch orientierten Personen wollen keine kooperative, offene oder liberale Bodenseeregion. Zukünftig um eine nachhaltige Bodenseeregion zu ringen, bedeutet also mehr, als die zweifelsohne wichtigen CO₂-Minimierungen, Flächenentsiegelungen, die Sicherung der Artenvielfalt sowie Fragen der sozialen Integration und Inklusion zu erwirken. Es könnte spannend sein, mit einem zukunftsweisenden Leitmotiv zum Thema „Nachhaltige Bodenseeregion“ die Menschen

anzuregen, technologische Nachhaltigkeit integrativ im Verbund mit sozialen, kulturellen und politischen Fragen zu betrachten und dabei neue regionale Zukunftsbilder zu entwickeln. Aus der externen Perspektive der Raumbearbeitung und -analyse und auf Basis der geführten Interviews und der Workshops schlagen wir vier raumrelevante Themen vor, die in der Bodenseeregion zukünftig stärker im Fokus stehen könnten und partizipativ und ortsbezogen weiterentwickelt werden sollten.

1. Neue vernetzte Arbeitsorte

Die zunehmende Flexibilität von Kreativ- und Wissensarbeitenden hat im Zuge der Pandemie und durch Homeoffice-Regelungen den Bedarf nach neuen Formen von Arbeitsorten vor Ort deutlich erhöht. Verbundsysteme zwischen Coworking-Spaces, Makerspaces und anderen Arbeitsräumen, z.B. in um- oder ungenutzten, bisher leerstehenden Ladenlokalen oder Gewerbebrachen, könnten kleine Orte wiederbeleben, Verkehrsströme reduzieren und junge Ideengeber/innen temporär in die Kleinstädte und Mittelzentren zurückbringen (Engstler 2023).

2. Regionale Allianzen für die Dekarbonisierung

Die Bodenseeregion weist zwei Schlüsselkompetenzen auf. Zum einen kann sie traditionell aus Wenigem bzw. Resten Mehr bzw. Gehaltvolles machen: Schnäpse, Liköre, Brände stehen für die Kompetenz, in der Region jede verfügbare Ressource zu verwerten und zu veredeln. Dieses Leitmotiv findet im ländlichen Hinterland punktuell in der Landwirtschaft seinen Niederschlag, wenn Biogas und andere Rohstoffe für den Energieeinsatz vor Ort genutzt werden. Zum anderen ist die Region im Maschinen- und Anlagenbau sowie bei Präzisionstechniken und IT-Anwendungen technologisch am Weltmarkt führend. Die anstehende Dekarbonisierung könnte „Hinterland-Kompetenz“ und Weltmarktführerkompetenz verzahnen, um die dichteren Stadt- und Wohngebiete am See in teilregionalen Allianzen klimaangepasst zu versorgen.

3. Mobilitätsschnittstellen

Der Kampf um den Zugang zur Innenstadt und zur wohnortnahen Versorgung wird aktuell von E-Bikes gewonnen, weniger vom E-Auto. Klimaangepasste E-Mobilität im regionalen Verbund mit einem hohen qualitativen Freiraumgewinn in den Innenstädten sowie in den Wohnbereichen bringen Bewegungsströme vom Stadtrand sicherer und emissionsarm in die Innenstädte. Der Traum der Gürtelbahn, die sich – nach Schweizer Vorbild – gerade in den drei anderen Länderregionen auswirken sollte, muss umgesetzt werden!

4. Bildungs-, Lern-, Kunst- und Experimentierräume

Nischen, Freiräume, temporäre Räume und Räume zum Ausprobieren haben schon lange das Stigma der Subkultur hinter sich gelassen. Sie verbinden Menschen, brechen die Routine des Alltags und schaffen Vielfalt

und Offenheit. Als „Labs“, Werkstätten, Labore und Offene Werkstätten zeigen sie weltweit die Bedeutung von Resonanzräumen für Unfertiges, zu Testendes und für Nonkonformität. Eine große und wohlhabende Verbundregion muss sich solche Räume als Gemeinwohlgut leisten können und darf solche Initiativen nicht allein den Hochschulen überlassen. Diese haben die Rolle von Labs und Werkstätten schon erkannt, um Studierende und junge Talente anzuziehen, damit diese vor Ort – im Verbund mit Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Gemeinwohlgütern – mit regionalen Zukunftsvisionen experimentieren. Um planungspraktisch aus dem Aktionsradius kommunaler Zuständigkeiten ausbrechen zu können, wäre eine Internationale Bodensee-Bauausstellung (IB²A) als Vierländer-Dekadenprojekt für eine nachhaltige Bodenseeregion ein möglicher Experimentier- und Aktionsraum für eine Postwachstumsregion Bodensee (Lange/Hülz/Schmid et. al. 2020).

Fazit: Postwachstumsorientierte, regional grenzüberschreitende Planungsprozesse einleiten und Dialogorte einrichten

Aus Sicht des nötigen und zeitnah einzuleitenden regionalen Wandels drängen sich äußerst ambivalente planungs- und transformationspraktische Erfordernisse auf: Der regionale Umbauprozess muss zügig Erfolge zur CO₂-Minimierung ermöglichen und ebenso die alltäglichen Belange und Bedürfnisse der Anwohner/innen ernst nehmen. Um erfolgreich zu sein, müssen die Menschen in der Region eingebunden und mitgenommen werden, denn Wandel, der wissenschaftszentriert-technizistisch von oben entschieden und durchgesetzt wird, erzeugt Widerstand, insbesondere vom rechten Rand. Dabei muss die Politik auch die Kosten und notwendige Verbote sowie etwaige Verzichte benennen, die in der Regel nicht opportun sind, wenn in kurzfristigen Wahlperioden gedacht wird.

Ein gesamtträumliches Leitmotiv für eine nachhaltige Bodenseeregion, das diese Ambivalenzen zum Ausgangspunkt für eine nutzer- und anwohnergetragene Handlungs- und Planungsagenda aufnimmt, könnte über klassische und erprobte regionale Planungsinstrumente hinaus bewusst mit aktivistischen und interventionistischen Bottom-up-Agenden arbeiten. Situative Umsetzungsagenden vor Ort sollten dann in das noch zu definierende Leitbild der Nachhaltigen Bodenseeregion eingebracht und integriert werden.

So unendlich schön die Region ist, so endlich sind ihre Boden-, See- und Raumressourcen. Sollen diese in naher und mittlerer Zukunft erhalten bleiben, so könnte ein Nachdenken über grenzüberschreitende Entwicklung und Kooperationspotenziale, in denen es nicht um mehr Wachstum, sondern um Postwachstum und die skizzierten Alternativen geht, die Debatte um die Ausgestaltung des neuen Leitmotivs für die Bodenseeregion unterstützen.

Literatur

- Engstler, M.** (2023): Revitalisierung von innerörtlichen Leerständen: Übertragbarkeit urbaner Konzepte auf regionale Mittelzentren. In: MLR – Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg; ALR – Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg bei der Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum (Hrsg.): Das neue Bild vom Land. Raumwissen und Perspektiven für die Transformation ländlicher Räume. Stuttgart/Schwäbisch Gmünd, 57-59.
- Frei, N.; Nachtwey, O.** (2021): Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Protteste in Baden-Württemberg. Studie im Rahmen eines Forschungsauftrags der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg. Basel.
- Lange, B.; Hülz, M.; Schmid, B.; Schulz, C.** (2020) (Hrsg.): Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomie. Bielefeld.

PD DR. BASTIAN LANGE

Universität Leipzig / Multiplicities – Büro für Raumentwicklung und Stadtplanung
Bastian.Lange@uni-leipzig.de

PD DR. MARCO PÜTZ

WSL – Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Birmensdorf
marco.puetz@wsl.ch

PROF. DR. MARTIN ENGSTLER

Hochschule der Medien Stuttgart
engstler@hdm-stuttgart.de

ARL-ARBEITSKREIS „FREIRAUM“ ZU GAST AUF DER BUGA 23

Der Arbeitskreis „Freiraumsicherung und -entwicklung in der räumlichen Planung“ war am 31. August 2023 zu Gast im Pavillon der Metropolregion Rhein-Neckar auf der Bundesgartenschau (BUGA) in Mannheim. Vertreten waren mehrere Mitglieder des ARL-Arbeitskreises sowie die ARL-Vizepräsidentin Prof. Dr. *Susan Grotefels*, die auch die Akademie kurz vorstellte. Die Anwesenden empfanden es als großen Mehrwert, dass die ARL auf der BUGA 23 präsent war und sich dort am „Dialog Landschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar“ beteiligen sowie eigene Anstöße geben konnte. Die Diskussion zum Thema „Mehr Lebensqualität durch Freiraumentwicklung“ wurde von Dr. *Claus Peinemann* vom Verband Region Rhein-Neckar moderiert.

Die Diskussionsrunde im Pavillon der BUGA 23 bot dank des wechselnden Podiums mit kurzen Fachimpulsen und unterschiedlichen Sichtweisen sowie der sehr guten Moderation von *Claus Peinemann* Raum für einen lebendigen und konstruktiven Austausch sowie für gute Gespräche zum Potenzial und zur Bedeutung von Freiräumen für Naherholung und Lebensqualität, für die Klimaanpassung, Artenvielfalt und für den Schutz von Wasser und Boden. Die vom Arbeitskreis angestrebten Ziele wie Freiraumsicherung und -entwicklung konnten hier mit ganz konkreten Projekten, wie bspw. der Renaturierung des Neckars durch die Stadt Mannheim, veranschaulicht werden. Partner/innen des Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim, der Stadt Ludwigshafen und des Biosphärenreser-

vats Pfälzerwald-Nordvogesen brachten darüber hinaus ihre aktuellen Erfahrungen im Bereich der Freiraumplanung ein. Damit bot die Bundesgartenschau einen sehr guten Rahmen, um die Arbeits- und Herangehensweise des Arbeitskreises – nämlich „vom Freiraum aus zu denken, zu planen und zu handeln“ – zu veranschaulichen und als ARL in der Diskussion um eine notwendige Freiraumwende sichtbar zu sein.

Claus Peinemann zeigte beim anschließenden Rundgang über die beiden durch eine Gondel verbundenen Teile des Bundesgartenschau Geländes die Lagebeziehungen zu den künftigen städtischen Verknüpfungspunkten mit den Ausstellungsflächen der BUGA auf. Damit konnte vor Ort veranschaulicht werden, wie auch künftig der „Freiraum“ des BUGA-Geländes nachhaltig in die Stadtentwicklung Mannheims integriert wird.

Mehr zum ARL-Arbeitskreis: <https://www.arl-net.de/de/projekte/freiraumsicherung-und-entwicklung-der-r%C3%A4umlichen-planung>

Mehr zur BUGA 23: <https://www.buga23.de>

DR. BARBARA WARNER

Leitung des Referats „Ökologie und Landschaft“ der ARL

Tel. +49 511 34842 22

barbara.warner@arl-net.de



GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT ZU „GRÜNER INFRASTRUKTUR IN DEN NÖRDLICHEN KALKALPEN“ GESTARTET

Den deutschsprachigen Alpenraum und seine Grüne Infrastruktur grenzüberschreitend zu thematisieren – dies hat sich eine neue Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL zur Aufgabe gemacht. Sie bringt vielfältige Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis sowie 11 Vertreter/innen aus Bayern, Österreich (Salzburg/Tirol/Vorarlberg), der Schweiz und Liechtenstein zusammen. Die LAG-AG mit dem Titel „Grüne Infrastruktur in den Nördlichen Kalkalpen: Integrative (Frei-)Raumplanung für natürlichen Klimaschutz, ökologische Konnektivität, Naturgefahrenabwehr und Erneuerbare Energien“ hat mit ihrem Auftakttreffen am 24. Oktober 2023 in München ihre Arbeit aufgenommen. Zu Gast war die LAG-AG bei der Regierung von Oberbayern.

Bis 2025 wird sie an anwendungsorientierten Empfehlungen für die Sicherung und Entwicklung (peri-)alpiner Grün- und Freiräume arbeiten, um deren Multifunktionalität und Resilienz zu stärken. Die AG wird von Dr. *Sabine Weizenegger* und *Florian Lintzmeyer* geleitet und steht im engen Austausch zu bestehenden ARL-Arbeitsformaten (wie etwa dem „**AlpPlan network**“ oder dem Arbeitskreis „**Freiraumsicherung und -entwicklung in der räumlichen Planung**“) sowie dem aktuell laufenden Interreg Alpine Space Projekt „**PlanToConnect**“.

PROF. DR. ANDREAS KLEE

Leitung der Zentralabteilung / Kommissarischer Generalsekretär (m.d.W.d.G.b.) der ARL
Tel. +49 511 34842 39
andreas.klee@arl-net.de



© ARL/Constantin Meyer

Die Mitglieder der LAG-AG „Grüne Infrastruktur in den Nördlichen Kalkalpen“ bei ihrem Auftakttreffen in München

REGIONALE DEBATTEN ZUR ENERGIEWENDE

Spannende Einblicke und kurzer Rückblick auf die Frühjahrstagung der LAG Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL in Cottbus

Die Frühjahrstagung der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern stand im Zeichen der Energiewende und fand vom 15.–16. Juni 2023 – direkt im Anschluss an den 1. Bundeskongress „Tag der Regionen“ – in Cottbus statt. Die zweitägige Veranstaltung bot Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis eine Plattform für einen intensiven Austausch über aktuelle raumplanerische Entwicklungen und Perspektiven im Bereich der erneuerbaren Energien.

Dabei standen insbesondere die Herausforderungen des Strukturwandels bzw. der Transformation der ostdeutschen Braunkohlereviere (am Beispiel der Lausitz) sowie der Windenergieplanung in den Flächenländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im Fokus. Weitere

Schwerpunkte der eingeladenen Fachvorträge und der sich anschließenden Diskussionen waren die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien und deren Auswirkungen auf die Regionalplanung sowie das zukünftige Potenzial von Agri-Photovoltaik, der gleichzeitigen Nutzung von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion und die Stromerzeugung durch Photovoltaik.

Die spannenden Debatten wurden ergänzt um praktische Einblicke in die Energiewende und den Strukturwandel vor Ort: Unter der Leitung von *Stefan Simonides-Noack*, Projektkoordinator im Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Cottbus, fand am Vormittag des 16. Juni 2023 eine Exkursion zum Cottbuser Ostsee statt. Die Teilnehmenden



© Stefan Simonides-Noack

Abfahrt der Exkursionsteilnehmenden zur Fahrt an den Cottbuser Ostsee



© Karl Schmude

Blick von der Aussichtsplattform auf den Cottbuser Ostsee und die Windkraftanlagen im Hintergrund

hatten die Gelegenheit, innovative Ansätze und Lösungen der Energiewende im ehemaligen Braunkohletagebau vor Ort zu erleben.

Die Mitgliederversammlung am Abend des 15. Juni bot den Mitgliedern und der neuen Lenkungsgruppe unter der Leitung von *Karl Schmude* sowie der Geschäftsführung von *Frauke Richter-Wilde* die Gelegenheit zum persönlichen Kennenlernen, zum Austausch und zur Vernetzung. In diesem Rahmen wurden auch die aktuellen Entwicklungen zum Zukunftskonzept der ARL von Prof. Dr. *Rainer Danielzyk* (Generalsekretär der ARL) vorgestellt und gemeinsam mit den Mitgliedern diskutiert.

DR. KATHARINA KAPITZA

Leitung des Referats „Strategien und Konzepte räumlicher Transformation“ der ARL

Tel. +49 511 34842 47

katharina.kapitza@arl-net.de

INNOVATIVE INSTRUMENTE DER RAUMENTWICKLUNG

Herbstsitzung der LAG Baden-Württemberg

Die Herbstsitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg fand am 26. und 27.10.2023 auf Einladung des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein in Freiburg statt. Inhaltlich ging es um das Thema „Innovative Instrumente der Raumentwicklung“. Hierzu gehören auch Formate der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Region.

Mit den Herausforderungen, Chancen und Notwendigkeiten von Themen wie Bodenpolitik, Städtebau oder regionaler Kooperation beschäftigen sich *Janine Ruf* und *Sabine Vetter* von der Agentur für Städtebau und Stadtplanung des Ballungsraums Straßburg ADEUS. Auch heute noch enden viele Planwerke an der Landesgrenze, was sich

bspw. auf die Aussagekraft von Entscheidungsgrundlagen in den Bereichen Beschäftigung, Tourismus und Mobilität auswirkt.

Mit innovativen Ansätzen für die Flächennutzungsplanung (FNP) befassten sich *Hanna Denecke* und *Markus Liesen*, Leiterin bzw. stellvertretender Leiter der Abteilung Stadtentwicklung der Stadt Freiburg. Das Projekt „Gesamtfortschreibung des FNP Freiburg“ greift ein hochpolitisches und konfliktträchtiges Themenfeld auf: den Schutz von Freiraum und die Nachfrage nach Wohnraum. Mit dem „Perspektivplan 2030“ wird ein neues Leitbild entwickelt, das die Innenentwicklung unterstützen und steuern soll. Ein weiteres Thema der Tagung war der Ausbau der Wind-



© ARL/Axel Priebis

Exkursionsteilnehmende im Neubauquartier „Güterbahnhofareal“ mit Thomas Fabian

energie und die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen in den Ländern und Regionen. Prof. Dr. *Axel Priebs*, Präsident der ARL, erläuterte, wie sich die Anforderungen aus dem Wind-an-Land-Gesetz insbesondere über das WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land) an die Länder gestalten, wenn die hier konkretisierten Flächenziele für den Ausbau der Windenergie an Land eingehalten werden sollen. Der erste Tagungstag endete mit einer Exkursion zum Neubauprojekt „Güterbahnhofareal“ in Freiburg, die *Thomas Fabian*, ehemaliger Leiter der Abteilung Städtebau der Stadt Freiburg, fachkundig und unterhaltsam leitete.

Mit innovativen Ansätzen der Regionalentwicklung am Beispiel Nordrhein-Westfalens befasste sich Prof. Dr. *Rainer Danielzyk*. Der Herausforderung, Themen in die politischen Entscheidungsdiskurse zu bringen, begegnet das Land NRW bspw. über die „Regionalen“ als integrierten und innovativen Formaten der Regionalentwicklung – oder auch mit dem Agglomerationskonzept Köln/Bonn, das für die Region ein eigenes Raumbild geschaffen hat.

Um regionale Entwicklungskonzepte ging es auch im Beitrag von *Ulrich Dilger*. Als IBA-Koordinator der Stadt Fellbach und Abteilungsleiter Stadtentwicklung setzt er sich intensiv mit qualitätsvoller Gewerbeflächenentwicklung im Bestand auseinander. Der Bestand ist großen Herausforderungen unterworfen, die nicht angegangen werden, weil es einfacher ist, Fläche neu auszuweisen. Dabei bietet die Gewerbeflächenentwicklung im Bestand viel Potenzial, auch für die Klimaanpassung und im Zusammenspiel mit der Landwirtschaft im urbanen Raum.

Nach einem Update zum Prozess der Entwicklung des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) Baden-Württemberg durch *Andrea Lagemann*, Leiterin des Referats Landesentwicklungsplanung des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen (MLW), befasste sich *Ryan Kelly*, Öko Institut e. V. und Forum Nachwuchs der ARL, mit Fragen der Energietransformation und der großen Herausforderung einer Planungsbeschleunigung. Im Fokus stand dabei die Frage, ob Akzeptanz durch Verfahrensverkürzungen und Zuständigkeitsbündelungen erhöht werden kann.

Um die „Große Transformation“ ging es im abschließenden Diskursformat der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Praxis Transformation“ der Landesarbeitsgemeinschaften Baden-Württemberg und Bayern. Die Diskussion wurde von Dr. *Barbara Malburg-Graf* (Büro Plan_N) geleitet. Die Arbeitsgruppe hat ein Positionspapier erstellt, das sich praxistauglichen Ansätzen zur Konkretisierung der Debatte um Transformation widmet und in Freiburg vorgestellt und diskutiert wurde.

Die Herbstsitzung der LAG Baden-Württemberg war mit 35 Teilnehmenden sehr gut besucht. Die anschließende Mitgliederversammlung befasste sich mit der strategischen Weiterentwicklung und den künftig zu bearbeitenden LAG-Themen.

DR. BARBARA WARNER

Leitung des Referats „Ökologie und Landschaft“ der ARL

Tel. +49 511 34842 22

barbara.warner@arl-net.de

ERSTER SPATENSTICH FÜR DAS NEUE IFL-GEBÄUDE IN LEIPZIG

In seiner Funktion als Sprecher der Sektion B der Leibniz-Gemeinschaft nahm ARL-Generalsekretär Prof. Dr. *Rainer Danielzyk* an den Feierlichkeiten am 27. Oktober 2023 anlässlich des Baubeginns des neuen Institutsgebäudes des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) in Leipzig teil.

Das IfL kommt zurück ins Zentrum der Stadt Leipzig. Am 27. Oktober 2023 wurde auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz der Baubeginn des neuen Forschungsgebäudes mit einem symbolischen ersten Spatenstich gewürdigt. In

den kommenden beiden Jahren entsteht zwischen Brüder- und Windmühlenstraße ein Gebäude mit 6.000 Quadratmetern Nutzfläche. Der Bau bietet 150 Büroarbeitsplätze; rund die Hälfte der Fläche stehen für die Bibliothek und das Archiv des IfL sowie für Ausstellungen und Veranstaltungen zur Verfügung. Zusammen mit dem IfL werden außerdem mehrere Einrichtungen der Universität Leipzig, darunter das Global and European Studies Institute, das Institut für Afrikastudien sowie das Religionswissenschaftliche Institut, einziehen. Das bauliche Konzept sieht einen Ort des



© IfL / Swen Reichhold

v.l.n. r. Sebastian Lentz, Sebastian Gemkow, Klara Geywitz, Burkhard Jung und Rainer Danielzyk stehend auf der Baustelle – sie führen alle gemeinsam den ersten Spatenstich aus

Austausches und des Wissenstransfers vor. Aktuell nutzt das IfL angemietete Räumlichkeiten im Behördenzentrum Paunsdorf am östlichen Rand der Stadt Leipzig.

Zum Spatenstich hielten *Klara Geywitz*, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, *Sebastian Gemkow*, Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft, Oberbürgermeister *Burkhard Jung*, IfL-Direktor Prof. Dr. *Sebastian Lentz* und Prof. Dr. *Rainer Danielzyk* als Vertreter der Leibniz-Präsidentin und Sprecher der Sektion B der Leibniz-Gemeinschaft (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften) kurze Ansprachen.

In allen Reden wurde hervorgehoben, wie wichtig die durch den Umzug ermöglichte Sichtbarkeit des IfL im Stadtbild und für die Bewohner/innen Leipzigs ist. *Rainer Danielzyk* betonte aus der Leibniz-Perspektive zudem, wie verdient diese neue Sichtbarkeit für das IfL ist: „Das IfL ist nicht nur auf höchstem Niveau in der raumwissenschaftlichen Grundlagenforschung tätig, sondern setzt auch Meilensteine insbesondere in der visuellen Präsentation wissenschaftlicher Erkenntnisse.“



© IfL/Swen Reichhold

Rainer Danielzyk während seiner Rede auf der Baustelle

Das IfL sei seit 1992 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und die jüngste Evaluierung durch die Gemeinschaft habe wieder bescheinigt, dass das Institut hervorragende Arbeit leiste. Darüber hinaus sei es aber auch ein engagiertes Mitglied lokaler und regionaler Forschungsnetzwerke, u. a. im Sonderforschungsbereich „Processes of Spatialization under the Global Condition“ an der Universität Leipzig und im Leibniz ScienceCampus „Eastern Europe – Global Area“.

Auch das Engagement des IfL im ältesten Forschungsnetzwerk der Leibniz-Gemeinschaft, dem raumwissenschaftlichen Forschungsnetzwerk Leibniz R („Räumliches Wissen für Gesellschaft und Umwelt“), stellte *Rainer Danielzyk* heraus: „Fast alle aktuellen gesellschaftlichen Konflikte und Herausforderungen haben räumliche Bezüge und wirken sich räumlich sehr differenziert aus. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle, dass das IfL mit seinen umfangreichen Erfahrungen und den innovativen Ansätzen treibende Kraft in diesem Netzwerk ist. Es zeigt exemplarisch, wie Grundlagenforschung auch politisch und gesellschaftlich nutzbar sein kann.“

Die aktuelle Situation in Osteuropa mache das Institut wichtiger denn je: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und das Erstarken autokratischer politischer Figuren in Mittel- und Osteuropa erforderten die besonderen Kompetenzen in der Osteuropa-Forschung und den ganzheitlichen Blick des IfL mehr denn je.

Rainer Danielzyk schloss seine Rede mit Grüßen und Glückwünschen im Namen der Leibniz-Gemeinschaft, aber auch persönlich und mit Rückblick auf eine langjährige und freundschaftliche Zusammenarbeit. Und auch die Geschäftsstelle der ARL wünscht den Kolleginnen und Kollegen im IfL alles Gute für den Neubau ihres Instituts!

CAROLIN PLEINES

Stabsstelle „Wissenschaftskommunikation“ der ARL

Tel. +49 511 34842 54

carolin.pleines@arl-net.de

WIE UMGEHEN MIT WASSERTHEMATIK UND INDUSTRIEKULTUR IN DER MITTELDEUTSCHEN BRAUNKOHLEN-REGION?

Herbsttagung des IIK Braunkohlenregionen am 16. und 17. Oktober 2023 im Freiluftmuseum FERROPOLIS (Gräfenhainichen)

Der Informations- und Initiativkreis (IIK) Braunkohlenregionen der ARL war anlässlich der diesjährigen Herbsttagung zu Gast bei der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und dem Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen. Insgesamt nahmen 20 Mitglieder und Gäste an der Tagung teil. Von den neu berufenen Mitgliedern im IIK konnten *Mandy Stobbe* (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) und Dr. *Andreas Otto* (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Cottbus) begrüßt werden. *Marion Schilling* als Leiterin der Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, die wesentlich zur Organisation der Tagung beigetragen hatte, konnte krankheitsbedingt nicht teilnehmen und hatte sich daher im Vorfeld aus dem ARL-Gremium verabschiedet. Der IIK dankt ihr für ihre zuverlässige Mitwirkung in den vergangenen 20 Jahren.

Im Konferenzteil der Herbsttagung am 16. Oktober 2023 im inspirierenden industriekulturellen Ambiente von FERROPOLIS folgte nach der Begrüßung und Einführung durch den Leiter des IIK, Prof. Dr. *Andreas Berkner*, ein Grußwort von *Andreas Rößler*, Dezernatsleiter Bauen, ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz im Landratsamt Anhalt-Bitterfeld zur Regionalentwicklung im Teilrevier. Daran schlossen sich drei Fachvorträge zur Wasserthematik und zur Industriekultur in Mitteldeutschland an. Im ersten Beitrag beleuchtete *Burkhard Henning*, der bis Juni 2023 Direktor des Landesbetriebs für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt (LHW) war und aktuell (noch) Geschäftsführer des Talsperrenbetriebs Sachsen-Anhalt ist, die Handlungsfelder zwischen den Katastrophenhochwassern von 2002 und 2013, den mehrjährigen Trockenperioden und den „Landschaften nach der Kohle“. Der Referent wurde überregional bekannt, als er 2013 nach einem Deichbruch im Elbe-Havel-Winkel am Tag seiner Silberhochzeitsfeier zwei Lastkähne an passender Stelle versenken ließ, um kilometerweite Überflutungen des Hinterlands zu stoppen. Seine Nachfolgerin im LHW, *Martina Große-Sudhues*, war ebenfalls anwesend und nutzte die Gelegenheit, um sich im Rahmen der Tagung den IIK-Mitgliedern vorzustellen.

In der Diskussion wurden insbesondere länderübergreifende Fragestellungen bei der wasserwirtschaftlichen Zusammenarbeit und Parallelen zwischen den hochwasserbedingten Fließgewässerdurchbrüchen in Tagebaue thematisiert (wie der Durchbruch der Mulde 2002 und 2013 jeweils in den Tagebaubereich Goitzsche sowie 2021 der Durchbruch der Inde in den gleichnamigen Tagebau). Anschließend referierte Dr. *Peter Jolas*, Leiter Umweltschutz und Geotechnik bei der MIBRAG mbH, zu den wasserbezogenen Herausforderungen für das aktive Bergbauunternehmen mit Blick auf den für die MIBRAG mbH bis spätestens Ende 2035 anstehenden Kohleausstieg. In den Tagebaubereichen Profen und Vereinigtes Schleenhain ist in den nächsten 30 Jahren ein Wasserdefizit von ca. 1,5 Mrd. m³ zu bewältigen – diese Wassermenge wäre ausreichend, um die Bleilochalsperre als größtes Reservoir in Deutschland siebenmal zu füllen.

Im Mittelpunkt des fachlichen Austausches standen die anstehenden Herausforderungen bei der Wasserbereitstellung nach Menge und Güte im Bereich der „Mitteldeutschen Trockeninsel“, welche sich in West-Ost-Richtung vom östlichen Harzvorland und dem Kyffhäuser bis in den Raum Leipzig erstreckt. Die südlichen Ausläufer ragen bis in den Norden des Thüringer Beckens. Das Gebiet ist durch mittlere Niederschlagsmengen von verbreitet unter 500 mm/a gekennzeichnet. Schließlich präsentierte *Andreas Ohse*, Vorsitzender der Mitteldeutschen Gesellschaft für Industriekultur e.V., das Projekt zur Erfassung von Zeugnissen der Braunkohlenindustrie im Zuge des Strukturwandels und stellte zugleich den Zusammenhang mit den bundesweiten Aktivitäten in diesem Kontext her. Von Juni 2021 bis Juni 2023 wurde die bergbaubedingte Kulturlandschaft mit ihren prägenden materiellen Zeugnissen erfasst. Diese Erfassung dient als Grundlage für Konzepte zur Nachnutzung der Anlagen, die zugleich das industriekulturelle Erbe Sachsen-Anhalts erhalten. Im Austausch bildeten die Fragen der Gebietskulissen bei der Erfassung mit verbliebenen „weißen Flecken“ und die Verstetigung der Aktivitäten die Schwerpunkte der Diskussion. Leider sind bislang nicht alle Landkreise in Sachsen-Anhalt Bestandteil der Erfassung;

der Freistaat Thüringen mit dem Altenburger Land ist vollkommen ausgeklammert.

Im anschließenden Austausch zur Organisation und zu den künftigen Handlungsschwerpunkten des IIK informierte *Andreas Berkner* über die notwendige Neuwahl der Lenkungsgruppe des IIK im Herbst 2023, da er nach der Absolvierung von zwei dreijährigen Perioden seit 2017 gemäß den Regularien der ARL nicht mehr zur Verfügung stehen könne. Angesichts der intensiven Meinungsbildung in der Frühjahrssitzung 2023 des IIK, des 2024 anstehenden 30-jährigen Jubiläums des Gremiums, für das eine erweiterte Fachtagung in Planung ist, und um einen geordneten Übergang zu gewährleisten, wurde das Mandat zur Leitung durch den Präsidenten der ARL bis zum 30. November 2024 verlängert, was von den IIK-Mitgliedern mit großer Zustimmung aufgenommen wurde. Die Frühjahrssitzung am 19. März 2024 wird traditionell – wie in den letzten Jahren – im Ministerium für Infrastruktur und Digitales Sachsen-Anhalt in Magdeburg stattfinden. Für die Herbsttagung am 7. und 8. Oktober 2024 wird eine geeignete Location in Mitteldeutschland, voraussichtlich im Südraum Leipzig, ausgewählt. Arbeitsschwerpunkte für das nächste Jahr bildet u. a. ein Update des 2022 erschienenen und viel zitierten Positionspapiers des IIK zu „Braunkohlenplanung, Strukturwandel und Kohleausstieg in Deutschland“.

Zum Tagesausklang gab es einen geführten Rundgang durch die eindrucksvolle Schloss- und Parklandschaft in Oranienbaum als Bestandteil des UNESCO-Welterbes. Da-

mit erfolgte zugleich ein Brückenschlag zwischen der historisch über mehr als drei Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft und dem „Industriellen Gartenreich“, das maßgeblich als Korrespondenzstandort der EXPO 2000 in Hannover entwickelt und etabliert wurde. Ein intensiver informeller Austausch im Tagungshotel beschloss den Tag.

Die Befahrung am 17. Oktober 2023 führte zunächst erneut nach FERROPOLIS, wo *Thies Schröder* als Geschäftsführer der gleichnamigen GmbH und Vizepräsident der IHK Halle-Dessau als Gesprächspartner zur Verfügung stand. Dabei spannte er den Bogen von der Industriekultur mit der „Stadt aus Eisen“ als einem wichtigen Trittstein in der Europäischen Route der Industriekultur (ERIH) bis zur Eventlocation, die mit mehreren Musikfestivals und nach den schwierigen Pandemiezeiten wieder 200.000 Gäste im Jahr empfangt. Zugleich ordnete er die standortbezogenen Anstrengungen zur Etablierung erneuerbarer Energien in den Betrieb des Freilichtmuseums ein. Vom Aussichtsdock des Absetzers „Medusa“ bestand trotz des herbstlichen Frühnebels ein perfekter Überblick über das Areal. Ein gläserner Fahrstuhl führt barrierefrei auf die Aussichtsplattform eines Tagebaugerätes.

Die weitere Route führte vorbei am Muldestausee, der 1975/1976 aus dem Tagebau Muldenstein entstand, zum „Bitterfelder Bogen“, einer eindrucklichen Aussichtskonstruktion, die 2005 auf dem „Bitterfelder Berg“, einer Abraumhalde, eingeweiht wurde. Dort stand *Klaus Zuchantke* als langjähriger Geschäftsführer des Initiativkreises



Fachlicher Diskurs mit *Thies Schröder* in FERROPOLIS



© Andreas Berkner

Erläuterungen von Thomas Tschetschorke am Seelhausener See

Bitterfeld-Wolfen e. V. für Erläuterungen zur Verfügung. Von der obersten Plattform bot sich ein weiter Rundblick über den Großen Goitzschensee in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bitterfelder Stadtkern und über die „Goitzsche-Wildnis“ – ein ehemaliges militärisches und altlastendurchsetztes Sperrgebiet – bis zum Chemiapark Bitterfeld, in dem sich seit der Wende namhafte Unternehmen der Branche angesiedelt haben. Mit dem Center for the Transformation of Chemistry (CTC) entsteht in Delitzsch derzeit ein Großforschungszentrum in enger Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt. Es dient der Strukturstärkung im Kontext des Kohleausstiegs.

Als nächste Station wurde der Seelhausener See mit dem Lober-Leine-Kanal erreicht. Hier erläuterte *Thomas Tschetschorke* vom Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen die Herausforderungen bei der 2021 abgeschlossenen Gesamtfortschreibung des Sanierungsrahmenplans. Dieser muss vielfältige Themenfelder zusammenbringen: von der NATURA 2000-Kulisse – also den Gebieten, die im Rahmen der FFH- und Vogelschutzrichtlinie gemeldet sind – bis hin zu Freizeit- und Erholungsnutzungen in einem anderen Bereich, der von der Landesgrenze zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt durchschnitten wird. *Andreas Berkner* ging überdies auf die vor Ort nach wie vor sichtbaren Hinterlassenschaften der Hochwasserstände von 2002 und 2013 ein, die auch am nachfolgenden Standort Polder Löbnitz sichtbar waren. Er berichtete, dass es erfreulich sei, dass eine bereits drei Wochen nach



© Andreas Berkner

Der Pegelturm am Großen Goitzschensee

der Flut 2013 durch die Regionalplanung in Leipzig zur Diskussion gestellte Einbeziehung der Tagebauseen (Großer Goitzschensee und Seelhausener See) in ein ganzheitliches länderübergreifendes Konzept nunmehr eine klare Umsetzungsperspektive im Zuge des Nationalen Hochwasserschutzprogramms habe. Damit entstehe ein Hochwasserschutzraum von ca. 100 Mio. m³, mit dem die bergbaubedingten Verluste an natürlichen Hochwasserretentionsflächen (45 Mio. m³) mehr als kompensiert werden könnten.

Zum Abschluss der Herbsttagung und nach dem Mittagsimbiss an der „Bernsteinpromenade“ als Erinnerung an die einstige Begleitrohstoffgewinnung im Tagebau erfolgte eine fakultative Begehung des Pegelturms mit luftigen 145 Stufen nach oben und an diesem Tag bester Fernsicht von 70 km. Der Turm geriet jüngst in die Schlagzeilen, als ein Extremsportler aus 26 Metern Höhe ins Wasser sprang und damit einen inoffiziellen deutschen Rekord aufstellte. Er nutzte dabei die Grauzone einer nicht klar ausgewiesenen Verbotssituation und sorgte für eine lebhaftete Debatte, die sich zwischen der Etablierung eines neuen Klippensprungevents und strikter Ablehnung vor Ort bewegte.

PROF. DR. ANDREAS BERKNER

Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen
Leiter Regionale Planungsstelle
Leiter des Informations- und Initiativkreises Braunkohlenregionen
Tel. +49 341 337416 11
berkner@rpv-west-sachsen.de



2023 - 81/5

Special Issue

Planungskonflikte
in der pluralen Demokratie

Papierausgabe:
ISSN 0034-0111

Elektronische Ausgabe:
ISSN 1869-4179

All manuscripts are published
open access: CC BY 4.0

FORSCHUNGSBEITRÄGE • RESEARCH ARTICLE

Markus Hesse, Manfred Kühn

Planungskonflikte in der pluralistischen Demokratie

Raine Mäntysalo, Hanna Mattila, Aino Hirvola

Institutional Gaps in Agonistic and Communicative Planning Theories. Critical Implications of the 'Systemic Turn' in Deliberative Democracy Theory

John Plöger

Agonism, decision, power – The art of working unfinished

Wolf Reuter

Konsens und Konflikt in einem Machtmodell von Planung

Wolfgang Durner

Juristische Perspektiven auf die Idee der agonistischen Planung

Grischa Frederik Bertram, Uwe Altröck

Jenseits agonistischer Planungstheorien: Die „Normalität“ von Protesten und ihr Einfluss auf die Konfliktaustragung in der räumlichen Planung

Eva Eichenauer

Planungskonflikte und Gerechtigkeit: Konzeptionelle Überlegungen am Beispiel des Ausbaus der Windenergie im Nordosten Deutschlands

Anton Brokow-Loga, Timmo Krüger

Potentials of Climate Emergency Declarations for degrowth transformations. The ambivalent stance of German municipalities in conflicts over a post-fossil future

Manfred Kühn

Planungskonflikte und Partizipation: die Gigafactory Tesla

Valentin Domann, Henning Nuissl, Antonie Schmiz

Frakturen überwinden – Neuer Lokalismus als Heuristik und Instrument zur produktiven Konfliktbearbeitung?

Printausgaben können über die Website der Zeitschrift bestellt werden:
<https://rur.oekom.de/index.php/rur/subscriptionStatic>

TRUST-/ARL-PROMOTIONSKOLLEG „TRANSFORMATIONSPROZESSE IN STADT UND LAND“

Abschluss(-Veranstaltung) der zweiten Kohorte

Nach dreieinhalb Jahren fakultätsübergreifender und strukturierter Nachwuchsförderung endete am 30. Juni 2023 die zweite Kohorte des TRUST-/ARL-Promotionskollegs zum Thema „Transformationsprozesse in Stadt und Land“. Die Promovierenden, der Vorstand und der Beirat feierten den Abschluss des Kollegs im Leibnizhaus in Hannover. Neben dem Gastvortrag „Ein neuer Governance-Ansatz für die urbane Nachhaltigkeits-Transformation? Das Reallabor Zukunftsstadt Dresden 2030“ von Dr. *Franziska*

Ehnert (IÖR, Forschungsbereich Transformative Kapazitäten) wurden Rückblicke und Einblicke in das Kolleg sowie ein Ausblick gegeben. Zudem fand die feierliche Übergabe der Zertifikate durch den Vorstand und die Geschäftsstelle des TRUST-/ARL-Promotionskollegs, die von Dr. *Lena Greinke* (ARL) und Dr. *Joana Seguin* (LUH) geleitet wurde, statt. Moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. em. Dr. *Carl Hans Hauptmeyer* und musikalisch begleitet von der Band *Senkel*.

Insgesamt neun Promovierende haben von Januar 2020 bis Juni 2023 an der zweiten Kohorte des gemeinsamen Promotionsprogramms der ARL und des Forschungszentrums „TRUST Räumliche Transformation – Zukunft für Stadt und Land“ der Leibniz Universität Hannover (LUH) teilgenommen. Die Akademie stellte zwei Plätze für *Anne Finger* und *Filip Śnieg* zur Verfügung. Die übrigen sieben Plätze wurden über das Forschungszentrum TRUST an *Ole Badelt*, *Kathleen Dahmen*, *Lydia Heilen*, *Nora Mai*, *Ronja Seegers*, *Eva Seewald* und *Leonie Wiemer* vergeben. Mit einem inter- und transdisziplinären Kursprogramm – bestehend aus Fachveranstaltungen, Kolloquien, Intensivkursen zur Entwicklung von Soft Skills und regelmäßigen Treffen – wurden die Promovierenden auf dem Weg zur Fertigstellung ihrer Dissertationen aktiv unterstützt und fachlich begleitet.

Die inhaltliche Ausgestaltung und Konzipierung des Kollegs oblag dem Vorstand des TRUST-/ARL-Promotionskollegs aus Vertreterinnen und Vertretern des Forschungszentrums TRUST und der ARL. Dazu gehörten Prof. Dr. *Rainer Danielzyk* (Generalsekretär der ARL, Professor für Landesplanung und Raumforschung an der Leibniz Universität Hannover), Prof. Dr. *Sabine Baumgart* (Präsidentin der ARL 2019–2022), Prof. Dr. *Martin Prominski* (TRUST, Professor für urbane Landschaftsentwicklung an der Leibniz Universität Hannover) und Prof. Dr. *Winrich Voß* (TRUST, Professor für Flächen- und Immobilienmanagement an der Leibniz Universität Hannover).

Zudem wurde der Vorstand durch den Beirat des Kollegs unterstützt. Dieser diente der Qualitätssicherung, Beratung und Weiterentwicklung und war mit namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzt, die selbst zu Themenfeldern, die im Kolleg bearbeitet wurden,



© Anne Widowsky

Gruppenbild der Promovierenden der zweiten Kohorte auf der Abschlussveranstaltung



© Joana Seguin

Vorstand, Beirat und Promovierende der zweiten Kohorte

forschen. Dazu gehörten Prof. Dr. *Christoph Görg* (Professor für politikwissenschaftliche Umweltforschung an der Universität Kassel), Prof. Dr. *Armin Grunwald* (Professor für Technikphilosophie am Karlsruher Institut für Technologie), Prof. Dr. *Uta Hohn* (Professorin für internationale Stadt- und Metropolenentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum), Dr. *Thomas Jahn* (ehemaliger wissenschaftlicher Geschäftsführer und Sprecher der Leitung des Instituts für sozialökologische Forschung in Frankfurt am Main), Prof. Dr. *Caroline Kramer* (Professorin für Human-geographie am Karlsruher Institut für Technologie) und Prof. Dr. *Jürgen Oßenbrügge* (Professor für Wirtschafts-geographie an der Universität Hamburg).

Weitere Informationen zu dem mit dieser Kohorte erfolgreich abgeschlossenen TRUST-/ARL-Promotionskolleg finden Sie unter folgenden Links:

<https://www.arl-net.de/de/content/trust-arl-promotionskolleg>

<https://www.trust.uni-hannover.de/>

Informationen zur ersten Kohorte (2015–2018) finden Sie hier:

<https://www.arl-net.de/de/blog/auftaktveranstaltung-des-trust-arl-promotionskollegs>

<https://www.trust.uni-hannover.de/de/nachwuchsaktivitaeten/trust-arl-promotionskolleg/>

Ansprechpersonen

GESCHÄFTSSTELLE DER ARL

Dr. Lena Greinke
Tel. +49 511 34842 34
lena.greinke@arl-net.de

GESCHÄFTSSTELLE TRUST

Dr. Joana Seguin
Tel. +49 511 762 17222
seguin@phygeo.uni-hannover.de

DAS FORUM NACHWUCHS AUF DEM BUNDESKONGRESS „TAG DER REGIONEN“

Frischer Wind für die Regionen: (Ein-)Blicke junger Planer/innen zum Thema „Zukunft“ am 15. Juni 2023 in Cottbus

Wie sieht aus planerischer Sicht eine gute Zukunft aus? Wie sehen Wertvorstellungen junger Planer/innen aus und durch welche gesellschaftlichen Trends werden sie beeinflusst? Wie werden diese Wertvorstellungen oder Zukunftsvisionen innerhalb komplexer Akteurskonstellationen verhandelt? Diesen Fragen widmete sich das Forum Nachwuchs der ARL im letzten Jahr in vielfältiger Form. Im Juni 2023 fanden dazu zwei große Veranstaltungen des Forums Nachwuchs statt, an denen sich zahlreiche Nachwuchskräfte aus Praxis und Wissenschaft aktiv beteiligten. So gab es eine Podiumsdiskussion im Rahmen des ersten Bundeskongresses „Tag der Regionen“ in Cottbus sowie die Jahrestagung

des Forums Nachwuchs in Leipzig, über die im nachfolgenden Beitrag ausführlich berichtet wird.

Vom frischen Wind durch junge Planer/innen: Der Tag der Regionen in Cottbus

Zum Thema „Die Welt im Wandel – So gelingt die Transformation der Region“ hatte das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) vom 14. bis 16. Juni 2023 zum ersten Bundeskongress „Tag der Regionen“ nach Cottbus eingeladen. Das neu entwickelte Veranstaltungsformat soll die öffentliche Wahrnehmung der Raumordnungs- und Regionalpolitik stärken



© ARL/B. Tauber



Begleitveranstaltung des Forums Nachwuchs auf dem „Tag der Regionen“



© ARL/S. Krätzig

Die jungen Planer/innen der Diskussionsrunde (v.r.n.l.): Hanna Christine Schmitt, Christian Larisch, Anja Neubauer-Betz und Benedikt Taiber

sowie die Vernetzung der Regionen fördern. Auf Einladung des Veranstalters konzipierte das Forum Nachwuchs eine eigene Podiumsdiskussion und nutzte die Gelegenheit, in den (fach-)öffentlichen Diskurs zu treten und sich zu verschiedenen Sichtweisen auf die Zukunft der Planung auszutauschen.

In einer der zentralen Begleitveranstaltungen hatten drei junge Planer/innen, die sich im Rahmen eines öffentlich ausgeschriebenen Calls beworben hatten und ausgewählt worden waren, die Möglichkeit, ein von ihnen begleitetes oder betreutes Projekt vorzustellen. Neben den zentralen Zielsetzungen des Projekts sollten die Teilnehmer/innen auch auf die Zukunftsfähigkeit und die planerische Relevanz des Projekts eingehen. Zunächst richtete Dr. *Hanna Christine Schmitt* vom Regionalverband Ruhr (RVR) den Blick auf das Ruhrgebiet sowie die Vision einer grünen Metropolregion. In ihrem Vortrag hob sie die Bedeutung von gemeinschaftlich erarbeiteten Zukunftsvisionen hervor. Anschließend berichtete *Christian Larisch* von der RWTH Aachen über die „Raumstrategie Rheinisches Revier 2028+“. Hierbei standen insbesondere regionale Leitbildprozesse sowie die Erarbeitung von informellen Leitideen und deren Planungsprozesse im Fokus. Mit ihrem verwaltungstechnischen Blick auf die Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms schloss *Anja Neubauer-Betz* (Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern) die Runde ab. In ihrem Vortrag beleuchtete sie die Abwägung von Zukunftsideen bei der Einbeziehung von unterschiedlichen Akteursgruppen und unter Berücksichtigung von konkurrierenden Flächenansprüchen.

Im Anschluss an diesen Input nahmen die drei jungen Planer/innen an einer Diskussionsrunde teil, die von *Benedikt Taiber* (BfN – Bundesamt für Naturschutz und Mitglied der Lenkungsgruppe des Forums Nachwuchs) moderiert wurde. Dabei wurde gemeinsam ergründet, wie die

junge Generation den Wandel in den Regionen wahrnimmt und welche Wünsche und Anforderungen sie an die zukünftige Planung hat. Zusätzlich stand auf dem Podium ein freier Stuhl bereit, um das Publikum zur aktiven Teilnahme an der Diskussion einzuladen. Nach anfänglichem Zögern blieb der Stuhl nicht lange unbesetzt und regte den Austausch zwischen den anwesenden Generationen an.

Und was sagen jetzt die jungen Planer/innen zur Zukunft der Raumplanung? Trotz bestehender und anhaltender Krisen blickten die Teilnehmer/innen optimistisch und mit viel Elan in die Zukunft. Gleichzeitig sind sich die jungen Planer/innen der bestehenden Herausforderungen in ihren Handlungsfeldern bewusst. Zentraler Bestandteil einer guten Zukunft ist eine transparente Kommunikation – sowohl ebenen- als auch fachübergreifend. Eine frühzeitige Integration und Berücksichtigung aller Akteursgruppen ist ein wesentliches Schlüsselement in der Planung und muss auch zukünftig gewährleistet werden. Weiterführend waren sich die Teilnehmer/innen einig, dass es effizientere, an die aktuellen Herausforderungen angepasste Planungsprozesse und eine zukunftsweisende Leitidee braucht, um Projekte als Ganzes beflügeln zu können. Abschließend bekräftigten die Podiumsteilnehmer/innen ihr Vertrauen in die Raumplanung und verabschiedeten das Publikum mit den Worten: „Mut zum Machen!“.

Das Forum Nachwuchs der ARL dankt der Organisation vor Ort und dem BMWBSB für die Möglichkeit, jüngeren Fachkräften aus der Raumplanung ein solch spannendes Forum zu bieten!

BENEDIKT TAIBER

Bundesamt für Naturschutz / Mitglied der Lenkungsgruppe des Forums Nachwuchs der ARL
Benedikt.Taiber@BfN.de

BEITRÄGE VON POLITIK UND PLANUNG FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

Jahrestagung des Forums Nachwuchs

Am 23. und 24. Juni 2023 fand die Jahrestagung des Forums Nachwuchs in Leipzig statt. Am ersten Veranstaltungstag startete das Programm direkt im Anschluss an den ARL-Kongress mit der Mitgliederversammlung. Am Abend fand das zweite Treffen der Generationen statt, das wieder von Dr. Anne Ritzinger begleitet und moderiert wurde. Des Weiteren widmeten sich die Teilnehmenden fachlichen Fragen hinsichtlich der Bedeutung einer „guten“ Zukunft der Planung. Abgeschlossen wurde das Programm der Jahrestagung mit einer Stadtführung durch Leipzigs historische Viertel und Grünanlagen.

Mitgliederversammlung des Forums Nachwuchs

Die Mitgliederversammlung bot die Gelegenheit, gemeinsam aktuelle Herausforderungen und Wünsche für die zukünftige Gestaltung des Austausches und der Zusammen-

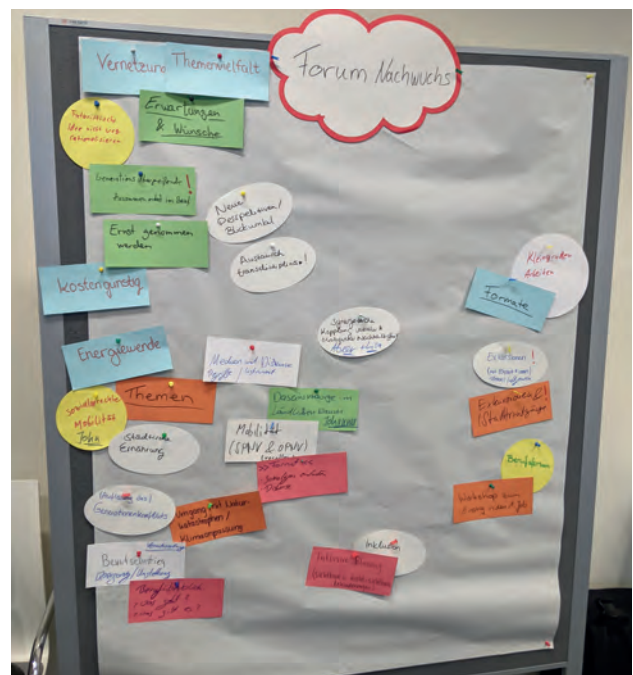
arbeit im Forum Nachwuchs der ARL zusammenzutragen, um anschließend Lösungsvorschläge sowie weitere Ideen und Anregungen der Teilnehmenden zu sammeln und festzuhalten.

Eine wirklich gute Sache: Das zweite Treffen der Generationen

Bereits bei der Einführung im letzten Jahr hatten sowohl die erfahrenen als auch die jüngeren Fachleute den direkten Austausch zu schätzen gelernt, sodass auch in diesem Jahr das Treffen der Generationen nicht fehlen durfte. Am Abend des ersten Tages wurde in ungezwungener Atmosphäre die Gelegenheit genutzt, erfahrene Menschen aus Wissenschaft und Praxis mit dem Nachwuchs zusammenzubringen, um Ideen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. Anwesend waren die Teilnehmenden der Jahrestagung sowie Mitglieder des FRU, des Präsidiums der ARL und wei-



© ARL/A. Pfeiffer



Impressionen aus der Mitgliederversammlung des Forums Nachwuchs

tere Mitglieder der Akademie. Auf besonderes Interesse stieß das Angebot von Dipl.-Geogr. *Hildegard Zeck* (Akademienmitglied) und Prof. Dr. *Axel Prieb*s (Präsident der ARL), die anhand ihrer Biografien spannende Einblicke in individuelle Karrierewege und Perspektiven fachlicher Möglichkeiten gaben (s. hierzu auch den ausführlichen FRU-Bericht in diesem Heft auf S. 114/115). Die Verstärkung dieses Formats ist somit nicht nur eine willkommene Gelegenheit, um ins Gespräch zu kommen, vielmehr wird der direkte Austausch zu einem Teil der aktiven Nachwuchsförderung.

Fachbeiträge und inhaltliche Diskussion

Zahlreiche Nachwuchskräfte trugen mit ihren facettenreichen Vorträgen und Workshops zur Annäherung an planerische Antworten auf die Frage nach der Zukunft der Planung und Raumentwicklung bei. Ihre Analysen und Thesen bildeten einen Querschnitt aktueller raumwissenschaftlicher Überlegungen und bewegten sich auf ganz unterschiedlichen Abstraktionsebenen.

Den Auftakt am Samstagmorgen bildete ein Workshop zur planungsethischen Perspektive auf städtebauliche Visionen von *Sabine Bongers-Römer* (Technische Universität Dortmund) und *Lukas Behrend* (Technische Universität Dortmund / Technische Universität Berlin). Anhand eines planerischen Praxisbeispiels wurde zunächst in Kleingruppen und anschließend im Plenum zum Thema debattiert. Insbesondere die Betrachtung von ethischen Aspekten in der Planung regte zum Austausch an. An den Workshop schlossen sich fünf anregende Fachbeiträge an.

Zunächst beleuchteten *Abeer Abdulnabi Ali* und *Lisa Neumann* (beide Ruhr-Universität Bochum) eine sozial und ökologisch nachhaltige Quartiersentwicklung mit Fokus auf deren Konzeption und praktische Umsetzung im Kontext unterschiedlicher Planungskulturen.

Cordula Schwappach (Technische Universität Berlin / Stadtplanungsamt Leipzig) stellte anschließend *climate proofing guidelines* als Instrument zur Berücksichtigung des Klimawandels und seiner Auswirkungen bei der Planung und Entwicklung von Gewerbegebieten vor.

Eine gute Zukunft bedeutet auch, alle Akteursgruppen zu berücksichtigen und zu integrieren. In einer Projektarbeit stellten *Jolina Herrmann*, *Jonas Ferlemann* und *Lea Hecker* (alle Technische Universität Dortmund) die Frage: „All inclusive? Die (Nicht-)Berücksichtigung von unsichtbar behinderten Menschen in der räumlichen Planung“. Die Studierendengruppe identifizierte Defizite in der Stadtgestaltung bzw. in Planungsprozessen und formulierte Lösungsansätze zur Berücksichtigung von bisher benachteiligten Gruppen.

Zu den wesentlichen Aspekten der räumlichen Vorsorgeplanung zählen auch die Angebote der Nahversorgung, bspw. im Hinblick auf den Zugang zu Lebensmitteläden. Durch eine GIS-gestützte Erreichbarkeitsanalyse zeigte *Johannes Aertker* (ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund) die Anwendung und die Grenzen bei der Bewertung des Lebensmitteleinzelhandels in ländlichen Räumen auf.

Der letzte Fachbeitrag lenkte den Blick auf Grenzräume in Deutschland. In seinem Vortrag ging *Raphael Sachs* (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg) auf „Regionale Governance in Deutschlands Grenzräumen – Learnings aus der Krise und Perspektiven für die Zukunft“ ein.

Zum Abschluss der Jahrestagung unternahmen die Teilnehmenden eine Stadtführung durch Leipzig. Während der Führung, bei der die Grünanlagen der Stadt und die historischen Entwicklungen im Fokus standen, konnten der informelle Austausch und die persönliche Vernetzung weiter vertieft werden.



© ARL/A. Pfeiffer

Impressionen vom Treffen der Generationen: Indoor und bei Sonnenuntergang auf der Dachterrasse der Salles de Pologne in Leipzig



Stadtführung durch Leipzig; links Blick von der Könnertitzbrücke auf die Weiße Elster; rechts: Lavendelhain am Rathaus

Die Lenkungsgruppe des Forums Nachwuchs dankt allen Referierenden, Teilnehmenden sowie dem FRU und der ARL herzlich. Wir freuen uns auf weitere Impulse und den gemeinsamen Austausch im Forum Nachwuchs der ARL.

Ideen, Interesse, Anregungen? Ihr könnt Euch gern an uns wenden

ANTONIA PFEIFFER

Klimaanpassungsmanagerin bei der Stadt Aschaffenburg
antonia.pfeiffer854@gmail.com

JULIAN ANTONI

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der
Universität Bonn
antoni@uni-bonn.de

BENEDIKT TAIBER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesamt für Naturschutz |
Technische Universität Dresden
benedikt.taiber@tu-dresden.de

ÜBER UNS – DIE GESCHÄFTSSTELLE DER ARL STELLT SICH VOR (VI)



Die Geschäftsstelle der ARL in Hannover befindet sich im TOB-Gebäude in der Vahrenwalder Str. 247; hier eine Seitenansicht des Gebäudekomplexes vom Kabelkamp aus

In enger Abstimmung mit dem Präsidium der ARL organisiert die Geschäftsstelle die laufende Arbeit im Netzwerk und unterstützt die Tätigkeit der Organe, wie die des Kuratoriums und der Beiräte. Sie besteht aus dem Generalsekretär mit den zugeordneten Stabsstellen, den Wissenschaftlichen Referaten (WR) sowie der Zentralabteilung (ZA), die vom Vertreter des Generalsekretärs geleitet wird.

Im Folgenden stellen wir Ihnen die Aufgaben und Personen in den Wissenschaftlichen Referaten der ARL-Geschäftsstelle genauer vor. Die Wissenschaftlichen Referate koordinieren die fachliche Arbeit der Gremien und deren Aktivitäten. Sie sind damit *die Ansprechpersonen* für alle Mitwirkenden in der Akademie und im Netzwerk der ARL.

WISSENSCHAFTLICHES REFERAT „GESELLSCHAFT UND KULTUR“

Das Referat I „Gesellschaft und Kultur“ wird von Dr. *Martin Sondermann* geleitet und von *Vanessa Mena Arias* als Teamassistentin tatkräftig unterstützt. Zu den fachlichen Schwerpunkten im Referat zählen:

- > Gesellschaftlicher Wandel
- > Sozialräumliche Strukturen und Ungleichheiten
- > Vulnerabilität und Resilienz

- > Kulturelle Wahrnehmung und gesellschaftliche Nutzung von Räumen
- > Siedlungsstrukturen und soziale Infrastrukturen

Alle Projekte und ARL-Gremien mit Bezug zu diesen Themenfeldern werden daher vom WR „Gesellschaft und Kultur“ unterstützt und aktiv begleitet.



Martin Sondermann

Als gebürtiger Düsseldorfer verschlug es mich früh ins große Berlin, wo ich nach dem Abitur am Humboldt-Gymnasium an die Humboldt-Universität ging. Dort studierte ich Geographie und Gartenbauwissenschaften sowie Geologie an der Freien Universität. Erst am Ende meines naturwissenschaftlich geprägten Studiums eröff-

neten sich mir durch die Tätigkeit als studentischer Mitarbeiter bei einem Stadtplaner neue Horizonte im Bereich der Stadtplanung und des Städtebaus. In der Diplomarbeit befasste ich mich mit der funktionalen und städtebaulichen Entwicklung der historischen City Berlins (Friedrichstadt und Dorotheenstadt) seit den 1980er Jahren. Der geographischen Tradition des Denkens in Zusammenhängen und des Verbindens verschiedener Disziplinen folgte ich aktiv und bewusst seit dem Studium: In meiner Doktorarbeit an der Fakultät für Architektur und Landschaft der Leibniz Universität Hannover zu „Planungskulturen kooperativer Stadtgrünentwicklung“ verband ich drei Felder meiner Ausbildung: Kulturgeographie, Stadtplanung und Gartenbau. Und die nächste Station wurde die ARL. Die Akademie kannte ich zuvor als ehrenamtlich Mitwirkender im Jungen Forum (heute Forum Nachwuchs) und durch den Arbeitskreis „Mind the Gap“ (2013–2016), den ich gemeinsam mit *Meike Levin-Keitel* initiierte, leitete und mich damit in die Untiefen der Verhältnisse von Theorien und Praktiken räumlichen Planens begab.

In der ARL leite ich seit 2017 das Wissenschaftliche Referat I „Gesellschaft und Kultur“. In dem Referat liegen die Schwerpunkte auf den oben genannten Themen, die natürlich einer dynamischen und auch strategisch-konzeptionellen Entwicklung unterliegen, wie u.a. die Forschungskonzepte der ARL widerspiegeln. Regional bin ich für den Nordwesten Deutschlands zuständig, also für Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, und betreue die hiesige Landesarbeitsgemeinschaft und ihre Arbeitsgruppen. Das Portfolio an Arbeitsgremien war und ist spannend: Derzeit reicht es von stadtreionalen Kooperationen, räumlicher Planung für gesundheitliche Chancengleichheit und die Reaktivierung von Schienenstrecken über Planungstheorien „beyond the process“ bis hin zur „Zukunft der Planung“. Das Schöne an der Tätigkeit in der ARL ist ein großartiges kollegiales Miteinander – innerhalb der Geschäftsstelle und mit den vielen engagierten Mitwirkenden des Netzwerks. Das gemeinsame Arbeiten an Themen, gesellschaftlichen Herausforderungen und planerischen Herangehensweisen mit dem großen Ziel der nach-

haltigen Entwicklung lebenswerter, sozial gerechter und ökologisch tragfähiger Räume ist immer wieder spannend, manchmal herausfordernd und in jedem Fall lohnenswert.

DR. MARTIN SONDERMANN

Leitung des Wissenschaftlichen Referats I „Gesellschaft und Kultur“

Tel. +49 511 34842 23

martin.sondermann@arl-net.de



Vanessa Mena Arias

In der Nordstadt von Hannover geboren, lebe ich seit Kurzem mit meinen zwei Katzen wieder in diesem lebendigen Stadtteil. Ich würde mich als „Vollblut-Hannoveranerin“ bezeichnen, denn ich war bislang mein gesamtes Leben in dieser Stadt wohnhaft. Die Berufsfachschule mit dem Schwerpunkt „Wirtschaft“ verließ ich 2015 – und bekam direkt im Anschluss eine Ausbildungsstelle bei der ARL. Als Auszubildende zur Kauffrau für Büromanagement gestartet, absolvierte ich hier meine Ausbildung und schloss diese 2018 erfolgreich ab. Zu meinen ersten Tätigkeiten als Teamassistentin in Elternzeitvertretung zählten die Betreuung des Drittmittelprojekts „Urban Rural SOLUTIONS“ und die Unterstützung des Wissenschaftlichen Referats II „Wirtschaft und Mobilität“.

Mittlerweile habe ich in einigen der Wissenschaftlichen Referate der ARL-Geschäftsstelle gearbeitet, bin jedoch seit 2019 die feste Assistentin im Wissenschaftlichen Referat I „Gesellschaft und Kultur“. Zugleich bin ich seit 2022 auch für das Wissenschaftliche Referat IV „Räumliche Planung und Politik“ zuständig.

Als „WR-Assistenz“ haben Sie von mir sicherlich bereits gehört bzw. die eine oder andere E-Mail erhalten. Ich unterstütze die Betreuung der Arbeitsgremien vom Start bis zum Ende der Laufzeit. Mit viel Freude übernehme ich vermehrt Aufgaben der Organisation und Planung von Gremientreffen. Darunter fällt u. a. die organisatorische Vor- und Nachbereitung von Arbeitstreffen in enger Absprache mit den jeweiligen Gremienleitungen. Dabei habe ich auch die entsprechenden Budgets immer mit im Blick. Eine meiner wichtigsten Aufgaben ist die Koordination des im Rahmen der Veröffentlichungsprozesse notwendigen „formalen Lektorats“. Wenn sich bei ARL-Publikationen Rückfragen zu Ihrem Beitrag ergeben, komme ich auf Sie zu und übernehme die formale Bearbeitung der Manuskripte bis hin zum Layout. Aufwandsentschädigungen und Druckfreigabeerklärungen laufen ebenfalls über meinen Schreibtisch. Darüber hinaus unterstütze ich meine Referate bei allen administrativen und organisatorischen Aufgaben. Nicht zu vergessen, dass ich in der Telefonzentrale mitarbeite und vertretungsweise auch für die Postbearbeitung zuständig bin. Es könnte außerdem sein, dass Sie mich das eine oder andere Mal außerhalb meines Büros hinter dem Empfangstresen des ARL-Kongresses gesehen haben. Und genau das gefällt mir an der ARL sehr: Die abwechslungsreichen und individuellen Tätigkeiten, die mich stetig wachsen lassen. Auch über die Wissenschaftlichen Referate hin-

aus greifen wir uns alle immer gerne wechselseitig unter die Arme. Wahrscheinlich einer der vielen Gründe, warum ich in der ARL „groß geworden“ und ihr seither treu geblieben bin.

VANESSA MENA ARIAS

Assistenz/Sekretariat des Wissenschaftlichen Referats I
„Gesellschaft und Kultur“
Tel. +49 511 34842 21
vanessa.mena@arl-net.de

WISSENSCHAFTLICHES REFERAT „WIRTSCHAFT UND MOBILITÄT“

Das Wissenschaftliche Referat II „Wirtschaft und Mobilität“ wird von Dr. *Martina Hülz* geleitet und von *Sarah Trockel* als Teamassistentin unterstützt. Außerdem gehören aktuell *Anne Finger* als Doktorandin und *Theresa Herdlitschka* als wissenschaftliche Mitarbeiterin zum Team.

Im Referat werden Themen bearbeitet, die sich mit räumlichen Wechselwirkungen von wirtschaftlichen Aktivitäten sowie Verkehr und Mobilität befassen. Das Wissenschaftliche Referat begleitet und koordiniert dazu verschiedene ARL-Arbeitsformate und Drittmittelprojekte, aktuell u. a. den Arbeitskreis „Wohlstandsalternativen und Regionalentwicklung“, das Leibniz-Verbundprojekt „Regional Inequality in Germany: Assessment, Drivers and Consequences“ (REINING) sowie die Landesarbeitsgemeinschaft Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland und ihre Arbeitsgruppe „Beyond borders – zur Krisenfestigkeit grenzüberschreitender Verflechtungsräume“.



Martina Hülz

Seit 2012 arbeite ich in der ARL im Wissenschaftlichen Referat „Wirtschaft und Mobilität“. Ursprünglich stamme ich von der Insel Rügen und habe in Berlin, Bonn und Southampton Geographie, Soziologie sowie Stadt- und Regionalplanung studiert. Nach verschiedenen beruflichen Stationen in Düsseldorf, Dortmund,

Duisburg und Luxemburg lebe ich seit 2010 mit meiner Familie in Hannover.

Ich mag die Arbeit in der ARL sehr! Die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsstelle und mit den Mitwirkenden aus Akademie und im Netzwerk ist sehr kollegial und vielfach auch freundschaftlich. Das motiviert und inspiriert mich jeden Tag aufs Neue. Dabei sind es nicht allein die abwechslungsreichen Themen, auch die verschiedenen Formate und die Zusammenarbeit in den vielfältigen Gruppen begeistern mich. Als Geographin bin ich es gewohnt, nicht allein auf bestimmte Kernthemen der Raumentwicklung zu schauen, sondern eine interdisziplinäre bzw. sektorenübergreifende

Perspektive einzunehmen und auch randständige Aspekte und Belange mitzudenken und neuen Entwicklungen und Einflussfaktoren Raum zu geben. Daraus ergibt sich in der ARL eine sehr spannende Zusammenarbeit, da die beteiligten Expertinnen und Experten verschiedenstes Know-how mitbringen und gemeinsam Fragestellungen bearbeiten, die die eigenen Sichtweisen und die der anderen Fachperspektiven aus Wissenschaft und Praxis gezielt zusammenbringen. Die so entstehenden Dynamiken erlauben neue Blicke und erzeugen andere Ergebnisse. Das ist wichtig, auch wenn diese transdisziplinäre Arbeitsweise aufwendig ist und erfordert, dass sich alle aufeinander einlassen, eine gemeinsame Sprache entwickeln und offen sind für eine Vielzahl an fachlichen Perspektiven und Herangehensweisen. Oft ist das ein mühsames Ringen um Verständnis und Kompromisse, aber es lohnt sich und hilft, Fachdisziplinen und Herangehensweisen besser zu verstehen und so Probleme ganzheitlich zu betrachten. Wie wichtig das ist, zeigt sich bspw. bei der Analyse von Energiewendeprozessen im Zusammenspiel mit Erkenntnissen aus den Genderstudien. Aber auch der große Themenkomplex zu nachhaltigen Wirtschaftsweisen und den Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation oder die Auseinandersetzungen rund um die Notwendigkeit einer Verkehrs- und Mobilitätswende, die neben klimapolitischen Aspekten auch soziale Teilhabe und Gerechtigkeit sichern muss, sind von Bedeutung. In klassischen ARL-Formaten wie den Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen, Jahreskongressen und Tagungen der Landesarbeitsgemeinschaften werden diese Themen transferorientiert bearbeitet. Hinzu kommen laufende Drittmittelprojekte, die derzeit von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Leibniz-Gemeinschaft gefördert werden. Alle Aktivitäten zusammen bilden den Rahmen für die Zusammenarbeit in und mit dem Referat. Zahlreiche Publikationen und Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen sind aus dieser Zusammenarbeit entstanden sowie weiterhin in Planung. Ich freue mich auch über das große Interesse an unseren Calls und an wichtigen Themen der Raumentwicklung – zugleich aber auch darüber, dass ich mit meiner Arbeit die Chance habe, mit den vielen ehrenamtlich beteiligten Fachleuten einen Beitrag zum so dringend notwendigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruch zu leisten.

DR. MARTINA HÜLZ

Leitung des Wissenschaftlichen Referats II „Wirtschaft und Mobilität“
Tel. +49 511 34842 28
martina.huelz@arl-net.de



Anne Finger

Nach meinem Studienabschluss 2016 im Fach Umweltplanung arbeitete ich zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Leibniz Universität Hannover (LUH) am Institut für Planungs- und Architektursoziologie. Hier forschte ich im inter- und transdisziplinären Kontext zu ländlichen

Räumen, aber auch in der Forschungsinitiative „Mobiler Mensch“, aus der sich mein Promotionsthema entwickelte.

2020 erhielt ich eine Promotionsstelle bei der ARL und war bis Juni 2023 Teil des Promotionskollegs, das von der Akademie zusammen mit dem Leibniz-Forschungszentrum „TRUST Räumliche Transformation – Zukunft für Stadt und Land“ der LUH getragen wurde. Gemeinsam mit acht weiteren Promovierenden absolvierte ich ein interdisziplinäres Kurs- und Betreuungsprogramm, das in diesem Sommer zu Ende ging, während mein Vertrag elternzeitbedingt noch weiterläuft.

Als Doktorandin der ARL beschäftige ich mich hauptsächlich mit meinem Promotionsthema, den nutzungsbezogenen Raumqualitäten autoreduzierter Quartiere in Deutschland. Im Sommer 2023 reiste ich durch die Bundesrepublik, um in 14 unterschiedlichen Wohnquartieren Datenerhebungen durchzuführen.

Viel Freude bereitet es mir, neben meiner wissenschaftlichen Tätigkeit die Geschäftsstelle der ARL bei der Planung und Durchführung von Kongressen und Veranstaltungen tatkräftig zu unterstützen, wie beispielsweise bei dem ARL-Vortragsabend zur „Urbanen Transformation“ oder dem Diskussionsformat „Ankunftsstadt – Migration und Stadtentwicklung“ beim diesjährigen KNOWember der Wissenschaft in Hannover.

ANNE FINGER

Doktorandin im Wissenschaftlichen Referat II „Wirtschaft und Mobilität“
Tel.: +49 511 34842 64
anne.finger@arl-net.de



Theresa Herdlitschka

Seit Oktober 2021 arbeite ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-geförderten Forschungsprojekt „Räumliche Transformationsprozesse der Energiewende – Analyse- und Gestaltpotenziale der Geschlechterforschung“. Das Forschungsvorhaben ist in zwei Teilprojekte unterteilt. Im Wissenschaftlichen Referat II ist eines davon angesiedelt, das andere wird unter Leitung von Prof. Dr. *Tanja Mölders* am Lehrstuhl „Umweltplanung und Transformation“ der Universität Freiburg durchgeführt. Ich forsche im Rahmen des Teilprojektes II unter Leitung von *Martina Hülz* zu Energiewendeprozessen in der brandenburgischen Lausitz und erarbeite in Zusammenarbeit mit dem Team aus Freiburg eine planungswissenschaftliche Heuristik zur (gender-)gerechten Planung und Gestaltung der Energiewende im Raum.

Studierte ich Sozialwissenschaften (Bachelor) an der Universität Köln und Soziologie (Master) an der Universität Jena. Im Studium habe ich mich besonders mit Fragen zu gesellschaftlich produzierten Machtverhältnissen und Ungleichheiten sowie Perspektiven auf die Gestaltung gesellschaftlichen Zusammenlebens im Anbetracht verschiedener Krisen beschäftigt. In meiner Forschung zu

räumlichen Transformationsprozessen der Energiewende aus einer Geschlechterperspektive kann ich meine Interessenschwerpunkte daher sehr gut einbringen, vertiefen und die Relevanz machtkritischer Forschung in den Raumwissenschaften herausarbeiten.

Nach Abschluss des Projektes im Sommer 2024 werde ich am Umweltforschungszentrum (UFZ) in Leipzig eine Promotion zu Narrativen in der Governance von Nachhaltigkeitstransformationen beginnen.

THERESA HERDLITSCHKA

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt „Räumliche Transformationsprozesse der Energiewende“ im Wissenschaftlichen Referat II „Wirtschaft und Mobilität“
Tel.: +49 511 34842 63
theresa.herditschka@arl-net.de



Sarah Trockel

Vor fast 10 Jahren habe ich meiner geliebten Heimatstadt Göttingen den Rücken gekehrt und meinen Lebensmittelpunkt nach Hannover verlegt.

Seit 2014 arbeite ich nun schon in der ARL und war in unterschiedlichen Bereichen der Geschäftsstelle tätig. Dazu gehören u. a. das Zentralreferat V „EDV“, das Drittmittelprojekt „Urban Rural SOLUTIONS“ oder die koordinierende Mitarbeit an der 2018 erschienenen Neuauflage des Handwörterbuchs der Stadt- und Raumentwicklung.

Seit 2014 arbeite ich zudem im Wissenschaftlichen Referat II. Hier bin ich als Teamassistentin für die organisatorische Betreuung aller Gremien zuständig, die dem Referat zugeordnet sind. Ich helfe mit bei der Planung der Veranstaltungen, unterstütze bei den Veröffentlichungsprozessen und bin Ansprechpartnerin für die Mitwirkenden bei allgemeinen Fragen.

Seit 2021 bin ich darüber hinaus im Wissenschaftlichen Referat VI „Wissenschaftliche Zeitschrift“ tätig. Hier unterstütze ich die Veröffentlichungsprozesse der raumwissenschaftlichen Fachzeitschrift „Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning“, kurz RuR, über die entsprechende Plattform, arbeite mit dem Lektorat sowie den Autorinnen und Autoren zusammen und bin für die Zusammenstellung der Online-Ausgabe der Fachzeitschrift auf der RuR-Website zuständig.

SARAH TROCKEL

Assistentin/Sekretariat des Wissenschaftlichen Referats II „Wirtschaft und Mobilität“ und des Wissenschaftlichen Referats VI „Wissenschaftliche Zeitschrift“
Tel.: +49 511 34842 24
sarah.trockel@arl-net.de

WISSENSCHAFTLICHES REFERAT „ÖKOLOGIE UND LANDSCHAFT“

Das Referat III „Ökologie und Landschaft“ befasst sich mit den vielfältigen Zugängen der Raumentwicklung zum großen Thema des Schutzes natürlicher Ressourcen. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen bei der Entwicklung und dem Schutz von Ökosystemleistungen sowie den Grundlagen und Anwendungsgebieten des natürlichen Klimaschutzes, mit Strategien der Freiraumsicherung sowie dem Auf- und Ausbau grüner und blauer Infrastrukturen. Für das Referat III „Ökologie und Landschaft“ sind Dr. Barbara Warner und Nadine Lungwitz tätig und Ansprechpartnerinnen für alles, was Inhalte und Formate der Referatsthemen betrifft.



Dr. Barbara Warner

Ich bin „von Haus aus“ Sozialgeographin, habe in Oldenburg studiert und 2002 in Leipzig zum Thema „Naturbegriffe und Stadtnaturschutz“ promoviert. Seither befasse ich mich hauptsächlich mit aktuellen Fragen nachhaltiger Raumentwicklung und den raumbezogenen Herausforderungen für mehr Natur-, Ökosystem- und Ressourcenschutz. Seit 2014 bin ich wissenschaftliche Referentin und auch Gleichstellungsbeauftragte in und für die Geschäftsstelle der ARL.

So umfassend und vielschichtig wie die oben genannten Themenfelder sind auch die Formate des Referats. Mit der aktiven Unterstützung von Nadine Lungwitz koordiniere ich die Einrichtung von Arbeitsgremien und betreue sie fachlich sowie organisatorisch. Als Referentin verknüpfe ich Fachleute aus Wissenschaft und Praxis, die zu ökologischen Themen arbeiten und bringe die Themen und Ergebnisse der Arbeitsgremien und Veranstaltungen in öffentlichkeitswirksame Formate ein. Wie alle Referentinnen und Referenten der Geschäftsstelle bin ich zugleich aktiv für die strategische Weiterentwicklung der ARL in den genannten Themenfeldern mitverantwortlich.

Darüber hinaus bin ich für die ARL in zwei Leibniz-Forschungsnetzwerken (LFN) aktiv: Im LFN „Biodiversität“ bin ich gemeinsam mit Netzwerkpartnern Ansprechpartnerin für das Thema „Land und Ressourcen schützen“, im LFN „Integrierte Erdsystemforschung“ für den Schwerpunkt „Urban-rural interlinkages in the earth system“. Selbstverständlich arbeitet mein Referat mit den fünf anderen Wissenschaftlichen Referaten in der ARL eng zusammen, das bringen die komplexen Themen und die inter- und transdisziplinäre Arbeitsweise der ARL einfach mit sich.

DR. BARBARA WARNER

Leitung des Wissenschaftlichen Referats III „Ökologie und Landschaft“
Gleichstellungsbeauftragte der Geschäftsstelle der ARL
Tel. +49 511 34842 22
barbara.warner@arl-net.de



Nadine Lungwitz

Die Region Hannover ist meine Wahlheimat und ich arbeite seit 2012 in der Geschäftsstelle der ARL als Teamassistentin. Im Wissenschaftlichen Referat III stehe ich seither als erste Ansprechpartnerin für alle allgemeinen Fragen zur Verfügung und betreue den organisatorischen Ablauf der zugeordneten Gremien. Meine Aufgaben erstrecken

sich von der Kommunikation mit den Aktiven über die Veranstaltungsorganisation bis hin zum Veröffentlichungsprozess von ARL-Publikationen.

NADINE LUNGWITZ

Assistenz/Sekretariat des Wissenschaftlichen Referats III
„Ökologie und Landschaft“
Tel. +49 511 34842 20
nadine.lungwitz@arl-net.de

WISSENSCHAFTLICHES REFERAT „RÄUMLICHE PLANUNG UND POLITIK“

Das Wissenschaftliche Referat IV „Räumliche Planung und Politik“ wird von Dr. Sebastian Krätzig geleitet und von Vanessa Mena Arias als Teamassistentin aktiv unterstützt. Zu den fachlichen Schwerpunkten im Referat zählen:

- > Stadt-, Regional- und Landesplanung
- > Stadt- und Raumentwicklungspolitik
- > Rechtliche Aspekte räumlicher Planung (Baurecht, Raumordnungs- und Landesplanungsrecht)
- > Planungssysteme und Planungspraktiken
- > Empirische Planungsforschung

Das Wissenschaftliche Referat betreut verschiedene Arbeitsgremien, Veranstaltungen und Projekte, aktuell u. a. die Erstellung von Länderprofilen zur Raumordnung und Raumentwicklung für die deutschen Bundesländer, den Informations- und Initiativkreis Forum Planungsrecht, den Internationalen Arbeitskreis „Land Policies in Europe“ sowie den neuen Arbeitskreis des Forums Nachwuchs zu Beiträgen von Planung und Politik für eine „gute“ Zukunft. Auf regionaler Ebene ist das Referat zuständig für die Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen und

die dortigen Arbeitsgruppen, die sich aktuell mit der Implementierung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch Raumordnung befassen.



Sebastian Krätzig

Ich arbeite seit Juni 2019 in der ARL-Geschäftsstelle. Zunächst war ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Forschungsprojekten „Raumbezogene Identitäten verstehen und nutzen – Eine Chance für zukunftsorientierte Regionen“ und „Regional Inequality in Germany: Assessment, Drivers and Consequences“, kurz

REINING, tätig. Seit 2021 habe ich zusätzlich die Stabsstelle Wissenschaftsmanagement unterstützt und zeitweilig vertreten, u. a. bei der Koordination der Evaluierung durch die Leibniz-Gemeinschaft und im Rahmen der Forschungsplanung. Seit August 2023 leite ich das Wissenschaftliche Referat IV „Räumliche Planung und Politik“.

Aufgewachsen bin ich in der Region Hannover und habe von 2005 bis 2010 Politik- und Sozialwissenschaften in Hannover studiert. Ab 2013 arbeitete ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltplanung und promovierte dort sowie am Institut für politische Wissenschaften der Leibniz Universität Hannover zu Beteiligungsprozessen und Protesten rund um Ansiedlungen von Anlagen im Kontext der Massentierhaltung. Meine Dissertation ist interdisziplinär angelegt und verbindet Perspektiven aus politischer Soziologie sowie Raum- und Umweltplanung. Diese interdisziplinäre Denk- und Herangehensweise kann ich im Rahmen meiner ARL-Tätigkeiten produktiv einsetzen und weiter vertiefen, z. B. für politisch sehr relevante Themen wie die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse oder bei planungswissenschaftlichen Fragen nach der Normativität von Planung.

DR. SEBASTIAN KRÄTZIG

Leitung des Wissenschaftlichen Referats IV „Räumliche Planung und Politik“

Tel. +49 511 34842 52

sebastian.kraetzig@arl-net.de



Vanessa Mena Arias

Wie bereits in meiner Vorstellung für das Wissenschaftliche Referat I „Gesellschaft und Kultur“ erwähnt, arbeite ich auch als Assistenz im Wissenschaftlichen Referat IV „Räumliche Planung und Politik“. Seit 2022 betreue ich die dem Wissenschaftlichen Referat fachlich zugeordneten Arbeitsgremien mit. Zunächst unter der Leitung von *Evelyn Gustedt*, seit der

Neubesetzung des Referats im August 2023 in Zusammenarbeit mit *Sebastian Krätzig*. Wir haben uns gut eingearbeitet, trotz einiger interner Umstellungen, die auch die Zu-

ordnung von Gremien, Projekten und Verantwortlichkeiten eingeschlossen haben. Ein regionaler Schwerpunkt liegt auf Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Bezug auf aktuelle Fragen der räumlichen Planung. Ich stehe daher vermehrt im Kontakt mit Ministerien sowie mit Politikerinnen und Politikern, was einen wesentlichen Unterschied zu meinen Hauptaufgaben im WR I darstellt. Denn auch im Wissenschaftlichen Referat IV übernehme ich die organisatorische Planung von Gremientreffen, die Kommunikation mit den Gremienmitgliedern, die interne Budgetüberwachung sowie das formale Lektorat und die Kommunikation mit den Autorinnen und Autoren im ARL-Veröffentlichungsprozess – aber auch alle darüber hinaus anfallenden administrativen Aufgaben. Als zuständiges Referat für den ARL-Kongress 2024 zum Thema „Große Infrastrukturprojekte: Planung zwischen Beschleunigung und Protest“ widmen wir uns aktuell verstärkt der Organisation und Planung der Veranstaltung, bei der Sie uns als WR IV am 18. und 19. April 2024 in Lübeck auch persönlich kennenlernen können.

VANESSA MENA ARIAS

Assistenz/Sekretariat des Wissenschaftlichen Referats IV „Räumliche Planung und Politik“

Tel. +49 511 34842 21

vanessa.mena@arl-net.de

WISSENSCHAFTLICHES REFERAT „STRATEGIEN UND KONZEPTE RÄUMLICHER TRANSFORMATION“

Das Wissenschaftliche Referat V „Strategien und Konzepte räumlicher Transformation“ widmet sich der Analyse und Bearbeitung von Problemstellungen nachhaltiger Raumentwicklung unter Berücksichtigung folgender fachlicher Schwerpunkte:

- > Sozial-ökologischer sowie transformativer Wandel
- > Gender- und Diversity-Perspektiven in der Raumforschung
- > Räumliche Gerechtigkeit
- > Governance räumlicher Transformation

Geleitet wird das Wissenschaftliche Referat V von Dr. *Katharina Kapitza*, unterstützt wird sie von den Teamassistenten *Ingo Krenz* (in Vertretung) und *Kathrin Kube*. Das Wissenschaftliche Referat betreut verschiedene Arbeitsgremien und Projekte, aktuell u. a. (internationale) Informations- und Initiativkreise zu den Themen „Braunkohlenregionen“ und „Gender and Spatial Transformation“, die (internationalen) Arbeitskreise „Endlagersuche für radio-

aktiven Abfall in Deutschland“ und „Resilient Metropolitan Regions“ sowie die Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern. Zusammen mit dem Wissenschaftlichen Referat „Wirtschaft und Mobilität“ ist das WR V zudem für die Nachwuchsförderung in der ARL zuständig, zu der u. a. die Betreuung des Forums Nachwuchs zählt.



Katharina Kapitza

Seit April 2023 leite ich das Wissenschaftliche Referat „Strategien und Konzepte räumlicher Transformation“ in der Geschäftsstelle der ARL. Ich habe Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg studiert und dort an der Fakultät Nachhaltigkeit zu sozial-ökologischen Perspektiven auf

Naturschutz und den Umgang mit Neobiota – also Pflanzen- und Tierarten, die sich jenseits ihrer Ursprungsgebiete stark ausbreiten – promoviert.

Vor meiner Tätigkeit in der ARL war ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Lüneburg (2017–2020) sowie als Postdoc am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden (2021) tätig. In der ARL bin ich seit Oktober 2021 beschäftigt und habe dort als wissenschaftliche Mitarbeiterin zunächst zwei verschiedene Drittmittelprojekte bearbeitet: das DFG-Projekt „Räumliche Transformationsprozesse der Energiewende“ sowie die Konzeptphase des Verbundprojektes „Geschlechteraspekte im Blick der raumbezogenen Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung (GiB_Raum)“.

Als Leiterin des Wissenschaftlichen Referats V bin ich dafür zuständig, verschiedene Arbeitsformate zu betreuen sowie Veröffentlichungen und Veranstaltungen innerhalb der fachlichen Schwerpunkte des Referats zu koordinieren. Darüber hinaus zählt es zu meinen Aufgaben, Forschungs- und Transferprojekte der ARL anzuregen, zu organisieren und inhaltlich zu begleiten sowie den Transfer bzw. die Ergebnisse der inter- und transdisziplinären Arbeit der ARL in den genannten Themen- und Handlungsfeldern aktiv zu unterstützen, um die Erkenntnisse für Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit sichtbar und leicht zugänglich zu machen.

Zu meinen eigenen wissenschaftlichen Schwerpunkten zählen Geschlechterperspektiven auf die Energiewende, Raum und Transformation sowie Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Darüber hinaus bin ich als Sprecherin der Arbeitsgruppe „Geschlechterverhältnisse, Nachhaltigkeit, Umwelt und Transformation“ der Fachgesellschaft Geschlechterstudien aktiv.

DR. KATHARINA KAPITZA

Leitung des Wissenschaftlichen Referats V „Strategien und Konzepte räumlicher Transformation“
Tel. +49 511 34842 47
katharina.kapitza@arl-net.de



Ingo Krenz

Seit März 2023 arbeite ich als Teamassistentin im Wissenschaftlichen Referat V „Strategien und Konzepte räumlicher Transformation“ und unterstütze Katharina Kapitza in den oben vorgestellten Aufgabenfeldern.

Meine Rolle im Referat und in der Geschäftsstelle, in der ich anteilig auch die Stabsstellen organisatorisch

unterstütze, umfasst eine breite Palette von Aufgaben, die darauf abzielen, reibungslose Abläufe sicherzustellen. Hierzu gehört die Abwicklung des Schriftverkehrs und der E-Mail-Kommunikation in Deutsch und Englisch. Ebenso gehört die Koordination der Kommunikation mit internationalen Beteiligten und Institutionen zu meinem Verantwortungsbereich. Aber auch die effiziente Verwaltung von Schriftstücken, die Führung von Akten und eine strukturierte Ablage sind wichtige Aspekte meiner Arbeit.

Darüber hinaus spielt die Abstimmung der Terminplanung eine wichtige Rolle im Rahmen meiner Tätigkeit. Dies beinhaltet bspw. auch die Erstellung von digitalen Terminplänen, den Versand von Anschreiben, Serienbriefen sowie diversen Dokumenten wie Autorenvereinbarungen, Berufungsschreiben und spezifischen Datenblättern.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die projektbezogene Recherche und Bereitstellung relevanter Informationen. Hierbei arbeite ich eng mit meinen Kolleginnen und Kollegen zusammen, um die erfolgreiche Umsetzung der Projekte bestmöglich zu unterstützen.

Organisatorisch bin ich zudem bei der Planung und Durchführung von Sitzungen und Veranstaltungen des Referats aktiv, wie Gremiensitzungen der Arbeitskreise, der Landesarbeitsgemeinschaften sowie der laufenden Drittmittelprojekte. Dazu gehören die Vorbereitung der Sitzungsräume, das Catering und ein reibungsloser Ablauf einschließlich der Kommunikation und Unterstützung der Teilnehmenden und Verantwortlichen vor, während und nach den Veranstaltungen.

INGO KRENZ

Assistenz/Sekretariat des Wissenschaftlichen Referats V „Strategien und Konzepte räumlicher Transformation“ sowie für die Stabsstellen Wissenschaftskommunikation, Wissensmanagement und Forschungsförderung
Tel. +49 511 34842 31
ingo.krenz@arl-net.de

Über das Wissenschaftliche Referat VI „Wissenschaftliche Zeitschrift“ wird in einer der nächsten Ausgaben der Nachrichten der ARL berichtet.

PERSONEN

† ANDREA CHLENCH

Dr. *Andrea Chlench*, geboren am 2. August 1963, verstarb viel zu jung am 24. November 2023. Sie war Referatsleiterin für Landesplanung und Bauleitplanung im Ministerium für Inneres, Bauen und Sport des Saarlandes. In der ARL war sie seit 2012 aktives Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, deren stellvertretende Leitung sie von 2017 bis 2020 innehatte. Sie war in der LAG u. a. in der Arbeitsgruppe zum Thema „Monitoring in der Raumplanung“ (2005 bis 2007) und der Arbeitsgruppe „Ausstattungsprofile zentraler Orte unter veränderten Rahmenbedingungen – das Beispiel von Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland“ (2011 bis 2013) aktiv. Von 2015 bis 2018 war sie überdies Mitglied im Nutzerbeirat der ARL. Die Akademie wird *Andrea Chlench* ein ehrendes Andenken bewahren.

† MARTIN DETTINGER-KLEMM

Dr. jur. *Martin Dettinger-Klemm*, geboren am 15. Mai 1927, Ministerialdirigent a. D. und Träger des Bundesverdienstkreuzes, verstarb am 27. August 2023 in Stuttgart. Er war von 1967 bis 1972 im Fachausschuss (FA) Regionale Bildungsplanung der ARL aktiv und von 1973 bis 1978 Mitglied im Arbeitskreis „Regionale Bildungsplanung im Rahmen der Entwicklungsplanung“ sowie von 1979 bis 1983 Mitglied im Arbeitskreis „Regional differenzierte Bildungssysteme“. Für sein Engagement im Kontext der Bildungsplanung wurde er 1973 zum Korrespondierenden Mitglied berufen. Die ARL wird *Martin Dettinger-Klemm* ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Nachruf auf den Verstorbenen *Hans Georg Lange* in Heft 01/2023 der Nachrichten der ARL ist uns leider ein Fehler unterlaufen:

Hans Georg Lange, Ministerialrat a. D., war nicht Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sondern des Deutschen Städtetags (DST) – wir danken für den aufmerksamen Hinweis.



2023 - 81/6

Special Issue

Innovative Land Policies
in Europe

Papierausgabe:
ISSN 0034-0111

Elektronische Ausgabe:
ISSN 1869-4179

All manuscripts are published
open access: CC BY 4.0

FORSCHUNGSBEITRÄGE - RESEARCH ARTICLE

Sebastian Dembski, Phil O'Brien

The quest for certainty: Introducing zoning into a discretionary system in England and the European experience

Andreas Hengstermann, Nadja Skala

Making land available. Cultural legal comparison of the German Building Land Mobilisation Act and the partial revision of the Swiss Spatial Planning Act

Camille Le Bivic, Joël Idt

Managing and controlling diffuse urbanisation in France: Spatial planning practices in cross-border city-regions

Peter Lacoere, Hans Leinfelder

No net land take for Flanders. Towards a roadmap for the implementation of Europe's land target

Cornelia Roboger

The taxing implementation of densification: The missed opportunity of the German land value tax

KOMMENTAR - COMMENTARY

Benjamin Davy

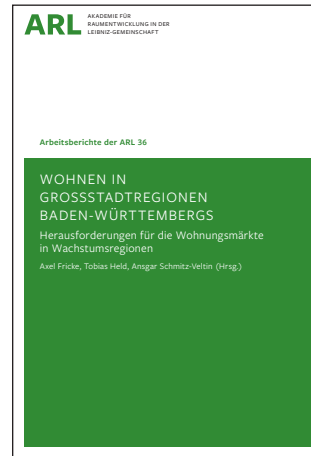
Innovative Property for Innovative Land Policy: Four Normative Principles

Printausgaben können über die Website der Zeitschrift bestellt werden:
<https://rur.oekom.de/index.php/rur/subscriptionStatic>

NEUERSCHEINUNGEN



Forschungsberichte der ARL 23
Hannover 2024, 263 S., Abb.
ISBN 978-3-88838-117-1
(PDF-Version)
ISBN 978-3-88838-118-8
(Print-Version)



Arbeitsberichte der ARL 36
Hannover 2023, 149 S., Abb.
ISBN 978-3-88838-441-7
(PDF-Version)
ISBN 978-3-88838-442-4
(Print-Version)

TRANSFORMATIONSPROZESSE IN STADT UND LAND

Erkenntnisse, Strategien und Zukunftsperspektiven

Ole Badelt, Kathleen Dahmen, Anne Finger, Lydia Heilen, Nora Mai, Ronja Seegers, Eva Seewald, Filip Šnieg, Leonie Wiemer (Hrsg.)

Erkenntnisse, Strategien und Zukunftsperspektiven – unter diesen Gesichtspunkten setzen sich die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes „Transformationsprozesse in Stadt und Land“ mit aktuellen Fragen des räumlichen Wandels auseinander. Wie kann die Große Transformation aktiv kommuniziert werden? Welche Stellschrauben können verändert werden, um ein wünschenswertes Ergebnis – im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung – zu erreichen? Wie kann räumliche Transformation am konkreten Beispiel und zielgerichtet gestaltet werden?

Der Sammelband widmet sich der Forderung aus Wissenschaft und Praxis nach einer ganzheitlichen Betrachtung. In diesem Sinne zeigt die Pluralität der vertretenen Fachgebiete unterschiedliche Perspektiven auf das Thema „Räumliche Transformation“ auf und bereichert den aktuellen Diskurs um verschiedene Ansätze, die sich zwischen Forschung und Praxis bewegen. Dies ermöglicht eine vertiefende und weiterführende Auseinandersetzung mit Transformationswissen. Die unterschiedlichen Zugänge zu Fragen der räumlichen Transformation lassen sich in folgende Themenfelder gliedern:

- > Governance und Planungsansätze
- > Kommunikation und Akzeptanz
- > Landnutzungsstrategien

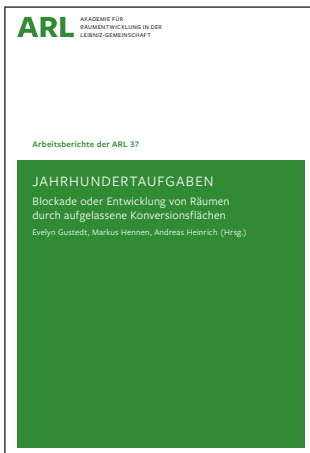
WOHNEN IN GROSSSTADTREGIONEN BADEN-WÜRTTEMBERGS

Herausforderungen für die Wohnungsmärkte in Wachstumsregionen

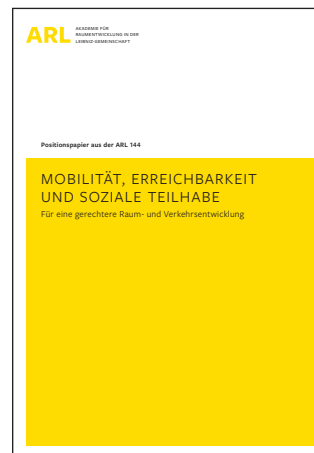
Axel Fricke, Tobias Held, Ansgar Schmitz-Veltin (Hrsg.)

Zwischen 2005 und den Jahren der Corona-Pandemie zeigte sich in den Ober- und Mittelzentren der baden-württembergischen Wachstumsregionen ein Reurbanisierungstrend, der zu einem teils deutlichen Anstieg der Nachfrage nach urbanen Wohnstandorten führte. Insbesondere die Kernstädte sind immer weniger in der Lage, den hierdurch entstehenden Wachstumsschüben wohnungs- und baulandpolitisch zu begegnen.

Der Band zeigt ausgehend von empirischen Befunden zur Wohnungsmarktentwicklung in Baden-Württemberg und der Region Stuttgart auf, welche Strategien und Handlungsoptionen zur Problemlösung auf kommunaler Ebene bestehen. Am Beispiel des Oberzentrums Stuttgart und des Mittelzentrums Göppingen wird gezeigt, dass die Städte trotz eines Ausschöpfens des rechtlich möglichen Steuerungsrahmens immer weniger in der Lage sind, den Problemen auf den Wohnungsmärkten zu begegnen. Die Beiträge diskutieren die Rolle der Raumordnung im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Flächen für den Wohnungsbau und skizzieren Ideen zur Lösung der Wohnungsmarktp Probleme auf regionaler sowie interkommunaler Ebene.



Arbeitsberichte der ARL 37
Hannover 2023, 193 S., Abb.
ISBN 978-3-88838-443-1
(PDF-Version)
ISBN 978-3-88838-444-8
(Print-Version)



Positionspapier aus der ARL 144
Hannover 2023, 10 S.
ISSN 1611-9983
(PDF-Version)

JAHRHUNDERTAUFGABEN

Blockade oder Entwicklung von Räumen durch aufgelassene Konversionsflächen

Evelyn Gustedt, Markus Hennen, Andreas Heinrich (Hrsg.)

Die Um- und Nachnutzung von Konversionsflächen als vom Militär aufgegebenen Areale sind eine zentrale Aufgabe der Raumentwicklung, insbesondere im Osten Deutschlands. Seit der Wende ist ein Großteil dieser Flächen in eine Nachnutzung überführt und veräußert worden; in der öffentlichen Wahrnehmung hat sich der Eindruck verfestigt, dass das Thema Konversion so gut wie abgeschlossen sei. Dass Konversion von ehemaligen militärischen Liegenschaften jedoch ein immens schwieriger, zeitintensiver und problematischer Prozess ist, verdeutlichen die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Arbeitsberichtes. Vielmehr handelt es sich bei der Konversion dieser Flächen um sogenannte „Jahrhundertaufgaben“, die eine generationenübergreifende Auseinandersetzung mit Zielen, Prämissen und auch Grenzen der Raumentwicklung erfordern.

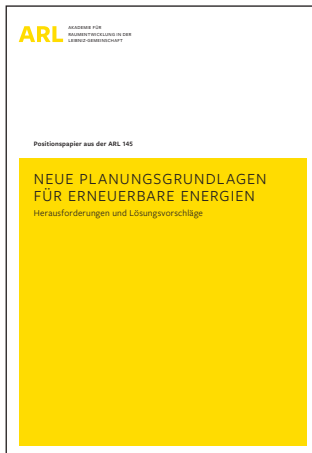
Die Autorinnen und Autoren nähern sich dem Problem der Jahrhundertaufgaben, indem sie anhand von konkreten Beispielen und erfolgreichen Prozessen Lösungsansätze erarbeiten, auch im Zusammenhang mit der Energiewende. Neben aktuellen Konversionsstrategien werden Aspekte der Inwertsetzung, der Flächenkreislaufwirtschaft und der Nachnutzungsoptionen ebenso thematisiert wie rechtliche und Governance-Fragen, denn: Konversion ist eine Querschnittsaufgabe. Die Beiträge basieren auf umfassenden praktischen Erfahrungen sowie konzeptionellen Überlegungen der Autorinnen und Autoren.

MOBILITÄT, ERREICHBARKEIT UND SOZIALE TEILHABE

Für eine gerechtere Raum- und Verkehrspolitik

Die Verkehrsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte ist hochgradig expansiv. Die zurückgelegten Distanzen nehmen zu, der Pkw-Bestand wächst, die Fahrzeuge werden größer, schwerer und schneller. Die politischen Ziele des Klimaschutzes wurden im Verkehrssektor in den letzten zwei Jahrzehnten daher weit verfehlt. Zum Gelingen der Verkehrswende bedarf es deshalb entschiedener politischer Steuerung und effektiver Instrumente. Dazu gehört die verursachergerechte Anlastung von Verkehrskosten einschließlich ihrer externen Kosten. Gleichzeitig ist der öffentliche Verkehr so auszubauen, dass er bezüglich Reisezeiten, Flächenerschließung und Komfort eine akzeptable Alternative zum privaten Pkw darstellt.

Maßnahmen zur Verkehrswende dürfen jedoch soziale Ungleichheiten nicht weiter verschärfen, sondern müssen bestehende Ungleichheiten abbauen, etwa durch Umverteilung von Einnahmen und ordnungspolitische Rahmensetzungen (Emissionsgrenzwerte). Eine sozial unverträgliche Verkehrspolitik kann Widerstand erzeugen und soziale Spaltungskräfte entfalten. Die Verkehrswende muss also sozial gerecht umgesetzt und Mobilitätsarmut vermieden werden.



Positionspapier aus der ARL 145
Hannover 2024, 12 S.
ISSN 1611-9983
(PDF-Version)

NEUE PLANUNGSGRUNDLAGEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

Herausforderungen und Lösungsvorschläge

Nach dem am 1. Februar 2023 in Kraft getretenen Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) müssen bis 2032 2% der Fläche Deutschlands für die Produktion von Windenergie bereitgestellt werden. Das Gesetz legt dabei Flächenbeitragswerte für die Länder fest, die in den Flächenländern zwischen 1,8% und 2,2% der jeweiligen Landesfläche liegen. Auch wenn die weitgehenden Änderungen des Planungsrechts im Sinne der Energiewende zu begrüßen sind, stellt die Implementierung des 2%-Flächenziels bei der Windenergie für die Planungsträger eine große Herausforderung dar. In den 12 Ländern, in denen es die Ebene der Regionalplanung gibt, wurde diese mit der Umsetzung beauftragt. Sie muss in den meisten Planungsregionen deutlich mehr Flächen als bisher ausweisen. Dabei ist sie auf die Zuarbeit anderer Institutionen angewiesen, um rechtssicher planen zu können. Wo die Flächenziele nicht erreicht werden, drohen rechtliche Sanktionen. Das vorliegende Positionspapier stellt auf Basis der Diskussionen im Ad-hoc-Arbeitskreis „Windenergie an Land“ der ARL zentrale Thesen vor, die jeweils argumentativ unterlegt die Umsetzung des „2%-Zieles“ und die Optimierung des Planungsprozesses unterstützen sollen.

AUS RAUMFORSCHUNG UND -PLANUNG

TREFFEN DER GENERATIONEN 2023

Interessante Einblicke in zwei erfolgreiche Laufbahnen

Ziel der Veranstaltung „Treffen der Generationen“ ist es, ARL-Mitglieder und Mitglieder des Forums Nachwuchs miteinander in Kontakt zu bringen – in der Annahme, dass die Jüngeren interessante Einblicke in die Karrierewege erfahrener Raumplaner/innen erhalten und die Älteren mehr über die Perspektiven und Herausforderungen jüngerer Fachleute erfahren, so dass alle von dieser Begegnung profitieren.

Das Treffen fand anlässlich des ARL-Kongresses 2023 und der Jahrestagung des Forums Nachwuchs am 23. Juni 2023 in Leipzig in den Salles de Pologne, einem innerstädtischen modernisierten Gründerzeitgebäude, statt.

An der Veranstaltung nahmen 24 Mitglieder des Forums Nachwuchs und 7 Mitglieder des ARL-Netzwerks teil: Prof. Dr. *Susan Grotefels* und Prof. Dr. *Rainer Danielzyk* (ARL und FRU), Dr. *Mei-Ing Ruprecht* und Prof. Dr. *Ulrike Weiland* (FRU), Dr. *Ludwig Scharmann* (Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der ARL) sowie *Hildegard Zeck*, Ministerialdirigentin i. R., und Prof. Dr. *Axel Priebes*, Präsident der ARL, die in diesem Jahr Einblicke in ihre Laufbahnen gaben. Zu Beginn stellte die Moderatorin Dr. *Anne Ritzinger* die beiden Letztgenannten kurz vor:

- > *Hildegard Zeck* war nach ihrem Abschluss als Diplom-Geographin wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hannover und in der Geschäftsstelle der ARL. Sie war Referatsleiterin für Raumordnung und Landesplanung beim Niedersächsischen Innenministerium und später Abteilungsleiterin im Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
- > *Axel Priebes* war nach seinem Abschluss als Diplom-Geograph zunächst als DFG-Stipendiat an der Universität Kopenhagen und als Regionalplaner tätig. Er hatte leitende Stellen bei der Gemeinsamen Landesplanung Berlin/Brandenburg, dem Kommunalverband Großraum Hannover und der Region Hannover inne. Er war bzw. ist Professor an der Universität Wien, sowie Honorarprofessor an den Universitäten Hannover und Kiel und ist seit 2023 Präsident der ARL.

Interviews

Das Gespräch wurde von *Anne Ritzinger* anhand folgender Fragen strukturiert:

- > Welches Ereignis würden Sie als das Prägendste in Ihrem Studium oder Ihrem Berufsleben bezeichnen?
- > Wann sind Sie mit der ARL in Kontakt gekommen, und welchen „Impact“ hatte das für Ihr Berufsleben?
- > Welche förderlichen Faktoren gab es in Ihrer Karriere?
- > Welche hinderlichen Faktoren gab es in Ihrer Karriere?
- > Würden Sie im Nachhinein in Ihrem Berufsleben etwas anders machen?
- > Was würden Sie Menschen in frühen Phasen des Berufslebens gerne als Tipp mitgeben?

Die beiden Befragten gaben sehr engagiert und ausführlich zu diesen Themen Auskunft und ordneten dabei ihre Erfahrungen – oft mit humorvoller Selbstdistanz – in den damaligen zeitlichen Kontext ein.

So war für *Hildegard Zeck* rückblickend das prägendste Ereignis das Angebot, in der niedersächsischen Landesplanung bei der Neuaufstellung des Landesraumordnungsprogramms 1991 mitzuwirken. Der Kontakt zur ARL entstand bereits 1981 nach Abschluss des Studiums auf Empfehlung von Prof. Dr. *Karl Ruppert*, durch die Zusammenarbeit mit Prof. Dr. *Werner Schramm* (später Generalsekretär der ARL) und über einen Werkvertrag mit der ARL zur Vorbereitung des Arbeitskreises „Regionalplanung 2000“. Darüber hinaus hat *Hildegard Zeck* in Arbeitskreisen, der Landesarbeitsgemeinschaft Bremen/Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein, der Grundsatzkommission und dem Kuratorium der ARL aktiv mitgewirkt. Förderlich für ihre Karriere waren das Netzwerk rund um und innerhalb der ARL, die aktive Mitwirkung in Gremien und Projekten, ihre Einbindung in verschiedene Ebenen der Raumplanung, aber auch die hohe fachliche Kompetenz und Sachlichkeit, ihre Kenntnisse von politischen

und administrativen Abläufen sowie ihre Zielstrebigkeit und ihr Wille zur Übernahme von Verantwortung und Führungsaufgaben.

Hinderlich war die anfangs konservative, ablehnende Einstellung ihrer Vorgesetzten gegenüber einer jungen Fachfrau mit Kind und Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung. Aus heutiger Sicht würde *Hildegard Zeck* mit dem einen oder anderen Problem anders umgehen, aber ihren Berufsweg nicht ändern wollen. Den Jüngeren gab sie folgende Tipps mit auf den Weg:

- > mutig eine neue Stelle antreten und gestalten wollen;
- > klare Ziele haben, von denen man ggf. Abstriche macht, aber bestimmte Ziele sollte man verwirklichen;
- > teamfähig sein sowie Organisationskompetenz und Führungsverantwortung entwickeln.

Der Kontakt von *Axel Prieb*s zur ARL entstand im Jahr 2000 über den ARL-Arbeitskreis Regionalplanung unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. *Hans Kistenmacher*. Förderlich für seine Karriere war die „Doppelgleisigkeit“, mit der er Planungspraxis und Wissenschaft verband, wobei für ihn die Planungspraxis im Vordergrund stand. Zu Beginn seiner Laufbahn war seine Vernetzung innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft Bremen/Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein hilfreich. Auch seine rechtlichen Kenntnisse v. a. in der Regionalplanung waren günstig für seine berufliche Entwicklung. Dagegen hat sich der Mangel an englischsprachigen Veröffentlichungen bei einer Bewerbung auf eine Professur in Norwegen als hinderlich herausgestellt.

*Axel Prieb*s gab den Jüngeren folgende Tipps für ihre Karriereplanung:

- > ein innovatives Thema aufgreifen; bei ihm selbst war dies seine frühe empirische Analyse von Stadt-Umland-Verbänden in Deutschland;
- > Niederlagen nicht tragisch nehmen – sie treten in jedem Berufsleben auf – und Frustrationstoleranz entwickeln;
- > offen, mobil und flexibel sein, auf der Basis eines breiten fachlichen Überblicks die persönliche Spezialisierung finden;
- > eine Verbeamtung nicht unterschätzen, da diese mit einem hohen beruflichen Ansehen und beruflicher Sicherheit einhergeht.

Schlaglichter aus der Diskussion

In der Diskussion wurden die Stärken und Schwächen eines Abschlusses in Geographie bzw. in der Planung angesprochen. *Axel Prieb*s sieht die Vorteile einer geographischen Ausbildung vor allem in deren Breite (Physische Geographie und Anthropogeographie), die für leitende Funktionen und den dafür notwendigen Überblick über verschiedene Themenfelder vorteilhaft ist. In der räumlichen Pla-

nung seien heute jedoch meist Fachleute aus beiden Studienrichtungen anzutreffen. Kompetenz in der Moderation wurde von *Ludwig Scharmann* als wichtige Fähigkeit bewertet, da Mitarbeitende in Planung und Verwaltung ihre Ergebnisse immer öfter in konflikthaften Diskussionen, Beteiligungsverfahren etc. vorstellen und vertreten müssen. Das Gebiet der Regionalentwicklung biete vielfältige Perspektiven für beide disziplinäre Richtungen – Geographie und Planung. Auf die Frage, wie verbeamtete Personen damit umgehen, politische Entscheidungen mittragen zu müssen, die sie persönlich nicht teilen, wurde erwidert, dass umgekehrt eine Mitgestaltung politischer bzw. planerischer Prozesse nur in der Institution und aus der Institution heraus möglich sei; aber aus dem Demokratieprinzip resultiere das Loyalitätsprinzip.

Gemeinsames Abendessen und Tauschbörse

Anschließend konnten sich alle Teilnehmenden bei einem vegetarischen Buffet in lockerer Atmosphäre stärken und ihre Gespräche fortsetzen und vertiefen.

Auf einem Flipchart wurde eine Tauschbörse eingerichtet. Hier konnten Moderationskarten aufgehängt werden, um Kontakte, Erfahrungen, Fachwissen oder persönliche Kompetenzen zu suchen oder anzubieten. Da das Flipchart in den Räumlichkeiten verblieb, konnten Teilnehmende der Jahrestagung und des Forums Nachwuchs am nächsten Tag noch einmal in Ruhe alle Angebote ansehen.

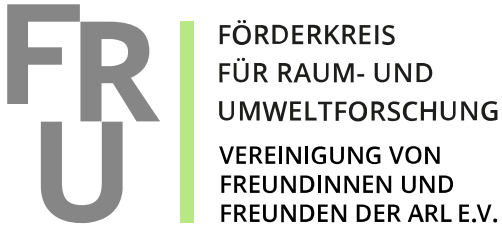
Die Dachterrasse mit ihrem weiten Blick über Leipzig ermöglichte einen stimmungsvollen Abschluss des Abends bei einem sehr schönen Sonnenuntergang und mit spannenden stadthistorischen und architektonischen Ausblicken von *Ludwig Scharmann*.

Einschätzung – Lessons learned

Der FRU-Vorstand und die Lenkungsgruppe des Forums Nachwuchs empfanden die Veranstaltung als gelungen und den Veranstaltungsort mit seinem Ambiente als gut geeignet für einen solchen Austausch und ein generationenübergreifendes Netzwerken in lockerer Atmosphäre. Da die Rückmeldungen aus dem Forum Nachwuchs positiv waren, ist geplant, das Treffen der Generationen auch 2024 wieder stattfinden zu lassen. Dann sollen wieder zwei erfahrene ARL-Mitglieder über förderliche Faktoren, aber auch über Ecken und Kanten ihrer beruflichen Laufbahnen berichten, wobei der Fokus auf stärker kontrastierende Berufswege als in diesem Jahr gelegt werden wird. Das nächste Treffen der Generationen soll wie 2022 in Bielefeld wieder mit einer Aufstellung der Teilnehmenden (Soziogramm) beginnen, da dies aktiv zur Auflockerung und zum persönlichen Kennenlernen beigetragen hat; in diesem Jahr wurde aufgrund der Seminarbestuhlung darauf verzichtet. Insgesamt waren Stimmung, Ergebnisse und Location jedoch so gut, dass das Treffen der Generationen auch 2024 gerne wieder angeboten wird.

PROF. DR. ULRIKE WEILAND

FRU-Vorstand
uweiland@uni-leipzig.de



FRU-ANGEBOT „VERSTÄNDLICH SCHREIBEN“ WIRD VERSTETIGT

In den Jahren 2022 und 2023 hat der Förderkreis für Raum- und Umweltforschung (FRU) insgesamt drei Schreibseminare zum Thema „Verständlich Schreiben“ für jeweils 12 Nachwuchsfachkräfte aus Wissenschaft und Praxis angeboten. Die Seminare wurden im Auftrag des FRU vom NaWik, dem Nationalen Institut für Wissenschaftskommunikation, online durchgeführt.

Da Wissenschaft und Praxis und hier auch die Nachwuchsfachkräfte ihre Arbeitsergebnisse immer häufiger den Medien, Fachfremden sowie der Öffentlichkeit verständlich näherbringen und in Diskussionen mit diesen kompetent und auf Augenhöhe auftreten müssen, wird es immer wichtiger, komplexe Fachthemen auf den Punkt zu bringen und für alle verständlich zu kommunizieren. Das gilt umso mehr für inter- und transdisziplinäre Arbeits- und Forschungszusammenhänge. Wer Kolleginnen und Kollegen (nicht nur) aus anderen Ressorts, sondern sogar die allgemeine Öffentlichkeit erreichen will, muss Inhalte allgemein verständlich, aber auch lebendig „überbringen“. Das lernt niemand im Studium.

In dem zweitägigen, interaktiven Seminar erlernen die Teilnehmenden wichtige Techniken zum Verfassen verständlicher Texte. Ihnen werden bewährte Techniken und Werkzeuge an die Hand gegeben, die helfen, Inhalte besser zu vermitteln.

Thematische Schwerpunkte des Online-Seminars sind:

- > Grundlagen professioneller Wissenschaftskommunikation
- > Klare Aussagen in einer Kernbotschaft bündeln
- > Gekonnt formulieren, sprachliche Fallstricke vermeiden
- > Forschung lebendig beschreiben
- > Die Sogwirkung von Überschriften, TextEinstieg und Bildern
- > Der Weg der Wissenschaft in die Medien

Lehrinhalte wechseln sich mit Übungsanteilen und Fragerunden ab. Nach Absolvieren des Seminars erhalten die Teilnehmenden ein Zertifikat.

Dank einer Spende der Christel und Klaus Wolf-Stiftung bietet der FRU die Seminare für raumwissenschaftliche Nachwuchskräfte aus Forschung und Praxis kostenfrei an.

Teilgenommen haben bisher sowohl Forscher/innen aus Universitäten sowie außeruniversitären Raum- und Umweltforschungseinrichtungen als auch Praktiker/innen der Raumplanung aller Ebenen, wie bspw. Mitarbeitende von Regionalverbänden, Bundesinstituten, Stadtbauämtern und des Bundesamtes für Naturschutz.

Alle drei Seminare wurden von den Teilnehmenden evaluiert. Alle abgefragten Aspekte, d. h. die Struktur des Seminars, die Lehrmethoden, der Lernerfolg, das Engagement der Dozentinnen und Dozenten sowie deren Bereitschaft, auf Fragen einzugehen, wurden als sehr gut bewertet, der erforderliche Arbeitsaufwand wurde als angemessen eingeschätzt.

Aufgrund dieser durchweg positiven Evaluierungen wird der FRU die Schreibseminare auch in Zukunft anbieten. Um ein breiteres Themenspektrum abzudecken, werden sie künftig durch ein Einführungsseminar in die Grundlagen der Wissenschaftskommunikation ergänzt.

PROF. DR. ULRIKE WEILAND

FRU-Vorstand
uweiland@uni-leipzig.de

FORSCHUNGSNETZWERK „LEIBNIZ R“ HAT EIN ZWEITES STIPENDIUM VERGEBEN



Leonid Klimov war von Juni bis September 2023 Journalist in Residence am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig. Er beschäftigt sich vor allem mit Medien und Geschichte mit einem Fokus auf das östliche Europa und arbeitet als Wissenschaftsredakteur bei *dekoder.org*. Das Online-Magazin veröffentlicht Texte von russischen und belarussischen Journalistinnen und Journalisten in deutscher Übersetzung mit kontextualisierenden Beiträgen europäischer Wissenschaftler/innen.



©Peter Wittmann/IfL

Leonid Klimov

Leonid Klimov ist Mitgesellschafter des Mediums und verantwortet dort unter anderem die Konzeption, Koordination und Produktion von *dekoder*-Specials (ausgezeichnet mit dem Grimme Online Award 2021). Seine Zeit am IfL nutzte er für Vorarbeiten zu einem neuartigen Online-Magazin an der

Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Journalismus. Unter anderem hat er sich mit Möglichkeiten der Einbettung von Karten und geovisuellen Elementen in digitale Projekte befasst.

Das IfL analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Die zentralen Forschungsthemen sind sozialräumliche Ungleichheit, Entwicklungsperspektiven für ländlich-periphere Regionen, Mobilität und Migration, Zugehörigkeit und Differenz sowie Visualisierung raumbezogener Entwicklungen. Regionale Schwerpunkte sind Deutschland und das östliche Europa.

Das *Leibniz R Journalist in Residence Fellowship* ermöglicht Journalistinnen und Journalisten einen Gastaufenthalt an einer der am Programm teilnehmenden Einrichtung des Forschungsnetzwerks „Räumliches Wissen für Gesellschaft und Umwelt – Leibniz R“. Die Fellows verfolgen in dieser Zeit eigene Recherchen und nutzen die Möglichkeit zum Austausch mit Forscherinnen und Forschern sowie zur Teilnahme an internen oder öffentlichen Veranstaltungen.

Weitere Informationen zum Leibniz R Journalist in Residence-Programm unter <https://leibniz-r.de/leibniz-r-journalist-in-residence-fellowship/>

Mehr zum Online-Magazin *dekoder*: <https://www.dekoder.org>

LEONID A. KLIMOV

Wissenschaftsredakteur
mail@leonid-klimov.net

PARKEN IN DER STADT: IM ZWEIFEL LIEBER EINE GRÜNFLÄCHE

Parken beansprucht in unseren Städten viel Platz, auch am Straßenrand. Könnte dort, wo heute ein Parkplatz ist, zukünftig auch eine Grünfläche oder ein Fahrradweg sein?

Dr. *Janina Welsch*, Wissenschaftlerin am ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, hat in Düsseldorf-Bilk das Mobilitätsverhalten der Bewohner/innen erhoben und untersucht, wie verschiedene potenzielle Veränderungen im Parkraum bewertet werden. Unterschiedliche Nutzungsansprüche konkurrieren zunehmend um den knappen öffentlichen Stadtraum, deshalb ist ein Parkraummanagement ein wichtiger Baustein in der lokalen Verkehrspolitik, um Parkflächen effizienter zu nutzen, nachhaltige Mobilität zu fördern und zum Klimaschutz beizutragen.



Foto: Janina Welsch/ILS

Auch wenn sich Unterschiede zwischen Pkw-Besitzerinnen/-Besitzern und Menschen ohne eigenes Auto zeigen, stimmen viele einer potenziellen Veränderung im Parkraummanagement zu. Konkret sind damit Maßnahmen wie die Einführung von Bewohnerparken, die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und entsprechende Kontrollen gemeint. Beide Gruppen priorisieren im Falle einer potenziellen Umwandlung von Parkplätzen mehr Grünflächen und Fahrradwege im Quartier.

Das Projekt wurde in Kooperation mit dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBD) und dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNV) durchgeführt. Ausgewählte Ergebnisse sind in der ILS-TRENDS-Ausgabe „Parken – was sonst? Wie Bewohner*innen in Düsseldorf-Bilk Mobilität und Parken bewerten“ erschienen.

Zur Ausgabe: https://t1p.de/ILS_parken

Wissenschaftliche Ansprechperson im ILS

DR. JANINA WELSCH

janina.welsch@ils-forschung.de

HITZEANPASSUNG IN STÄDTEN

Neues Tool für die Bewertung von Maßnahmen



Grafik: R. Ortlepp/ÖR-Media

Sehr sonnige, heiße Tage und warme Nächte beeinträchtigen das Wohlbefinden vieler Stadtbewohner/innen. Um die Bevölkerung vor Hitzestress zu schützen, sind Anpassungsmaßnahmen wie Verschattung oder Entsiegelung mit anschließender Begrünung in Quartieren dringend erforderlich. Bei der Umsetzung stehen Kommunen, die Wohnungswirtschaft, aber auch Privatpersonen immer wieder vor der Frage, welche Maßnahme die Hitzebelastung am effektivsten mindert. Bei dieser wichtigen Entscheidung können digitale Planungstools unterstützen.

Ein solches Tool haben das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), die Technische Universität Dresden (TU Dresden) und die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Dresden im Verbundprojekt Heat-ResilientCity (HRC; deutsch: Hitzeangepasste Stadt) zusammen mit Partnerinnen und Partnern aus der Praxis ent-

wickelt. Mit dem HRC-Hitzetool lässt sich abschätzen, wie Anpassungsmaßnahmen im Freiraum bzw. an und in Wohngebäuden wirken. Der Entwicklung des Tools ging eine umfangreiche Recherche zu bereits vorhandenen Angeboten voraus. Auf dieser Basis hat das Projektteam das HRC-Hitzetool konzipiert. Ziel war es, die Defizite existierender Anwendungen zu kompensieren und gleichzeitig ein einfaches und gut übertragbares Werkzeug für die Bewertung kleinräumiger Hitzeanpassungsmaßnahmen bereitzustellen.

Anpassungsmaßnahmen im Freiraum

Wie sich Maßnahmen auf die Hitzebelastung im Freiraum auswirken, lässt sich mit dem Freiraumindikator des HRC-Hitzetools abschätzen. Hierbei ist es möglich, die Wirkung kleinräumiger Maßnahmen und von Straßengrün zu beur-



© H. Hensel/ÖR-Media

Balkone und Sonnenschutz



Grafik: R. Ortlepp/IÖR-Media

teilen. Aus den vorgegebenen Modellflächen können diejenigen Flächen ausgewählt werden, die einerseits den Ausgangszustand und andererseits die geplante Maßnahme am besten repräsentieren. Der Unterschied der jeweiligen Wärmebelastung für Menschen zwischen den beiden Flächen wird bewertet. Darüber hinaus ist eine zeitliche Differenzierung hinsichtlich verschiedener Sommermonate und Tageszeiten möglich. Beide Aspekte stellen eine Innovation im Vergleich zu anderen Anwendungen dar. Ein Ampelsystem macht schnell deutlich, wie wirksam eine Maßnahme die Hitzebelastung reduziert.

Anpassungsmaßnahmen in und an Wohngebäuden

Wie sich Maßnahmen auf die Hitzebelastung in Innenräumen auswirken, lässt sich mit dem Gebäudeteil des HRC-Hitzetools abschätzen. Dabei wird zunächst die aktuelle Hitzebelastung eines Raumes ermittelt. Dazu werden die Lage des Raumes im Gebäude, die Größe der Fenster, die Bauweise des Gebäudes und die Möglichkeiten der Lüftung angegeben. Im zweiten Schritt ist die Anpassungsmaßnahme auszuwählen, deren Wirksamkeit geprüft werden soll, etwa Außenjalousien oder Dachbegrünung. Wie wirksam die gewählte Maßnahme die Hitzebelastung reduziert, zeigt ebenfalls ein Ampelsystem an.

Das HRC-Hitzetool im Internet: <http://hrc-hitzetool.ioer.info/>

Hintergrund

Das Projekt HeatResilientCity wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Europäische Union gefördert. Neben dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden gehören zum Projektverbund: die Technische Universität Dresden, die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, das Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der Fachhochschule Erfurt, das Umweltamt der Landeshauptstadt Dresden, das Umwelt- und Naturschutzamt der Landeshauptstadt Erfurt sowie in Phase I die Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden und in Phase II das Amt für Gesundheit und Prävention der Landeshauptstadt Dresden. Das Projekt wurde mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis Forschung 2022 ausgezeichnet.

Weitere Informationen: <http://heatresilientcity.de/>

Wissenschaftlicher Kontakt im IÖR

DR. REGINE ORTLEPP

R.Ortlepp@ioer.de

NET.WORK INTEGRIERTE NETZPLANUNG THÜRINGEN

Breit angelegter Stakeholderprozess
gestartet



Der Weg zur Klimaneutralität bedeutet einen Strukturwandel des Energiesystems. Während das konventionelle Energiesystem durch zentrale Großkraftwerke versorgt wurde, ist das neue System von dezentralen Erzeugungsanlagen, Speichern und bidirektionalen Prosumern [Menschen, die ein Produkt, in diesem Fall Energie, verbrauchen und zugleich selbst produzieren] geprägt. Gleichzeitig ändern sich Angebot und Nachfrage an Strom, Gas und Wärme. Technologien wie Wärmepumpen, Power-to-X [Technologien zur Speicherung und Nutzung von Stromüberschüssen in Zeiten eines Überangebotes] und Blockheizkraftwerke fungieren als Kopplungspunkte der Sektoren. Die bislang getrennten energietechnischen und -wirtschaftlichen Sektoren sind im zukünftigen dekarbonisierten Energiesystem eng miteinander verzahnt, daher muss auch deren Energieinfrastruktur zusammengedacht und geplant werden.

Das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz (TMUEN) gibt mit NET.WORK den Impuls für eine Integrierte Netzplanung in Thüringen. Die bisher getrennt geplante Infrastruktur für die Sektoren Strom, Wärme und (grüne) Gase soll synchronisiert werden, um einen effizienten Wandel zu gestalten – zügig und kostengünstig. Dabei wird die Energieerzeugung, der -transport und auch der -verbrauch (z.B. in Industrie, Wohnungswirtschaft, privaten Haushalten) ganzheitlich betrachtet.

Hintergrund ist der Artikel 8 des Thüringer Klimagesetzes (ThürKlimaG §8 Abs. 5), der Fernwärmeversorgungsunternehmen zur Entwicklung eines Konzeptes für ihr Wärmenetz verpflichtet, das an dem Ziel der nahezu klimaneutralen Wärmeversorgung bis zum Jahr 2040 ausgerichtet ist. Die Unternehmen waren verpflichtet, dieses bis Dezember 2022 an das Thüringer Energieministerium zu übermitteln.

Für die Konzeption haben sich in Thüringen 36 Fernwärmeversorger zusammengetan und nach einer gemeinsamen Methodik gearbeitet. Diese Unternehmen haben dann auch über eine eigens von ihnen organisierte Tagung – die Thüringer Wärmtagung am 26. April 2023 in Erfurt – für einen breiten Dialog mit Politik und Verwaltung zur Umsetzung geworben. Es wurde schnell klar, dass die Realisierung

der Netzplanung nicht nur für den Wärmebereich, sondern sektorübergreifend betrachtet werden muss.

Dafür wurde im September 2023 ein Stakeholderprozess vom TMUEN ins Leben gerufen und das Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk (ThEEN) e.V. mit dessen Organisation beauftragt. Alle relevanten Akteure einer Integrierten Netzplanung werden für einen ergebnisorientierten Diskussionsprozess vereint. Eingebunden sind Politik, öffentliche Verwaltung, Energiewirtschaft und Netzbetreiber sowie Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Bis Februar 2024 werden in sechs thematischen Arbeitsgruppen gemeinsam konkrete Handlungsbedarfe identifiziert und Maßnahmen für folgende Bereiche erarbeitet:

- > Sektorenübergreifende Netzentwicklung (Planungsprozesse)
- > Finanzierung
- > Rechtsrahmen
- > Genehmigungsverfahren
- > Fachkräftemangel und Kooperationspotenziale
- > Akzeptanz und Kommunikation

Zur Eröffnung des Stakeholderprozesses sind am 21. September 2023 über 100 Teilnehmende zur Auftaktveranstaltung in der Messe Erfurt zusammengekommen, um gemeinsam die aktuellen energiepolitischen Herausforderungen zu diskutieren.

„Ohne Netzausbau keine Energiewende. Das Ziel ist, effektiver, schneller und kostengünstiger zu planen“, fasste Thüringens Umweltminister *Bernhard Stengele* die Zielsetzung des Stakeholderprozesses in seiner Eröffnungsrede zusammen.

Durch die Veranstaltung wurde ein erster Austausch der unterschiedlichen Akteure ermöglicht. Im kollektiven Brainstorming zeichneten sich aktuelle Hürden in der Netz-



© THEEN e. V., 2023

Bernhard Stengele, Energieminister in Thüringen, eröffnet die Auftaktveranstaltung in Erfurt

entwicklung, zentrale Zusammenhänge zwischen den Akteursgruppen und Energiesektoren sowie erste konstruktive Lösungsansätze ab. In den nächsten Monaten wird die Arbeit in thematischen Untergruppen fortgesetzt und intensiviert.

So werden in Arbeitsgruppe 1 „Sektorenübergreifende Netzentwicklung“ die bestehenden Planungsinstrumente zusammengeführt. Das betrifft z.B. die Wärmestrategie der Thüringer Stadtwerke, den Netzentwicklungsplan für Strom, den Gasnetztransformationsplan, mit dem die Nachfrage nach grünem Wasserstoff gedeckt werden soll, aber auch die Raumordnungspläne (Landesentwicklungsprogramm und Regionalpläne). Diese Instrumente werden übereinandergelegt, Zeithorizonte verglichen, Schnittstellen identifiziert und Maßnahmen abgeleitet, um ein harmonisches Zusammenwirken der Gesamtplanung zu realisieren.

Die Arbeitsgruppe 2 „Finanzierung“ nutzt die Ergebnisse aus Gruppe 1, um Finanzierungsbedarfe für die integrierte Netzentwicklung zu ermitteln. Da der Finanzbedarf für den Umbau der integrierten Energieinfrastruktur sehr hoch sein wird und „klassisch“ nicht zu finanzieren ist, werden auch die Optionen zur Weiterentwicklung der Finanzierungsstrategie diskutiert. Das heißt: Welcher Mix aus

klassischen (z. B. Krediten) und modernen (z. B. Mezzanine-Finanzierungen wie Nachrangdarlehen, die eine Mischung zwischen Eigen- und Fremdkapital darstellen) Finanzierungsinstrumenten ist geeignet? Oder welche Finanzinstrumente müssen noch entwickelt werden? Auch die Absicherungen zur Risikominderung bei Bankinstituten sind ein Thema.

Arbeitsgruppe 4 „Genehmigungsverfahren“ verfolgt das Ziel, Genehmigungsverfahren für den Ausbau der Netzinfrastruktur sowie der erneuerbaren Energien schneller und rechtssicherer zu machen. Die Akteure setzen hier auf unterstützende Maßnahmen für Behörden und Vorhabensträger, z. B. über die Verbesserung der Antragsqualität durch Hilfestellungen in Form von externer Beratung, Checklisten und/oder Planspielen.

Auch in der Arbeitsgruppe 3 „Rechtsrahmen“, der Arbeitsgruppe 5 „Fachkräftemangel und Kooperationspotentiale“ sowie der Arbeitsgruppe 6 „Akzeptanz und Kommunikation“ werden weitere spannende Ergebnisse erwartet. Sie tagten aber nach Redaktionsschluss erstmals im November 2023. Das TMUEN und der THEEN e.V. begleiten den strukturierten Stakeholderprozess und ermöglichen damit einerseits die Konkretisierung und fachspezifische Bearbeitung der Unterthemen und stellen andererseits sicher, dass die Interaktion und der Ergebnistransfer zwischen den Arbeitsgruppen stattfindet.

Die Ergebnisse des Stakeholderprozesses beinhalten konkrete kurz- und mittelfristige Maßnahmen und werden im März 2024 auf der Erneuerbare Energien- und Klimakonferenz in Jena vorgestellt. Um die ermittelten Handlungsbedarfe nachhaltig umzusetzen, soll das Projekt NET.Work bis 2040 fortgeführt werden. Thüringen ist mit diesem sehr breit angelegten Stakeholderprozess eines der Vorreiterländer in der Integrierten Netzplanung. Die Ergebnisse und Erfahrungen sind daher auch für andere Bundesländer von großer Relevanz.

NET.WORK Integrierte Netzplanung Thüringen:
<https://umwelt.thueringen.de/themen/energie/integrierte-netzplanung>

Thüringer Wärmetagung: <https://www.theen-ev.de/de/twt-2023.html>

Fachliche Ansprechpersonen

CORNELIA GIEßLER

stellvertr. Referatsleiterin, Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz (TMUEN)
 Tel. +49 361 57 39 11 326
cornelia.giessler@tmuen.thueringen.de

JANA LIEBE

Geschäftsführerin, Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk (THEEN) e.V. / Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der ARL
 Tel. +49 361 663 82 280
jana.liebe@theen-ev.de

AUSGEWÄHLTE ZEITSCHRIFTENBEITRÄGE

Als Informationsservice für die Forschung und zur Förderung des Transfers raumwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis wird in den Nachrichten der ARL in jedem Heft auf raumrelevante Beiträge aus national und international bedeutsamen Zeitschriften hingewiesen. Vollständigkeit wird nicht angestrebt. Über Hinweise auf erwähnenswerte Arbeiten freut sich die Redaktion. Die Aufsätze werden nur einmal – nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt – einer Rubrik zugeordnet. Die Zeitschriftenschau ist wie folgt gegliedert:

1. Theoretische und methodische Grundlagen
2. Raumplanung und -entwicklung
3. Umwelt
4. Wirtschaft
5. Soziales
6. Infrastruktur

1. THEORETISCHE UND METHODISCHE GRUNDLAGEN

- Bäcklund, P.; Kanninen, V.; Hanell, T. (2023): Accepting Depoliticisation? Council Members' Attitudes Towards Public-Public Contracts in Spatial Planning. In: *Planning Theory & Practice* 24 (2), 173-189.
- Bell, M. (2023): The epistemic tensions of nuclear waste siting in a nuclear landscape. In: *Environment and Planning E: Nature and Space* 6 (2), 841-862.
- Braig, K. F.; Ehlers-Hofherr, A. (2023): Mediation als Erfolgsfaktor bei der Planung und Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. In: *Natur und Recht* 45 (3), 178-182.
- Caniglia, G.; Vogel, C. (2023): On being oriented: Strengthening transgressive orientations in transdisciplinary sustainability research through queer theory. In: *GAIA* 32 (1), 167-171.
- De Castro Mazarro, A.; George Kaliaden, R.; Wende, W. et al. (2023): Beyond urban ecomodernism: How can de-growth-aligned spatial practices enhance urban sustainability transformations. In: *Urban Studies* 60 (7), 1304-1315.
- Dral, G. J.; Witte, P. A.; Hartmann, T. (2023): The impact of participatory decision-making on legitimacy in planning. Dilemmas and tensions in the Dutch municipal planning context. In: *disP – The Planning Review* 59 (1), 98-113.
- Geißler, G.; Uhlhorn, B.; Ginner, K. et al. (2022): Trends und Themen der Forschung zu Umweltprüfungen seit 2015. In: *UVP-report* 36 (2), 48-57.
- Guckelberger, A. (2023): Beschleunigung per Gesetz – über Sinn und Sinnhaftigkeit der Legalplanung. In: *Natur und Recht* 45 (6), 361-369.
- Haesbaert, R. (2023): Territorium und Multiterritorialität in dekolonialer Perspektive. Ein geographischer Zugang aus Abya Yala/Afro-/Lateinamerika. In: *Geographische Zeitschrift* 111 (2-3), 99-120.
- Healey, P. (2022): Planning Knowledge and Situated Practices. Contribution to the Virtual Conference „Challenges of Transferring Planning Knowledge and Experience to Other Countries“; 24-25 September 2022. In: *disP – The Planning Review* 58 (4), 117-122.
- Kocsis, J. (2023): 'iEso no se dice!': Exploring the value of communication distortions in participatory planning. In: *Planning Theory* 22 (3), 270-291.
- Kunzmann, K. R. (2022): Challenges of transferring planning knowledge and experience to other countries. In: *disP – The Planning Review* 58 (4), 107-116.
- Lesutis, G. (2023): Queering as (un) knowing: Ambiguities of sociality and infrastructure. In: *Progress in Human Geography* 47 (3), 392-408.
- Nettelblatt, G. (2023): From scandalization to normalization: conceptualizing the mainstreaming of far-right contestations in participatory processes. In: *European Planning Studies* 31 (8), 1575-1593.
- Palavicino, C. A.; Ejderyan, O.; Vienni-Bap-tista, B. (2023): Building pathways between transdisciplinarity and transformation: Lessons from practice. In: *GAIA* 32 (1), 133-137.
- Pløger, J. (2023): Contingency, decision, unfinished planning: let's quarrel more! In: *European Planning Studies* 31 (8), 1634-1650.
- Rammert, A. (2023): Entwicklung und Anwendung eines raumbezogenen Index für Mobilität. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (3), 225-238.
- Restrepo-Mieth, A. (2023): Learning from Mistakes: Reflective Planning, Simple Junctures, and Institutional Change. In: *Planning Theory & Practice* 24 (1), 46-63.
- Sareen, S.; Lund Waagsaether, K. (2023): New municipalism and the governance of urban transitions to sustainability. In: *Urban Studies* 60 (11), 2271-2289.
- Schurr, C.; Marquardt, N.; Militz, E. (2023): Intimate technologies: Towards a feminist perspective on geographies of technoscience. In: *Progress in Human Geography* 47 (2), 215-237.
- Sell, T.; Dunkl, A.; Henn, S. et al. (2023): Ermittlung des Wohnbauflächenbedarfes unter Berücksichtigung kleinräumiger Wanderungsbewegungen. Ein Praxisansatz am Beispiel der Region Halle-Leipzig. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (2), 170-187.
- Taiber, B. (2023): Aktueller Stand der Landschaftsrahmenplanung in Deutschland: Aufstellung, Fortschreibung und Digitalisierung. In: *Natur und Landschaft* 98 (5), 228-237.
- Wagner, J.; Schipperges, M.; Kern, F. et al. (2023): Digitalisierung – Gesellschaft – Naturschutz: Wechselwirkungen und Konsequenzen. In: *Natur und Landschaft* 98 (6-7), 274-282.
- Zonta, A. L.; Jacobi, J.; Mukhovi, S. M. et al. (2023): The role of transdisciplinarity in building a decolonial bridge between science, policy, and practice. In: *GAIA* 32 (1), 107-114.

2. RAUMPLANUNG UND -ENTWICKLUNG

- Anders, S.; Schulz, C. (2023): Zukunftsperspektiven für die Innenstadt. Innovationsförderung, Profilschärfung und Management. In: *Planerin* (3), 5-8.
- Beurskens, K.; Bruns, B.; Wiest, K. (2023): Aushandlungen von Zugehörigkeiten – europäische Grenzregionen im Fokus. In: *Geographische Rundschau* 75 (6), 10-16.
- Bloßfeldt, S. (2023): Promoting cross-border cooperation through cross-border central places: strategic town-twinning on the Bavarian-Czech border reconsidered. In: *European Planning Studies* 31 (8), 1594-1611.
- Casale Mashiah, D.; Beeri, I.; Vigoda-Gadot, E. et al. (2023): Responsible research and innovation in Europe: empirical evidence from regional planning initiatives in Austria, Norway, and Spain. In: *European Planning Studies* 31 (9), 1949-1974.
- Chilla, T. (2023): The domestic dimension of cross-border governance: Patterns of coordination and cooperation. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (2), 140-153.
- Chilla, T.; Lambracht, M. (2023): Institutional mapping of cross-border cooperation. INTERREG programme analyses with KEEP data. In: *European Planning Studies* 31 (4), 700-718.
- Debrunner, G.; Hengstermann, A. H. (2023): Vier Thesen zur effektiven Umsetzung der Innenentwicklung in der Schweiz. In: *disP – The Planning Review* 59 (1), 86-97.
- Dosch, F.; Einig, K.; Jakubowski, P. et al. (2022): Zeitenwende auch für die Raumordnung? Konsequenzen des Ukrainekrieges für die Raumentwicklungspolitik in Deutschland. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 49 (4), 10-25.
- Eichhorn, S.; Diller, C.; Pehlke, D. (2023): Die Entwicklung der Regulierungsintensität der deutschen Regionalpläne von 1985 bis 2017. Ein empirischer Beitrag zur Diskussion um den Bedeutungsverlust der Raumordnung. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (3), 207-224.
- Eichhorn, S.; Gerten, C.; Weiß, M. et al. (2023): Städtebauliche Entwicklungsdynamiken an Fernverkehrsbahnhöfen in Deutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (3), 254-270.
- Erbguth, W. (2023): Beschleunigung im Zeichen von Klima- und Energiekrise: materiell-rechtlich, verfahrensrechtlich? In: *Natur und Recht* 45 (4), 242-246.
- Growe, A.; Terfrüchte, T. (2023): Bedeutende Städte jenseits der Metropolen? Regiopolen und ihre Rolle im deutschen Städtesystem. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (2), 154-169.
- Günay, M.; Schöngart, L. (2023): Planning for Resonant Urban Spaces. Introducing a Theoretical Framework for Studying Making-Practices. In: *pnd – rethinking planning* (1), 145-164.
- Haupt, W.; Eckersley, P.; Irmisch, J. et al. (2023): How do local factors shape transformation pathways towards climate-neutral and resilient cities? In: *European Planning Studies* 31 (9), 1903-1925.
- Hülz, M.; Schulz, C. (2023): Gute Lebens- und Wirtschaftsweisen planen. Die Rolle der Raumwissenschaften. In: *Planerin* (2), 5-8.
- Kaika, M.; Varvarousis, A.; Demaria, F. et al. (2023): Urbanizing degrowth: Five steps towards a Radical Spatial Degrowth Agenda for planning in the face of climate emergency. In: *Urban Studies* 60 (7), 1191-1211.
- Marvin, S.; McFarlane, C.; Guma, P. et al. (2023): Post-pandemic cities: An urban lexicon of accelerations/decelerations. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 48 (3), 452-473.
- Miao, J. T. (2023): Inside-out in creative industry-led urban regeneration: the roles of developers in Liverpool and Bristol compared. In: *International Planning Studies* 28 (2), 178-192.
- Mironowicz, I.; Ciesielski, M. M. (2023): Informal practices in urban planning and governance. Examples from Polish cities. In: *Planning Practice & Research* 38 (4), 612-624.
- Nagel, R. (2023): Den Transformationsprozess erfolgreich gestalten. Welche rechtlichen Grundlagen braucht die Umbaukultur? In: *Planerin* (2), 12-14.
- Pehlke, D. (2023): Raumordnerische Steuerungstypen der wohnbaulichen Siedlungsentwicklung in Deutschland. Eine bundesweite Analyse der eingesetzten Planungsinstrumente in allen deutschen Planungsregionen. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (3), 271-288.
- Priebs, A. (2022): Raumordnerische Vorsorge für krisenresiliente Stadtregionen. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 49 (4), 98-113.
- Redlich, S. (2023): Kleinstädte in Europa auf der politischen Agenda. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 50 (1), 58-65.
- Reichle, L. R. (2023): Between Depression and Hope: Affective Mediations of Urban Restructuring in Leipzig, East Germany. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 47 (4), 546-562.
- Scheidler, A. (2023): Entfall der Umweltverträglichkeits- und Artenschutzprüfung für Windenergieanlagen nach dem neu gefassten §6 WindBG. In: *Natur und Recht* 45 (7), 453-457.
- Thormann, B.; Kümper-Schlake, L.; Engels, B. (2023): Die Weltnaturkonferenz CBD COP 15 und der Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal – ein Meilenstein internationaler Umweltpolitik. In: *Natur und Landschaft* 98 (8), 391-398.
- Vollheyde, A.-L.; Wenzel, T.; Haaren, C. v. (2023): Wasser zurück in die Landschaft. Ein Frühwarnsystem für FFH-Lebensräume im Klimawandel am Beispiel Bremens. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 55 (8), 18-27.
- Zimmermann, T.; Gollata, J. A. M.; Knieling, J. et al. (2023): Kooperative Siedlungsflächenentwicklung in Stadtregionen: Das Fallbeispiel Leipzig. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (3), 305-318.

3. UMWELT

lic Space in Mexico City: When Informal Practices Interact with the State. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 47 (2), 201-220.

Flaminio, S.; Salomon, Cavin, J.; Moretti, M. (2023): Is ecology anti-urban? Urban ideas and imaginaries across one hundred years of ecological publications. In: *Environment and Planning E: Nature and Space* 6 (2), 923-951.

Han, S.; Kuhlicke, C. (2023): Deichrückverlegungsprojekte in Sachsen-Anhalt. Eine Fallstudie zur Wahrnehmung von naturbasierten Lösungen. In *Geographische Rundschau* 75 (7-8), 34-39.

Karic, S.; Losacker, S. (2023): How can green events accelerate urban sustainability transitions? Insights from eight German regional garden shows. In: *Urban Research & Practice* 16 (2), 189-221.

Präger, F.; Brunnengräber, A.; Hirschhausen, C. v. et al. (2023): Atomwende? Ja, bitte! Warum die Abkehr von der Atomenergie und eine gute Entsorgungspolitik die Energiewende in Deutschland befördern werden. In: *GAIA* 32 (1), 86-90.

Sieber, S.; Valentin, A. (2023): Grün statt Grau. Gewerbegebiete im Wandel – Vom Forschungsprojekt zum wachsenden grünen Netzwerk. In: *pnd – rethinking planning* (1), 103-111.

4. WIRTSCHAFT

Beznoska, M.; Kauder, B.; Wendland, F. A. (2022): Ausbau der erneuerbaren Energien in Kommunen: Einflussfaktoren der dezentralen Energiewende in Nordrhein-Westfalen. In: *IW-Trends* 49 (4), 107-128.

Dittrich, C. (2023): Die Westbalkan-Staaten und der EU-Beitritt. In: *Geographische Rundschau* 75 (5), 48-49.

Dudek, S.; Zademach, H.-M. (2023): Territorial development in Bavaria between spatial justice and austere federalism: A historical-materialist policy analysis of Bavarian regional development politics and policies, 2008–2018. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 55 (4), 890-904.

Ehrenfried, F.; Fackler, T. A.; Lindlacher, V. (2023): New region, new chances: does moving regionally for university shape later job mobility? In: *Regional Studies* 57 (7), 1239-1253.

Eisenkopf, A. (2023): Schieneninfrastruktur: wenig Mut zu radikalen Reformen. In: *Wirtschaftsdienst* 103 (5), 286-287.

Fuchs, M.; Westermeyer, J.; Finken, L. et al. (2023): Ausländische Direktinvestitionen und lokale Wissensbasis: Die Einbettung von Niederlassungen in die deutsche duale Ausbildung. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (2), 91-106.

Havlík, V. (2023): The Europeanization of territoriality and its limits: the territorial dimension of EU cohesion policy and its varying implementation. In: *European Planning Studies* 31 (4), 802-821.

Heidkamp, C. P.; Garland, M.; Krak, L. (2023): Enacting a just and sustainable blue economy through transdisciplinary action research. In: *The Geographical Journal* 189 (2), 246-258.

Leyshon, A. (2023): Economic geography II: The economic geographies of the COVID-19 pandemic. In: *Progress in Human Geography* 47 (2), 353-364.

Lienhard, M.; Magnin, C. (2022): Zur Flexibilisierung des Arbeitsortes. Neue Herausforderungen für eine nachhaltige Siedlungs- und Raumentwicklung. In: *disP – The Planning Review* 58 (4), 68-81.

Medeiros, E.; Zaucha, J.; Ciołek, D. (2023): Measuring territorial cohesion trends in Europe: a correlation with EU Cohesion Policy. In: *European Planning Studies* 31 (9), 1868-1884.

Müller, C.; Glässer, J.; Heidinger, M. et al. (2023): Linking knowledge-intensive firm locations with the urban structure of the city of Munich. In: *disP – The Planning Review* 59 (1), 68-85.

Panitz, R.; Glückler, J. (2023): Post-Brexit: Do board interlocks make banks take similar relocation decisions? In: *ZFW – Advances in Economic Geography* 67 (2-3), 127-141.

Peck, J.; Werner, M.; Jones, M. (2023): A dialogue on uneven development: a distinctly regional problem. In: *Regional Studies* 57 (7), 1392-1403.

Sutton, J.; Arcidiacono, A.; Torrisi, G. et al. (2023): Regional economic resilience: A scoping review. In: *Progress in Human Geography* 47 (4), 500-532.

5. SOZIALES

Bernt, M.; Böhmer, F. (2023): „Das ging ja nur hier ...“ – Wohneigentümerstrukturen und Segregation in ostdeutschen Großwohnsiedlungen. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (3), 239-253.

Buffel, T.; Yarker, S.; Phillipson, C. et al. (2023): Locked down by inequality: Older people and the COVID-19 pandemic. In: *Urban Studies* 60 (8), 1465-1482.

Herdlichka, T.; Kapitza, K. (2023): Geschlechterperspektiven als Augenöffner. Energiewende und Gerechtigkeit. In: *Politische Ökologie* 41 (172/1), 60-65.

Kötter, T.; Löhr, D. (2023): Wirtschaftliche Baulandentwicklung und sozialgerechte Bodennutzung – wie Baulandmodelle diesen vermeintlichen Zielkonflikt bewältigen können. In: *fub – Flächenmanagement und Bodenordnung* 85 (2), 49-57.

Kreichauf, R. (2023): Governing Migration through Small Towns: Dispersal and the Production of Spaces of Transit. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 47 (3), 349-367.

Kubiak, D. (2023): Rechts sind die Anderen. Diskursives Verdrängen und Anerkennen von rechter Vergangenheit und Gegenwart in einer „ostdeutschen“ Großstadt. In: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 96 (2), 112-131.

Mölders, T. (2023): Gewissheiten infrage stellen. Geschlechtergerechte Stadt- und Raumplanung. In: *Politische Ökologie* 41 (172/1), 66-72.

Pilz, M.; Bernt, M. (2023): „Das korrespondiert mit der Studie“. Wissensregime der Segregation in den kommunalen Verwaltungen in Schwerin und Halle (Saale). In: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 96 (2), 152-171.

Rita, N.; Garboden, P. M. E.; Darrah-Okike, J. (2023): “You Have to Prove that You’re Homeless”: Vulnerability and Gatekeeping in Public Housing Prioritization Policies. In: *City & Community* 22 (2), 83-104.

Schmalz, I. (2023): Kommunikation gestaltet Zukunft. Akzeptanz von Großprojekten durch Kommunikation und Beteiligung. In: *Geographische Rundschau* 75 (4), 36-39.

Schrobenhauser, M.; Leszczynski, N.; Mertens, L. et al. (2023): Wahrnehmung der Fluchtmigration aus postmigranti-

scher Perspektive – Allianzen, Antagonisten und Ambivalenzen in Everswinkel. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (2), 107-123.

Wiles, J. (2023): Health geographies II: Resilience, health and place. In: *Progress in Human Geography* 47 (3), 470-478.

Zhel'nina, A. (2023): Making Urban Futures at Your Kitchen Table: Temporalities of an Urban Renewal Controversy in Moscow. In: *City & Community* 22 (2), 145-162.

6. INFRASTRUKTUR

Cowell, R.; Mukherjee, A. (2023): Is planning a barrier to the development of digital network infrastructure? Insights from rural Wales. In: *Planning Practice & Research* 38 (2), 292-309.

Diller, C.; Karic, S. (2023): Chancen durch die Digitalisierung? Perspektiven der Partizipation in der Stadt- und Raumplanung. In: *Geographische Rundschau* 75 (4), 4-8.

Dittel, J.; Weber, F.; Berr, K. et al. (2023): Mobilfunk ja – aber Masten und Antennen bitte nicht hier! Diskursive Aushandlungsprozesse um die Standortwahl von Sendeanlagen in Deutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (3), 289-304.

Fekete, A. (2023): Der Klimawandel als Herausforderung für den städtischen Katastrophenschutz. In: *Geographische Rundschau* (7-8), 22-26.

Greiving, S.; Fleischhauer, M.; Hartz, A. et al. (2022): Resiliente Raum- und Infrastrukturen gestalten. Neue Flächenansprüche in der Zeitenwende. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 49 (4), 40-53.

Grundel, I.; Magnusson, D. (2023): Planning to grow, planning to rock on – infrastructure management and development in shrinking municipalities. In: *European Planning Studies* 31 (6), 1184-1202.

Kheyroddin, R.; Ghaderi, M. (2023): Railways and urban expansion: how does rail transport affect urban expansion in metropolitan areas? (Warsaw and Copenhagen case). In: *International Planning Studies* 28 (2), 124-141.

Olbrich, S.; Fünfgeld, H. (2023): Energiegerechtigkeit im Windenergieausbau – Finanzielle Teilhabe als Möglichkeit zur Stärkung lokaler Akzeptanz? In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (2), 124-139.

Rohs, M.; Lepski, M. (2022): Reaktivierung von Bahnstrecken. Mehrwert für Gleichwertigkeit und Resilienz. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 49 (4), 60-71.

Seht, H. v. (2023): Ausbau der Freiflächen-Photovoltaik. Unterstützung- und Steuerungsmöglichkeiten der Bundesraumordnung und Landesplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81 (2), 188-202.

Thorpe, A. (2023): Prefigurative Infrastructure: Mobility, Citizenship, and the Agency of Objects. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 47 (2), 183-199.

NEUERSCHEINUNGEN AUS ANDEREN VERLAGEN

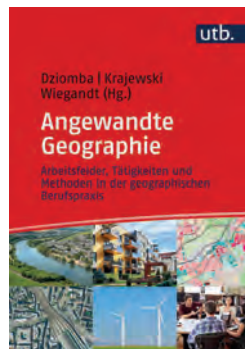


SCHLÜSSELBEGRIFFE DER WIRTSCHAFTSGEOGRAPHIE

Lech Suwala (Hrsg.)

Zentrale Begriffe ganzheitlich skizziert und diskutiert: Das Konzept der Schlüsselbegriffe jetzt erstmalig auch für den Bereich Wirtschaftsgeographie! Zwölf zentrale Begriffe werden aus möglichst vielerlei Zugängen bzw. Perspektiven – und damit unabhängig von eigenen Positionen, Forschungsschwerpunkten oder Denkschulen – in ihrer Entwicklung und Bedeutung für die Wirtschaftsgeographie dargestellt und beleuchtet. Das Ziel der Autoren besteht darin, ein ganzheitliches Bild des betreffenden Begriffs zu skizzieren, um den Studierenden möglichst breite Interpretationsmöglichkeiten und Anwendungsfelder aufzuzeigen. Jedes Begriffskapitel soll eine zusammenfassende Darstellung des Inhalts in Form einer Abbildung oder einer Tabelle enthalten. Jedes Kapitel schließt ab mit „Main Take-aways“ sowie Literaturhinweisen, die die Leser/innen zu einer weiterführenden Auseinandersetzung anregen sollen. So macht der Einstieg in die Wirtschaftsgeographie Spaß – zahlreiche Boxen, Zusammenfassungen, Merksätze u. v. m. sorgen für Klarheit und Übersichtlichkeit und garantieren das Verständnis komplexer Inhalte und den effektiven Lernfortschritt.

ISBN 978-3-8252-5391-2



ANGEWANDTE GEOGRAPHIE

Arbeitsfelder, Tätigkeiten und Methoden der geographischen Berufspraxis

Maïke Dziomba, Christian Krajewski, Claus-Christian Wiegandt (Hrsg.)

Vom Einzelhandel bis zur Wasserwirtschaft, vom Geoinformationssystem bis zur Bürgerbeteiligung: Die beruflichen Möglichkeiten von Geographinnen und Geographen sind heute vielfältiger denn je. Bei Wirtschaftsunternehmen und in der Zivilgesellschaft, in der öffentlichen Verwaltung und in der Politik ergeben sich laufend neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Auf allen räumlichen Maßstabsebenen leistet die Angewandte Geographie wichtige Beiträge zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen – beim Klimawandel oder der Verkehrswende, den angespannten Wohnungsmärkten oder der Digitalisierung. Rund 30 Teams von Autorinnen und Autoren aus außeruniversitärer Praxis und Hochschule präsentieren geographische Berufsfelder, ihre Tätigkeiten und Methoden. Interviews mit Expertinnen und Experten sowie Lektüretipps runden die Orientierungshilfe ab.

ISBN 978-3-8252-5915-0



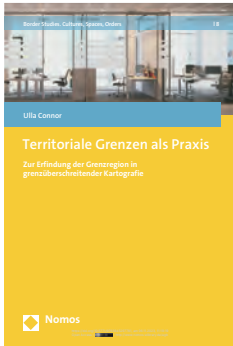
PLANUNG FÜR MORGEN ZUKUNFT STADT UND RAUM

Friedbert Greif, Detlef Kurth, Bernd Scholl (Hrsg.)

Die Zukunft von Stadt und Raum liegt in der Weiterentwicklung des Bestands und den damit verbundenen Transformationsaufgaben. Die Planungsdisziplin muss sich dabei neu positionieren, und sie muss sich im Spannungsfeld von Klimaveränderung, Mobilitätswandel, der Forderung nach mehr Partizipation und mehr Resilienz behaupten. Wie können diese Herausforderungen angesichts erhöhter Planungserfordernisse, beschleunigter Realisierungszeiten und zugleich begrenzter Ressourcen bewältigt werden?

Renommierete Fachleute aus den Bereichen Stadtpolitik, Stadtverwaltung, Planungspraxis und Planungswissenschaft haben auf drei Symposien der Professor Albert Speer-Stiftung über die Zukunft von Stadt- und Raumplanung diskutiert. Ihre Thesen machen Mut, die Zukunftsaufgaben losgelöst von Denkmustern mit visionären Ideen anzugehen.

ISBN 978-3-86859-744-8



TERRITORIALE GRENZEN ALS PRAXIS

Zur Erfindung der Grenzregion in grenzüberschreitender Kartografie

Ulla Connor

Das Buch fundiert die Praxisorientierung in der Grenzforschung und zeigt, wie Grenzen als soziale Praxis verstanden und untersucht werden können. Mit einem praxeologischen Ansatz im Schnittfeld von Soziologie und Border Studies erschließt die Autorin komplexe Grenzpraktiken in der grenzüberschreitenden Kooperation. Die durchgeführte Ethnografie der grenzüberschreitenden Kartografie liefert eine dichte Beschreibung des Arbeits- und Büroalltags von Verwaltungsmitarbeitenden und macht nachvollziehbar, wie Grenzregionen entstehen. Das Buch leistet einen theoretisch-konzeptionellen Beitrag für die noch junge Strömung der praxeologischen Grenzforschung. Ulla Connor untersucht Grenzregionen aus soziologischer Perspektive.

ISBN 978-3-8487-5602-5

Open Access – DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845297781-1>



WANDEL ERFOLGREICH GESTALTEN

Möglichkeiten und Ansätze regionaler Transformationsplattformen

Manfred Miosga, Julia Marx, Elena Michel, Lena Roth (Hrsg.)

Eine klimaneutrale Gesellschaft muss auch vor Ort aktiv gestaltet werden. Regionale Transformationsplattformen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Sie schaffen die Möglichkeit zum Wissensaustausch, zur Vernetzung und zur Abstimmung von Aktivitäten.

In der Region Bayreuth wird seit einigen Jahren am Aufbau einer solchen Regionalen Transformationsplattform mit dem Titel „forum1.5“ gearbeitet: Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und lokaler Politik diskutieren in regelmäßigen Veranstaltungen zu Schwerpunkten konkreter Klimapolitik. Zahlreiche neue Ideen für wirksames Handeln werden in vielfältigen Formaten geboren und zu sozialen Innovationen entwickelt. Durch transformatives Handeln vor Ort kann ein wirksamer Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens geleistet werden. In ausgesuchten Feldern – wie Ernährung, Bauen und Wohnen, Mobilität und kommunalem Klimaschutz – werden gezielt Impulse gesetzt, Aktivitäten gestartet und langfristig umgesetzt. Damit kann die große Lücke zwischen der lokalen Ebene und der „großen Politik“ in Land, Bund und EU geschlossen werden.

ISBN 978-3-98726-012-4

Open Access – <https://www.oekom.de/buch/wandel-erfolgreich-gestalten-9783987260124>



KARL GANSER

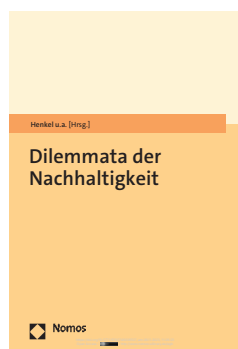
Integratives Planen und Handeln

Anna Kloke, Heiner Monheim, Uli Paetz (Hrsg.)

Karl Ganser (1937–2022) prägte mit seiner Vision einer industriellen Kulturlandschaft und mit Konzepten für eine behutsame Stadterneuerung entschieden die Stadt- und Regionalentwicklung Nordrhein-Westfalens. Als „eine Art Vater des neuen Ruhrgebietes“ (so der damalige Bundespräsident Johannes Rau im Jahr 1999) ermöglichte Ganser vor allem im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park zahlreiche Projekte, die bis heute die Region und ihre Wahrnehmung bestimmen.

Dieses Buch dient einer bilanzierenden Darstellung des Wirkens Karl Gansers. Namhafte Weggefährtinnen und -gefährten zeichnen Gansers berufliche Laufbahn nach – von der Technischen Universität und dem Stadtplanungsamt München über die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bonn und dem Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung (MLS/MSWV) in Düsseldorf bis zur IBA in Gelsenkirchen. Eine ergänzende Auswahl von Schriften Gansers ermöglicht einen Einblick in sein stark inter- und transdisziplinäres Denken und Handeln im Bereich der Ökologie, der Stadt- und Regionalplanung sowie der Kunst und Kultur. Insgesamt widmen sich in dieser Publikation 42 Autorinnen und Autoren verschiedener Disziplinen Gansers vielfältigen Impulsen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung und seinem zeitlebens andauernden Engagement für den Natur- und Denkmalschutz.

ISBN 978-3-98741-051-2



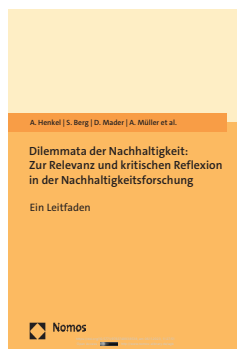
DILEMMATA DER NACHHALTIGKEIT

Anna Henkel, Sophie Berg, Matthias Bergmann, Holli Gruber, Nicole C. Karafyllis et al. (Hrsg.)

Dieser Band trägt zu einer reflexiven Perspektive auf die Wirkung von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit und entsprechenden Dilemmata bei. Die Beiträge entwickeln reflexive Perspektiven, was als ein Nachhaltigkeitsdilemma gelten kann, auf welche weiteren Formen von Widersprüchen Nachhaltigkeitsforschung trifft und wie mit ihnen umgegangen werden kann. Empirische Fallstudien zu Themenfeldern wie Stadtplanung, Recht, Bioökonomie oder Medizin gehen konkreten Konflikten, Widersprüchen und Spannungsfeldern nach, die Dilemmapotenziale bergen. Schließlich werden Herausforderungen für Wissenschaft und Forschung diskutiert, wie sie sich in Theoriearbeit, Forschungspraxis und Forschungsförderung stellen.

ISBN 978-3-7560-0363-1

Open Access – DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748938507>



DILEMMATA DER NACHHALTIGKEIT: ZUR RELEVANZ UND KRITISCHEN REFLEXION IN DER NACHHALTIGKEITS-FORSCHUNG

Ein Leitfaden

Anna Henkel, Sophie Berg, Dimitri Mader, Ann-Kristin Müller, Matthias Bergmann et al.

Der Begriff der Nachhaltigkeit verliert zunehmend an Kontur. Vor diesem Hintergrund gibt dieser Leitfaden die Möglichkeit, das jeweils verwendete Verständnis von Nachhaltigkeit in Forschung und Wissenschaft zu reflektieren und damit den konkreten Beitrag zur Nachhaltigkeit, aber auch die damit verbundenen Grenzen konkret festzustellen. Ausgehend von einem analytischen Nachhaltigkeitsverständnis und der Klärung der Grundstruktur praktischer Dilemmata benennt der Leitfaden typische Konflikte als Ursache von Dilemmata. Meta-Kriterien der Nachhaltigkeit erlauben, Dilemmata-Früherkennung, -Aufklärung und -Bearbeitung zu unterstützen. Diese werden abschließend mittels Reflexionsleitfaden für die Anwendung in konkreten Projektkontexten operationalisiert.

ISBN 978-3-7560-0367-9

Open Access – DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748938538>



FLUCHT- UND FLÜCHTLINGSFORSCHUNG

Handbuch für Wissenschaft und Studium

Tabea Scharrer, Birgit Glorius, J. Olaf Kleist, Marcel Berlinghoff (Hrsg.)

Die Flucht- und Flüchtlingsforschung erlebt in den deutschsprachigen Regionen seit etwa 2015 einen Boom. Dieses Handbuch erschließt das Feld in seiner Breite und reflektiert zugleich kritisch den Forschungsstand.

Teil I des Bandes diskutiert auf theoretischer Ebene die historische Entwicklung des Forschungsfeldes, seine (trans-)disziplinären Zugänge sowie forschungsethische Fragen.

Teil II bietet eine Diskussion wichtiger Kernbegriffe und -konzepte des Forschungsfeldes.

Teil III ist empirisch ausgerichtet und beschäftigt sich mit Flucht und Geflüchteten in Bezug auf Akteure und politische andlungsmuster.

In Teil IV werden schließlich Fluchtbewegungen und -politiken der Weltregionen in den Blick genommen.

Das Handbuch richtet sich sowohl an Forschende und Lehrende als auch an Studierende und Interessierte aus der Praxis.

ISBN 978-3-8487-7785-3



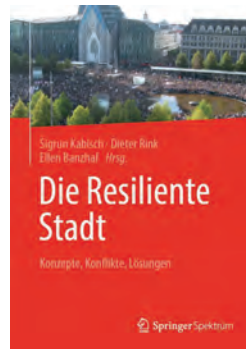
ÖKOSYSTEMLEISTUNGEN

Konzept, Methoden, Bewertungs- und Steuerungsansätze

Karsten Grunewald, Olaf Bastian (Hrsg.)

Die Natur liefert uns viele Leistungen gratis: So bildet sich Grundwasser neu, bleiben Böden fruchtbar, erzeugt die Photosynthese pflanzliche Biomasse. Wir Menschen ziehen aus diesen Ökosystemleistungen (kurz: ÖSL) vielfältigen Nutzen, sei es für die Ernährung, die Versorgung mit Wasser, für die Erholung oder den Schutz vor Naturgefahren. Große internationale Studien wie das Millennium Ecosystem Assessment haben sich eingehend mit den weltweit von Ökosystemen bereitgestellten Leistungen befasst und eindringlich auf die Folgen hingewiesen, die mit deren Verminderung oder Verlust einhergehen. Dieses hochaktuelle Thema wird von Wissenschaftlern ganz unterschiedlicher Disziplinen bearbeitet. Herangehensweisen, Begriffs- und Methodenverständnis sind entsprechend vielfältig. Was ist zum Beispiel mit „Leistungsfähigkeit der Natur“ oder mit „Naturkapital“ gemeint? Welche Werte der Natur sind besonders wichtig, wie sind sie verteilt und wie beurteilt bzw. vermittelt man sie? Können alle ÖSL einzeln und als Summe quantifiziert oder gar monetarisiert werden? Was ist zu tun, damit uns die vielfältigen Leistungen der Natur auch zukünftig zur Verfügung stehen? Das vorliegende Buch erläutert das vielschichtige Konzept der Ökosystemleistungen und zeigt einen methodischen Rahmen zu ihrer Analyse und Bewertung auf.

ISBN 978-3-662-65915-1



DIE RESILIENTE STADT

Konzepte, Konflikte, Lösungen

Sigrun Kabisch, Dieter Rink, Ellen Banzhaf (Hrsg.)

Resilienz ist das Konzept der Stunde. Die Coronakrise, die Flutkatastrophe im Ahrtal und die Energieknappheit haben Resilienz an die Spitze der politischen Agenda gesetzt. Auch für die Stadtentwicklung gilt Resilienz als Ziel. Doch was steckt hinter diesem relativ neuen Begriff? In diesem Open-Access-Band erfahren die Leser/innen, wie Städte auf Krisen und Katastrophen besser vorbereitet werden müssen, um diese gut zu überstehen und gestärkt aus ihnen hervorzugehen. Die Beiträge zeigen konkrete Beispiele, wie Städte resilienter gestaltet werden können. Welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden und welche Hindernisse gibt es? Für das Ziel urbaner Resilienz bedarf es rascher, tiefgreifender und systemischer Wandlungen auf allen Ebenen, von der Gesamtstadt bis zum Quartier oder der Nachbarschaft. Dieser Band enthält empirisch belegte Beispiele aus der aktuellen Stadtforschung, zeigt Konflikte auf und diskutiert Lösungen.

ISBN 978-3-662-66915-0

Open Access – DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-662-66916-7>



DER UNSICHTBARE WOHNRAUM

Wohnsuffizienz als Antwort auf Wohnraumangel, Klimakrise und Einsamkeit

Daniel Fuhrhop

Viele Menschen suchen Wohnraum, doch Neubau löst das Problem nicht: Er ist teuer, verbraucht Fläche und belastet das Klima. Eine Lösung verspricht der „unsichtbare Wohnraum“ – ungenutzte Zimmer älterer Personen nach Auszug der Kinder. Daniel Fuhrhop untersucht das Potenzial der Wohnsuffizienz anhand sozialer Programme wie der Vermittlung von Wohnpaaren nach dem Modell „Wohnen für Hilfe“, dem Umbau von Wohnungen, dem Umzug sowie sozialer Wohnraumvermittlung. Sein Fazit: Insgesamt können so jährlich 100.000 Wohnungen entstehen – ohne Klimabelastung und mit der Chance auf Nähe und Nachbarschaft.

ISBN 978-3-8376-6900-8

Open Access – DOI: <https://doi.org/10.14361/9783837669002>



RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER UMWELTPLANUNG

Willy Spannowsky

Das Werk beinhaltet eine systematische Darstellung der umwelt- und energierechtlichen Anforderungen an die Umweltplanung. Diese sind insbesondere der Schutz der Menschen vor Gefahren und Risiken für Leben und Gesundheit (insbesondere vor Schadstoffen und Lärm), aber auch der Naturschutz und Schutz der Landschaft. Den Schwerpunkt des Werks bildet die Erläuterung der Schnittmenge zwischen Umwelt-, Energie- und Planungsrecht einschließlich der europarechtlichen Rahmenbedingungen. Ausführungen zum Klimaschutz- und Umweltenergie recht runden die Darstellung ab.

ISBN 978-3-406-78933-5



ANGST.EKEL.SCHEITERN.

Ein Austausch zu den blinden Flecken der Nachhaltigkeit

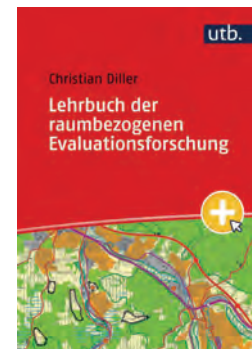
Yvonne Siegmund, Ulrich Bildstein,
Ina Jessen (Hrsg.)

Wir labeln, lügen und scheitern. Oder wer handelt wirklich konsequent nachhaltig? In Angst.Ekel.Scheitern. wird in die blinden Flecken der Nachhaltigkeit gestochen. Ob in Architektur und Stadtentwicklung, Kunst und Filmbranche, Transformationsdesign und Informatik, Soziologie und Philosophie, in der Praxis des Material-Verwaltens oder im zivilen Ungehorsam – überall gibt es Hürden und Hemmnisse, Lücken und Abhängigkeiten auf dem Weg in die Nachhaltigkeit.

Gesellschaft und Einzelne handeln nicht immer konsequent nachhaltig, sondern auch egoistisch, widersprüchlich, kurz-sichtig oder ignorieren komplexe Zusammenhänge. Weil die dunklen Seiten im Nachhaltigkeitskontext selten offen thematisiert werden, gaben Yvonne Siegmund, Ulrich Bildstein und Ina Jessen im Mai 2023 drei Tage lang dem Scheitern und den Illusionen, den Krisen und Ängsten eine Bühne im Hamburger Oberhafen. Auf dem Symposium Angst.Ekel.Scheitern. stellten sie den hellen Versprechungen die blinden Flecken der Nachhaltigkeit zur Seite. Personen aus der Wissenschaft, der (künstlerischen) Praxis und der Zivilgesellschaft legten sie gemeinsam offen. Die Publikation bildet diesen Prozess des Sichtbarmachens ab.

ISBN 978-3-9824959-2-7

Open Access – DOI: <https://doi.org/10.53171/978-3-9824959-2-7>



LEHRBUCH DER RAUMBEZOGENEN EVALUATIONSFORSCHUNG

Christian Diller

Diese Einführung stellt die Grundbegriffe der Evaluationsforschung vor und schlägt gleichzeitig eine Brücke zu den raumwirksamen und raumbedeutsamen Politikfeldern. Dabei werden zunächst zentrale Grundbegriffe der Evaluationsforschung in der Perspektive raumbedeutsamer Politikfelder behandelt. Der Band gibt ebenso einen systematischen Überblick über die unterschiedlichen Formen von Evaluationen wie einen praktischen Einblick, wie eine Evaluation aufzubauen und durchzuführen ist.

ISBN 978-3-8252-6124-5



DIE ZUKUNFT DER KIELREGION

Beitrag zum Strategieprozess und Szenarien für eine organisatorische Verstetigung der stadtreionalen Kooperation

Axel Priebis, Rainer Wehrhahn

Globalisierungsprozesse erfordern in Stadtregionen Reaktionen politischer und ökonomischer Entscheidungsträger/innen, um zukunftsfähig zu bleiben. Zu entwickeln sind nachhaltige Konzepte und Strukturen der stadtreionalen Entwicklung. Die Autoren wurden in den Jahren 2020-2022 mit der Begleitforschung eines Strategieprozesse für die Stadtregion Kiel („KielRegion“) beauftragt, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden. In der ersten Projektphase ging es um künftige stadtreionale Kooperationsthemen, in der zweiten Projektphase um die organisatorische Verstetigung dieser Kooperation. In diesem Band der Kieler Studien zur Stadt- und Regionalentwicklung werden im ersten Teil die Workshop-Ergebnisse zu den künftigen Kooperationsthemen dargestellt, bevor im zweiten Teil auf mögliche künftige Organisationsformen stadtreionaler Kooperation eingegangen wird. Vertieft werden geeignete Modelle für die KielRegion vorgestellt und diskutiert, auf deren Grundlage die heute in der Rechtsform einer GmbH organisierte Kooperation in der KielRegion weiterentwickelt werden könnte. Abschließend werden Empfehlungen für die Umsetzung gegeben, in denen insbesondere die zeitnahe Bildung eines Zweckverbandes für die regionale Entwicklung herausgestellt wird.

Open Access – URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:8:3-2023-00796-6>



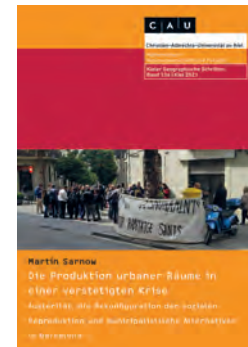
BAUGEMEINSCHAFTEN ALS INSTRUMENT EINER GEMEINWOHLORIENTIERTEN WOHNUNGSVERSORGUNG

Fallbeispiele aus Mitte-Altona in Hamburg

Bastian von Rohr

Gemeinschaftliche Wohnformen werden sowohl in der öffentlichen Debatte als auch im wissenschaftlichen Diskurs für die Begegnung von gesellschaftlichen Herausforderungen und für die wieder in den Fokus getretene ‚neue‘ Wohnungsfrage vermehrt als Lösung diskutiert. Dabei wird das Konzept der Baugemeinschaften besonders im Hinblick auf das Gemeinwohl betrachtet. Es steht dementsprechend das Wohlergehen der Gemeinschaft als Ganzes und nicht nur der an der gemeinschaftlichen Wohnform Beteiligten im Fokus. Dabei ist der Begriff des Gemeinwohls in diesem Kontext oftmals nicht eng definiert. In dieser Arbeit wird ein Kriterienkatalog entwickelt, an dem das Gemeinwohl einer gemeinschaftlichen Wohnform bewertet werden kann. Dieser wird am Beispiel des innerstädtischen Neubauquartiers Mitte-Altona in Hamburg kritisch betrachtet. Hier soll eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik zur Lösung der neuen Wohnungsfrage beitragen. Dabei steht diese aufgrund des Vorwurfs einer Exklusivität in Kritik.

Open Access – URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:8:3-2023-00797-2>



DIE PRODUKTION URBANER RÄUME IN EINER VERSTETIGTEN KRISE

Austerität, die Rekonfiguration der sozialen Reproduktion und municipalistische Alternativen in Barcelona

Martin Sarnow

Seit der Wirtschaftskrise 2008 haben sich Zwangsäumungen von einem temporären Krisenphänomen zum Hauptausdruck einer dauerhaften Wohnraumkrise im spanischen Staat entwickelt. Eine politische Folge dieser verstetigten Krise ist der Aufstieg der municipalistischen Listen. Diese Listen setzen sich aus Akteur*innen sozialer Bewegungen und kleiner Parteien zusammen und erproben den Ansatz eines neuen Municipalismus, der ausgehend von der lokalstaatlichen Ebene soziale Verbesserungen und eine Demokratisierung der politischen Institutionen umzusetzen versucht. Katalysiert von den Krisenprotesten und Platzbesetzungen 2011 konnten in vielen spanischen Städten solche Listen vier Jahre später in die kommunalen Rathäuser einziehen. So auch in der katalanischen Hauptstadt, wo Barcelona en Comú seit zwei Legislaturperioden die Bürgermeisterin stellt. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Frage, wie urbane Räume in einer verstetigten Krise produziert werden.

ISBN 978-3-923887-76-7

Open Access – URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:8:3-2023-00294-1>

